

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 53. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 21. Februar 2013, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 193
- LfV-Vizepräsident a. D. Peter Jörg Nocken	1
- LfV-Präsident a. D. Dr. Helmut Roewer	61
- Friedrich-Karl Schrader	112
- Mike Baumbach	177

*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen LfV-Vizepräsident a. D. Peter Jörg Nocken sind in das Protokoll eingearbeitet (Anlage).

Der Zeuge LfV-Präsident a. D. Dr. Helmut Roewer bestätigte fernmündlich am 17. Juli 2013 auf Nachfrage des Sekretariates den Erhalt des Protokolls. Eine schriftliche Empfangsbestätigung und ggf. Korrekturwünsche des Zeugen sind bis zum heutigen Tag im Sekretariat nicht eingegangen.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 21. Februar 2013, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank
Schuster (Weil am Rhein), Armin		Schön (St. Wendel), Nadine	
Stracke, Stephan	Winkelmeier-Becker, Elisabeth	
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Kolbe (Leipzig), Daniela	
Rix, Sönke	Özoguz, Aydan
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Wawzyniak, Halina		Petermann, Jens	
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Stand: 17. Juli 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

2. Untersuchungsausschuss

off

Donnerstag, 21. Februar 2013, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:



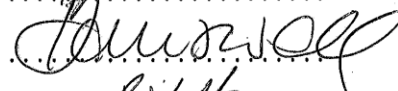
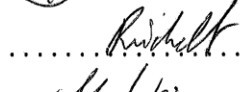
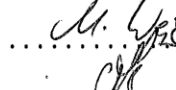




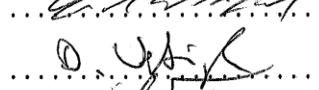
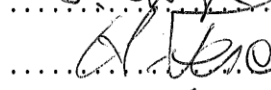
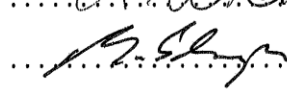
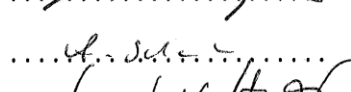

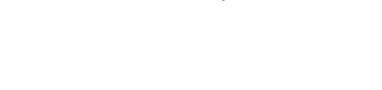
CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Borghorst	SPD	
HEYER	SPD	
HAWXWELL	SPD	
REICHELT	SPD	
WEIS	SPD	
Wack	SPD	
Molsberger	CDU/CSU	
Kant	Grüne	
009 Cossel	CDU/CSU	
Yolkin	Linke	
Weßing	SPD	
FERN	CDU/CSU	
Schumpert	SPD	
Scharlau	FDP	
Welfhor	Linke	

Donnerstag, 21. Februar 2013, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMVJ	HOFMANN	StB	
BMI	BEHLE	StB	
BMI	WENK	StB	
BPM	MEYER	StB	
BMI	FREUDING	RtLg	
BMI	Watz	RD	
BVP	WITZ	Sonderreferent	
BMI	TAMBERS	Ref	
GRA	Kaiser	StA	
BMI	Greifmann	Beauftragter	
BMI	Stenborg	RD'in	
BKA	Hubach	Wach	
BMI	Schiff	StB	
BMI	Hauer	StB	
BMI	Liabe	OR	
BKA	Eiffel	StB	
"	Herrmann	OR	
"	Reichmann	RD	
"	Giermann	Kor	
CSKA			
Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Falk		StB	Sachsen
Dr. Fahrner, Matthias		Braunlage	BLW
Melbert		Regierungsdirektor	Brandenburg
Stemper		RR	LSA
Herz		StB Ref	Berlin
Müllerbach		RD'in	TH
Dr. Müller		OR	HM
h. Müller		StB	BT
NITZSCHE		RR'in	RP

(Beginn: 10.18 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film und Bandaufnahmen mit sich führen, den Sitzungssaal jetzt zu verlassen.

Ton- und Bildaufnahmen sind - das gilt auch für Nichtmedienvvertreter, die als Gäste hier an der Sitzung teilnehmen - während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ich weise darauf hin, dass ein Verstoß gegen dieses Gebot nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen kann, sondern gegebenenfalls auch rechtliche Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Auch Besuchern von Ausschusssitzungen ist es nach einem Beschluss des Ältestenrates von 1993 nicht erlaubt, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen. Weil die Gefahr der Übertragung aus dem Sitzungssaal und damit einer Aufzeichnung außerhalb des Saales besteht, kann auch die Benutzung von Funktelefonen während der gesamten Sitzung nicht gestattet werden. Ich möchte Sie daher bitten, Ihre Funktelefone, soweit noch nicht geschaltet, auszuschalten.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Vernehmung von Zeugen:

- LfV-Vizepräsident a. D.
Peter J. Nocken
- LfV-Präsident a. D.
Dr. Helmut Roewer
- Friedrich-Karl Schrader
- Mike Baumbach

Wir hören heute im Untersuchungsausschuss vier Zeugen: als ersten Zeugen, den ich auch jetzt hier im Saal begrüßen darf, Herrn Vizepräsidenten a. D. des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen Peter Jörg Nocken. Nach Herrn Nocken werden wir hören den ehemaligen Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz aus Thüringen Herrn Dr. Roewer. Hier weise ich vorsorglich darauf hin, dass für Herrn Roewer ein ärztliches Attest vorliegt, aus dem hervorgeht, dass er nach 30 bis 45 Minuten Vernehmung als Zeuge eine fünfzehnminü-

tige Pause benötige, sodass, je nachdem, wie lange die Befragung von Herrn Roewer uns heute zeitlich in Anspruch nehmen wird, damit zu rechnen ist, dass es mehrere Unterbrechungen geben wird. Dritter Zeuge ist Herr Friedrich-Karl Schrader. Der vierte Zeuge ist Herr Mike Baumbach.

Es wird eine einstündige Mittagspause geben, deren Einsetzen wir flexibel handhaben werden, sowie eine weitere halbstündige Unterbrechung um 15.30 Uhr für Statements gegenüber den Medien seitens der Sprecher der Fraktionen im Ausschuss.

Vernehmung des Zeugen Peter J. Nocken

Herr Nocken, aus formalen Gründen, obwohl wir die Prozedur schon einmal hatten, weil Sie bereits einmal hier vorgetragen haben im Ausschuss, muss ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Auch wie beim letzten Mal gilt, dass der Bundestag eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigt, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird, wenn das Protokoll gefertigt worden ist, gelöscht.

Der Entwurf des Protokolls wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, sofern Sie das wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen sind. Die Ladung haben Sie am 7. Februar 2013 erhalten. Die vom Thüringer Innenministerium bereits am 3. Januar 2013 erteilte Aussagegenehmigung hat weiterhin Bestand.

Vor Ihrer Befragung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf

solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, dazu habe ich keine Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen bitten, sich kurz dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Berufsangabe vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Peter J. Nocken: Mein Name ist Peter Jörg Nocken. Ich bin pensionierter Beamter, bin 67 Jahre alt. Die ladungsfähige Anschrift ist immer noch die gleiche wie vorher, stimmt immer noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Ich habe Sie bereits gefragt, ob Sie noch einmal einleitend ausführen wollen. Daraufhin haben Sie erwidert, dass Sie das nicht für nötig halten, weil Sie ja bereits bei Ihrer ersten Einvernahme diese Einleitung gegeben haben. Danach haben wir ja die Sitzung beendet und Sie erneut vorgeladen.

Ich habe einige wenige einleitende Fragen an Sie. Sie haben als Zeuge hier im Untersuchungsausschuss dargelegt, dass die Polizei in Thüringen umfangreich über Ihnen vorliegende nachrichtendienstliche Erkenntnisse bezüglich Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe unterrichtet worden sei. Demgegenüber hat der Zeuge Wunderlich in der 51. Sitzung des Untersuchungsausschusses beispielsweise verneint, über die Versuche des Trios, Waffen zu beschaffen, die sich aus Verfassungsschutzberichten ergeben haben, unterrichtet worden zu sein. Ich zitiere den Zeugen Wunderlich:

Nein, weil dann wären wir auch - -
Logischer Schluss: Wir wären gar nicht mehr alleine los und hätten Ermittlungen durchgeführt. Wir hätten ein Spezialeinsatzkommando dabeigehabt.

Können Sie uns einleitend vielleicht kurz erläutern, wie sich bezüglich der Suche nach dem untergetauchten Trio die Kooperation zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen und der Polizei in Thüringen denn konkret dargestellt hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Herr Vorsitzender, gerne schildere ich Ihnen die Situation, wie sie damals bestand. Wir sprechen jetzt über den Zeitraum nach dem sogenannten Abtauchen oder nach dem Abtauchen des Trios. Daraufhin hat das Landesamt eine nachrichtendienstliche Operation begonnen mit dem Ziel, den Aufenthaltsort der drei Gesuchten zu ermitteln und festzustellen, um sie der Festnahme zuzuführen. Innerhalb dieser nachrichtendienstlichen Operation ist es normalerweise nicht üblich, dass die Dienste die Polizei über einzelne Erkenntnisse, die da gewonnen werden, insbesondere dann, wenn sie auf nachrichtendienstlichem Wege beschafft worden sind - - weiterzugeben.

Im vorliegenden Fall haben wir aber mit der Zielfahndung einen intensiven Informationsaustausch durchgeführt. Es hat eine Vielzahl von Besprechungen stattgefunden zwischen den Damen und Herren der Zielfahndung und meinen Mitarbeitern aus dem Bereich Rechtsextremismus. An einigen dieser Besprechungen habe ich auch persönlich teilgenommen. Auf diesen Besprechungen sind die neusten Erkenntnisstände ausgetauscht worden, auch wenn da Informationen dabei waren, die eigentlich nicht geeignet waren, der Polizei zugänglich gemacht zu werden.

Jetzt, was die Waffenbeschaffung im Einzelnen betrifft: Da bezieht sich Herr Wunderlich ja offenbar auf eine Meldung eines anderen Landesamtes für Verfassungsschutz. Diese Meldung habe ich, wenn ich mich da richtig erinnere und wenn ich das auch im Schäfer-Gutachten richtig nachgelesen habe, persönlich dem Präsidenten des LKA abends vorgetragen. Was dann mit der Meldung gemacht worden ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Weitere Meldungen über Waffenbeschaffungen sind mir nicht bekannt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Nocken, der damalige LKA-Chef war Herr Luthardt, nicht wahr?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Luthardt war als Zeuge hier im Ausschuss am 31. Januar. Ich zitiere aus seinen Ausführungen:

Heute weiß ich, dass wir etwa - vielleicht - ein Drittel der Informationen bekommen haben, was dort bekannt war.

„Dort“ ist das Landesamt Verfassungsschutz Thüringen.

Aber damals habe ich das nicht erkannt.

Ich sehe da einen gewissen Widerspruch, Herr Nocken.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß nicht, wo der Herr Luthardt die Zahl „ein Drittel“ hernimmt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aus den aktuellen Erkenntnissen. Mittlerweile ist ja durchaus bekannt: Brauchen kein Geld mehr; versorgen sich selber; brauchen keine Waffen mehr.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich sage ja: Wir haben diese Informationen nicht dokumentiert, schriftlich dokumentiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist ja praktisch für Ihre heutige Zeugenaussage.

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist nun mal so. Das war nun so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wissen Sie, wenn uns Herr Wunderlich als Zielfahnder sagt, sie wären gewissermaßen auf der Suche gewesen nach drei jungen Erwachsenen, die da irgendwie Mist gebaut haben - ich glaube, so ungefähr hat er sich ausgedrückt - - und sagte relativ erschrocken: Wir haben uns gar nicht vorstellen können, dass die sich möglicherweise im Besitz von Schusswaffen befinden können. Und er sagt, er hätte diese Information nicht bekommen als zuständiger Zielfahnder. Wie erklären Sie sich das denn mit Blick auf Ihre Ausführungen eben?

Zeuge Peter J. Nocken: Diese Meldung zur Waffenbeschaffung, sage ich, war eine Meldung eines anderen Landesamtes für Verfassungsschutz, die uns festgebunden haben, den Quellenschutz zu wahren und diese Information in keinem Fall weiterzugeben. Wir haben es trotzdem getan. Wir haben den Herrn Luthardt noch am Abend dieser Besprechung darüber persönlich unterrichtet, um nur ja das nicht hinterm Berg zu halten. Ich meine, das ist schon auch ein Affront gegenüber dem anderen Landesamt, einfach ohne deren Zustimmung eine solche Meldung weiterzugeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist ja ein interessanter Punkt. Herr Nocken, mal abgesehen davon, dass ich es für völlig offen halte, ob Sie die Information, dass die drei sich im Besitz von Schusswaffen befinden könnten, weitergegeben haben oder nicht - das wird ja offenkundig unterschiedlich bewertet -: Würden Sie selber als ehemaliger Verfassungsschützer sagen, es sei schon fast ein Affront gewesen gegenüber einem benachbarten Inlandsnachrichtendienst, dass Sie Ihrer eigenen Polizei in Thüringen überhaupt eine Information haben zukommen lassen, die für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamten bei der Festnahme der Terroristen hätte relevant sein können?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist kein Affront gegenüber diesem Land. Aber wenn dieses Landesamt strikt um Quellenschutz bittet und den Quellenschutz in den Vordergrund stellt, dann ist es sehr schwierig für uns, einfach diesen Quellenschutz zu missachten und diese Meldung an die Polizei weiterzugeben; denn da wird auch die Quelle des Landesamtes extrem gefährdet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wo ist denn der Quellenschutz bedroht, wenn Sie eine inhaltliche Information weitergeben, dass drei Personen, die von Ihren Polizeikollegen gesucht werden, möglicherweise über Waffen verfügen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das ist ja natürlich - - Die Quelle ist natürlich gefährdet, weil die Meldung als solche ja - - Jemand, der die Szene kennt und die Meldungen kriegt, weiß, von wem die Meldung stammen kann. Deswegen ist die Quelle da gefährdet, auch wenn ich das verschleierte und sage: Das ist nicht aus dem oder dem Personen-

kreis gekommen. - Aber so einfach ist das nicht, wie Sie das jetzt vermuten, dass man sagt: Ja dann - so sagt man eben -, das kommt aus einem anderen Landesamt, nicht aus dem, aus dem es wirklich kommt, sondern aus einem anderen, und damit ist die Quellengefährdung nicht mehr gegeben. - Die Meldung als solche ist die brisante.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich verstehe Sie so: Sie haben die Information weitergegeben, obwohl es auch völlig gerechtfertigt gewesen wäre, sie für sich zu behalten.

Zeuge Peter J. Nocken: Es wäre eigentlich unsere Pflicht gewesen, sie für uns zu behalten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es wäre Ihre Pflicht gewesen als Verfassungsschützer, die Polizei nicht zu informieren, dass Personen, die Ihre Polizeikollegen suchen und von denen die Polizei ausgeht, sie sind nicht bewaffnet, bewaffnet sind? Halten Sie das für ein angemessenes rechtsstaatliches Selbstverständnis?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben mehrfach das Landesamt befragt, ob wir diese Meldung weitergeben können. Man hat uns mehrfach gesagt, nein, das ginge nicht. Dann ist es nicht in meiner Macht, zu sagen: Es geht doch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie haben es ja trotzdem gemacht nach Ihrer eigenen Aussage.

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben es trotzdem getan, nicht dokumentiert, aber auf mündliche Art und Weise dem Präsidenten des LKA in einem vertraulichen Gespräch - - Richtig, wir dachten, das ist die korrekt - - die einzig vernünftige Art und Weise, damit umzugehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Luthardt kann sich daran nicht erinnern, Herr Nocken.

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann ich nicht beurteilen, warum er das nicht kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Glauben Sie, dass Herr Luthardt als Leiter des

LKA Thüringen eine solche Information seinen Zielfahndern vorenthalten hätte, wenn er sie von Ihnen bekommen hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist sehr unplausibel, nicht?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es mir nicht vorstellen. Ich weiß es nicht - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Luthardt sagt, nach heutiger Erkenntnislage hat er vielleicht ein Drittel der Informationen bekommen, und zwar eher die irrelevanten.

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann ich nicht so bestätigen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wunderlich sagt, ihn hätte da fast gar nichts erreicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Da sehen Sie schon, welche Unterschiede beim Landeskriminalamt bestehen. Wir sind der Meinung: Wir haben einen viel, viel höheren Prozentsatz - - Meine Kollegen haben damals gesagt: Wir geben denen ja praktisch 90 Prozent unserer Informationen weiter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da scheint die Wahrnehmung sehr verschieden zu sein.

Zeuge Peter J. Nocken: Aber im Schäfer-Bericht ist ja genau diese Weitergabe an den Präsidenten des LKA aufgeführt und bestätigt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie das mal dokumentieren?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, Sie haben uns doch beim letzten Mal vorgetragen, dass der Schäfer-Bericht durch und durch falsch ist. Oder habe ich das falsch in Erinnerung?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, das habe ich nicht geschrieben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, dann müssen wir das noch mal abarbeiten.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe nur gesagt, die Vorwürfe, die im Schäfer-Bericht dem LfV gemacht werden, kann ich so nicht stehen lassen - die Vorwürfe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch eine Frage, Herr Nocken, weil mich das auch interessiert, bezüglich Ihres damaligen Selbstverständnisses als Verfassungsschutz. Die Suche nach flüchtigen Straftätern, ist das Aufgabe eines Nachrichtendienstes oder ist das nicht eigentlich Aufgabe einer Polizeieinrichtung?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist eindeutig die Aufgabe einer Polizeieinrichtung. Wenn diese Straftäter aber politisch motivierte Straftäter sind, hat der Verfassungsschutz eine parallele Zuständigkeit. Daraus ergeben sich ja jetzt auch diese Komplikationen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine parallele Zuständigkeit?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, selbstverständlich. Wenn es Rechtsextremisten oder andere Extremisten politischer Art sind, dann hat der Verfassungsschutz auch eine Zuständigkeit dafür.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Glauben Sie nicht, dass es eher eine dienende Zuständigkeit gegenüber der Polizei und der Staatsanwaltschaft ist?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Wir helfen der Polizei und der Staatsanwaltschaft, wenn es möglich ist. Und in dem Falle war es möglich, und wir haben ja auch alles versucht, den Aufenthaltsort dieser drei Personen zu ermitteln.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer nimmt denn dann den Zugriff, wenn man die Personen lokalisiert hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Kann nur die Polizei machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aha. Wäre es dann nicht sinnvoll, dass die Polizei vollumfänglich über die Informationen, die

relevant sind, in Kenntnis gesetzt wird, die dem Verfassungsschutz vorliegen?

Zeuge Peter J. Nocken: Es wäre wünschenswert, wenn es ginge. Aber wenn der Quellenschutz da absolut gegensteht und Quellengefährdungen dadurch erreicht werden und auch operative Möglichkeiten dadurch verschüttet werden, dann ist es nicht sinnvoll, alles zu geben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Also, die Polizei sucht nach drei Leuten. Sie wissen: Mutmaßlich verüben die Bankraube oder Überfälle. Das ist nicht tunlich, das der Polizei mitzuteilen, um ihren Fahndungsansatz zu verbreitern?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir wussten nichts von Überfällen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Quellenmeldung lautet: Die drei jobben; die drei machen Aktionen. - Wie haben Sie das denn interpretiert? Dass die im Baumarkt aushelfen, oder was?

Zeuge Peter J. Nocken: Die Meldung, die drei jobben - - da haben wir nachgefragt bei der Quelle, und die hat gesagt: Meint eine Nebentätigkeit, meint eine möglicherweise illegale Tätigkeit. Zusätzlich hatten wir kurz davor einen Hinweis, dass einer der drei - ich weiß jetzt nicht mehr genau, wer es war; ich glaube, der Herr Mundlos - - dass Mundlos in einer Szenezeitschrift Artikel verfassen würde. Wir haben das absolut so gesehen, dass das eine Nebentätigkeit geringer Art ist, weil das auch den anderen Informationen entsprach, die wir hatten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gab auch die Information: Waffen für weitere Überfälle.

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist die eben genannte Meldung, die, wo Herr Wunderlich meint, wir hätten sie nicht weitergegeben. Ich habe sie auch gefunden - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, Herr Nocken, Sie haben doch eben gesagt, Sie wussten nichts von Überfällen. Sie hatten

doch die Meldung vorliegen: Waffen für weitere Überfälle.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber es hatte noch gar keine Überfälle gegeben zu dem Zeitpunkt.

(Abg. Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und
Abg. Sönke Rix (SPD) melden sich
zu Wort)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Woher wussten Sie denn das? - Also es gibt einige Zwischenfragen. Zunächst der Kollege Ströbele, dann der Kollege Rix.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Nocken, so einfach kommen Sie da nicht raus. In dem Schreiben, das Sie vorliegen hatten, in der Meldung des befreundeten Dienstes, da steht unter anderem - Sie haben das selber persönlich in der Hand gehabt, weil Sie haben da eine Notiz draufgemacht -:

Die gesuchten Extremisten

- also unsere drei; die hießen da die Drillinge -

... wollen sich vor ihrer Ausreise

- nach Südafrika -

mit Finanzmitteln ausstatten,

- jetzt geht der entscheidende Satz weiter -

dafür benötigen sie Waffen, die
Werner ... beschaffen soll.

„Dafür benötigen sie Waffen“, das wussten Sie.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Herr Kollege, könnten Sie bitte die Quelle mit der Fundstelle komplett zitieren?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Quelle: MAT A TH-3/1, Anlage 03, Blatt 56 bis 58, ohne Einstufung in Tagebuchnummer 09/12.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach können Sie doch überhaupt nicht sagen, Sie wussten nichts von Überfällen. Wenn man sich Finanzmittel beschafft und dafür Waffen braucht, dann kann das wirklich nicht in einem Supermarkt sein. Ich füge noch hinzu: Sie wussten auch, dass diese Meldung enthält, dass sie sich in

Chemnitz aufhalten sollen, und Sie wussten auch, dass drei Monate später, nachdem Sie das gelesen haben, der Edeka-Markt in Chemnitz von zwei Personen überfallen worden ist. Das war nach unserer Kenntnis der erste Überfall, den die drei durchgeführt haben. Da können Sie doch nicht sagen, Sie wussten nicht, dass die überfallen wollten.

Zeuge Peter J. Nocken: Wir hatten eine Quellenmeldung eines anderen Bundeslandes. Wir konnten die Zuverlässigkeit dieser Meldung überhaupt nicht einschätzen. Nur die herausgebende Stelle weiß, wie diese Meldung einzustufen und zu bewerten ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das steht da ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht da, wie die zu bewerten ist.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, es steht da, wie sie zu bewerten ist. Wir konnten aber die Meldung nicht wirklich verifizieren, oder wir haben ja versucht, zu verifizieren: Was könnte damit gemeint sein? Aber wir haben das nicht wirklich so hingebraht, dass wir gesagt haben: Ja, jetzt werden die nächsten Tage Banküberfälle begangen werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So können Sie sich da nicht rausreden.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich versuche mich nicht rauszureden. So ist die Bewertung damals gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Das steht ja in der Meldung drin, dass das Trio weitere Überfälle plant. Also, von daher muss man ja von Überfällen ausgegangen sein. Das ist schon die erste Frage.

Und die zweite Frage, weil Sie immer gesagt haben, die Information, dass das Trio Waffen besitzt, weiterzugeben, sei gefährlich: Für wen ist diese Information eigentlich gefährlich, wenn Sie die weitergeben?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist gefährlich, eine Quellenmeldung eines anderen Landesamtes an die Polizei weiterzugeben, für die Quelle des anderen Landesamtes.

Sönke Rix (SPD): Es geht ja nur um die Information, nicht um die Quelle.

Zeuge Peter J. Nocken: Die Quelle ist doch Träger dieser Information.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Sie wussten selber nicht einmal, von wem die Quelle ist!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Nocken, ich möchte Ihnen noch mal was vorhalten, weil Sie sich immer auf dieses andere Bundesland beziehen. Dieses andere Bundesland hat uns nunmehr seine Unterlagen zur Verfügung gestellt, auch solche, die amtlich geheim gehalten sind. Daraus will ich nicht zitieren. Aber es ergibt sich Folgendes: dass dieses andere Bundesland schreibt zu dieser Quellenmeldung in einem Vermerk:

Es muss geprüft werden, ob und, wenn ja, welche Informationen an die Polizei weitergeleitet werden können. (?)

Und sie fügen noch hinzu:

Inwiefern die drei Gesuchten bei einem Scheitern des Überfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen und eventuell Menschen töten könnten, ist hier nicht bekannt. Der Fall Kay Diesner zeigt aber, dass Derartiges in der Rechtsextremisten-/rechtsterroristischen Szene nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. (?)

Das heißt, das Bundesland, das Sie beliefert hat, hatte offenbar ein hohes Problembewusstsein, was aus der Kombination „untergetauchte Rechtsextremisten plus Waffen“ entstehen kann, und hat sich nach unseren Unterlagen keineswegs apodiktisch geweigert, das weiterzugeben.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, zur damaligen Zeit haben die sich geweigert, irgendeine Information aus dieser Quellenmeldung weiterzugeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also - nur kurz -, zunächst mal haben Sie diese Information bekommen, Landesamt, Landesamt Sachsen hat sie bekommen und Bundesamt für Verfassungsschutz.

Zeuge Peter J. Nocken: Mit der Verpflichtung, diese Quellenschutzmeldung nicht weiterzugeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, darüber zu reden, wie man - - was man der Polizei sagt. Das ist doch insofern legitim. Aber nun gar nichts der Polizei über Waffen zu sagen, war doch nun gerade das Gegenteil dieses warnenden Hinweises.

Zeuge Peter J. Nocken: Nur das herausgebende Landesamt kann bestimmen, was aus seiner Meldung weitergegeben werden kann. Ein anderes, empfangendes Landesamt kann da keine Eigenmächtigkeiten entwickeln. Das ist nun mal so, und das wird auch immer so sein.

(Lachen)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, Herr Nocken, ich sage mal so: Es wäre um diesen Rechtsstaat schlecht bestellt, wenn das so bliebe, wie es war. Also, man muss sich das mal vorstellen, dass Sie ernsthaft hier argumentieren, es wäre nicht zwingend gewesen, Ihre Polizeikollegen in Thüringen zu informieren, dass die Leute, nach denen sie suchen, möglicherweise bewaffnet sind. Das ist hanebüchen, das mit nachrichtendienstlichen Argumenten auch noch zu verbrämen. Eine solche Haltung ist fahrlässig.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man nur auflösen!)

Zeuge Peter J. Nocken: Dann muss man dem Landesamt den Vorwurf machen, das diese Meldung nicht freigegeben hat, aber nicht einem Landesamt, was nur beteiligt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist jetzt: Irgendjemand hat Fehler gemacht, nur wir selber nicht. Gute Haltung!

Zeuge Peter J. Nocken: Warum hat denn das Land Sachsen die Meldung nicht weitergegeben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Letzte Zwischenfrage von Herrn Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, also, Herr Nocken, Sie haben ganz offensichtlich - - Sie haben ja auch Verantwortung. Sie können sich nicht da rausreden. Und Sie haben den Quellenschutz über die Aufklärung von Straftaten und die Verhinderung von Straftaten gestellt.

Ich will noch auf einen anderen Widerspruch hinweisen - der ist hier schon angesprochen worden -, und zwar die Frage, an wen Sie die Information mündlich weitergegeben haben. Ich zitiere hier aus dem Protokoll der Vernehmung des Zeugen LKA-Präsident Luthardt. Er sagte - Sitzung vom 31.01.2013, Seite 109 des Protokolls -:

Ich habe auch die Zeitabläufe mal rekonstruiert, wo ich da war. Ich war gar nicht anwesend, sodass es woanders aufgelaufen sein muss. Und ich finde nicht, wo es aufgelaufen ist.

Sie können nicht mit ihm gesprochen haben. Oder wer auch immer aus Ihrem Amt nicht mit ihm gesprochen hat zu diesem Thema: Er hat es zumindest so eindeutig hier in diesem Raum gesagt. Können Sie das aufklären? Mit wem haben Sie denn gesprochen? Haben Sie möglicherweise mit einem anderen LKA-Mitarbeiter gesprochen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, nein. Wir sind nach der Besprechung zum Leiter des LKA gefahren und haben ihm das da vorgetragen. Ich habe auch hier in dem Bericht von Herrn Dr. Schäfer: Abend des 16.09.98: Persönliche Unterrichtung des Präsidenten des LKA durch TLfV. Der genaue Inhalt der Unterrichtung ist nicht aktenkundig.

Jens Petermann (DIE LINKE): Trotzdem Nachfrage: Haben Sie allein das Gespräch geführt? Oder waren da noch andere Mitarbeiter des LfV dabei?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, wenn ich mich richtig erinnere, war der Kollege Schrader auch noch dabei.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch eine Frage, bevor wir mit der ersten Berliner Runde anfangen. Herr No-

cken, was sagt Ihnen der Begriff Heron-Verlagsgesellschaft?

Zeuge Peter J. Nocken: Der Begriff Heron-Verlagsgesellschaft sagt mir: Das ist ein Verlag, den Herr Dr. Roewer aus dienstlichen Gründen gegründet hat, der dann aber schon kurz nach Gründung nicht mehr dazu taugte, dienstlich verwendet zu werden, weil der Zusammenhang zum Verfassungsschutz offenkundig war. Es war eine Gründung des Herrn Dr. Roewer aus nachrichtendienstlichen Gründen ursprünglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche nachrichtendienstlichen Gründe waren das denn?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich meine, er hätte im Bereich der Spionageabwehr da Aktivitäten entwickeln wollen. Also, im Bereich des - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich frage deshalb, weil ich werde nachher Herrn Roewer ein paar Auszüge aus einem Film vorführen, der im Jahre 2000 von dieser Heron-Verlagsgesellschaft produziert worden ist, wo er selber, Herr Dr. Roewer, mit einem Statement vorkommt, Tino Brandt mit einem Statement vorkommt und André Kapke mit einem Statement vorkommt, alles zum Thema „In Thüringen haben wir ein mindestens so großes Problem mit dem Linksextremismus wie mit dem Rechtsextremismus“. Kennen Sie diesen Film?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kenne den Film nicht, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2000 waren Sie doch noch im Amt?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war ein Film, der hat für ziemlich viel Wirbel gesorgt, weil es da auch eine Intervention des Landtages von Thüringen gab, weil der sehr stark relativierend gewesen sein soll.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ich weiß, dass es da ein Problem mit dem Film gab; aber den Film selber kenne ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur ersten Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Herr Kollege Binninger, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Zeuge, wann haben Sie in Ihrer dienstlichen Funktion überhaupt das erste Mal von dem Trio erfahren? Wann hat man Ihnen im Hause mal berichtet, dass es da ein Trio gibt oder eine Gruppierung, die man im Verdacht hat, ein Sprengstoffverbrechen vorzubereiten?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich erinnere mich daran, dass Ende des Jahres 1997 mehrere Vorfälle sich ereignet haben, zuletzt das Ablegen einer zündfähigen Bombe am Theater in Jena. Und daraufhin hat meine Auswertung aus dem Bereich Rechtsextremismus die Meinung vertreten, dass für diesen Bombenanschlag oder den versuchten Bombenanschlag nur die „Kameradschaft Jena“ infrage käme. Seit der Zeit war mir bekannt, dass da Personen sich mit Sprengstoff beschäftigen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber die „Kameradschaft Jena“ als Ganzes zunächst noch und nicht spezifiziert auf Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, sondern auf - -

Zeuge Peter J. Nocken: Also, soweit ich mich erinnere, war das nicht spezifiziert auf die späteren drei Täter, sondern auf die „Kameradschaft Jena“, die ja von André Kapke im Wesentlichen geführt wurde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War Ihnen bekannt, dass dieses Ermittlungsverfahren ja auch gegen sechs Personen geführt wurde, nicht nur gegen drei, eben die von den Genannten, Kapke und Wohlleben auch dabei, anlässlich dieser - -

Zeuge Peter J. Nocken: Es war mir jetzt nicht präsent, aber es überrascht mich nicht; denn das waren alle die Personen, die dann in der „Kameradschaft Jena“ zusammengehört haben: Kapke, Wohlleben und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Polizei hatte irgendwann den Verdacht, dass aus dieser Gruppierung her möglicherweise ein größeres Sprengstoffverbrechen geplant sein soll, und sie wusste aber nicht, wo die-

ser Sprengstoff gelagert ist. Und dann hat sich die Polizei an den Verfassungsschutz gewandt und um Amtshilfe gebeten. Wussten Sie davon?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich habe diesen Vorfall anders in Erinnerung. Als diese Bombe am Theater in Jena lag, habe ich, wie ich es vorgetragen habe, meiner Auswertung Rechtsextremismus gesagt: Für diese Bombengeschichte, für das Bombenablegen kann eigentlich nur die „Kameradschaft Jena“ infrage kommen. Wir sollten uns aus eigenem Antrieb mit dieser „Kameradschaft Jena“ beschäftigen. - Was wir dann auch getan haben. Ein Auftrag des Landeskriminalamtes oder eine Bitte des Landeskriminalamtes ist mir nicht bewusst. Es hätte ja dann sowieso eine Bitte oder ein Auftrag oder eine Absprache auf verhältnismäßig hoher Ebene sein müssen. Sachbearbeiter können ja nicht sagen: Ich setze jetzt mal eben die Observationsgruppe des Landesamtes für Verfassungsschutz ein. Zumindest hätte man mit mir sprechen müssen und in dem Falle womöglich der Leiter der Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes, und das war nicht der Fall. Also, ich habe das so in Erinnerung, dass wir aus eigenem Antrieb uns mit den Personen beschäftigt haben und nicht aufgrund eines Auftrages.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie sah diese Beschäftigung Ende 97 aus?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben zunächst mal nach Ermittlungen dann Observationen gefahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und haben dabei was festgestellt?

Zeuge Peter J. Nocken: Und haben dabei festgestellt, dass die Personen, wenn ich das richtig so in Erinnerung habe, die dann später das Trio oder die Drillinge oder das Drillingspaar waren, sich normal verhalten haben in ihrem ganzen täglichen Leben, aber beim Anlaufen bestimmter Stellen, nämlich dieser Garagen, sich doch sehr seltsam, um nicht zu sagen konspirativ verhielten, offenbar um zu verschleiern, was mit den Garagen wirklich war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie viel Observationsteams hatten Sie denn im Ver-

fassungsschutz damals etwa? Oder wie viele Kräfte konnten so was machen? Observation ist ja sehr personalaufwendig.

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig, Observation ist sehr personalaufwendig. Ich weiß nicht, wir werden vielleicht so zehn bis zwölf Personen da eingesetzt haben. Ich kann es Ihnen aber nicht genau sagen, wie viele es waren.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, Sie haben eine Gruppierung mit etwa sechs Leuten - „Kameradschaft Jena“ -, haben, sage ich mal, maximal zwei Observations-teams, die Sie einsetzen können - irgendwann müssen die auch wieder mal schlafen und Pause machen -, und landen sehr schnell einen Treffer genau bei den drei, die in der Kameradschaft eigentlich bis dato keine hervorgehobene Rolle gespielt haben. Wie kam das?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich nehme an, dass es ein bisschen ein glücklicher Zufall war.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ein glücklicher Zufall?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Dass wir ausgerechnet bei den dreien dann festgestellt haben, dass da irgendwas nicht in Ordnung sei.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Andere Quellen, andere Hinweise gab es nicht?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein. Andere Hinweise gab es nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, Ihnen ist ja, so haben wir es den Akten entnommen und auch, ich glaube, einer Aussage hier von der Polizei - - Die Polizei hat die Observation ja auch versucht, hat aber aufgrund von Personalmangel - - und das LKA Thüringen ist etwas größer, glaube ich, als das LfV Thüringen. Ist das richtig?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, die größere Behörde hatte nicht so viel Personal für Observationen und hat insgesamt wohl nur drei Tage observieren können, kam

dort zu keinem Ergebnis und hat dann auf der Arbeitsebene das LfV um Unterstützung gebeten, und dort hatte man nach einer Woche schon das Wunschergebnis: die Garage 5 an der Kläranlage.

Zeuge Peter J. Nocken: Um noch mal klarzustellen: Auf Arbeitsebene können die nicht eine Observationsgruppe des LfV einsetzen. Das war absolut unsere eigene Entscheidung, da zu observieren. Und ich kenne auch die Observationsaufträge des LKA nicht. Die haben ja auch noch viele andere Sachen zu machen gehabt. Ich weiß nicht, warum sie das da nicht weiterbetrieben haben. Wir haben es weiterbetrieben, und wir hatten Glück dabei. Wir hatten keine anderen Informationen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wir werden heute noch einen Zeugen hören aus der Sachbearbeiterebene von Ihrem Haus damals, der ja auch gegenüber der Schäfer-Kommission ausgesagt hat, dass er zuständig war, die Eigentumsverhältnisse der Garagen zu klären. Können Sie sich daran noch erinnern? Also, als es dann hieß: „Wir haben jetzt ein verdächtiges Objekt; die Observation hat den Glückstreffer gebracht“, wie Sie es formuliert haben: Wie ging es dann weiter? Irgendwann muss es ja bei der Polizei wieder gelandet sein.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Da ist irgendwann mal ein Observationsbericht fertiggestellt worden, und der ist der Polizei dann übergeben oder zugeschickt worden, die dann daraufhin die Durchsuchungsbeschlüsse für die Garagen erwirkt hat.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Waren Sie dann noch eingebunden, Ihr Haus, irgendwie?

Zeuge Peter J. Nocken: Bei der Durchsuchung der Garagen war meines Wissens von uns niemand mehr dabei.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ist Ihnen mitgeteilt worden, dass man bei der Abklärung der Eigentumsverhältnisse der Garagen auf einen Namen gestoßen ist, der zumindest etwas sensibel hätte machen müssen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ist mir nicht innerlich, nein. Ich weiß nur, dass irgendeine Garage wohl im Eigentum eines Polizeibeamten stand.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das meine ich ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber ich kann mich an den Namen nicht mehr erinnern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber das hat man Ihnen vorher nicht mitgeteilt?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, ich glaube nicht. Ich weiß es nicht mehr genau.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wissen Sie, Sie haben hier gerade gesagt: Auf Sachbearbeiterebene kann das alles nicht laufen. Das wüssten Sie selber. Und dann gab es aus eigenem Antrieb eine Observation, zielgenau gegen die drei aus einer größeren Gruppe, warum auch immer, weil man hat ja die ganze Gruppe im Blick. Und dann hat die Observation Erfolg. Und dann frage ich mich jetzt: Dann hat man Ihnen doch darüber auch berichtet, also über den Erfolg dieser Observation, nach dem Motto „Wir haben jetzt eine Garage identifiziert“. Und da wäre doch auch die logische Frage: „Wem gehört die?“, bevor ich so was weitergebe an die Polizei.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich gehe davon aus, dass diese Fragen auch geklärt und gestellt worden sind. Mir sind sie nur nicht mehrinnerlich. Das ist lange her. Ich kann es nicht mehr sagen. Also, es ist bestimmt auch geklärt worden: Wem haben die Garagen - - Oder wer ist Vermieter, und wer ist Eigentümer dieser Garagen? Es ist sicherlich geklärt worden. Aber es kann auch sein, dass das dann erst bei der Polizei geschehen ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nein, bei der Polizei ist es offensichtlich nicht geschehen, weil die haben es überraschend am Morgen der Durchsuchung festgestellt, dass die Garage 5, die relevante, einem Kollegen gehört.

Zeuge Peter J. Nocken: Ach, das wusste ich nicht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie haben in Ihrem Eingangsstatement das letzte Mal gesagt - ich zitiere aus dem vorläufigen Protokoll -:

Bei Kompetenzüberschneidungen zwischen Polizei und Verfassungsschutz ist im Zweifel ein mögliches Strafverfolgungsinteresse dem Schutz der Quelle unterzuordnen.

Halten Sie diese Position in ihrer Absolutheit für aufrecht?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, in der Absolutheit sicherlich nicht; aber das ist, was auch zum Beispiel im Handbuch für Verfassungsschutzrecht des BfV in der neuesten Ausgabe genau so drinsteht.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt haben wir natürlich ein paar Gesetze und Normen in Deutschland, die wiegen etwas schwerer als das Handbuch für Verfassungsrecht, bei allem Verständnis. Und Sie sind vorher - - waren Sie jetzt nicht in der Lage.

Ich würde Sie trotzdem noch mal fragen wollen: Worin besteht denn überhaupt noch der Nutzen einer Quelle oder einer Quelleninformation, Stichwort „Waffen beschaffen, Überfälle“, wenn Sie die ja nie weitergeben können oder die andere Behörde einen Stopp verfügt? In welchem Fall wäre es überhaupt denkbar? Also, was muss passieren, dass Sie so eine Information weitergeben?

Zeuge Peter J. Nocken: Selbstverständlich kann man sich überlegen, bestimmte Informationen, die auch aus dem Quellenbereich stammen, der Polizei zu geben. Da muss man sich überlegen: In welcher Art geschieht das? Das ist in diesem Falle aber nicht die Frage gewesen; denn unser Ziel der Operation war ja zunächst mal: Feststellen des Aufenthaltsortes. Hätten wir den Aufenthaltsort dieser drei Personen festgestellt mit der nachrichtendienstlichen Operation, dann hätten wir selbstverständlich Mittel und Wege gefunden, alles das, was auch quellengeschützt ist, der Polizei in geeigneter Form zu geben, ohne dass die Quelle eine Rolle gespielt hätte im Verfahren. Denn das ist ja das Problem: dass das später dann in Verfahren mündet. Und die Verfahren - wissen Sie selber -, da sind Rechtsanwälte beteiligt, die werden dann sofort nachfragen: Von wem stammt die Information? - Wenn die dann

sehen: „Das ist eine Verfassungsschutzinformation“, wird die Quelle natürlich sofort als Zeuge benannt, und dann kriegt man das nicht mehr wasserdicht gemacht.

Es ist so: Eine nachrichtendienstliche Operation muss ein Ziel haben. Das Ziel war vorliegend: Feststellen des Aufenthaltsortes dieser drei Gesuchten. Hätten wir gesagt: „Heute Abend sitzen sie in der Gaststätte Meier in Jena oder in Chemnitz“, hätten wir das gewusst, dann hätten wir in geeigneter Weise der Polizei sagen müssen: „Hingehen, festnehmen, erledigt“, so wie wir es ja auch beim ersten Mal getan haben. Wir haben ihnen die Garagen ja aufgrund einer kleinen und begrenzten nachrichtendienstlichen Operation - der Polizei - gegeben und haben gesagt: Guckt es euch an, da stimmt was nicht. - Das war auch sozusagen die erste kleinere nachrichtendienstliche Operation. Die zweite, größere war: Feststellen des Aufenthaltsorts. Aber kleine Informationen innerhalb dieser Bearbeitung jeweils an die Polizei zu geben und zu sagen: „Guckt mal da“, führt sofort dazu, dass das aktenkundig ist, dass weiter ermittelt wird, dass dann die Quelle letztendlich gefährdet wird. Und deswegen tut man das nicht. Und das ist nicht, dass das LfV Thüringen das nicht so getan hat; das wird eigentlich nie gemacht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber führt das nicht den Nutzen dieser Quellen insgesamt etwas ad absurdum, wenn Sie in so gut wie keinem Fall auch brisanteste Hinweise, auch in verklausulierter Form - Sie hätten ja nur sagen können, dass Ihnen dienstlich bekannt wurde, ja? -, nicht weitergeben? Wozu dann überhaupt alles?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Natürlich, man muss schon abwägen: Ist jetzt der Nutzen, der Polizei die Information zu geben mit der Möglichkeit, dass die Quelle gefährdet wird, vielleicht sogar richtig gefährdet wird - nicht nur, dass sie nicht weiterarbeiten kann, sondern richtig gefährdet wird -, größer, oder ist der Nutzen größer, wenn die Quelle weiterarbeiten kann und geschützt bleibt? Das ist die Frage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie sind da ein hohes Risiko gegangen mit leider am Ende schlimmem Ergebnis.

Zeuge Peter J. Nocken: Sie meinen jetzt mit der Waffenbeschaffung?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, insgesamt: dass man im Prinzip in dieser Frühphase, als es so viele Hinweise gab auf den Aufenthaltsort - was ja Ihr Auftrag war; ob rechtlich legitimiert oder nicht, lassen wir mal dahingestellt -, den Quellenschutz höher bewertet hat mit dem Ergebnis, dass das Trio nicht gefasst werden konnte und die Verbrechensserie ihren Lauf nahm.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich will nur eins dazu sagen: Wir haben der Polizei, der Zielfahndung des Landeskriminalamtes sehr wohl gesagt, wo wir vermuten, dass die drei Gesuchten sich aufhalten im Raume Zwickau/Chemnitz. Das ist denen mitgeteilt worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da hören wir jetzt natürlich Unterschiedliches: dass die Zielfahnder sich beklagen, sie hätten kaum was bekommen; dass Sie sagen: Die saßen da bei uns sogar mit im Auto, man hat gemeinsame Fahrten gemacht. - Leider wurde nie irgendwas Schriftliches dokumentiert. Also, es ist ein bisschen ein Schwarzer-Peter-Spiel. Das bringt uns nicht weiter.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber ich glaube, der Herr Wunderlich hat das ja sogar auch bei der Schäfer-Kommission zugegeben, dass wir ihn gebeten haben, die Informationen, die wir gewinnen können aus dem Quellenbereich, nicht zu dokumentieren. Und er hat gesagt: Wir haben sie auch nicht dokumentiert. - Das ist ja sozusagen der Beleg dafür, dass er Informationen bekommen hat. Dass die Polizei nie zufrieden ist mit dem, was sie kriegt vom Verfassungsschutz, Herr Binninger, das ist einfach mal so. Die glauben auch immer, wir wissen mehr, als wir wirklich vielleicht wissen. Die sagen immer: Ihr gebt uns nie was.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, Sie wissen gar nicht so viel.

Zeuge Peter J. Nocken: Steine statt Brot. - Ja, leider wussten wir nicht, wo die drei waren. Leider wussten wir es nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Chemnitz wäre ja ein Treffer gewesen. Also, was haben denn die Sachsen dazu gesagt bei dieser Besprechung?

Zeuge Peter J. Nocken: Denen haben wir es auch mitgeteilt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die waren ja dabei. Sie saßen doch an einem Tisch.

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Brandenburg, Sachsen, Thüringen saßen an einem Tisch.

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Drei saßen von den drei Verfassungsschutzbehörden.

Zeuge Peter J. Nocken: Die Sachsen haben Observationsmaßnahmen gefahren aufgrund der Informationen, die ausgetauscht wurden. Der Herr Wunderlich hat - also, ich bin sehr sicher - einige Observationseinsätze mit uns gefahren, was absolut außergewöhnlich ist. Ich kann mich nicht - ich bin ja nun auch lange im Verfassungsschutz gewesen - erinnern, dass jemals bei uns ein Polizist im Auto saß bei der Fahndung nach irgendwelchen Straftätern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Saßen Sie mal im Polizeiauto mit dabei? Wäre ja umgekehrt auch mal denkbar.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich persönlich nicht, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder einer Ihrer Mitarbeiter?

Zeuge Peter J. Nocken: Das könnte mal gewesen sein. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kollege Schuster hat eine kurze Zwischenfrage.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Nocken, ich zitiere mal wieder aus der vorläufigen Vernehmung von Ihnen. Uns wurde

... vom Thüringer Landeskriminalamt die Sondereinheit „Zielfahndung“ als ausschließlicher Ansprechpartner für das TLfV benannt. Warum nicht der polizeiliche

Staatsschutz die Aufgabe bekommen hat, nach den Flüchtigen zu fahnden, ist mir unbekannt.

Dazu kam, dass das LfV aufgrund fehlender Erfahrungswerte bei der Zusammenarbeit mit der Zielfahndung nicht wusste, wie dort mit sensiblen Informationen umgegangen wird.

Kann man aus dieser Aussage entnehmen, dass Sie nicht begeistert waren über die Zusammenarbeit mit den Zielfahndern, weil sie aus Ihrer Sicht vielleicht nicht die nachrichtendienstliche Kompetenz hatten?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich glaube, dieser Schluss, dass ich nicht begeistert gewesen bin oder dass wir nicht begeistert gewesen sind, ist so nicht richtig. Es war eine neue Situation. Der Verfassungsschutz arbeitet in der Regel nicht mit den Zielfahndungskommandos der Landeskriminalämter oder der Polizeien zusammen, sondern in der Regel mit den Staatsschutzabteilungen oder mit den Staatsschutzbereichen.

In diesem Fall hat uns das Landeskriminalamt gesagt: Wir möchten gerne - - die Fahndung durch die Zielfahndung betrieben werden, dass die von der Zielfahndung betrieben werden. - Da muss man auch - - Gerade in dem nachrichtendienstlichen Geschäft - und das wissen vielleicht auch viele von Ihnen, die hier ja lange Erfahrung haben -, gerade in dem Geschäft der Dienste und der Polizei wird vieles aufgrund von vertrauensvoller Zusammenarbeit geregelt. Und wir wussten nicht: Wie handelt die Zielfahndung Informationen, die wir ihnen geben, und wo platzen die dann wieder auf, wo kommen die raus, oder was wird damit gemacht? In den Staatsschutzbereichen, da ist eine längere Zusammenarbeit schon gang und gäbe gewesen, da weiß man, dass man sich aufeinander verlassen kann. Das heißt aber nicht, dass man sich auf die Zielfahndung nicht verlassen kann. Ich war eigentlich von dem Gedanken ganz angetan, dass man sagt: „Okay, hier gibt es eine Sondereinheit der Polizei, die sich ganz speziell um einzelne, mit Haftbefehl gesuchte Personen kümmert, das muss ja eigentlich eine höhere Qualität sein“, wusste aber nicht: Wie behandeln die unsere vertraulichen Informationen? Das war so ein bisschen der Grund, weshalb ich das da reingeschrieben habe.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe noch einen Satz mehr:

Hätte ich damals geahnt, dass die Zusammenarbeit mit der Zielfahndung so wie geschehen verlaufen würde, hätte ich auf einem anderen Ansprechpartner in diesem Fall ... bestanden.

Zeuge Peter J. Nocken: So ist es. Das habe ich in der Tat so reingeschrieben, weil ich weiß, dass der Herr Wunderlich seit 2001, spätestens seit 2001, ständig behauptet, das Landesamt für Verfassungsschutz hätte seine schützende Hand über diese Gruppe gehalten. Und das ist absolut zurückzuweisen. In keinsten Art und Weise haben wir mit einem der drei auch nur den geringsten Kontakt gehabt. Und er behauptet das seit 2001. Gebetsmühlenartig erklärt er das jedem neuen Minister, jedem neuen Staatssekretär, der gekommen ist - - wurde ich immer wieder zitiert. Auch als ich schon pensioniert war, musste ich wieder sagen, eine dienstliche Erklärung abgeben: Habt ihr, oder habt ihr nicht? Der Herr Wunderlich hat es nicht verkneifen können, dass er mal irgendeinen mit Zielfahndung Gesuchten nicht hat festnehmen können.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie ihm keine Gelegenheit dafür gegeben haben!)

Das muss ihn getrieben haben. Und weil ich das jetzt weiß, wie es war, habe ich reingeschrieben: dann hätte ich damals auf einem anderen Ansprechpartner bestanden.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte kurze Zwischenfrage, jetzt eher mit Blick auf die heutige Situation. Ihre Einschätzung als Experte: Kann man sagen, dass Verfassungsschutzämter am liebsten oder fast ausschließlich nur mit der ST, also mit dem Staatsschutz, einer Polizeibehörde, zusammenarbeiten?

Zeuge Peter J. Nocken: Aus meiner Sicht, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und das ist auch heute noch so?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich denke es mir, ja. Kann ich aber jetzt nicht sagen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Heißt also: Wenn ein Mördertrio gesucht würde, von dem man gar nicht diesen rechtsterroristischen Hintergrund kennt, und das normale Verfahren abläuft - der Fall landet gar nicht in der ST -, dann hätten wir auch heute unter Umständen das Problem, dass der Zusammenhang zum LfV gar nicht automatisch gesehen wird in einer Polizei, weil man ungeübt ist in der Zusammenarbeit?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich denke, das wird heute noch so sein, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Danke.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Nocken, Sie haben gerade sehr leidenschaftlich erklärt, dass Sie - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe eine kurze Zwischenfrage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gab es denn damals eine ST in Thüringen, an die Sie sich hätten wenden können?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, es gab eine Abteilung Staatsschutz im Landeskriminalamt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zwei Minuten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Zeuge, Sie haben gerade sehr leidenschaftlich erklärt, dass Sie nie oder Ihr Haus irgendwie schützend die Hand über das Trio gehalten hätten. Würden Sie die gleiche absolute Aussage auch treffen, dass Sie nie schützend die Hand über Tino Brandt gehalten haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Der Tino Brandt, das wissen Sie, war unsere Quelle.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war nicht meine Frage.

Zeuge Peter J. Nocken: Die schützende Hand: Sie meinen, dass wir ihn aus - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gewarnt haben vor Durchsuchungen, als Beispiel.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Also, ich kann nur sagen, dass ich den Herrn Brandt persönlich gar nicht gekannt habe. Also, ich habe ihn - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, es geht jetzt um Ihr Haus, es geht nicht um Sie.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, nein. Nein, das weiß ich, dass ich ihn persönlich nie gewarnt haben kann, weil ich ihn gar nicht persönlich kannte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Klar, das macht - -

Zeuge Peter J. Nocken: Bei meinen Mitarbeitern bin ich sehr sicher, dass die das auch nicht getan haben. Hätte es irgendjemand, der ihn mal als V-Mann-Führer betreut hat, irgendwann mal getan, dann wäre das gegen meine ausdrückliche Weisung und auch ohne meinen Willen und Wissen geschehen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das nehme ich Ihnen gern ab. Aber Sie können es nicht ganz ausschließen.

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann man nie. Ich will Ihnen nur - - Darf ich nur noch eins hinzufügen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Das hätte ja - - Sie meinen jetzt das Warnen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Das Warnen der - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Vor polizeilichen, vor rechtsstaatlichen Maßnahmen, das Warnen einer Quelle. Also, Quellenschutz geht so weit, dass man ihn sogar vor Strafverfolgung schützt. Das ist der Vorwurf, der im Raum steht.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ja, genau. Aber vor Strafverfolgung schützen, das heißt

ja, ich hätte mit der Staatsanwaltschaft sprechen müssen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nein. Es genügt ja, wenn Sie ihn warnen vor einer Durchsuchung, und er kann Beweismittel zur Seite schaffen. Dann schützen Sie ihn auch vor Strafe.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, zunächst einmal ist mir überhaupt nicht alles immer bekannt gewesen, wann da Durchsuchungen waren. Und meine Mitarbeiter: Bin ich nicht sicher, ob die das wussten. Also, von - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Darf ich Ihnen was vorhalten zum Schluss noch jetzt in der Runde?

Zeuge Peter J. Nocken: Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nur dass Sie auch die Fremdeinschätzung dieser Frage mal sehen. Ist aus MAT A GBA-12. Und das ist die Auswertung eines Gespräches zwischen Heise und Tino Brandt, wo Brandt selber sagt - ich zitiere -:

... also wenn da auf Teufel komm raus gegen Dich ermittelt wird, wegen jeglichem Schwachsinn, wenn, wenn, wenn auf einmal vermehrt Hausdurchsuchungen kommen. Gut, ist dann natürlich schon sehr praktisch, wenn ich einen Tag vorher weiß, dass die kommen. ...

Ich sach mal so, das war bis auf zwei Hausdurchsuchungen, die der Freistaat Bayern gegen mich veranlasst hat, ... wo ichs nicht vorher wusste, war das sonst so in Coburg, ... ja ... Computeratrappen mitgenommen.

Also im Klartext: Brandt sagt selber: Wenn in Thüringen was gegen mich lief, habe ich es rechtzeitig - - Er sagt ja: Es war schon sehr praktisch, wenn ich einen Tag vorher weiß, dass die kommen. - Es hat nur nicht geklappt, als er in Bayern war, weil da kam die bayerische Polizei überraschend.

Und dann weiter unten im gleichen Gespräch sagt er:

... auf einmal, riefen sie bei mir an auf Arbeit, ... können erstmal nicht mehr bei Dir anrufen, weil Handy und Dings ist Papi.

Was immer er damit meint.

Sach, LKA hängt drinne oder der große Bruder hängt drinne, sprich Bundesverfassungsschutz.

Also, dieses offensichtliche doch eben Warnen: Wie erklären Sie sich so was? Oder erzählt er hier Unfug? Weil das Gespräch war aus dem Jahr 2007, wo er so resümiert, wie es ihm so ging als V-Mann.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kann es mir nicht erklären, warum er es so sagt. Es kann für mich nur so sein, dass er aufschneiden wollte, welche guten Kontakte oder welche guten Möglichkeiten er hatte. Wie gesagt: Diejenigen, die mit ihm zu tun hatten als V-Mann-Führer, von denen weiß ich eigentlich sehr genau, dass die ihm die Warnungen haben nicht zukommen lassen. Und ich frage mich, wer das sonst hätte gewesen sein können.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, dann in der nächsten Runde können wir es noch mal fortführen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Rix.

Sönke Rix (SPD): Dann würde mich schon mal interessieren - da direkt anzuknüpfen -, wie Sie sich erklären, dass die Wohnungen der Durchsuchten quasi klinisch rein waren, also wenn es keine Informationen gegeben hat. Aber es ist ja infolge doch eine Wohnung gefunden worden, in der es nichts zu finden gab.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da waren sogar alte Computer!)

Zeuge Peter J. Nocken: Kann ich Ihnen nicht sagen, warum das so war. Es ist vielleicht eine Erklärung, dass die Quellen bei der Verpflichtung, wenn sie vom Verfassungsschutz verpflichtet werden, auch erklären müssen, dass sie keine strafbaren Handlungen begehen sollen. Das wird von ihnen abverlangt. Und das heißt natürlich auch, dass sie sich so verhalten, immer so verhalten müssen, dass sie da nicht straffällig werden.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so!)

Sönke Rix (SPD): Also, Sie gehen jetzt davon aus, dass er nicht straffällig - -

(Iris Gleicke (SPD): Das ist doch absurd!)

Also, Sie gehen jetzt davon aus, dass er auch gar nicht straffällig war, oder wie?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, er hat sicherlich irgendwelche Dinge mal gemacht, die dann auch in einem Verfahren geendet sind; nur eigentlich verpflichten die sich, sich nicht straffällig zu verhalten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat nie zu einer Verurteilung geführt!)

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Herr Kollege Rix, der Herr Petermann hätte eine Zwischenfrage, wenn Sie gestatten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will da mal anknüpfen, Kollege. Es sind wohl über 30, 35 Verfahren sogar gewesen, die gegen Tino Brandt eingeleitet waren, und es kam meines Erachtens nicht zu einer einzigen Verurteilung. Das ist doch sehr merkwürdig, Herr Nocken. Finden Sie das nicht auch?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber das ist natürlich keine Sache, die der Verfassungsschutz - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Das kann Ihnen doch niemals entgangen sein.

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist mir vielleicht nicht entgangen. Mir sind die einzelnen Verfahren nicht mehr bekannt; das sage ich schon hier richtig. Aber da hat ja nun der Verfassungsschutz nichts mit zu tun. Das ist Frage der Justiz.

(Aydan Özoğuz (SPD): Das ist doch für Sie relevant!)

Sönke Rix (SPD): Die Quelle „2100“ - -

(Iris Gleicke (SPD): „Riese 2100“!)

- „Riese 2100“, die sollen Sie selbst geführt haben. Sie stehen hier ja unter Wahrheitspflicht. Haben Sie da - -

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Nein, ich habe keine Quelle selbst geführt.

(Iris Gleicke (SPD): Das haben Sie aber im Schäfer-Bericht gesagt!)

Sönke Rix (SPD): Kennen Sie denn diese Quelle?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe keine Quelle selber geführt, keine. Ich kenne - - Den Tino Brandt habe ich von Person nicht gekannt, die anderen Quellen habe ich auch von Person nicht gekannt.

Sönke Rix (SPD): Auch keinen Kontakt mit denen gehabt? Also, ich meine - -

Zeuge Peter J. Nocken: Auch keinen Kontakt mit denen gehabt.

Sönke Rix (SPD): Sie stehen hier unter Wahrheitspflicht. Das wird dann so protokolliert. Also können Sie natürlich auch keine Warnung in dem Falle ausgesprochen haben.

Zeuge Peter J. Nocken: So ist es.

Sönke Rix (SPD): Gut. - Ich fange noch mal von der anderen Seite an und versuche noch mal, herauszufinden, warum überhaupt das Landesverfassungsamt die Ermittlungen durchgeführt hat, also bzw. warum es überhaupt auf die Suche nach dem Trio gegangen ist, obwohl es doch eigentlich eher die Aufgabe von Polizei gewesen ist. Wie erklären Sie sich das?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist richtig, dass das eine Aufgabe der Polizei war. Da die Täter aber aus dem rechtsextremen Milieu stammen und wir glaubten, mit unseren Zugangsmöglichkeiten und Informationsbeschaffungsmöglichkeiten dazu beitragen zu können, den Aufenthaltsort der drei zu suchen und zu finden, deswegen sind wir da mit eingestiegen, begleitend und hilfsweise. Wir haben niemals die Sachleitung dieser Geschichte übernommen oder der Fahndung, sondern das ist immer in Händen der Polizei gewesen. Das wird vielleicht auch von der Polizei anders gesehen, weil die gesagt haben, wir hätten ihnen Weisungen erteilt. Wir können ihnen gar keine Weisungen erteilen. Das ist ja gesetzlich schon untersagt, und das weiß die Polizei auch, dass wir ihnen keine Weisungen erteilen können. Also verstehe ich nicht, warum der Herr Wunderlich sagt, wir hätten ihn angewiesen, Ruhe zu

halten, oder so was, was ich da gelesen habe.

Sönke Rix (SPD): Wie sah denn die konkrete Zusammenarbeit aus? Gab es regelmäßige Treffen? Also, beschreiben Sie das mal, wie das vonstattengegangen ist, wie Sie mit den Informationen umgegangen sind, die dann vielleicht für die Polizei hilfreich gewesen wären.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, nachdem das Landeskriminalamt uns gesagt hat: „Die Zielfahndung ist zuständig für die Suche der drei Trioleute“, sind wir nicht regelmäßig - das wäre ja - - das heißt jeden Dienstag oder so - - Wir sind aber häufig zusammengekommen, haben unsere Informationen ausgetauscht, haben - -

Sönke Rix (SPD): War das ein fester Kreis?

Zeuge Peter J. Nocken: Das waren damals der Herr Ihling, das war der Leiter der Zielfahndung, der ist leider verstorben zwischenzeitlich, und der Herr Wunderlich. Da war aber auch noch mal die eine oder andere Mitarbeiterin zusätzlich dabei. Und bei uns war es das Referat Rechtsextremismus. Da werden Sie ja den Herrn Schrader heute noch hören; der war Leiter des Referates Rechtsextremismus. Bei einigen Besprechungen bin ich auch selber dabei gewesen, aber nicht bei jeder. Ich kann nicht sagen, ich habe bei jeder Besprechung, die die anberaumt haben - - Die kamen auch spontan. Man rief sich morgens zusammen und sagte: Wir müssen uns noch mal unterhalten. Wie gehen wir denn da und da - - Wie machen wir da und da weiter? - So. Und dann sind die gekommen, dann hat man gesagt: Wie ist der neueste Stand der Dinge? - So. So ist die Zusammenarbeit gewesen. Und wir hatten gebeten - das ist richtig dargestellt vom Herrn Wunderlich -: Lasst das bitte nicht aktenkundig werden; denn dann haben wir unsere Probleme mit dem Quellenschutz. Ihr müsst das einfach nur zur Kenntnis nehmen und euch so verhalten, dass das eben uns nicht zur Last fällt.

Sönke Rix (SPD): Und auf diese Art und Weise haben Sie wahrscheinlich dann auch noch mal die Informationen, die Sie eigentlich so, wie Sie uns beschrieben haben, nicht

weiter hätten geben können, dass das Trio wohl Waffen besitzen würde, weitergegeben.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, diese Meldung, das Trio wolle sich Waffen beschaffen, stammt gar nicht von uns. Das ist eine Meldung eines anderen Bundeslandes gewesen. Die haben uns das zwar gesagt - - Ich weiß, der Herr Schrader und ich waren in Brandenburg bei dieser Besprechung, wo das vorgetragen wurde. Wir sind nach der Besprechung, meine ich, direkt noch abends ins Landeskriminalamt gefahren und haben den Herrn Luthardt diesen Sachverhalt vorgetragen, haben gesagt: Wir können es dir eigentlich gar nicht sagen; denn Brandenburg sagt Nein, und zwar ausdrücklich Nein. Wir tun es aber trotzdem. - So.

Sönke Rix (SPD): Also, Sie haben - -

Zeuge Peter J. Nocken: Das war diese Meldung, die Waffengeschichte. Sonst haben Waffen da keine Rolle gespielt, wenn ich mich richtig erinnere.

Sönke Rix (SPD): Also, Sie haben es, vorsichtig sage ich jetzt mal so, dann doch mitgeteilt mit der Bitte, dass es doch nicht aktenkundig wird.

Zeuge Peter J. Nocken: Man sagt: in geeigneter Form. - Richtig.

Sönke Rix (SPD): In geeigneter Form. Aha.

Jetzt würde mich noch mal interessieren, weil Sie vorhin noch mal darauf hingewiesen haben, dass das ja eine Gefahr bedeuten würde, wenn Sie diese Information weitergeben würden, und deshalb seien Sie damit so vorsichtig umgegangen: Können Sie mir noch mal ganz konkret beschreiben, wer da - also mit der ausschließlichen Information, dass das Trio Waffen hat - in Gefahr gerät?

Zeuge Peter J. Nocken: Na derjenige, der den Hinweis weitergegeben hat: die Quelle des Landesamtes.

Sönke Rix (SPD): Ja, aber wieso? Den nennen Sie ja nicht. Sie nennen ja nur die Information.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, aber die Information selber ist ja nur ganz wenigen

Personen, vermutlich ganz wenigen Personen, bekannt. Da kann man dann sofort den Rückschluss daraus ziehen: Wer wusste denn überhaupt davon? Dann kann es ja möglicherweise, wenn das rauskommt, nur einer sein, der als V-Mann für den Verfassungsschutz arbeitet. Dadurch ist die Gefährdung da. Der Inhalt der Meldung ist das Brisante, nicht, dass es in Brandenburg oder in Bayern oder im Saarland gewesen ist. Der Inhalt der Meldung ist so zu schützen, weil nämlich durch den Inhalt der Meldung letztendlich auch derjenige identifiziert werden kann, der es weitergegeben hat.

Sönke Rix (SPD): Aber Sie geben mir doch recht, dass die Information, dass das Trio Waffen besitzen könnte, eine sehr relevante Information für die Polizei ist.

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist sicherlich eine relevante Information, ja.

Sönke Rix (SPD): So, und - -

Zeuge Peter J. Nocken: Das muss dieses Land entscheiden, wer Besitzer und Eigentümer dieser Meldung ist. Das kann nicht irgendein Land tun, was da irgendwo beteiligt ist, sondern nur das Land, was die Meldung geschöpft hat, kann - - Ich würde mich auch dagegen verwahren, wenn ich eine Meldung irgendwohin gebe und der gibt sie einfach weiter.

Sönke Rix (SPD): „Besitz“ und „Eigentümer“ finde ich sehr interessant. Aber gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger? - Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber wenn dieses Landesamt nicht gewollt hätte, dass diese Information den Kreis der Behörde verlässt aufgrund Sorge um die Quelle, dann hätte sie es Ihnen doch gar nicht gesagt. Warum teilt sie es denn Ihnen und den Kollegen in Sachsen mit? Das hat doch einen Zweck.

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist nur eine Information zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und anderen. Es geht nur die Poli- - nur die Meld- - Nur die Weitergabe an die Polizei ist doch das Kritische, weil da ja

möglicherweise Maßnahmen draus erwachsen, die dann die Quelle gefährden könnten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich finde ja eher, das Kritische wäre die Nichtweitergabe. - Das Fragerecht hat jetzt wieder die SPD-Fraktion. - Herr Wieland, dringende Zwischenfrage?

Sönke Rix (SPD): Genau daran -- Ach so.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also dann noch mal.

Sönke Rix (SPD): Bitte schön, Herr Kollege.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke, Herr Kollege Rix. Das ist wirklich sehr kollegial.

Sie sagten: Sonst haben Waffen keine Rolle gespielt. - Nun möchte ich Ihnen mal vorhalten aus dem Schäfer-Gutachten, damit wir hier nicht in Geheimhaltungsschwierigkeiten kommen. Danach gab es den Hinweis auf Waffen mehrfach: einmal im September 98 - das hatten Sie geschildert -, wo es dann zu der Besprechung kam, dann noch mal am 26.09.68 [sic!] - „Werner habe TRIO noch nicht mit Waffen versorgt.“ - und dann im Oktober 98 - „Werner suche noch immer Waffen für TRIO.“ Das heißt, dieses Landesamt eines anderen Bundeslandes hat die Waffenfrage gleich dreimal bei Ihnen gemeldet. Und ich hatte Ihnen ja eben schon aus einem Vermerk dieses Landesamtes vorgehalten, dass die selber sogar an Kay Diesner, den Polizistenmörder, dachten in diesem Zusammenhang, fast prophetisch; denn im Ergebnis hatten wir wieder Polizistenmörder. Und nun sagen Sie: Wir werden dem nachgehen. - Aber ich will Ihnen meinen ganzen Zweifel hier sagen. Nun sagen Sie, dass dieses Landesamt, was unentwegt auf Waffen hinweist, Ihnen einen Maulkorb gegeben hat, dies an die Polizei weiterzugeben, dieses Landesamt, was selber geschrieben hat: In geeigneter Form müssen wir das der Polizei mitteilen.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, uns haben sie einen Maulkorb verpasst.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Rix.

Zeuge Peter J. Nocken: Das Landesamt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist interessant. Können Sie das noch sagen, wer es von der Funktion her war? Ich will ja gar keinen Namen hören.

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann ich --

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind ja hingefahren wohl in die Landeshauptstadt.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, da bin ich hingefahren. Da war eine Besprechung. Da gibt es auch ein Protokoll des Landesamtes, wo wir waren. Da sind die Teilnehmer aufgelistet. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen, wer es war. Auf jeden Fall ein leitender Beamter.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das haben wir auch in den Akten, das Protokoll. - Frau Gleicke fragt weiter für die SPD-Fraktion.

Iris Gleicke (SPD): Herr Nocken, Sie stellen uns hier sehr eindringlich dar die Fragen des Quellenschutzes. Nun fliegen ja Quellen ab und an auch mal auf, und das Übliche, was ich so gelesen habe, ist, dass es dann neue Identitäten gibt usw. Es gibt zwei Quellen, die in der Öffentlichkeit ja auch benannt werden: Die eine ist Tino Brandt, die andere ist „Riese 2100“. Mit denen ist so nicht verfahren worden. Können Sie mir dazu was sagen?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist in der Tat so, dass Quellen, wenn sie an Leib und Leben gefährdet werden, mit neuen Identitäten ausgestattet werden und sozusagen in ein Programm geführt werden, wo sie geschützt sind. Der Brandt ist aus meiner Sicht erst 2001 enttarnt worden, und zwar durch einen Verrat - ich muss davon ausgehen - aus dem eigenen Haus, also aus dem eigenen Landesamt für Verfassungsschutz. Und was danach mit Brandt passiert ist, wie er betreut worden ist, kann ich nicht mehr sagen, weil ich da nicht mehr im LfV war.

Iris Gleicke (SPD): Und wie verhält es sich mit der Quelle „Riese 2100“?

Zeuge Peter J. Nocken: „2100“? Weiß nicht, wann der enttarnt worden ist.

Iris Gleicke (SPD): 2001.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, möglicherweise war ich da auch nicht mehr im Hause. Vielleicht - - Ich weiß nicht.

Iris Gleicke (SPD): Ja, ist Ihnen denn niemals - -

Zeuge Peter J. Nocken: Der ist sicherlich auch nicht so gefährdet gewesen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Herr Nocken - wenn ich darf, ja? -, genau bei „2100“ hat Herr Sippel hier berichtet in der letzten Ausschusssitzung, dass Sie bei ihm gewesen sind in Köln - er noch in der alten Funktion, aber bereits schon auf dem Abflug nach Thüringen - und Sie ihn gefragt haben, ob „2100“ weiter bestehen soll oder abgeschaltet werden soll, und er gesagt hat: Ich kann Ihnen keine dienstliche Anweisung geben, aber nach meinem Gefühl wäre das abzuschalten. - Das war im November 2000.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich bin davon überzeugt, dass es da eine Verwechslung gibt. Also, der „2100“ ist das nicht gewesen.

(Iris Gleicke (SPD): Wer?)

- Na, ich meine, das kann nur der Brandt gewesen sein.

(Iris Gleicke (SPD): Nein! Das war später!)

- Ich kann mich an den Sachverhalt nicht erinnern.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Gleicke fragt weiter, bitte.

Iris Gleicke (SPD): Vielleicht können wir das noch im weiteren Verlauf aufklären.

Ist Ihnen eigentlich bei den beiden genannten Quellen, die ja beide in den Strukturen der Neonaziszene herausgehobene Funktionen hatten, jemals der Gedanke gekommen, dass das nicht der richtige Ansatz sein kann, eine Quelle zu führen?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir müssen jetzt mal beide auseinanderhalten. Fangen wir erst mal bei dem Tino Brandt an. Wir hatten den ja 1995, glaube ich, oder so angeworben, dann ist der langsam in die Szene hineingekommen und stärker geworden. Wir haben natürlich schon erkannt, dass das ein schwieriger Fall ist, auch ein Grenzfall ist. Aber wir haben uns nach reiflicher Überlegung entschlossen, den weiterzuführen, weil wir erstens keinen anderen Zugang hatten, und zweitens, weil diese Hierarchiestufe, die er erklommen hatte, nicht dazu führen sollte oder aus unserer Sicht durfte, dass wir uns selber von den Informationen abschneiden. Also, da war schon eine Gruppe am Werke, die über eine harmlose kleine Parteiengruppe hinausgeht. Da war schon ein bisschen mehr da. Und da haben wir gesagt: „Auch unter dem Risiko, dass da jemand ist, der vielleicht eine Spur zu hoch angesiedelt ist, behalten wir den als Quelle“, weil wir geglaubt haben und eigentlich auch sicher waren, dass er unseren Anweisungen folgt.

Iris Gleicke (SPD): Und „Riese 2100“?

Zeuge Peter J. Nocken: „Riese 2100“ war ein Mensch, der im Bereich der Musikszene von „Blood & Honour“ tätig war, der eigentlich nur mit Konzerten beschäftigt war, Ausrichtung oder - - Also, das ist jedenfalls das, was ich in Erinnerung habe. Ich habe immer nur gehört: Ja, der kümmert sich um die Ausrichtung irgendwelcher Musikveranstaltungen. Aber so richtig in der „B & H“-Szene verwurzelt war er nicht. Er war wohl Kassierer oder was?

Iris Gleicke (SPD): Kassierer.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, Kassierer.

Iris Gleicke (SPD): „Riese 2100“ war Kassierer in der „Blood & Honour“-Szene.

Ist Ihnen bei Ihren Überlegungen über Hierarchien, so wie Sie das gerade in Bezug auf Tino Brandt und „Riese 2100“ geschildert haben, mal die Idee gekommen, dass, wenn man einer Quelle - im Fall von Tino Brandt wissen wir es ja - fast 200 000 D-Mark überreicht und einem Kassierer einer anderen Gruppierung, nämlich „Blood & Honour“, ja offensichtlich auch größere Mengen Geldes zugeflossen sind, dann zumindest der Verdacht entstehen könnte, dass dieses in die

Strukturen investiert wird, die man gerade versucht angeblich zu bekämpfen?

Zeuge Peter J. Nocken: Natürlich sind uns die Gedanken gekommen. Aber erst mal zu den 200 000 D-Mark, die der Tino Brandt bekommen hat. Das ist ja wohl offenbar objektiv nachgerechnet. Zunächst mal ist zu sagen, dass dieser Betrag keine Prämie war. Nicht nur Prämien waren das. Das waren auch - - Ein großer Teil dieser 200 000 D-Mark, die er in sieben Jahren - in sieben Jahren! - bekommen hat, waren Auslagenersatz. Er hat Fahrtkosten abrechnen dürfen, er hatte andere Auslagen. Das ist ein großer Teil gewesen, was die Gesamtsumme ausmachte. Der Rest ist dann Prämie.

Natürlich kommt man immer auf den Gedanken: Der steckt ja auch bestimmte Finanzmittel in die Organisation, der er angehört. In dem Falle, beim „Thüringer Heimatschutz“, war nur keine große Organisation. Da gab es dann mal kleine Flugblätter oder was zu drucken. Und er war der Einzige, der ja noch eine Beschäftigung nebenbei hatte, der Einzige, der aus der Szene so ein bisschen eine Rolle spielte, der ja noch eine Beschäftigung nebenbei hatte. Er hat selber viel Geld ausgegeben, er hat viel Geld gebraucht. Dass er heute sagt: „Ja, habe ich alles in die Organisation gesteckt“, das ist ein alter Hut. Das tut jede enttarnte Quelle. Das haben wir schon oft gehabt, dass sie sagen: „Ja, wir haben alles in die Szene gesteckt“ - als Erklärung für ihre Kameraden oder Genossen oder Spießgesellen. Also, das wundert mich nicht. Aber in Wirklichkeit ist das nicht so gewesen. Er hat das Geld zum größten Teil für sich verbraucht.

Iris Gleicke (SPD): Haben Sie das kontrolliert?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, wir kennen aber seinen Lebenswandel.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Für diese Runde ist die Fragezeit erschöpft.

Iris Gleicke (SPD): Ach so. Schade.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, wenn Sie eine Nachfrage von mir zu Tino Brandt gestatten. - Herr Brandt ist ja auch von der Schäfer-Kommission befragt worden. Sie haben auf Nachfrage, Herr No-

cken, im Untersuchungsausschuss Thüringen bestritten, dass jemals Anwaltskosten von Herrn Brandt durch den Verfassungsschutz Thüringen übernommen worden seien. Brandt selbst hat in seiner Befragung durch die Schäfer-Kommission ausgeführt, es sei ihm vom Verfassungsschutz immer geraten worden, bei Verfahren wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten einen guten Anwalt zu nehmen, dessen Kosten vom Verfassungsschutz auch stets übernommen worden seien. Vor Durchsuchungen der Thüringer Polizei sei er vier- bis fünfmal durch das Landesamt für Verfassungsschutz gewarnt worden. Dieser Punkt, die Übernahme von Anwaltskosten für einen Rechtsextremisten: Ist das eine zutreffende Auskunft gewesen von Herrn Brandt?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich sage mal dazu Folgendes: Er hat nie gesagt: Ich habe einen Rechtsanwalt genommen; der hat mich 2 500 Euro oder D-Mark gekostet. Hier, bezahlt diese Rechnungen! - Wenn er das Geld, was er von uns bekommen hat, dazu nimmt, auch mal einen Rechtsanwalt zu zahlen, dann ist das möglich.

Aber in dem Zusammenhang, wie Sie es gerade vorgetragen haben, Herr Vorsitzender, ist es ja auch so: Er hat hier gesagt, vier- bis fünfmal sei er gewarnt worden. Vorhin hörte ich aber aus anderer Ecke, er wäre immer gewarnt worden, bis auf zweimal in Bayern. Also, das stimmt ja auch schon nicht. Also, ich würde die Worte des Herrn Brandt, die er heute von sich gibt als Erklärung, warum er denn für uns tätig gewesen ist, nicht so sehr auf die Goldwaage legen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagt Ihnen der Name des Rechtsanwaltes Hans Eisenecker etwas?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, der Name sagt mir was.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was sagt er Ihnen denn?

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist ein Rechtsanwalt aus der rechten Szene, aber, ich glaube, aus Brandenburg oder Mecklenburg, nicht aus Thüringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aus Goldenbow.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, irgendwo im - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ist jedenfalls ein - -

Zeuge Peter J. Nocken: Er war ein bekannter Rechtsanwalt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau; war auch eine Zeit lang NPD-Bundesvorstand.

Haben Sie eine Erklärung dafür, Herr Nocken, warum wir in MAT A TH-9/4 b, Tagebuchnummer 40/12, eine Kostenberechnung von Herrn Eisenecker für die Vertretung von Herrn Brandt in den Akten des Verfassungsschutzes Thüringen finden?

Zeuge Peter J. Nocken: Habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das habe ich mir gedacht.

Zeuge Peter J. Nocken: Das habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Komisch, nicht?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist komisch. Wundert mich auch, dass - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: „Komisch“ ist der falsche Begriff. Das ist eigentlich eher bestürzend.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Da ist nicht jede Abrechnung bei mir über den Tisch gegangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Schließen Sie aus, Herr Nocken, dass der Thüringer Verfassungsschutz in Strafverfahren gegenüber einem Informanten aus der rechtsextremen Szene die Kosten eines Neonazi-Anwaltes für seinen Mandanten übernommen hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Meines Wissens hat das nie - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Schließen Sie das aus?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es nicht ausschließen, insbesondere wenn Sie sagen: Da liegt eine Quittung da vor. - Da muss ja irgendwas bezahlt worden sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist bisher negiert worden.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß von einem solchen Vorfall nichts, ohne das ausschließen zu können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht hat die FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, herzlichen Dank. - Zu der Frage „Abteilung Staatsschutz“ von vorhin, damit das noch mal richtiggestellt wird. Ich habe noch mal nachgeschaut: Am 12.03.2001 wurde die Abteilung Staatsschutz erst aufgestellt im LKA. Und wir haben ja vorhin über den Zeitraum, wenn ich das richtig verstanden habe, 98/99 gesprochen. Da gab es also keine Abteilung Staatsschutz in Thüringen.

Herr Nocken, Sie in Ihrer damaligen Funktion, kannten Sie eigentlich alle V-Männer des Verfassungsschutzes? Sind die Ihnen dienstlich bekannt geworden bzw. - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kannte die V-Leute, die wir betreut haben und die wir geworben haben, zumindest vom Namen und von der - - Arbeitsnamen und der Zahl, also der Nummer, die wir vergeben haben. Persönlich habe ich nur ganz wenige kennengelernt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die V-Mann-Führer waren Ihnen auch alle bekannt?

Zeuge Peter J. Nocken: Selbstverständlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie haben Sie denn im Amt sich gegenseitig angesprochen? Also, postalisch oder wie auch immer mit Klarnamen? Also, die V-Mann-Führer, die Nachrichtendienstmitarbeiter, wie haben die sich angesprochen?

Zeuge Peter J. Nocken: Natürlich mit Klarnamen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Aber jeder hatte auch einen Arbeitsnamen, oder?

Zeuge Peter J. Nocken: Jeder Außen dienstmitarbeiter hatte auch einen Arbeitsnamen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wie hat sich denn ein V-Mann-Führer gegenüber seinem V-Mann vorgestellt? Wie haben die sich angesprochen?

Zeuge Peter J. Nocken: Die haben sich mit Arbeitsnamen vorgestellt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): War das mit Vor- und Zuname, oder wie kann man sich das vorstellen? Wissen Sie das?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, es ist sicherlich unterschiedlich gewesen. Aber ich gehe mal davon aus, dass zu Beginn der Zusammenarbeit natürlich Vor- und Zuname eine Rolle gespielt hat, vielleicht später nur noch der Vorname.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will nur kurz anmerken: Es findet gerade ein Hammelsprung statt. Aber, ich denke, wenn wir uns einig sind, dass wir alle hierbleiben, ist das kein Problem.

(Zuruf des Abg. Armin Schuster
(Weil am Rhein) (CDU/CSU) -
Heiterkeit)

Wir haben hier acht Koalitions-, sieben Oppositionskollegen. Also, wenn wir alle hierbleiben, denke ich, machen wir weiter. - Bitte, Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, die V-Mann-Führer haben einen Arbeitsnamen verwendet, den sie gegenüber den V-Männern angewendet haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dieser Name wurde amtlich dokumentiert oder wurde per Vermerk festgehalten?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und diesen Arbeitsnamen kannten Sie auch - - oder wurde Ihnen mitgeteilt?

Zeuge Peter J. Nocken: Diese Arbeitsnamen kannte ich damals sicher auch.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nach der Suspendierung von Herrn Roewer wurde sein Safe geöffnet. Waren Sie mit dabei?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was war in diesem Safe drin?

Zeuge Peter J. Nocken: In diesem Safe war eine Reihe von Unterlagen, die ich nicht mehr im Einzelnen bezeichnen kann, und insbesondere - wahrscheinlich ist das das, was Sie am meisten interessiert - eine verhältnismäßig hohe Summe Geldes.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): 100 000 Mark, war das richtig?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, etwa in der Größenordnung. Ich weiß es jetzt wirklich nicht mehr ganz genau; aber das wird so die Größenordnung gewesen sein. 100 000 oder 120 000 D-Mark und Abrechnungen dazu, wie das Geld ausgehändigt worden ist oder an wen es ausgehändigt worden ist. Ansonsten war in dem Panzerschrank von Herrn Roewer nichts von Bedeutung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Quittungen ausgestellt auf den Namen „Günther“ befanden sich dort mit drin?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Ich kann mich an den Vorfall mit den Quittungen mit dem Namen „Günther“ auch noch sehr lebhaft erinnern, weil ja diese Quittungen auch im Strafverfahren gegen Herrn Roewer eine große Rolle gespielt haben - es hat ja ein längeres Strafverfahren gegeben bis 2009 oder ähnlich - und ich auch immer als Zeuge in diesem Strafverfahren benannt war. Es waren, wenn ich das richtig erinnere, fünf Quittungen oder vielleicht auch mehr. Es war ein kariertes, graues Blatt Papier, wo nur die Summe draufstand, „DM 5 000 erhalten“, Datum und „Günther“. Sonst war auf den - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer ist denn „Günther“ gewesen?

Zeuge Peter J. Nocken: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer war denn „Günther“?

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich leider nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was vermuten Sie denn?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe keine Ahnung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): War es ein Kollege, war es ein anderer Dienst, war es ein V-Mann?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass es ein V-Mann gewesen wäre.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie sich nicht vorstellen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Ich kann mir vorstellen, dass er irgendeinem Geld gegeben hat. Wer das gewesen ist, ist mir wahrlich ein Rätsel - wahrlich ein Rätsel!

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, man ist ja im Thüringer Untersuchungsausschuss davon ausgegangen - und Sie wurden dazu auch befragt -, dass es ein V-Mann ist, V-Mann „Günther“, persönlich geführt von Herrn Roewer.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, es ist irgendwo ein V-Mann gewesen, aber kein V-Mann im klassischen Sinne; denn das macht ja keinen Sinn. Keiner kannte den ja. Niemand im Hause - - Ich weiß noch - das ist vielleicht erhellend in diesem Zusammenhang -, als wir den Panzerschrank dann leer gemacht haben, da kamen die Quittungen mit „Günther“. Und ich habe gesagt: Bei mir in der Abteilung - die Abteilung war ja diese politische Abteilung, wo ich tätig war, also Linksextremismus, Rechtsextremismus und Ausländerextremismus -, in dieser Abteilung gibt es niemanden, der unter diesem Begriff in irgendeiner Form für uns tätig war. Da

habe ich sogar noch - - Da war ja dann der Herr Roewer - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Doch, doch, doch. Es gab jemanden, der unter dem Namen „Günther“ bei Ihnen tätig war. Ich habe hier einen *Stern*-Artikel aus dem Jahr 2001, Ausgabe Nr. 23. Und da schreibt der *Stern* - ich habe das durch Zufall entdeckt; es geht um einen Artikel um Tino Brandt -:

„Ich war Quelle 2045“ Ein Neonazi packt aus:

Und da wird beschrieben, wie die Treffen zwischen Verfassungsschutz und dem V-Mann abliefen. Und dann schreibt der *Stern*:

Der Mann vom Dienst zahlte die Rechnung, nannte sich ... Günther und war zumindest beim Essen kostenbewusster.

- Als Herr Brandt.

Und im Weiteren geht es dann hier immer wieder um „Günther“: Günther war „richtig sauer“ usw. usf.

Zeuge Peter J. Nocken: Dieser „Günther“ ist ein V-Mann-Führer.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ein V-Mann-Führer.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ein V-Mann-Führer, Mitarbeiter des LfV. Ja, ja. Aber der „Günther“, der die Quittung für Herrn Roewer unterschrieben hat, ist ja selber Quelle. Also, da ist - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Ein Mitarbeiter!)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja. Nein, nein, eben haben Sie noch gesagt, es sei ein V-Mann.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, nein. Der „Günther“, der dem Herrn Roewer - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es gibt ja so viele Namen auf der Welt. Günther ist jetzt nicht ganz ungewöhnlich, aber dass „Günther“ auf der Quittung im Panzerschrank von Herrn Roewer ist und „Günther“ der Arbeitsname von dem V-Mann-Führer ist, das ist dann schon ein arger Zufall. Und diesen Zufall, den kann man ja kaum glauben.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, nein. Mit Sicherheit hat das keinen Zusammenhang - mit Sicherheit hat das keinen Zusammenhang! -; denn das hätte der Herr Roewer ja nicht verschleiern müssen. Der hätte ja nicht verschleiern müssen, wenn er einem seiner eigenen Mitarbeiter Geld ausgehändigt hat zu irgendeinem nachrichtendienstlichen Zwecke.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es kommt ja auf den Zweck an, ob man das verschleiert oder nicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber - - Gut. Also - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie war denn der Arbeitsname von den beiden infrage kommenden V-Mann-Führern von Herrn Brandt?

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht mehr. Die Arbeitsnamen kenne ich nicht mehr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, „Günther“ ist Ihnen nicht Erinnerlich?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Also, wenn mir das gleich aufgefallen wäre, dann hätten wir ja vielleicht sogar diesen Rückschluss auch gezogen damals. Aber ich habe eins gemacht - das wollte ich gerade vorhin noch abschließen -: Ich habe damals die Abteilung Spionageabwehr angefragt, schriftlich, als Interimschef des Hauses, ob bei ihnen irgendjemand eine Person kennt oder geführt hat - - oder die im Zusammenhang mit dem Haus steht, die den Arbeitsnamen oder den Quellennamen „Günther“ hat. Das ist von denen damals verneint worden. Ich habe die deswegen gefragt, weil der Herr Koch, der Leiter dieser Abteilung, ein besonders intensiver Freund von Herrn Roewer war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wurde dieser Panzerschrank eigentlich im Rahmen der Rechnungshofuntersuchung geöffnet? Wissen Sie das noch? Also, der Rechnungshof hat ja zwei Wochen lang das Landesamt auf den Kopf gestellt, der Thüringer Rechnungshof, von vorne bis hinten.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, stimmt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wurde das in diesem Rahmen geöffnet? Oder war das vorher schon?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, ich meine, das wäre ein anderer Zusammenhang gewesen. Der Rechnungshof hat natürlich auch die Unterlagen gesichtet und geprüft. Aber diese Öffnung war - - Nachdem der Herr Roewer in den einstweiligen Ruhestand geschickt wurde, musste ja irgendjemand mal gucken, was in dem Panzerschrank noch liegt. Und das haben wir damals in einer großen Mannschaft gemacht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, um das abzuschließen: Sie positionieren sich eindeutig: „Günther“ auf der Quittung und „Günther“ im *Stern*-Artikel sind nicht ein und derselbe „Günther“.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, da bin ich mir sehr sicher, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zur Vorfeldüberwachung noch mal, Garage 97. Sie haben das vorhin angesprochen; Sie müssen das nicht alles wiederholen. Nur mal die konkrete Frage, aus welchem Grund das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz ausgerechnet diese Garage observierte. Gab es eine Anweisung und von wem?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Wir haben ja nicht die Garage observiert. Wir haben die Personen observiert, und die haben uns zur Garage geführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So. Und wer hat das angewiesen, diese Person zu observieren zu diesem Zeitpunkt?

Zeuge Peter J. Nocken: Das war folgendermaßen: Nachdem die Bombe, die zündfähige, aber nicht zündbereite Bombe, am Theater in Jena entdeckt worden war, hat unsere Auswertung Rechtsextremismus gesagt: Wer kommt in Jena für eine solche Tat infrage? - Und daraufhin haben wir gesagt: Das kann nur die „Kameradschaft Jena“ in irgendeinem Zusammenhang gewesen sein. Also, wir kümmern uns jetzt mal um die Personen, die in dieser „Kameradschaft Jena“ sich bewegen. - Und da haben wir dann - - Ich weiß jetzt nicht, ob wir mit Kapke angefangen haben. Das weiß ich nicht mehr, wie

der Observationsverlauf war. Jedenfalls im Laufe dieser Observation dieser letztendlich sechs Personen haben uns drei davon an diese Garagen geführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber dass Sie zu diesem Zeitpunkt aktiv wurden - - Also, Sie sagen, Sie wurden von sich aus aktiv, es gab keine Anweisung aus dem Ministerium oder vom LKA eine Amtshilfe oder irgend so was in die Richtung?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kenne eine Anweisung aus dem Ministerium sowieso nicht. Das LKA - - weiß ich, dass das LKA sagt, sie hätten uns beauftragt, gebeten, aus Personalgründen, weil sie selber nicht können oder keine Kräfte mehr haben - - das hätten wir dann übernehmen sollen. Also, den Vorfall kenne ich auch nicht, gehe aber davon aus, dass, wenn das so gewesen ist, der Leiter des LKA mit uns gesprochen hätte und gesagt hätte: Wir haben keine Kräfte, macht das bitte ihr. - Auf Sachbearbeiterebene mal eben Anruf beim LfV, und schon springen die mit ihrer Observation da rein, das ist hanebüchen; das gibt es nicht. Eine schriftliche Bitte des LKA „Übernimmt die Observation für uns!“ habe ich nicht gesehen. Ich bin nach wie vor fest der Überzeugung: Es kann auch so was gewesen sein, aber da müsste vielleicht der LKA-Chef mit dem Herrn Roewer gesprochen haben: Übernimmt ihr das für uns? - Mit mir ist nicht geredet worden, schriftlich habe ich es auch nicht gesehen. Ich gehe mal davon aus, dass wir aufgrund eigener Erkenntnisse zu der Überlegung gekommen sind, dass es eigentlich nur aus diesem Personenkreis jemand gewesen sein kann. Und dann sind wir an diese Personen herangetreten mit der Observation und haben festgestellt, dass die sich im täglichen Bereich normal verhalten, aber immer, wenn es an die Garage ging, sehr konspirativ sich bewegten und vorsichtig waren und so.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, das ist ja klar. Ja, ja.

Zeuge Peter J. Nocken: So. Das war also aus unserer Überlegung heraus, aus unserer Auswertung der vorhergegangenen Informationen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Herr Petermann, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Nocken, ich möchte noch mal auf die Frage der Informationsweitergabe an das Thüringer Landeskriminalamt zu sprechen kommen. Sie hatten also mehrfach betont, Sie haben die Informationen mündlich weitergegeben. Wir wissen aus dem Bericht der Schäfer-Kommission unter anderem durch eine Aussage von Mike Baumbach, dass er alle Informationen im Zusammenhang mit der Fahndung des LfV Thüringen nach dem Trio an das LKA nur schriftlich weitergegeben hat, und das hat er deswegen getan, weil er Angst vor Disziplinarverfahren hatte. Die Quelle: MAT A TH-6/3, Blatt 235. Können Sie diesen Widerspruch irgendwie erklären oder aufklären?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe das jetzt nicht richtig verstanden. Der Herr Baumbach hat gesagt, er habe alles nur schriftlich weitergegeben?

Jens Petermann (DIE LINKE): Genau, weil er Angst vor Disziplinarverfahren hatte.

Zeuge Peter J. Nocken: Der Herr Baumbach hatte gar nichts schriftlich weiterzugeben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, er hat es aber getan.

Zeuge Peter J. Nocken: Das wundert mich sehr; denn der durfte gar keine Unterschrift unter ein Schriftstück setzen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Der hat offensichtlich seine Aufgaben erfüllt. Ist ja nicht so schlimm, oder?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Seine Aufgabe war, das seinem Vorgesetzten vorzulegen; das war seine Aufgabe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, Sie sagen, er hat dann in dem Fall aus Ihrer Sicht pflichtwidrig gehandelt? Wäre ja die Konsequenz?

Zeuge Peter J. Nocken: Wenn er an seinem Abteilungsleiter bzw. an seinem Refe-

ratsleiter vorbei Informationen an die Polizei weitergegeben hat und das selber unterschrieben hat, ist das nicht in Ordnung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Er hat als Motiv angegeben, warum er das schriftlich getan hat: aus Angst vor einem Disziplinarverfahren. Gab es da irgendwelche Probleme? Ist das mal angedroht worden? Oder ist so was eingeleitet worden?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, ist mir nicht bekannt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht bekannt. - Weiter aus dem Bericht der Schäfer-Kommission. Dort hat Herr Baumbach einen Vorfall geschildert, da ging es um eine Zielfahndung, und zwar ging es um die Observation von Wohlleben. Können Sie sich an diese Maßnahme erinnern und insbesondere, ob es da einen Streit gegeben hat im TLfV, ob die Überwachung rund um die Uhr oder nur partiell erfolgen soll? Können Sie damit was anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da kann ich nichts mit anfangen. Ich verstehe nur den Begriff „Zielfahndung“ in dem Zusammenhang nicht. Wir machen keine Zielfahndung. Zielfahndung ist ein Instrument der Polizei.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, dieser Verdacht wurde auch von der Polizei geäußert, dass die Observation eben nicht rund um die Uhr erfolgte und deswegen auch wichtige Informationen verloren gegangen sind.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, der Vorfall sagt mir gar nichts.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, eine G-10-Maßnahme gegen Wohlleben, damit können Sie nichts anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich will das nicht ausschließen, dass gegen Herrn Wohlleben auch mal eine G-10-Maßnahme gelaufen ist.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie sich an eine konkrete Maßnahme erinnern?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Gut. - Dann frage ich mal an einer anderen Stelle weiter. Der ermittelnde Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Gera, Oberstaatsanwalt Schultz, hat uns hier als Zeuge zur Verfügung gestanden und hat gesagt, Mitarbeiter des Landesamtes sowie des MAD und des BfV seien circa 14-tägig in der Staatsanwaltschaft Gera eingelaufen und hätten Einsicht in die Ermittlungsakten genommen. Sind Sie selbst auch mal dort gewesen und haben Einsicht in Ermittlungsakten genommen, beispielsweise in die Ermittlungsakten gegen Tino Brandt oder in andere Ermittlungsakten gegen das Trio, das damals abgetaucht war?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich bin ein-, zweimal - - zweimal bei der Staatsanwaltschaft in Gera gewesen oder auch dreimal, nicht allzu häufig, aber nie, um in Ermittlungsakten Einsicht zu nehmen. Das haben Ermittler durchgeführt bei uns. Da gab es einen Ermittlungsauftrag der Auswertung, und dann ist ein Ermittler hingefahren an die Stelle, die möglicherweise Informationen beitragen kann, und hat die Informationen dann beigezogen. Das ist in dem Fall natürlich auch manchmal die Staatsanwaltschaft gewesen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Was war denn das Ziel der Akteneinsichtnahme bei der Staatsanwaltschaft?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kenne den Auftrag nicht. Es gibt jedes Mal einen Auftrag, warum man das und das und das ermitteln soll und warum die Staatsanwaltschaft möglicherweise im Besitz dieser Informationen ist.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie uns die Rechtsgrundlage für dieses Verfahren nennen?

Zeuge Peter J. Nocken: Na ja, die Informationssammlung durch die Verfassungsschutzbehörden. Hier geht es um Rechtsextremisten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Nein, es geht um eine gesetzliche Grundlage. Also, Rechtsgrundlage meint ja immer: Wo findet sich das im Gesetz wieder? Sie arbeiten ja normalerweise auf gesetzlicher Grundlage

auch, und deswegen die Frage: Gibt es dafür aus Ihrer Sicht eine Rechtsgrundlage?

Zeuge Peter J. Nocken: Dass wir bei der Staatsanwaltschaft Akten - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Natürlich. Das Sammeln von Informationen - - Im Verfassungsschutzgesetz ist das geregelt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie darüber mal mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft gesprochen, über dieses Verfahren? Das war damals der Herr Koeppen.

Zeuge Peter J. Nocken: Über dieses Verfahren habe ich mit dem Herrn Koeppen nicht gesprochen, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Worüber haben Sie denn mit ihm gesprochen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe mit dem Herrn Koeppen mal Kontakt gehabt, als der Herr Wießner und der Herr Schrader mit der Familie Böhnhardt gesprochen hatten wegen der möglichen Hilfe der Familie Böhnhardt bei der Rückführung ihres Sohnes aus der verdeckten Arbeit wieder zur Familie.

Jens Petermann (DIE LINKE): Und warum bespricht man das mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft?

Zeuge Peter J. Nocken: Weil die Familie Böhnhardt damals Befürchtungen hatte, dass, wenn sie auf unseren Wunsch, doch auf ihren Sohn zuzugehen und ihn zu veranlassen, sich zu stellen, da möglicherweise Dinge passieren könnten, die sie nicht möchten. Und sie wollten dann eigentlich so eine Art Garantie der Staatsanwaltschaft haben: Wie würde denn ein solches Zurückführen in die bürgerliche Gesellschaft aussehen können? Und daraufhin habe ich mit dem Herrn Koeppen und mit dem Herrn Schrader diese Angelegenheit mal besprochen.

Jens Petermann (DIE LINKE): War denn das Vorbringen dieses Anliegens erfolgreich?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, das war nicht - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Konnte Ihnen irgendwas zugesagt werden? Oder - -

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Die Familie Böhnhardt hat das Angebot der Staatsanwaltschaft später abgelehnt, weil sie einen Rechtsbeistand beigezogen hatten, der ihnen geraten hat, das nicht anzunehmen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wie sah denn dieses Angebot der Staatsanwaltschaft aus?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich meine - bin mir jetzt nicht mehr hundertprozentig sicher -, dass für den Fall, dass keine weiteren Straftaten als die Bombe, die da am Theater in Jena deponiert worden war - - wenn keine weiteren Straftaten mehr dazugekommen sind und ein volles Geständnis abgelegt würde, eine Untersuchungshaft von vielleicht zwei Wochen zur Debatte stehen könnte. Also, so in dieser Art und Weise ist dann mit der Staatsanwaltschaft da verhandelt worden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Nocken, der damals zuständige Oberstaatsanwalt Schultz hat uns hier gesagt, er hatte das Gefühl, er ist regelrecht abgeschöpft worden durch den Verfassungsschutz.

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht. Das kann ich nicht sagen. Ich habe das nicht getan. Wenn die Ermittler da mal so nassforsch aufgetreten sind, dann bitte ich um Entschuldigung, auch bei der Staatsanwaltschaft. Aber normalerweise sollte ein Staatsanwalt so souverän sein, einem Beamten des LfV zu sagen: So geht das hier nicht, du kannst hier nicht einfach kommen und nassforsch hier was von mir verlangen. - Den Mut muss er da schon haben, das zu sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): War denn dieses, wie Sie es nennen, nassforsch Aufreten des Verfassungsschutzes mal Thema eines Dienstgespräches mit einem Staatsanwalt, also mit Herrn Koeppen beispielsweise, oder im Ministerium?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, im Gegenteil. Ich hatte mit Herrn Koeppen, auch als er später dann Leiter der Staatsanwaltschaft in Erfurt war, ein ausgezeichnetes

Verhältnis. Wir haben vieles miteinander besprochen und besprechen können, was jetzt nichts mit diesem Fall zu tun hatte. Also, ich habe dieses Verhalten meiner Mitarbeiter, die dem Herrn Schultz so aufgefallen sind - - die waren nie Thema.

Jens Petermann (DIE LINKE): Noch eine Frage zum Schluss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann, die Zeit ist schon weit überschritten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die Zeit ist abgelaufen. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur noch mal im Anschluss zur Klarstellung: Dann ist dieser Deal oder diese Verabredung mit den Eltern an der Differenz gescheitert „gar keine Untersuchungshaft“ oder „zwei Wochen plus Untersuchungshaft“? War das so?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein. Die Familie Böhnhardt hatte, nachdem so eine Art Planung vorgenommen worden war, einen Rechtsbeistand beigezogen, -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: - und der hat gesagt: Macht mit dem Verfassungsschutz keinen Deal. - Warum der das gesagt hat, weiß ich nicht. Sonst wäre das alles heute vielleicht nicht nötig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das klingt in den Akten anders, aber dann brauchen wir es nicht zu vertiefen.

Ich habe eine ganz andere Frage. Sie haben uns bei Ihrer Zeugenaussage das letzte Mal gesagt - ich darf zitieren aus dem vorläufigen Protokoll -:

Wichtig erscheint auch ein anderer Ansatz: Wenn sich in einer Stadt wie Chemnitz mehrere Banküberfälle ereignen, deren Täter unbekannt sind, dann müsste den Straf-

verfolgungsbehörden vor Ort auch in den Sinn kommen, dass Personen, die sich im Untergrund bzw. auf der Flucht befinden, dringend Geld brauchen. Den sächsischen Behörden war Anfang Oktober zum Zeitpunkt des ersten ungeklärten Banküberfalles längst bekannt, dass sich die Verdächtigen aus Thüringen in oder bei Chemnitz aufhalten könnten. Warum bedarf es da eines zusätzlichen Hinweises an die Polizei, dass die Flüchtigen Geld brauchen, um Banküberfälle mit unbekanntem Tätern zu prüfen?

Sie sagen, die Polizei muss doch selber merken: Da sind drei, die brauchen Geld, und dann nehmen wir die mal als Verdächtige ins Visier. - Da folge ich Ihnen durchaus. Das haben Sie leider nicht.

Wo ich Ihnen nicht folgen kann, ist, dass Sie sagen: Ich selber bin bei der Mitteilung, die ich hatte - die drei brauchen Geld, sie besorgen sich Waffen; es ist die Rede von weiteren Überfällen -, überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass es sich um Banküberfälle handeln könnte.

Sind Verfassungsschützer dümmer als Polizeibeamte, oder warum haben Sie hier zweierlei Logik, Herr Zeuge?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, ich habe doch gar keine Zweifel daran, dass die Meldung mit Überfällen und Waffen eine interessante Meldung ist. Ich habe gesagt, weitergegeben worden sind sie nur nicht, weil uns das andere Bundesland gesagt hat: Da sagt ihr nichts dazu.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein, nein, nein. Sie haben uns hier als Zeuge auch noch eine andere Begründung genannt. Ich darf sie Ihnen nennen:

Zu diesem Zeitpunkt war eine Information an die Polizei nach Abwägung der Interessenlage nicht angebracht. Es hätte keine Ansatzpunkte für weitere polizeiliche Ermittlungen gegeben. Demgegenüber war es sinnvoll, die Spur operativ weiter zu verfolgen.

Sie sagen also, der Polizei hätte es gar nichts genutzt, und sagen gleichzeitig, die hätten selber auf die Idee kommen müssen. Das ist nicht logisch, Herr Zeuge.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, das sind zwei parallele Dinge. Wenn jemand in den Untergrund geht, dann ist üblicherweise sein Geldbedarf höher als normal. Wenn jetzt die Polizei weiß: „In diesem örtlichen Bereich der Stadt X gibt es Banküberfälle, deren Täter mir nicht bekannt sind“, dann könnte die Polizei auf den Gedanken kommen: Ach, dann sind das möglicherweise Leute, die sich bei uns aufhalten und im Untergrund befinden.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: So. Das ist das eine.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, könnte sie.

Zeuge Peter J. Nocken: Das andere ist: Wenn ich diese Meldung weitergebe, was ich gar nicht durfte, weil mich das andere Bundesland gebunden hat, da nichts zu sagen, hätte das auch nicht - - hätte das nicht das hervorgerufen, dass die Polizei sagt: „Ja, jetzt ist mir ja alles klar. Dann brauchen wir ja nur die drei zu finden“?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum denn nicht?

Zeuge Peter J. Nocken: Weil sie im Untergrund waren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, selbst wenn Sie diese Sache aus dem anderen Bundesland nicht weitergegeben hätten, sondern das, was Sie von Ihren eigenen Quellen wussten - sie sind im Untergrund, sie brauchen Geld und müssen sich irgendwie Geld beschaffen - - Und da Sie auch für Linksextremismus zuständig sind, hatten Sie ja vielleicht noch eine Vorstellung, wie sich die Rote Armee Fraktion und andere ihr Geld beschafft haben. Da wäre doch - Quellenschutz hin oder her - eine Mitteilung an das Nachbarland: Passt mal auf, hier sind welche unterwegs, die sollen im Raum Chemnitz sogar sein, und die haben Geldprobleme, und denen ist vieles zuzutrauen - - Das hätte Ihre eigene Expertise sein können - müssen meines Erachtens.

Und nun sagen Sie: Das haben wir nicht weitergemeldet. Pech gehabt. Da hätten die

Chemnitzer ja auch selber drauf kommen können. - Da hat es ein normaler Kripomann mit dem Dezernat Mord und Banküberfälle bearbeitet, der uns erzählt hat, in politischen Kategorien hat er nun gar nicht gedacht. So was. Wofür haben wir denn einen Verfassungsschutz, wenn er so was dann nicht - - Sie sagen immer: Wir unterstützen die Polizei. - Da wäre mal dieser berühmte sachdienliche Hinweis nötig gewesen.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber für diesen sachdienlichen Hinweis hatte ich keine wirklichen Informationen, außer dem Allgemeinplatz: Die brauchen Geld.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch kein Allgemeinplatz: Da sind drei untergetaucht. Die brauchen Geld. Die sollen im Raum Chemnitz sein. Denen trauen wir alles zu. - Das wäre kein Allgemeinplatz gewesen. Sie hätten sogar die Personalien nennen können. Sie hätten sogar sagen können, wie die aussehen. Das hätten Sie alles mitteilen können, zumal Sie sich selber - -

Nun kommen wir zur nächsten Frage. Der Herr Wunderlich hat uns nicht gesagt: Es gab eine Anweisung vom Landesamt für Verfassungsschutz. Er hat uns gesagt: Es gab eine Bitte vom Landesamt für Verfassungsschutz und eine Verabredung mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, keine Unruhe in der rechtsextremen Szene zu verursachen. Das machen wir - also nicht Unruhe -, sondern wir finden die drei. Lasst uns mal machen. - Und so ähnlich haben Sie es bei der Schäfer-Kommission auch gesagt, Herr Nocken.

Zeuge Peter J. Nocken: Aber ich habe nie gesagt: Wir machen den Sack zu.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Zeuge Peter J. Nocken: Das konnte ich gar nicht sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber: Wir wollten Sie gerne finden. Wir hätten uns den Skalp - das sind jetzt meine Worte - gerne an den Gürtel gehängt. Wir hätten sie gerne gefunden. - Das haben Sie gesagt.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das ist richtig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Aber lassen Sie das Wort Skalp bitte weg.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sagte ja, das sind meine Worte. Ich habe auch manchmal eigene Worte.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das ist ja auch in Ordnung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich überlasse das Blumige nicht der Thüringer Polizei. Gut, wir wollen weg vom Blutigen. Kommen wieder auf die sachliche Ebene.

Wollen Sie den Ehrgeiz, dass Sie als Verfassungsschützer die drei finden, in Abrede stellen?

Zeuge Peter J. Nocken: Den will ich nicht in Abrede stellen. Soll ich hier etwas sagen: „Nein, wir wollten die gar nicht fangen“?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und gab es dann so eine Verabredung? Gab es dann so eine Verabredung mit der Polizei nach der Garage, nach dem Auffinden in der Garage: „In der Szene machen wir die Recherchen, ihr macht eure üblichen Standardmaßnahmen, wir machen die Recherchen in der Szene“?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, diese Verabredung gab es nicht. Es gab auch keine Bitte, irgendwelche polizeilichen Maßnahmen zu unterlassen. Wir haben lediglich gesagt: Wir kümmern uns auf unserem Nachrichtenwege darum, ob wir Informationen beisteuern können. Es hat nichts damit zu tun, dass ich jetzt überengagiert nur für das LfV den Erfolg gewollt hätte. Das habe ich weder der Schäfer-Kommission gesagt noch sage ich das hier, dass wir gerne in der Lage gewesen wären, der Polizei, nachdem wir ihnen zunächst einmal die Täter sozusagen an der Garage schon präsentiert hatten und die Polizei das versemelt hatte - - Und auch beim zweiten Mal hätten wir es ihnen

gerne wieder gesagt: Die Jungs oder das Mädchen und die beiden Jungs sitzen in der Gaststätte X, da und da. Geht hin, und nehmt sie fest. - Das hätten wir schon gerne getan, und es wäre auch falsch, wenn ich das hier abstreiten würde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Denken Sie an die Zeit, Herr Wieland?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich will ihm nur noch einen Vorhalt machen. - Herr Wunderlich hat hier wörtlich gesagt:

„Also die normalen, personenbezogenen behördlichen Fahndungsmaßnahmen oder auch operativen Maßnahmen durch uns, aber in dem rechtsradikalen Spektrum - da sind wir gut dabei - lasst uns das mal machen, bringt da keine Unruhe rein“,...

Das - sagen Sie - ist dann falsch, was Herr Wunderlich sagt.

Zeuge Peter J. Nocken: Also ich habe ihm das sicherlich so nicht gesagt. Ich habe ihm das so nicht gesagt. Ob er mit irgendjemandem aus meinem Referat Rechtsextremismus das besprochen hat, kann ich jetzt nicht sagen. Aber ich kann es mir nicht vorstellen. Denn wir waren immer in engstem Kontakt, und dann hätte er da auch sagen können: Leute, bindet mich hier nicht fest. Ich habe ja auch andere Möglichkeiten, was zu tun. - Er hat ja seine Telefon- und Überwachungsmaßnahmen, die sind ja auch alle von ihm gemacht worden aufgrund von unseren Hinweisen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Herr Binninger, wenn Sie gestatten, Herr Kurth wollte eine Nachfrage stellen. Bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Wieland fragte, ob es Absprachen zwischen Polizei und Verfassungsschutz gab. Gab es denn Absprachen zwischen dem Ministerium und dem Verfassungsschutz? Was hat denn das Ministerium nach der Garage gesagt? Hat es Ihnen eine Aufgabe oder Ähnliches zugewiesen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Okay.

Zeuge Peter J. Nocken: Also ich wüsste nicht, dass irgendwas aus dem Ministerium uns da als Auftrag gegeben worden ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur zweiten Runde. Fragerecht hat die Union. Herr Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Zeuge, ich will nur noch mal darauf hinweisen: Ich kann nicht zitieren aus den Akten, weil sie eingestuft sind. Aber damit wir es auch im Protokoll festhalten können: Ich glaube, dass Sie sich irren in Ihrer Erinnerung, dass es keinen Auftrag des LKA an das Verfassungsschutzamt Thüringen gab mit der Bitte, eine dieser Personen im November, Dezember 97 zu observieren. Das nur, dass wir das festgestellt haben. Sie sagen, es kann so nicht sein. Ich glaube, es war so, anhand dessen, was wir wissen und hier auch vorgetragen wurde. Aber es macht jetzt keinen Sinn, darauf rumzureiten, wenn Sie sich anders erinnern.

Ich habe noch eine Frage an Sie, bevor die Kollegen weiter fragen. War dieser ganze Fall um das Trio - die Suche, die Fahndung, die Hinweise - für Sie ein besonderer im Vergleich zu den anderen Fällen in diesen Jahren 98 bis 2000?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, er war schon in gewisser Weise ein besonderer. Aber die Tatvorwürfe, die da im Raume standen - sprich: dieses Ablegen dieser zündfähigen, aber nicht zündbereiten Bombe -, das war nicht so, dass man gesagt hätte: Jetzt müssen wir alle Kräfte da draufwerfen und das und das jetzt sofort erledigen. - Das war schon eine herausgehobene Situation, insbesondere weil es auch die Situation war, dass man engstens mit der Polizei in diesem Fall zusammenarbeiten wollte und musste. Das war gut und richtig. Das tut ja der Verfassungsschutz in der Regel bei der normalen Beobachtung der extremen Szene nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also es war schon ein nicht alltäglicher Fall.

Zeuge Peter J. Nocken: So ist es.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Sippel hat uns hier vorgetragen, dass er bei

der Übergabe - Sie haben, glaube ich, die Leitung kurz kommissarisch gehabt, und dann kam Herr Sippel, der dann eingewiesen wurde in die Besonderheiten dieses Amtes - über diesen Fall nicht informiert wurde. Trifft das zu? Wenn ja, warum nicht?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es Ihnen nicht sagen, ob ich ihn - - Von mir? Hat er gesagt, dass er von mir nicht unterrichtet worden ist, oder?

(Sönke Rix (SPD): Von wem denn sonst?)

Sicherlich, als er kam, habe ich ihm die verschiedensten Dinge vorgetragen. Ob da jetzt der Fall der drei - - Das war dann im September 2001, als der Herr Sippel kam, glaube ich. Ich würde mich wundern, wenn ich es nicht getan hätte. Aber ich kann das nicht ausschließen und kann sagen: Jawohl, ich habe ihm das vorgetragen. - Es kann sein, dass es nicht der Fall war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Es war wohl im November 2000 und die Übergabe dann etwas später.

Zeuge Peter J. Nocken: Ach so, ja, November 2000. Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat gesagt, er hat davon nie etwas gehört, sondern erst später, als es in einem anderen Zusammenhang eine Rückfrage gab, wurde ihm dann quasi der Fall präsent.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, er muss es dadurch gemerkt haben, weil der Herr Wunderlich schon da anfang, zu behaupten, wir hätten unsere schützende Hand über das Trio gehalten, und ich aufgefordert wurde, dienstliche Erklärungen abzugeben, nicht nur ich, andere auch. Spätestens da hat Herr Sippel das gewusst.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann hat Kollege Schipanski ein paar Fragen. Kollege Schuster zuerst.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Nocken, ich muss noch mal zurückkommen, weil dem will ich auf jeden Fall nachgehen, auf Ihre Aussage, es gebe auch heute ein aktuelles Handbuch des Verfassungsschutzes - also des Bundesamtes; so habe ich es verstanden -, aus dem man ent-

nehmen könnte die für Verfassungsschützer geltende Anweisung „Quellenschutz vor Strafverfolgung“. Können Sie das noch mal ausführen? Was ist das für ein Handbuch? Warum hat das diese Bewertung?

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist das Handbuch für Verfassungsschutzrecht von Frau Droste, ehemalige Mitarbeiterin des Bundesamtes. Die Auflage, die mir zur Verfügung steht, ist die erste aus dem Jahre 2007. Ich weiß nicht, ob es später noch weitere Auflagen gab. Das ist ein ziemlich seitenstarkes Werk, aber auch sonst sehr segenreich zu lesen. Da ist das drin, dass das Strafverfolgungsinteresse hinter dem Quellenschutzinteresse zurückstehen müsse im Zweifelsfall.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ist das ein Lehrbuch im Verfassungsschutz? Ist das einfach nur - -

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist eine Art Kommentar zum Verfassungsschutzrecht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Welche Rolle genießt dieses Werk in Ihren Kreisen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ein hohes Ansehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich höre gerade, das ist das einzige Buch, das es zum Verfassungsschutz gibt. Würden Sie das bestätigen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, Herr Roewer hat ja auch schon mal einen Kommentar zum Verfassungsschutz geschrieben.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Oh.

(Heiterkeit)

Okay. Also, es ist das einzige Buch, das es gibt.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Also noch mal zurück. Jetzt ernsthaft: Wissen Sie, ob - - gehört das mit zur Ausbildung im Verfassungsschutz, dass man das lernt?

Zeuge Peter J. Nocken: Meine Ausbildungszeit beim Verfassungsschutz liegt jetzt schon ein bisschen zurück. Ich weiß nicht, ob das heute noch gelehrt wird. Aber ich gehe davon aus, dass das Buch von Frau Droste da eine große Rolle spielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt Ihre persönliche Einschätzung: Waren Sie jemals bei einer solchen Frage bei einem Staatsanwalt - vielleicht auch mit der Polizei zusammen -, um die Frage zu klären - - Also, ich bin kein Jurist, aber ich meine, so viel von den Rechtswissenschaften zu verstehen, dass es sich hier um eine verfassungsrechtliche Güterabwägung handeln kann, wenn ich die Frage stelle: Gilt hier Quellenschutz im Verhältnis zum Strafverfolgungsinteresse des Staates?

Nach meiner Einschätzung, wenn man jetzt das sieht, was wir hier die ganze Zeit besprechen - da ging es um die Frage: sind die bewaffnet, sind die nicht bewaffnet, ist das ein Warnhinweis, wäre das für die Polizei unter Umständen wichtig gewesen? -, geht es da um Gefahren, die enorm sind. Wenn ich jetzt diese Güterabwägung vornehme, könnte ich mir sogar vorstellen, dass die Herrin des Verfahrens - sprich: die Staatsanwaltschaft - in diese Abwägung einbezogen sein sollte. Ist das jetzt eine abwegige Meinung für Sie aus der Praxis? Gab es so was?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Es ist ja folgendermaßen: Die Polizei unterliegt dem sogenannten Legalitätsprinzip. Sie müssen verfolgen, wenn sie von einer Straftat erfahren haben. Die Verfassungsschutzbehörden unterliegen dem sogenannten Opportunitätsprinzip. Sie können, müssen aber nicht.

Es gibt Fälle im Landesverratsbereich, also in der Spionage, die dann von der Bundesanwaltschaft angeklagt oder auch verfolgt werden. Die machen einen offiziellen Ermittlungsstopp, bis die Dienste ihre Möglichkeiten ausgeschöpft haben. Das wurde jedenfalls früher so gemacht. Ob sie das heute noch so machen, weiß ich nicht. Da war ein offizieller Stopp. Die Dienste konnten ihre Ermittlungen machen auf nachrichtendienstlichem Wege und haben dann ihr Ergebnis abgeliefert. Das ging nicht ewig, weil natürlich irgendwann die Bundesanwaltschaft gesagt hat: Es ist Schluss. Ihr operiert jetzt nicht weiter. Wir wollen jetzt zum Zugriff kommen.

Das ist aber nicht in den politischen Bereichen, also auch nicht beim Terrorismus, so gewesen, sondern da ist immer und ausschließlich die Polizei bei den Straftaten vorne dran gewesen. Nur ist die Frage: Was muss der Dienst der Polizei alles melden? - Da spielen die Quellenschutzinteressen der Dienste eine hohe Rolle. Denn ohne diesen Quellenschutz ist die Arbeit des Verfassungsschutzes unmöglich.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Nocken, worauf ich hinauswill: Sie waren mutig und haben unglaublich Glück gehabt. Diese verfassungsrechtliche Güterabwägung haben Sie - mir scheint es - sehr unbewusst vorgenommen. Die haben Sie jetzt auf Ihre Schultern geladen. Wenn in einem Polizeieinsatz mit dem Trio ein Polizeibeamter zu Tode gekommen wäre, weil die bewaffnet waren, dann würden Sie heute wahrscheinlich in ganz anderer Situation hier sitzen.

Ich frage mich einfach: Wie viele Verfassungsschutzbehördenleiter in Deutschland entscheiden eigentlich so unbewusst über diese Frage? Ist das bei Ihnen Normalität, und was sagen eigentlich Staatsanwälte dazu? Letztendlich lehren Sie uns doch, dass die Frage: „Lassen wir lieber die Quelle auffliegen, oder wollen wir den Ermittlungserfolg?“, irgendwer entscheidet, aber jedenfalls nicht der Herr des Verfahrens. So, wie Sie es schildern, haben Sie das sehr mutig getan, aber ich glaube, Sie waren sich dessen nicht bewusst.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich war mir dessen insofern nicht bewusst, weil die Gefährdung, die von den Dreien ausging, so manifest bei uns gar nicht im Kopf war.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay. - Dann noch eine letzte Frage. Lassen wir mal das thüringische Landeskriminalamt raus und diese problematische Schnittstelle. Ich halte auch die Zusammenarbeit für problematisch. Aber jetzt stellt sich für mich immer noch die Frage: Sie wollten die ja schnappen. Jetzt nehme ich nur diese vier Puzzleteile Bewaffnung, die Frage Geld - brauchen die mehr? da hatten Sie ja Informationen -, dann die Information, dass die drei jobben, und dann die Information: Die drei machen Sachen respektive Aktionen. Sie hatten noch mehr Infos. Erklären Sie mir

doch bitte mal, wie das in Ihrem Amt vor sich ging.

Ich habe jetzt gelernt, was Beschaffung heißt. Wer in Ihrem Amt bewertete permanent solche eingehenden Informationen? Also, wen muss man sich vorstellen, wer da saß und versucht hat, aus solchen Puzzleteilen die Frage zu beantworten: Wo sind die? - Machen das die Beschaffer selber? Oder hatten Sie da eine Auswerteabteilung, und wie hat die funktioniert?

Zeuge Peter J. Nocken: Da gab es ein Referat Rechtsextremismus. Der Referatsleiter war der Herr Schrader; der kommt, glaube ich, heute auch noch. In diesem Referat Rechtsextremismus war sowohl eine beschaffende Komponente als auch eine auswertende Komponente. Wenn jetzt eine Information von einer Quelle reingekommen ist, dann wurde die erst mal zu Papier gebracht, und dann setzten sich der Auswerter und der Beschaffer zusammen und sagten: Pass auf, das ist die Information. Was haben wir davon zu halten? Wie ist das gemeint? - Der Auswerter mehr als Analyst, der die Analyse traf. Der Beschaffer mehr: Brauchst du noch irgendwelche Informationen dazu?

Jetzt kommt eine Meldung rein - die haben Sie auch angesprochen -: Die jobben jetzt. - Da hat der Auswerter dem Beschaffer gesagt: Was meint denn die Quelle mit Jobben? - Dann wurde die Quelle nachbefragt. Da hat der gesagt: Der hat irgendeine Tätigkeit bei irgendeinem, die nicht legal ist. Der jobbt jetzt. - Dann hat der gesagt: Okay. Dann bin ich zufrieden. - Dann kam parallel dazu oder kurz davor eine Information, dass der Mundlos für irgendeine Zeitung irgendwelche Artikel schreibt und sich dadurch ein bisschen Geld verdient. Da haben wir gesagt: Aha, das ist möglicherweise das Jobben, was da gemeint ist.

Das ist immer eine gemeinsame Analyse. Da sitzt nicht einer in seinem dunklen, kleinen Kämmerlein und analysiert und wirft dann die Analyse raus, sondern das wird immer gemeinsam besprochen. Wenn dann komplizierte Sachverhalte da waren, dann haben die mich auch einbezogen. Dann haben die gesagt, ich soll mal dazugekommen. Das und das läge an Informationen vor. Wie ist das zu sehen? Wie ist das zu werten? Was können wir tun?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Denken Sie bitte an Ihre Zeit.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich höre jetzt auf. - Kriminalistisch, glaube ich, auch ohne das nachträgliche Wissen, ist das aber schon beachtlich - kriminalistisch -, wenn ich die Worte Bewaffnung, „Die jobben“, „Die brauchen Geld“, „Die machen Aktionen“ - - wenn ich mit diesen vier Informationen als Analytiker, der kriminalistisch unterwegs ist, nicht auf die Idee komme: Da läuft etwas. Die versuchen, sich - eventuell bewaffnet - illegal Geld zu besorgen. - Und das nennt man in solchen Kreisen: Die jobben jetzt. Das wundert mich einfach. Das wundert mich, dass die in Ihrem Amt nicht selber drauf gekommen sind. Das wundert mich aber auch, dass diese Analyse von Ihnen nicht zu einem TLKA weitergeht, weil die haben das ja auch nicht gekriegt. Denen fehlten allerdings auch diese Informationen, um kriminalistisch auf die Spur zu kommen. Also, am Ende liegt das schon in Ihrem Referat und den dortigen sogenannten Analytikern.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Nun ist es natürlich so, dass die Informationen nicht alle gleichzeitig da waren, sondern die kamen in einem zeitlichen Abstand.

Und noch eines: Es sind jeweils Einzelmeldungen, die nirgendwo bestätigt wurden. Ein Grundsatz bei den Diensten ist auch: Ist die Meldung eine bestätigte Meldung, oder ist eine ähnliche Meldung auch aus anderer Quelle zu haben? Unbestätigte Meldungen weiterzugeben und dann möglicherweise auch noch Exekutivmaßnahmen auf diesen unbestätigten Meldungen zu veranlassen, das hat auch schon seine Grenzen.

Es ist richtig, dass man mal darüber nachdenken musste. Das haben wir auch getan, haben dann aber gesagt, bevor - - Ja, die Waffenmeldung, wie gesagt, noch mal - - waren wir gebunden durch das andere Land, das nicht weiterzugeben. Das Jobben haben wir nicht erkannt als „Jetzt machen sie einen Banküberfall“. Ich weiß auch nicht, wer von uns das in der Situation damals wirklich als Banküberfall gesehen hätte. Ex nunc kann man natürlich sagen: Ja, die haben ja Banküberfälle gemacht. Das war doch damit gemeint. Das ist ganz einfach. - In der Situation damals - jobben, und wir hatten den Hinweis, der macht irgendwelche Tätigkeiten kleinerer Art und verdient sich ein bisschen Geld damit - war das für uns damit abgehakt.

Die anderen Aktionen kamen ja von einer Quelle, die dann später selber Quelle war bei

einem anderen Bundesland. Da hat er auch nichts davon erzählt, dass da andere Aktionen gemeint waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gibt Zwischenfragen. Herr Kollege Ströbele zunächst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kollege, Sie haben als Kriminalbeamter drei oder vier Kriterien richtig genannt. Ich will noch ein Kriterium hinzufügen. Zwischen der Meldung, um die es die ganze Zeit geht, vom September 1998 bis zu der Meldung über: „Sie brauchen kein Geld mehr, sie haben gejobbt“ - das war im November 1999, also etwas mehr als ein Jahr später -, ist etwas passiert, was Sie ja auch schon mal kommentiert haben. Da haben nämlich insgesamt vier Überfälle stattgefunden, und zufälligerweise gerade in Chemnitz. Und Sie, Herr Nocken, wussten, dass die in Chemnitz sein sollen.

Das heißt, mindestens Sie - selbst wenn das für andere schwierig war, da eins und eins bis vier oder fünf zusammenzuzählen - mussten doch auf die Idee kommen: Da sind welche, wie ich Ihnen schon vorhin vorgehalten habe, Extremisten, die Finanzmittel brauchen, Finanzmittel beschaffen wollen und dafür Waffen brauchen, Waffen beschaffen. - Und Sie kriegen ein Jahr später die Mitteilung: Die brauchen kein Geld mehr. Die haben also Finanzmittel. In der Zwischenzeit sind vier Überfälle passiert, Edeka und Banken, genau gerade in Chemnitz. Und das haben Sie nicht gesehen? Sehen Sie sich da nicht als schuldig, dass Sie diese Informationen und diese Kombinationen, die sich Ihnen persönlich aufdrängen mussten, nicht weitergegeben haben an die Polizei?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich wusste von den Banküberfällen oder von den Edeka-Märkten nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von den Banküberfällen in Chemnitz wussten Sie nichts?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Von den Banküberfällen in Chemnitz hatte ich keine Ahnung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lesen Sie nicht Zeitung?

Zeuge Peter J. Nocken: Ach. Natürlich. Aber wir hatten keine Ahnung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es geht hier um die Frage der Auswertung; das ist jetzt immer wieder angesprochen worden. Ich denke, das Prädikat „ungenügend“ ist fast noch zu gut für das, was Sie hier geleistet haben. Sie müssen wirklich mal gucken, was da in dieser Abteilung passiert ist. Ich will es auch noch an einem Beispiel untermalen.

Wir wissen aus der Schäfer-Kommission - dort wurde der Herr Wießner befragt - - Der sagte da Folgendes:

... der fehlende Rücklauf von der Auswertung kam mir schon komisch vor. Ich bin vor meinem V-Mann-Treffen regelmäßig, zumindest aber häufig, bei Herrn Elsner gewesen und habe ihn gefragt, ob es irgendetwas gibt, wonach zu fragen ist. Er hat eigentlich nie etwas gesagt. Also wusste ich ... nicht, was ich aus Sicht der Auswertung fragen sollte.

Was war da los, Herr Nocken?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, die Zusammenarbeit zwischen dem Herrn Wießner und dem Herrn Elsner war eigentlich gut. Warum der Herr Elsner dem keine Informationen gibt oder warum der keine Aufträge erteilt hat, das weiß ich nicht. Ich gehe mal davon aus, dass der Herr Elsner wusste, dass der Herr Wießner seine Aufgabe auch so gut erledigt, dass er da nicht unbedingt zusätzlich noch Aufträge erteilen musste. Anders kann ich es mir nicht vorstellen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schipanski fragt dann weiter.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann mache ich weiter. Genau. - Herr Nocken, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement, das Sie das letzte Mal hier vor diesem Ausschuss gehalten haben, sich ja sehr beschäftigt mit der letztlich fehlenden Fachaufsicht. Vielleicht darf ich noch mal erinnern, Sie haben hier gesagt:

Während der gesamten Operation wurde von dieser Stelle

- im Thüringer Innenministerium -

nicht ein einziges Mal wegen der Arbeit danach nachgefragt, ange-regt, bemängelt oder auch nur kommentiert. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wurde in keinsten Weise kritisiert oder nur hinterfragt. Die Fachaufsicht war aus Sicht des Thüringer LfV nicht spürbar.

Nun hat ja Ihr damaliger Präsident, der Herr Roewer, beste Kontakte zum damaligen Innenminister, dem Dr. Dewes, gehabt. War der denn unzufrieden mit der Fachaufsicht in dem Thüringer Innenministerium?

Zeuge Peter J. Nocken: Wen meinen Sie? Der Herr Minister oder der Herr Roewer?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Der Herr Minister.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich nehme an, dass die Abteilung 2, in der die Fachaufsicht ja auch organisatorisch untergebracht ist, dem Minister immer gesagt hat, da ist alles in Ordnung. Also, ich wüsste nicht, dass der Herr Dewes sich irgendwann darüber mal beklagt hätte, über die Fachaufsicht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, gut, aber der Herr Roewer hat nun so unge-fähr gemeint, er berichtet sowieso nur über-haupt zum Minister. Hat der Minister Dewes dann selber die Fachaufsicht übernommen, oder wie hat denn die Fachaufsicht über-haupt dann Informationen erhalten?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann Ihnen nix dazu sagen, wie das Verhältnis zwischen Herrn Dewes und Herrn Roewer war. Ich weiß, dass der Herr Roewer doch in einigen Fällen immer direkt den Kontakt zu ihm, zu Herrn Dewes, gesucht hat und auch bekommen hat. Der hat sicher die Fachaufsicht nicht selber wahrgenommen; aber da kann ich Ihnen wirklich nichts zu sagen, wie das Verhältnis da war.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt aber auch, die Fachaufsicht hat sich faktisch nie eingeschaltet in die Zusammen-arbeit - was Sie jetzt hier erzählt haben - zwischen Staatsanwaltschaft, LKA, LfV. Das

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fund-stelle lautet: MAT A TH-6/3, Blatt 161.

war der Fachaufsicht vollends bekannt, und sie hat nie einen kritischen Ton dazu geäußert?

Zeuge Peter J. Nocken: Die Fachaufsicht war insofern immer eingebunden, weil ja bei jeder wöchentlichen Lagebesprechung darüber geredet wurde, wer was wann wo tut. Ob die Fachaufsicht jede Besprechung mit der Staatsanwaltschaft oder jeden Kontakt mit dem LKA mitgekriegt hat, kann ich Ihnen nicht sagen; aber hätte sie eigentlich haben müssen. Denn sie waren, wie gesagt, in den Gremien beteiligt, und gefragt, ange-regt oder kritisiert worden ist von da nie.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, um noch mal an den Kollegen Petermann anzuknüpfen, das Verhalten Ihres Hauses gegenüber beispielsweise der Staatsanwaltschaft Gera war dem Thüringer Innenministerium auch bekannt, sprich, dass Ihre Leute dahin gegangen sind und da sich mit Staatsanwälten über laufende Ermittlungsverfahren ausgetauscht haben.

Zeuge Peter J. Nocken: Sie meinen jetzt die Ermittler, die vorhin als Nassforsch oder so bezeichnet wurden?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht, ob das die Fachaufsicht mitgekriegt hat. Das weiß ich nicht. Die wissen sicher, dass wir auch zur Staatsanwaltschaft gegangen sind und da Daten erhoben haben oder irgendwas ermittelt haben. Ja, das wussten sie.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Und machen das denn andere Landesbehörden ähnlich - Herr Petermann hat vorhin mal zu Recht nach der Rechtsgrundlage gefragt -, dass also auch andere Landesämter für Verfassungsschutz bei der Staatsanwaltschaft aufschlagen und dann entsprechende Einsicht in Akten verlangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das machen andere auch, und vorhin ist es ja auch gesagt worden, dass nicht nur von uns jemand da war, sondern auch vom BfV und noch von einer anderen Behörde. Alle 14 Tage - das hat dann der Herr Schultz irgendwie gesagt -

wäre ja wer gekommen, und das waren ja nicht nur Leute aus unserem Haus.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also gängige Praxis, und man hat sich immer auf das allgemeine Gesetz berufen, sie machen das im Rahmen ihrer Informationsbeschaffung.

Zeuge Peter J. Nocken: So ist es.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Steht das auch bei der Frau Droste in dem Handbuch, oder?

(Heiterkeit)

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht. Da habe ich - - Kann sein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Eine abschließende Frage noch: Sie haben vorhin, als der Kollege Binninger nachgefragt hat, ob Sie den Präsidenten Sippel unterrichtet hätten über dieses Trio letztlich, indirekt gesagt, nein, das haben Sie nicht.

Hielten Sie denn die Suche damals, als der Wechsel letztlich von Ihnen zu Herrn Sippel stattfand, nach dem Trio für abgeschlossen?

Zeuge Peter J. Nocken: Die Suche nach dem Trio war für mich abgeschlossen in dem Moment, als die wichtigste Quelle, nämlich der Tino Brandt, an die Presse verraten wurde und sozusagen die Zusammenarbeit sofort beendet werden musste. Damit war uns der Zugang zu Informationen, die irgendwo an das Trio herankamen, verschüttet. Dann hätte man eine neue Quelle anwerben und langsam dahin platzieren müssen, um dann wieder Informationen zu bekommen. Damit war für mich die Wahrscheinlichkeit, noch zum Erfolg zu kommen, sehr gering.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Herr Nocken, ich möchte die Erinnerung korrigieren. Brandt ist aufgefliegen bei einem Nachsorgetreffen, das vierte Nachsorgetreffen - immerhin vier mit erheblichen Geldmitteln -; das war zumindest damals die Aussage des Innenministeriums und der Hinweis des Innenministeriums, warum Herr Brandt bereits schon nicht mehr im Dienst ist. Oder hat sich das Innenministerium damals da geirrt?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich habe das nun wirklich völlig anders in Erinnerung. Der Herr Roewer hat mir gegenüber

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

im Mai 2000 geäußert, dass er will, dass die Quelle abgeschaltet wird; also, „abgeschaltet“, Sie wissen, was ich damit meine.

Im Juni dann ist der Herr Roewer dimittiert worden. Ich bin dann im Juni 2000 beauftragt worden mit den Aufgaben des Präsidenten, solange der Herr Sippel nicht da war. Ich habe dann Ende Juli nicht nur wegen des Vorfalls Trio, sondern auch wegen der anderen Informationen der Quelle den reaktivieren lassen. Dann lief das ganz normal weiter, und dann kam am 12. Mai 2001 die Enttarnung der Quelle durch die Zeitung. Das hatte mit einem Nachsorgetreffen nichts, aber auch nichts zu tun. Das waren reguläre Treffs, die die Quelle mit dem V-Mann-Führer gemacht hat.

Wie gesagt, wenn das Ministerium das anders dargestellt hat, kann ich nichts dazu sagen. Das ist meine Erinnerung, und die wird auch richtig sein.¹

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das hat er damals ganz anders gesprochen.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, Herr Sippel, Ihr Chef.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn, dann mit Mikrofon!)

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann sein, dass er damals ganz anders gesprochen hat. Aber das war kein Nachsorgetreffen. Das war noch in der Zeit, wo er noch richtig geführt wurde. Danach hat es noch Nachsorgetreffs gegeben.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Die Unionsfraktion hat keine weiteren Fragen. Nur noch eine Anmerkung meinerseits: Wenn beispielsweise der Verfassungsschutz zusammenkommt mit der Staatsanwaltschaft, so sieht die StPO hier ausdrücklich eine Normierung vor, dass man hier dann auch in Akten entsprechend Einsicht nehmen kann. Da gibt es ja auch entsprechende Verweisstellen auf die jeweiligen Normungen

in den Landesverfassungsschutzämtern oder -gesetzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zur SPD-Fraktion wechseln. Ich habe nur eine Nachfrage, wenn Herr Rix das kurz erlaubt. - Herr Nocken, ich habe Sie so verstanden, dass Sie hier auf mehrere Nachfragen geäußert haben, Ihnen sei nie bekannt gewesen, dass es beim Thema „Jobben“ irgendwie um Überfälle gehen könnte oder Ähnliches.

Wir finden in den Akten - das war auch die Grundlage für Ihr Gespräch mit den Vertretern des Landes Brandenburg vom 11. September 1998 - eine Meldung aus Brandenburg. Da heißt es auf Seite 5 - das ist MAT A TH-3/1, Tagebuchnummer 9/12 - sinngemäß bezogen auf die drei untergetauchten Personen aus Jena: Da wird also Thüringen unterrichtet, dass diese eine Flucht nach Südafrika planen, auf Lieferung von Waffen warten würden, und dann - Zitat - soll das Trio einen weiteren Überfall planen, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können. - Das ist doch wohl sehr eindeutig, Herr Nocken, oder?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ja, das ist sehr eindeutig. Das ist diese Meldung eines anderen Landesamtes.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, die drei wollen nach Südafrika abhauen, warten auf Waffenlieferung und planen einen weiteren Überfall, um mit dem Geld sofort Deutschland verlassen zu können, also einen Überfall, der eine nicht unerhebliche Geldsumme erbringen könnte.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist doch in der Summe so dermaßen relevant gewesen für die Fahndung in Thüringen, dass es doch fahrlässig, mindestens fahrlässig gewesen ist, über dieses Bild die Polizei nicht in Kenntnis zu setzen. Sehen Sie das nach wie vor anders?

Also, Ihre Kollegen von der Polizei suchen drei Leute. Die halten sie für relativ harmlos. Und Sie erfahren nachrichtendienstlich: Erstens. Die sollen mit Waffen versorgt werden. Zweitens. Die haben Absetzungspläne Richtung Südafrika. Drittens.

¹ siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

Die planen Überfälle mit dem Ziel, nennenswerte Geldsummen zu erbeuten.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das nicht eigentlich verwerflich, das der Polizei in Gänze vorzuenthalten?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich bin ja nach wie vor der Überzeugung, dass wir das genau dem Landeskriminalamtschef an dem Abend vorgetragen haben.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er weiß nichts davon!)

- Er weiß da nichts von. Das kann ich mir nicht erklären. Das steht aber auch hier drin im Schäfer-Bericht:

Abend des 16.09. ... : Persönliche Unterrichtung des Präsidenten des TLKA durch TLvF; der genaue Inhalt der Unterrichtung ist nicht aktenkundig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau. Das ist das Problem.

Zeuge Peter J. Nocken: Nach Aktenlage ist nicht nachvollziehbar, ob und gegebenenfalls an wen der Präsident des TLKA im eigenen Haus weitergeleitet hat.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber da steht nichts von drin!)

Das kann ich auch nicht sagen. Also, ich weiß sicher, dass wir nach der Besprechung bei ihm dort waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und Sie haben ihm gesagt: „Die wollen nach Südafrika abhauen, die warten auf Waffen, und sie wollen einen Banküberfall begehen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben ihm das, was die Kollegen in dem anderen Bundesland erfahren hatten - zwar unbestätigt - und uns gebunden hatten, was den Quellenschutz betraf -, trotzdem zur Kenntnis gebracht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie ihm diese drei Informationen gegeben in der Kombination „geplanter Banküberfall,

Warten auf Waffen, Planung, sich nach Südafrika abzusetzen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich bin sehr sicher, dass bei der Besprechung das alles so angesprochen worden ist und dass wir das, was bei der Besprechung angesprochen war, auch dem Präsidenten damals vorgetragen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Nocken, halten Sie es für ansatzweise plausibel, dass ein LKA-Präsident derart gravierende Informationen seinen Zielfahndern vorenthält?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es nicht erklären.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann man sich nur so erklären, dass die Informationen so nicht geflossen sind.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß auch nicht, ob er es getan hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist die einzige plausible Erklärung, Herr Nocken, dass diese Informationen so die Polizei nicht erreicht haben können.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, es kann ja sein, dass der das weitergegeben hat und die sagen es uns - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist natürlich sehr praktisch, dass es keine schriftlichen Unterlagen gibt.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das ist ja möglich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das will ich Ihnen wohl zugestehen.

Zeuge Peter J. Nocken: Aber ich bin mir sehr sicher, wir haben das, was wir geben konnten, dem Präsidenten damals vorgetragen. Das wird auch der Herr Schrader bestätigen können.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Schrader hat das nicht bestätigt!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und das war das, was ich eben genannt habe?

Ich frage das noch mal, Herr Nocken. Haben Sie gesagt: „Die planen Banküberfälle“? Haben Sie gesagt: „Die wollen nach Südafrika auswandern“? Haben Sie gesagt: „Die warten auf Waffen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß die Einzelheiten nicht mehr, die da in Brandenburg vorgetragen worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das sind doch keine Einzelheiten. Die Frage ist doch: Was haben Sie davon an Informationen dem LKA-Präsidenten in Thüringen weitergegeben?

Zeuge Peter J. Nocken: Das, was auf der Besprechung stattgefunden hat, haben wir dem LKA in geeigneter Form mündlich vorgetragen.

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE): In geeigneter Form oder vollständig?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, was heißt „in geeigneter Form mündlich vorgetragen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, wir haben es ihm mündlich vorgetragen, ohne dass er einen schriftlichen Vermerk davon gekriegt hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber was heißt „in geeigneter Form mündlich vorgetragen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Die geeignete Form ist das Mündliche.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ach so. Okay. Also Sie haben es ihm mündlich vorgetragen?

Zeuge Peter J. Nocken: Hier steht doch:

Eine förmliche Umsetzung des Sachverhalts an die Polizei findet jedenfalls nicht statt, da die Verfassungsschutzbehörde eines anderen Bundeslandes auf Quellenschutz beharrt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Nocken, Sie haben ja selber persönliche Unterrichtung erfolgen lassen. Sehe ich das richtig?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, mehr, als ich hätte dürfen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich definitiv daran erinnern, dem damaligen Thüringer LKA-Präsidenten gesagt zu haben: „Die Leute, nach denen ihr sucht, die warten darauf, mit Waffen beliefert zu werden, die planen einen Banküberfall, und sie wollen nach Südafrika abhauen“?

Zeuge Peter J. Nocken: Jetzt kann ich Ihnen nicht mehr genau sagen, welche Einzelheiten ich da gesagt habe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das sind doch keine Einzelheiten, Herr Nocken. Das sind doch gravierende Informationen.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber doch Einzelheiten dazu.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gebe es auf. - Die SPD-Fraktion fragt. Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Vielen Dank. - Ich schließe da gleich mal an. Das sind ja drei sehr relevante Informationen, also: Die wollen nach Afrika fliehen, die planen einen Banküberfall, und sie besitzen womöglich Waffen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Einen weiteren.

Sönke Rix (SPD): Einen weiteren Banküberfall. Damit ist bekannt, dass schon weitere Banküberfälle geschehen sind.

Nun sagen Sie, dass Sie in „geeigneter Form“ - in Anführungsstrichen - dies auch dem LKA-Präsidenten so mitgeteilt haben. Was machen Sie denn eigentlich bei den weiteren Treffen? Fragen Sie da mal nach? Weil es sind ja alle fieberhaft auf der Suche nach diesem Trio. Nun hat man drei relevante Informationen zu diesem Trio, und Sie tauschen sich regelmäßig aus. Fragen Sie eigentlich mal nach, was mit diesen Informationen passiert ist? Weil Informationen sind ja Ihr Geschäft.

Zeuge Peter J. Nocken: Da wird immer mal wieder geprüft: Bestätigt sich diese Information? Kann die aus anderer Seite auch

noch mal gestützt werden oder ergänzt werden?

Da ist aber nie mehr wieder was gekommen, soweit ich das in meiner Erinnerung habe. Das blieb eine Einzelmeldung des anderen Bundeslandes. Ergänzend: Aus keinem anderen Bereich weder des BfV - - noch die Sachsen noch wir haben irgendeinen Hinweis, dass da was dran gewesen sein könnte und was da dran gewesen - - Sie sind ja auch schließlich nicht nach Südafrika gereist. Einen Überfall hat es vorher auch noch keinen gegeben. Insofern: Hätte man gesagt: „Einen Überfall gab es da schon, das war nämlich der und der, und jetzt kommt ein weiterer“, dann wäre das vielleicht noch ein bisschen konkreter geworden. Aber es war für uns eine unbestätigte Meldung einer Quelle, die wir gar nicht beurteilen konnten und wo uns das Land gesagt hat: Der Quellschutz bleibt bestehen, egal, was kommt.

Sönke Rix (SPD): Also haben Sie selber nicht noch mal nachgefragt?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben sicherlich in Besprechungen mit dem anderen Bundesland immer wieder mal gefragt und gehört: Hat sich da was Neues getan?

Sönke Rix (SPD): Mit der Polizei?

Zeuge Peter J. Nocken: Bitte?

Sönke Rix (SPD): Sie haben die Informationen ja auch in geeigneter Form der Polizei mitgeteilt. Fragen Sie denn dann nicht mal nach, was die mit diesen Informationen gemacht haben, ob es da zu Erfolgen gekommen ist usw.?

Zeuge Peter J. Nocken: Da kann ich mich nicht dran erinnern, dass wir mit der Polizei darüber gesprochen.

Sönke Rix (SPD): Wie? Sie haben doch gerade eben gesagt, Sie haben in geeigneter Form mitgeteilt - -

Zeuge Peter J. Nocken: Dem Präsidenten mündlich vorgetragen.

Sönke Rix (SPD): Ja, das ist doch die Polizei.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, richtig. Den habe ich nicht mehr gefragt, was daraus geworden ist.

Sönke Rix (SPD): Den haben Sie nicht mehr gefragt, was daraus geworden ist. - Wie gehen Sie denn mit solchen Informationen grundsätzlich um? Sie bekommen von einem anderen Landesverfassungsamt solche Informationen, die Sie aber ja nicht weitergeben dürfen. Was machen Sie denn aber generell damit? Wie arbeiten Sie mit solchen Informationen? Was passiert denn dann?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, die werden fürs eigene Lagebild benutzt und ausgewertet, analysiert, und einfach das Puzzle, das man sich macht von irgendeiner Gruppe, wird dadurch ergänzt.

Sönke Rix (SPD): Und dann wird das abgeheftet, in den Akten vermerkt und weg gemacht. Es wird also nichts weiter damit gemacht, weil es gibt schließlich auch noch andere Ermittlungsbehörden, die vielleicht damit etwas anfangen könnten.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, man kann natürlich überlegen, wenn irgendein operatives Ziel erreicht ist, das jetzt in geeigneter Form - ich sage es jetzt noch mal - der Polizei weiterzugeben. Aber so Zwischenmeldungen, wie das in diesem Fall so war, und gegen den Willen der herausgebenden Stelle - völlig unmöglich, völlig unmöglich.

Sönke Rix (SPD): Also, Sie, um bei diesem Beispiel zu bleiben, haben dann auch selber gar nicht nach anderen Überfällen noch mal geguckt, ob da irgendwas wäre.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Ein weiterer Überfall - wo soll ich den jetzt suchen, ob irgendwo ein Überfall stattgefunden hat?

Sönke Rix (SPD): Na in Chemnitz zum Beispiel.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, in Chemnitz vielleicht. Aber auch woanders?

Sönke Rix (SPD): Ja, Sie sollten nur mal in Chemnitz gucken.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Sie sollten doch

in Chemnitz sein! Dann machen die doch nicht woanders Überfälle!

Jetzt taucht 1999, im September eine weitere Information auf, und zwar durch die Befragung Jürgen Helbig. Vom MAD kommt die Information, das Trio bewege sich auf der Ebene des Rechtsterrorismus. Das ist ja schon etwas anderes als Bombenbastler oder Trio, was irgendwie jobbt. Wie gehen Sie denn mit solchen Informationen um?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, die werden bewertet. Die werden auch wieder geprüft: Kann das aus irgendeiner anderen Quelle bestätigt werden? Und dann wird natürlich auch bei der Bearbeitung besondere Priorität gesetzt.

Sönke Rix (SPD): Wie haben Sie die denn bewertet, diese Information?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, wir haben diese Information bekommen und haben gesagt: Aha, da mag sich möglicherweise eine Entwicklung ergeben haben, die bei uns noch nicht bekannt war, und dass man weiter intensiv daran arbeiten muss, die drei irgendwo zu lokalisieren. Also, die Intensität der Versuche, die zu lokalisieren, hat dann zugenommen.

Sönke Rix (SPD): Wie sieht das denn aus, wenn Sie intensiver daran arbeiten? Beziehen Sie da dann auch das Landeskriminalamt mit ein?

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann mit einbezogen werden. Aber wenn es diese nachrichtendienstliche Operation ist, machen wir das zunächst einmal mit eigenen Mitteln, dass wir zum Beispiel die Quellen noch mal ansprechen und die Sinne schärfen: Achtet besonders drauf, Informationen aus dem und dem und dem Bereich zu bekommen. Das könnte das, könnte das, könnte das sein. - Das ist einfach auch eine Zusammenarbeit mit den Informanten, die man hat.

Sönke Rix (SPD): Also, Sie haben diese Informationen nicht weitergegeben.

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann ich jetzt - - Wissen Sie, wo oder wann das war?

Sönke Rix (SPD): Ich habe das aus dem Schäfer-Bericht: 15.09.1999, und da ist durch

eine Befragung Helbigs durch den MAD rausgekommen, das Trio bewege sich auf der Ebene des Rechtsterrorismus. Der Zielfahnder wusste nämlich nichts davon.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, dann ist das möglicherweise nicht an das LKA gegangen, wobei ich noch mal darauf hinweise, dass wir eine Menge von Informationen, die bei uns auch nachrichtendienstlich angefallen waren, in den Gesprächsrunden immer wieder mitgeteilt haben, ohne dass es aktenkundig gemacht war. Das könnte durchaus sein, dass es auch hier eine Information gab an das LKA. Ich kann das jetzt natürlich nicht belegen; aber das war die Absprache mit der Zielfahndung.

Sönke Rix (SPD): Wir kommen bloß immer an Stellen, dass uns die Polizei sagt, dass sie diese Information nicht bekommen haben, und Sie sagen, dass sie eventuell in Gesprächsrunden benannt worden sind, oder manchmal behaupten Sie auch, dass sie definitiv benannt worden sind. Aber irgendeine Seite muss ja hier die Unwahrheit sagen.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber es ist ja zugegebenermaßen auch vom LAK so gewesen, dass wir uns öfter zu Gesprächsrunden getroffen haben, dass die Informationen auch weitergegeben worden sind, dass wir gebeten haben, diese Informationen aber nicht aktenkundig zu machen. Das hat das LKA ja alles auch bestätigt, und genau so ist es gewesen. Wir waren - und das sage ich noch mal in aller Deutlichkeit - mehr als offen zu den Kollegen der Zielfahndung - mehr als offen -, was in einer Art und Weise war, was ich vorher überhaupt nicht kannte, wo meine Mitarbeiter auch gesagt haben: Wir können nicht immer so offen mit den quellen-geschützten Informationen gegenüber der Polizei sein. - Es ist halt so.

Sönke Rix (SPD): Was heißt „mehr als offen“? Also, Sie haben da Grenzen überschritten?

Zeuge Peter J. Nocken: Grenzen überschritten, die man normalerweise einhält, wenn man vernünftig nachrichtendienstliche Arbeit machen will. Ja.

Sönke Rix (SPD): Aber zumindest sagen uns die anderen Zeugen, die wirklich relevanten Informationen sind dabei untergegangen.

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist deren Auffassung. Meine ist anders.

Sönke Rix (SPD): Okay. - Versuchen wir es noch mal. Erinnern Sie sich an einen Brief des damaligen Staatsanwalts, von Herrn Koeppen, an Sie mit 20 Fragen, der an Sie geleitet wurde?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich erinnere mich an einen Brief. Ob der jetzt von Herrn Koeppen war oder von der Staatsanwaltschaft Gera kam oder - - Ich erinnere mich an einen Brief mit einem Fragenkatalog. Aber ich weiß nicht mehr, welche Fragen darin enthalten waren. Ich weiß nicht, um was es da wirklich ging bei den Fragen, und ich habe irgendwie gehört, der Herr Schultz hat wohl gesagt, ich sei dann auch gekommen und hätte die Fragen beantwortet. Da kann ich mich nicht dran erinnern.

Sönke Rix (SPD): Also, Sie kennen die Fragen nicht. Sie kennen den Brief nicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Doch, ja, ich kenne - - Ich kann mich an so einen Fragenkatalog erinnern. Ja.

Sönke Rix (SPD): Kommt das häufiger vor, dass die Staatsanwaltschaft in so einem - -

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, das kommt sicherlich nicht häufiger vor. Nein.

Sönke Rix (SPD): So, und da wissen Sie jetzt aber nicht, was mit diesem Brief passiert ist, wer diese Fragen zur Beantwortung bekommen hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kann mich nicht erinnern. Nein.

Sönke Rix (SPD): Und auch nicht, worum es bei diesen 20 Fragen ging?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, es kann ja nur um das Trio gegangen sein; aber um welche Fragen, um welche Einzelfragen es da gegangen ist, weiß ich nicht mehr. Nein.

Sönke Rix (SPD): Da sind dann augenscheinlich Informationen, die von der Staatsanwaltschaft erbeten worden sind, nicht geflossen.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß nicht: Wollten die nur Fragen stellen, oder wollten die Ermittlungsergebnisse von uns? Das weiß ich nicht.

Sönke Rix (SPD): Nein, die wollten Fragen beantwortet haben.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, aber welche Fragen waren das?

Sönke Rix (SPD): Ich dachte, wenn Sie den Brief bekommen haben, dass Sie das vielleicht wissen.

Wir haben dann noch aus dem Bericht der Schäfer-Kommission quasi einen Vorwurf, mit dem ich Sie noch mal konfrontieren möchte, und zwar von Herrn Dressler, und zwar dass der nachher behauptet, dass seines Erachtens Betroffene gewarnt worden sind. Was sagen Sie zu diesem Vorwurf?

Zeuge Peter J. Nocken: Da hatten wir vorhin schon mal drüber gesprochen. Ich weiß davon nichts. Ich gehe auch davon aus, dass meine V-Mann-Führer, die mit den Quellen Kontakt hatten, keine Warnungen ausgesprochen haben, und das wäre auch gegen mein Wissen und gegen mein Wollen gewesen.

Sönke Rix (SPD): Also hier steht:

Es gab innerhalb des TLKA die Anweisung, von wem weiß ich nicht, dass vor geplanten Maßnahmen des TLKA gegen rechts das TLFV zu informieren sei. Wir haben uns da auch dran gehalten. Die Folge war nur, als wir bei Tino Brandt durchsuchten, war sogar die Festplatte in dem Computer ausgebaut und er grinste uns frech an.

Da muss ja irgendwie eine Information geflossen sein.

Zeuge Peter J. Nocken: Das hört sich genauso an, aber ich kann nicht bestätigen, dass die von uns gegeben worden ist. Von

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-6/3, Blatt 32.

dem V-Mann-Führer, die der Brandt hatte, ist das nicht - - Der ist nicht gewarnt worden.

Sönke Rix (SPD): Interessant wird es dann, als er behauptet, dass dann noch einmal, ohne den Verfassungsschutz zu informieren, eine Durchsuchung stattgefunden hat, und da hatten sie prompt was gefunden.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es mir nicht erklären.

(Jens Petermann (DIE LINKE): Das ist bitter!)

Sönke Rix (SPD): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen der SPD-Fraktion? - Frau Özoğuz.

Aydan Özoğuz (SPD): Herr Nocken, wir versuchen ja quasi, durch dieses ganze Prozedere auch ein Stück für die Zukunft zu lernen. Und wenn man Ihnen jetzt zuhört und dieses ganze Hin und Her der Informationen - - Also, Sie meinen, Sie hätten eigentlich wunderbar informiert, und die anderen sagen: Bei uns ist in Wahrheit gar nichts angekommen. - Also, würden Sie im Nachhinein, wenn Sie das jetzt selber mal bewerten, zum einen sagen: Welchen Sinn hat es gemacht, dass Sie quasi in Ihrem Hause so viele Informationen ja hatten, von denen Sie immer das Gefühl hatten: Die dürfen wir eigentlich gar nicht weitergeben, und wenn, machen wir es nur heimlich? Also, welchen Sinn macht das tatsächlich?

Und das Zweite ist: Warum war die Kommunikation zwischen Ihnen und dem Landeskriminalamt offensichtlich irgendwie entweder gestört - das kann ich jetzt nicht beurteilen - oder so, dass alle im Nachhinein eine andere Erinnerung haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Zu der ersten Frage: Es ist halt so: Normal ist es in so einem Fall, wo Polizei und Verfassungsschutz so eng zusammenarbeiten müssen, weil auch Straftaten eine Rolle spielen, immer ein richtig schwieriges Problem, die auf nachrichtendienstlichem Wege gewonnenen Erkenntnisse der Polizei so zu geben, dass sie die auch verarbeiten kann; das wird auch in Zukunft so sein.

Die andere Geschichte ist, dass wir damals in der Zusammenarbeit mit der Ziel-

fahndung überhaupt nicht das Gefühl hatten, dass hier irgendeiner unzufrieden ist. Der Herr Ihling und der Herr Wunderlich haben nie bei mir vorgesprochen und gesagt: Da kommt zu wenig rüber. - Oder: Was ist denn da? Warum sagt ihr uns das nicht? Warum helfst ihr uns da nicht? - Es war eigentlich immer ein sehr angenehmes gemeinsames Arbeitsklima. Also, deswegen wundere ich mich, dass sie jetzt so reagieren und sagen: „Wir haben von denen gar nichts gekriegt“, was definitiv nicht der Fall war. Wir haben uns geöffnet in einem Maße, wie sich eine Verfassungsschutzbehörde nach meinem Wissen bisher noch nicht geöffnet hatte, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Polizei ging.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da stellt sich natürlich die Frage, warum sowohl Polizei als auch Staatsanwaltschaften zeitweise den Eindruck hatten, Sie würden die drei decken. - Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Zumal es auch einen Brief gegeben hat, also schriftlich festgehalten worden ist, dass es da jede Menge Fragen gibt. Dann können Sie doch nicht heute sagen: Es hat eine wunderbare Zusammenarbeit gegeben.

Zeuge Peter J. Nocken: Mit der Polizei? - Ich habe von der Zielfahndung gesprochen.

Sönke Rix (SPD): Die Polizei hat sich ja an die Staatsanwaltschaft gewandt.

Zeuge Peter J. Nocken: Wegen dieses Fragebogens?

Sönke Rix (SPD): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht; davon weiß ich nichts.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion, falls gewünscht. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Nocken, ich lese Ihnen mal ein Zitat vor; für das Protokoll: MAT A TH-2/45, Seite 39. Das Zitat lautet:

„Ich weiß, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung

einer kriminellen Vereinigung geführt wird. Ich bin deshalb sicher, daß meine Telefongespräche alle abgehört werden. Aus diesem Grund verhalte ich mich bis zum Ende des Verfahrens ruhig.“

Zitatende. Können Sie was mit diesem Zitat anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein. - Das stammt von Herrn Brandt. Herr Brandt hat das gegenüber Herrn Schultz gesagt, dem Oberstaatsanwalt. Herr Schultz hat angegeben hier im Ausschuss, es wäre gefallen, das Zitat, während des Gräfenthal-Verfahrens. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, der Name „Gräfenthal-Verfahren“ sagt mir was; aber ich weiß nicht mehr, um was es da ging.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Strafverfahren Brandt usw. - Herr Schultz hatte angegeben bzw. ein Thüringer Kriminalpolizist hatte hier auch angegeben, dass damals der Oberstaatsanwalt Schultz Besuch bekam vom Verfassungsschutz und dass auch der Richter in diesem Verfahren Besuch bekam vom Verfassungsschutz. Wissen Sie was dazu?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da weiß ich nichts zu. Das war ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Verfassungsschutz habe darauf hingewiesen, dass es in der rechtsextremen Szene auch sogenannte Todeslisten gebe - so der Polizist -, und wollte dem Richter damit sozusagen möglicherweise zu verstehen geben, ob nicht vielleicht mit Samthandschuhen angefasst werden könnte; das stammt wiederum von Herrn Schultz. Können Sie damit was anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da kann ich nichts mit anfangen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie sich vorstellen, dass so was stattgefunden hat.

Zeuge Peter J. Nocken: Kann ich mir nicht vorstellen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Dann hat der Herr Ihling, der Leiter der Ziel-fahndung, einen Vermerk angelegt. Dieser Vermerk lautet*:

Herr Schultz

- also der Oberstaatsanwalt -

erklärte Unterzeichner, dass er vor kurzem vom Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen die Mitteilung erhalten habe, daß Tino Brandt selber wörtlich äußerte: „Ich weiß, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren ...“

- usw. usf.; in ähnlicher Weise das gleiche Zitat - und dass er sich deswegen jetzt zurückhalten wird.

Es geht weiter in dem Vermerk, den Herr Ihling angelegt hatte:

Diese Äußerung von Tino Brandt stamme aus einer nicht gerichtsverwertbaren Maßnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Das Ganze hat stattgefunden am 01.08.96 um 9.30 Uhr. Können Sie sich erinnern, was Sie am 01.08.96, 9.30 Uhr, gemacht haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, kann ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, wahrscheinlich nicht. - Aber können Sie was damit anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, kann ich nicht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Würden Sie von sich weisen, dass das Landesamt das jemals in so einer Art und Weise bearbeiten und behandeln würde?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich müsste es von mir weisen; aber es ist ja nun in der Welt. Ich weiß aber nicht, von wem das gekommen sein kann.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Es wäre auch nicht auszuschließen, dass so was - -

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A TH-2/45, Blatt 39.

Zeuge Peter J. Nocken: Kann man ja nicht ausschließen dann.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Anderes Thema: Es waren zwei Verfassungsschützer bei den Eltern von Mundlos und haben darauf hingewiesen, dass sie öffentliche Telefone benutzen sollen, wenn es denn mal was Neues gibt. Das war der Regierungsoberamtsrat E. und der Tarifangestellte S. Können Sie mit diesen beiden Anfangsbuchstaben etwas anfangen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Warum waren die denn da?

Zeuge Peter J. Nocken: Weil - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich dachte, der Herr E. sei ein Auswerter gewesen.

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat der Urlaubsvertretung gemacht, oder was?

Zeuge Peter J. Nocken: Es ist folgendermaßen gewesen: dass der Herr Dr. Roewer auf einer Veranstaltung, glaube ich, in Jena den Vater von Mundlos getroffen hat und der in irgendeiner Weise mit dem Herrn Roewer vereinbart hat, dass mal jemand zu ihm kommen solle. Und daraufhin hat Herr Roewer den Angestellten S. geschickt, und der hat den E. mitgenommen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach, ich dachte, der E. hat den S. mitgenommen. Wer stand denn da höher in der Hierarchie?

Zeuge Peter J. Nocken: Der Angestellte stand höher als der andere.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach so; guck mal an. - Und warum haben die denn diesen Hinweis gegeben?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe mit dem Beamten E., der dabei war, dem Auswerter, der leider Gottes mittlerweile verstorben ist, darüber noch gesprochen nach dem Schäfer-Bericht. Er hat mir gesagt, die Familie Mundlos habe gesagt, sie sprechen über-

haupt nur mit uns, wenn sichergestellt wird, dass von diesem Gespräch und von dem Kontakt zu ihnen die Polizei nichts mitkriegt. Sollten sie in Erfahrung bringen, dass die Polizei irgendetwas mitkriegt, würden sie den Kontakt sofort abbrechen. - Das war seine Auskunft an mich.

Ich war aber bei dem Gespräch nicht dabei. Der S. hat das geführt im Auftrag von Roewer. Der E. hat mir das so erzählt; das ist das Einzige, was ich Ihnen sagen kann. Der hat mir jedenfalls eindeutig - eindeutig - gesagt, dass das absoluter Wunsch der Familie Mundlos war, nichts, aber auch nicht den leisesten Hinweis der Polizei zu geben, weil sie dann befürchten würden, dass irgendwas schief läuft.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie hoch stand denn der Herr S., der Tarifangestellte, im Amt?

Zeuge Peter J. Nocken: Der Tarifangestellte ist vergleichbar im höheren Dienst.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, und was hat er da für eine Funktion gehabt? Referatsleiter?

Zeuge Peter J. Nocken: Der war Referatsleiter Rechtsextremismus, nachdem der Herr Schrader beurlaubt wurde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was sagt denn Ihnen die Operation „Rennsteig“?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, die Operation „Rennsteig“ war meines Erachtens eine Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Militärischen Abschirmdienst und auch anderen Landesämtern, indem man die Zugänge, die der MAD hatte zu Personen - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Referieren Sie jetzt gerade aus Ihrer Erinnerung von damals oder aus der Erinnerung aus der Zeitungslektüre gegenwärtig?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, von damals.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das wussten Sie damals auch schon, den Zusammenhang?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Weil Sie im Thüringer Untersuchungsausschuss ja sehr, sehr zurückhaltend an der Stelle waren.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ja. Nein, es war ein Versuch, die Anwerbesituation, die ja immer eine sehr schwierige ist -- Egal in welchem Bereich, das Anwerben von geheimen Mitarbeitern, das Anwerben von Quellen ist immer ein ganz ausgesprochen kritischer Moment, weil nämlich die sogenannten Straßenansprachen genau zwei Sekunden dauern. Dann sagt der: „Ich habe keine Lust“, und dann geht man wieder.

Der MAD ist aber in der glücklichen Situation, ja einen Soldaten --

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das haben wir uns alles schon vortragen lassen; aber ich wollte jetzt nur fragen zur Operation „Rennsteig“. Aus der Lektüre der Thüringer Akten konnte man den Eindruck gewinnen, dass das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz dieser Operation nicht viel Bedeutung zugemessen hat. Im Gegenteil, die meisten konnten damit gar nichts anfangen bzw. haben gesagt: Ich erinnere mich grob oder nebulös, nachdem ich jetzt in der Zeitung davon gelesen habe, dass irgendetwas mal stattgefunden hat in der Richtung.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Also, ich muss sagen: Als der Name Operation „Rennsteig“ das erste Mal auftauchte, habe ich auch gesagt: Was war denn „Rennsteig“? -- Und als ich dann hörte, das ist die Geschichte mit dem MAD, dann ist mir wieder klar geworden, dass das dieser Zusammenhang war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. -- Und da sind Sie ja mit dem Herrn Wießner nach München gefahren zur Erstbesprechung. Ist das richtig?

Zeuge Peter J. Nocken: Das könnte gut sein. Ja, wahrscheinlich ist das richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und auf dem Rückweg sind Sie noch beim BND vorbeigekommen. Was haben Sie da eigentlich gemacht?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß nicht, dass ich da beim BND war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber ich.

(Heiterkeit)

Zeuge Peter J. Nocken: Dann wissen Sie auch, mit welchem Gesprächspartner ich es zu tun hatte; dann kann ich vielleicht den Hintergrund erklären.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, der Herr Wießner hat es erzählt, dass Sie da waren.

Zeuge Peter J. Nocken: Ach, der Herr Wießner hat es erzählt. -- Ja, wir sind mal gemeinsam auch beim BND gewesen. Ob das im Zusammenhang mit dieser Reise zur MAD-Besprechung war --

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Den Zusammenhang hat Herr Wießner hergestellt. Gut; aber darauf wollte ich jetzt gar nicht hinaus. -- Sie sagten gerade eben --

Zeuge Peter J. Nocken: Na ja, ich hatte -- Sie wollten wissen, was ich beim BND gemacht habe. Wir haben mit dem BND --

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie das wieder? Ach so.

Zeuge Peter J. Nocken: -- durchaus den einen oder anderen Kontakt gehabt, auch operativer Art.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und was haben Sie da gemacht?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben uns mal wieder ein bisschen unterhalten, wie man irgendwelche Probleme bearbeitet; --

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie man einen Verlag gründen kann, oder was?

Zeuge Peter J. Nocken: -- also eine allgemeine Besprechung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, sagen Sie doch mal Inhalte.

Zeuge Peter J. Nocken: Keine konkreten Inhalte. Es ging vielleicht da um Tarnfirmen oder so was; ich weiß es auch nicht mehr genau.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, ja. - Sie sagten gerade eben, die Operation „Rennsteig“ war mit Bundesamt und MAD und anderen Landesämtern. Können Sie sich noch erinnern, welche?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Ich glaube, die Bayern waren dabei - deswegen hat ja die Besprechung im Zweifelsfalle auch in Bayern stattgefunden - und vielleicht die Sachsen. Ich bin aber nicht sicher, ob da nicht noch andere Länder auch eine Rolle gespielt haben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Welche Gewichtigkeit hatte denn diese Operation - damals und jetzt aus heutiger Erinnerung?

Zeuge Peter J. Nocken: Man hat sich da etwas von versprochen; aber soweit ich das überblicke, hat das für das LfV Thüringen keine durchschlagenden Erfolge gebracht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, von der Stelle, wo Sie sitzen, habe ich bisher nur lobende Worte über die Operation „Rennsteig“ gehört vom MAD und insbesondere vom Bundesamt, die in höchstem Maße erfreut waren, dass der Erfolg so durchschlagend war.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja; aber in Thüringen ist da, glaube ich, nicht viel hängen geblieben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ihre Zeit ist abgelaufen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Schon wieder durch?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Zeit rast davon; das gibt es doch gar nicht. Nächste Runde dann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Wawzyniak, bitte.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, das passt aber ganz gut. Bei dem, was der Herr Kurth gerade angesprochen hat, würde ich gerne noch mal nachfragen. - Sie haben ja jetzt gesagt, Sie waren in München beispielsweise in Bezug auf die Operation „Rennsteig“. Gab es denn noch andere Treffen, und wer außer dem Herrn Wießner hat Sie denn begleitet?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann mich gar nicht mehr so richtig daran erinnern. Ich glaube, niemand außer dem Herrn Wießner.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Aber Sie können sich schon noch erinnern, dass es dieses Treffen gegeben hat? Also, das haben Sie ja gerade gegenüber dem - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ich kann mich erinnern, dass es dieses Treffen gegeben hat.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Und gab es denn bei diesem Treffen bezogen auf die Operation „Rennsteig“, wo ja der MAD dabei war und das Bundesamt dabei war, auch einen Austausch über Quellen? Also, wussten denn beispielsweise der MAD oder das Bundesamt, dass Sie Tino Brandt als Quelle geführt haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Das wurde nicht besprochen? Also, der eine wusste nicht, welche Quellen die anderen haben, und damit war auch nicht bekannt, dass der „Thüringer Heimatschutz“ durch eine Quelle des Thüringer Verfassungsschutzes mit finanziert worden ist zum Beispiel?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, offiziell wurden die Quellen auch den anderen Landesämtern oder dem Bundesamt nicht benannt. Wenn natürlich der Auswerter in Köln aufgrund der Meldungen, die eingehen, gewisse Rückschlüsse ziehen kann und sagen kann: „Da kann die Quelle nur so und so sein“, dann ist das in Ordnung. Da wird aber nicht offiziell mitgeteilt, wer die Quelle ist.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Wie hoch war denn die Anzahl der V-Leute im Thüringer Landesamt im Bereich Rechtsex-

tremismus/Neonaziszene in den Jahren, sagen wir mal, zwischen 97 und 2001?

Zeuge Peter J. Nocken: Sie möchten wissen, wie viele wir hatten?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Wie viele Quellen wir hatten?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja. Wie viele Quellen im Bereich Rechtsextremismus in den Jahren 97 bis 2001?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es Ihnen so genau nicht sagen, also in der Größenordnung vielleicht von sechs, sieben.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Okay, also Pi mal Daumen unter zehn.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Aha. - Wer hatte denn den Überblick über die angeworbenen V-Leute im Thüringer Amt?

Zeuge Peter J. Nocken: Na ja, den Überblick hatte natürlich der Referatsleiter; jeder der einzelnen Referatsleiter hatte einen Überblick über seine Quellen. Ich habe im Großen und Ganzen auch immer gewusst, wer und wie viele Quellen da sind. Aber das ist jetzt eine Schätzzahl gewesen, um eine Größenordnung zu nennen, nicht um eine genaue Zahl zu sagen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja. - Der Hintergrund meiner Frage ist: Herr Roewer, den wir ja nachher noch haben werden, hat im Thüringer Untersuchungsausschuss auf die Nachfrage meiner Kollegin König gesagt, er habe nicht über alle geführten V-Personen Bescheid gewusst. Weiß so ein Leiter nicht Bescheid?

Zeuge Peter J. Nocken: Der weiß sicherlich nicht über jeden Kontakt, den wir da haben - - Nein, das muss er nicht unbedingt wissen. Also, wenn die natürlich eine besondere Qualität hat oder auch nur eine einigermaßen herausgehobene Qualität hat, die Quelle, dann hat er es gewusst. Aber es kann durchaus sein, dass er nicht jeden wirklich vorgelegt bekommen hat.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Wenn wir über herausgehobene Quellen reden: Können Sie denn ausschließen, dass Ralf Wohlleben als V-Person in Ihrer Dienstzeit angeworben wurde?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das kann ich ausschließen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Das können Sie ausschließen; gut.

Dann habe ich noch eine Frage. Wir waren ganz am Anfang hier schon mal bei dem Punkt, dass Sie gesagt haben: Na ja, von unseren V-Leuten haben wir verlangt, dass die keine Straftaten begehen. Die mussten unterschreiben, dass sie keine Straftaten begehen. - Wir haben jetzt - darauf hat mein Kollege Petermann hingewiesen - Tino Brandt mit 35 Ermittlungsverfahren. Wäre da nicht irgendwann der Punkt gewesen, wo Sie gesagt hätten: „Also, eigentlich unterschreiben die, die sollen keine Straftaten begehen. Jetzt haben wir aber 35 Ermittlungsverfahren. Das interessiert uns alle nicht“? Das verstehe ich nicht so richtig. Also, einerseits sollen sie unterschreiben, andererseits begehen sie Straftaten, und Sie interessiert das nicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein. Wir sagen den Quellen, sie sollen keine Straftaten begehen. Wenn das natürlich irgendwelche Dinge sind, die dann auftauchen, dann müssen Sie die eben akzeptieren, diese Strafen, und dann muss man überlegen, ob man die Quelle abschaltet.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Also, dann frage ich noch mal konkreter: Was sind denn die üblichen Reaktionen? Sie erfahren: V-Leute von Ihnen begehen Straftaten, nicht einfach nur mal - was weiß ich? - Fahren mit zu viel Promille oder so was, sondern richtig ordentliche Straftaten. Was sind denn dann die üblichen Reaktionen Ihrerseits?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, dann muss man überlegen, ob man trotz der Straftaten die Quelle weiter betreut oder weiterführt oder ob man sie abschaltet.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Die Betreuung war dann offensichtlich die Übernahme der Anwaltskosten; gut.

Ich habe noch eine Frage. Vorhin war ja schon mal Thema die Abschrift eines Gespräches von Thorsten Heise im Januar 2007 mit Tino Brandt, wo - darauf ist ja auch schon hingewiesen worden - zumindest nahegelegt wird, dass, wenn da Straftaten begangen werden, das nicht richtig verfolgt wird. Mich würde jetzt einfach nur interessieren: Ist Ihnen jemals von Tino Brandt eine Meldung gemacht worden, die auf Straftaten des Trios hingewiesen hätte, was wiederum zu einer Verlängerung der Verfolgungsverjährung hätte führen können und damit dazu hätte führen können, dass die nicht aus der Fahndungsliste fallen?

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist mir nicht bekannt, nein.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Wie wären Sie denn damit umgegangen, wenn Sie eine Information bekommen hätten über Ihre Quellen, dass das Trio Straftaten begangen hat? Hätten Sie möglicherweise irgendwie das LKA informiert, oder geht da auch Quellenschutz vor, auch wenn das möglicherweise zu einer Verlängerung der Verfolgungsverjährung führt?

Zeuge Peter J. Nocken: Das kommt darauf an, was das für eine Quellenmeldung ist. Das hängt davon ab, wie die Quellenmeldung gelautet hat.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Das heißt, Sie würden auch in solch einem Fall, wo es theoretisch dazu führen könnte, dass die Verfolgungsverjährung sich verlängert, nicht in jedem Fall diese Information weitergeben?

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen? - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Nocken, ich komme noch mal zurück auf diesen Vermerk, der schon mehrfach hier angesprochen worden ist, vom 17. September 1998; da finden sich ja die handschriftlichen Vermerke drauf, die offensichtlich von Ihnen sind. Dieser Vermerk

soll in Potsdam - so ist er hier jedenfalls bezeichnet: Potsdam, den 17.09.98 - hergestellt worden sein, vermute ich. Und dann findet sich - das ist auch schon vorgehalten worden - da der Hinweis drauf, dass es offenbar per Fax - da gibt es dann hier eine Telefonnummer - um 11.16 Uhr gesendet worden ist am 17.09. Ja? Können Sie das bestätigen? Woher kannten Sie den Vermerk und seinen Inhalt eigentlich?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder haben Sie den an dem Tag nach 11.16 Uhr bekommen und sich dann damit beschäftigt, mit dem Inhalt, oder waren Sie schon vorher damit beschäftigt?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, jetzt aktuell habe ich diesen Vermerk bekommen von der Schäfer-Kommission; -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: - die hat mir den vorgelegt. Damals - das weiß ich nicht mehr - ist der erstellt worden von der Behörde dort und ist dann versandt worden und dann auch auf diesem Wege zu uns gekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum haben Sie in diesem Vermerk mehrere Verbesserungen vorgenommen oder Veränderungen handschriftlich und schreiben dann oben drüber „Über die handschriftlichen Verbesserungen wurde Herr Odendahl fernmündlich - -

Zeuge Peter J. Nocken: Das habe ich nicht geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht geschrieben?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, das habe ich nicht geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber den Vermerk haben Sie damals in Händen gehabt?

Zeuge Peter J. Nocken: Den Vermerk habe ich damals in Händen gehabt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie denn über denselben Sachverhalt auch eine Besprechung gehabt mit dem Landesamt in Sachsen, mit dem Verfassungsschutz in Sachsen?

Zeuge Peter J. Nocken: Die waren beteiligt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mit dem Landesamt Sachsen und - warten Sie mal; ich gucke mal gerade nach - dem Thüringer Landesamt und dem Innenministerium Brandenburg?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, da hat ja die Besprechung stattgefunden, in Brandenburg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo - - Wann hat die denn - - Das soll auch am 17.09. gewesen sein?

(Der Zeuge liest aus seinen Unterlagen vor)

Zeuge Peter J. Nocken: Also, hier steht: 15. oder 16.09. - Ich kann - - Ich weiß es nicht mehr ganz klar, an welchem Tag das war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich an ein Gespräch -

Zeuge Peter J. Nocken: Ich erinnere mich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zwischen Landesamt Sachsen, Thüringen und Innenminister Brandenburg, an dem Sie teilgenommen haben?

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig. Das ist ja das Gespräch, wo wir nach der Tagung oder nach dem Tag der Zusammenkunft beim LKA-Chef waren und das vorgetragen haben. Das ist ja genau dieser Termin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, am selben Tag, als Sie dieses Schreiben aus Potsdam bekommen - offenbar per Fax -, hat auch ein Treffen wo stattgefunden? Ich weiß es nicht: beim Innenministerium Brandenburg?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, Herr Abgeordneter. Es hat eine Besprechung stattgefunden. Da waren die Brandenburger, die Sachsen und wir beteiligt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Wo?

Zeuge Peter J. Nocken: In Potsdam.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Am selben Tag?

Zeuge Peter J. Nocken: Das ist diese Besprechung gewesen, nachdem das Protokoll - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja; aber das ist doch ein Vermerk, der Ihnen per Fax geschickt worden ist. Dann sind Sie - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, anschließend hat Brandenburg uns ein Fax dazu geschickt, was besprochen wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, um 11.16 Uhr. Dann muss die Besprechung vorher gewesen sein.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das kann auch sein, dass das einen Tag danach war, wenn das der 17. war. Weil hier steht: Die Besprechung hat am 15. oder 16. stattgefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, nach dem Vermerk, der über diese Besprechung hergestellt worden ist, soll der auch am 17.09.98 hergestellt worden sein, und da soll es inhaltlich um Informationen - ich rede jetzt nicht von dem Vermerk, sondern von dem Gespräch -, eben um - Zitat - „weitere Überfälle“, „Waffen“ und „Pass“ gegangen sein. Also, da ging es um denselben Sachverhalt, über den Sie sich auch noch informiert haben, einen mündlichen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das hat - - Bei dieser Besprechung hat das alles eine Rolle gespielt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Peter J. Nocken: Und wir haben die Informationen genommen und haben sie dem LKA-Chef hingetragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, davon rede ich jetzt nicht. Sie haben erst mal ein Gespräch geführt, und dann anschließend kam der Vermerk.

Zeuge Peter J. Nocken: Richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in dem Gespräch ging es um das Gleiche. Also, da waren nur die Sachsen noch dabei.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, da ging es um das Gleiche.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da ging es um das Gleiche. - Und da ist gesprochen worden offenbar über weitere Überfälle: weitere Überfälle, Waffen und Pass für Frau Zschäpe. Erinnern Sie sich daran?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da erinnere ich mich nicht dran.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil in dem Vermerk geht es ja auch um Pass für Frau Zschäpe.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja; aber da habe ich mich jetzt nicht mehr dran erinnert, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt habe ich eine letzte Bemerkung dazu. Dieser Vermerk endet ja mit einem, ich denke, interessanten Satz. Da geht es um die Frage, wo die drei denn nun sein könnten - Chemnitz schied schon vorher aus -, und dann steht abschließend da:

Von der örtlichen Lage her bietet sich das offensichtlich alleinstehende Wohnhaus Probst in der Nähe von Chemnitz als Versteck an. Möglicherweise auch eine Dependence zu diesem Haus, die noch abgelegener liegt.

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle dieses Zitats sowie des folgenden Zitats lautet: MAT A TH-3/1.Auszug, Anlage 03, Blatt 56 bis 58.

Und jetzt kommt ein interessanter Satz:

Eine ständige Beobachtung der Probst und ihrer Familienangehörigen scheint ein erfolgsversprechender Ansatz.

Ist das gemacht worden und mit welchem Ergebnis und wann und wie lange?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich bin sehr sicher, dass das LfV Sachsen genau dieses getan hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich bin sehr sicher, mich zu erinnern, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von wann bis wann?

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht mehr. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie sich nicht darum gekümmert?

Zeuge Peter J. Nocken: Aber die haben sich um das Anwesen gekümmert und auch um den Namen, den Sie da nannten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich meine mich zu erinnern. Ich bin sehr sicher, mich zu erinnern, dass das so war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja; aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele?

Zeuge Peter J. Nocken: Ist das in Sachsen gelegen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Die haben es gemacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie lange, wissen Sie nicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit welchem Erfolg, was sie rausbekommen haben, wissen Sie auch nicht.

Zeuge Peter J. Nocken: Offenbar mit keinem Erfolg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, offenbar. Davon gehen wir aus.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was haben die denn überhaupt festgestellt?

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich nicht darum gekümmert?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben uns sicher darum gekümmert, und da ist bestimmt auch irgendein Bericht eingegangen, wo drinsteht: Das ist ergebnislos gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Obwohl die drei ja nun eigentlich von Thüringen gesucht wurden, von Ihnen und - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ja; aber wenn das Objekt im Gebiet eines anderen Landes ist, dann macht das andere Land dann diese Maßnahme auch. Die waren ja bei der Besprechung auch dabei - deshalb.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Was da rausgekommen ist, hat Sie nicht interessiert?

Zeuge Peter J. Nocken: Doch, das hat uns sehr interessiert. Das haben wir auch bestimmt bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist aber jetzt spekuliert, Herr Nocken, oder?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann es - - Ich weiß nicht mehr, ob da ein Rücklauf da war. Aber auf jeden Fall kann ich mich sehr genau erinnern, dass die Sachsen gesagt haben: Wir kümmern uns um das Objekt. - Aber es ist 14, 15 Jahre her. Da weiß man nicht wirklich noch, ob da irgendein Bericht eingegangen ist oder nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja. Ich sage nur: Herr Nocken, Sie sind hier als Zeuge, und „Wir haben bestimmt was bekommen“ ist jetzt eine Aussage, die kein hinreichendes Wissensfundament aufweist.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und, Herr Kollege Ströbele - bei allem Pragmatismus, den wir hier bei der Zeugenbefragung auch an den Tag legen -: Wenn Sie aus Geheim eingestuftem Unterlagen zitieren, ist das, glaube ich, schwierig in einer öffentlichen Sitzung. Also, insofern wäre es vielleicht dann, wenn Sie es für nötig halten, darauf in öffentlicher Sitzung Bezug zu nehmen, besser, es in geeigneter Form zu paraphrasieren; „in geeigneter Form“ ist, wie ich heute gelernt habe, immer eine gute Formulierung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können in der Mittagspause mal darüber reden, ob das wirklich geheim ist.

Ich habe nur eine kleine Nachfrage.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nachfrage Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, wer ist „wir“? Sie sagten eben: Wir informierten, am Tag von Potsdam sozusagen, den Präsidenten des Thüringer Landeskriminalamtes. - Wer war das in Person?

Zeuge Peter J. Nocken: Herr Schrader und ich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Noch mal: Der Herr Luthardt hat uns gesagt - wörtlich -: So verkalkt bin ich noch nicht. Ich erinnere mich nicht, und ich würde mich erinnern, und ich habe einen gewissen Herrn Werner, einen Abteilungsleiter, noch mal gefragt, und der erinnert sich auch nicht. - Verstehen Sie: Das ist hart im Raum, ja?

Zeuge Peter J. Nocken: Das steht hart im Raum. Aber ich kann mich sehr genau erinnern, dass wir nach der Besprechung ins Landeskriminalamt gefahren sind und da mit Herrn Luthardt gesprochen haben. Und so ist es ja auch in diesem Schäfer-Bericht festgehalten. Aber Herr Werner, meine ich - vielleicht kann der Herr Schrader Ihnen noch was dazu sagen -, wäre auch gar nicht dabei gewesen, dass der sich gar nicht daran erinnert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, wir sind jetzt - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Nur, Herr Luthardt sagte oft: Ich war nur formell Präsident; das Operative hat Herr Werner gemacht. - Aber selbst dann gibt es keine Harmonie in den Aussagen, wenn auch Herr Werner sich nicht erinnert oder gar nicht dabei war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: So, wir wären jetzt am Beginn der dritten Berliner Runde. Ich bitte nur zu bedenken: Wir haben noch drei Zeugen vor uns. Dies vorausgeschickt darf ich fragen, ob die Union noch Fragebedarf hat.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe nur noch zwei Fragen an Sie, Herr Nocken. Kollege Ströbele hat ja noch mal diesen Begriff gebracht von der Information 98: weitere Überfälle. Ist Ihnen da mal der Gedanke gekommen, dass bei dieser Formulierung, sofern sie richtig weitergegeben wurde, es ja dann schon davor Überfälle durch das Trio gegeben haben muss, also zwischen Abtauchen Januar 98 und dem Aufkommen dieses Hinweises? Und hat man dem in Ihrem Haus irgendeine Bedeutung beigemessen? Sie hatten ja eine nachrichtendienstliche Operation laufen.

Zeuge Peter J. Nocken: Genau das hat uns ja so stutzig gemacht. Es hieß: weitere Überfälle. Das setzt ja voraus, es hat schon Überfälle oder zumindest einen Überfall gegeben. Uns war aber überhaupt nicht klar und bekannt, ob es überhaupt einen Überfall gab. Das hat uns ja auch so kritisch gemacht, was die Meldung als Ganzes betrifft.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, haben Sie sich darum gekümmert, ob es mal Überfälle gab? Ich meine, das Wissen haben Sie ja gar nicht. Das Wissen hat die Polizei.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das Wissen hat die Polizei. Aber wo soll ich denn den Überfall suchen? Es ist ja die Frage, wo man - - Das kann ja überall gewesen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, jetzt sind wir ja noch im Jahr 98. Die Wahrscheinlichkeit, dass die sich noch in Thüringen aufhalten oder in Sachsen, war nicht ganz unwahrscheinlich und unlogisch. Und dann wäre ja doch eine allgemeine Anfrage möglich gewesen - da hätten Sie nicht mal Ihre Quelle nennen müssen, sondern einfach von der Struktur Ihrer Operation her -, zur Polizei in Thüringen wie in Sachsen zu sagen: Gibt es Raub-, Banküberfälle, die zwei männliche Täter begangen haben oder auch ein Trio begangen hat? Habt ihr irgendwo eine Straftat mit zwei bislang unbekanntem Tätern? - Haben Sie das mal gemacht?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir das gemacht haben. Das hätte man machen können. Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, müssen hätte man es eigentlich, nicht nur machen können. - Zweite Frage und letzte Frage: Sehr früh nach dem Untertauchen wird ein Anruf - mutmaßlich von einem der drei - registriert, der kommt aus Orbe in der Schweiz. Wissen Sie davon?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nichts davon gehört. Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD-Fraktion? - Keine Fragen. FDP? - Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Noch mal ganz kurz zum Garagenkomplex und zur Observation 97 zurück. Sind Ihnen Erkenntnisse durchgelaufen oder bekannt geworden, dass eine weitere Einheit observiert hat zur gleichen Zeit am gleichen Ort? Haben Sie davon Kenntnis gehabt?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, habe ich keine Kenntnis gehabt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie Kenntnis gehabt, dass Sie observiert wurden als Observationsteam?

Zeuge Peter J. Nocken: Also, mir ist das nicht vorgetragen worden. Jedenfalls ist es mir nicht erinnerlich, dass mir einer vorgetragen hat: Wir sind dabei observiert worden. Ich bin bis jetzt davon ausgegangen, dass wir da alleine dran waren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zweite Frage. Bei der Suche nach den Untergeordneten - jetzt hier noch mal ganz konkret gefragt -: Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, die mitzusuchen, mitzufahnden, das Trio zu suchen? Wir haben vorhin darüber gesprochen, aber die Frage ist jetzt: Wer hat Ihnen den Auftrag erteilt? War das ein eigenständiger Auftrag, dass Sie gesagt haben: „Das machen wir jetzt von uns aus“? Gibt es eine Anweisung?

Zeuge Peter J. Nocken: So habe ich das in Erinnerung, dass wir gesagt haben: Die sind jetzt nach der Garagendurchsuchung verschwunden gewesen - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das haben Sie alles erzählt. Aber ganz konkret: Es gibt keine Anweisung zum Beispiel aus dem Ministerium?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein. - Das Ministerium an sich spielt ja im Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz eine große Rolle in seiner langjährigen Geschichte. Bereits der erste Präsident, Harm Winkler, hat sich wahnsinnig beschwert, dass das Ministerium in einer Art und Weise eingreift in das Amt, sodass - ich zitiere in dem Fall aus der *TLZ* vom 12. Oktober 2000, aus

einem Brief, den Harm Winkler wohl 1994 geschrieben haben soll -:

Seit über einem Jahr bin ich zu einem großen Teil meiner Zeit damit beschäftigt, die intensiven Einwirkungen des Ministeriums in die Arbeit des Landesamtes so zu kanalisieren, dass sowohl die Facharbeit wie auch der weitere Aufbau des Amtes noch sichergestellt sind. Dass dies im Wesentlichen gelungen ist, grenzt an ein Wunder. (?)

Jetzt ist er 1994 umbesetzt worden. Er sollte dann ja wohl - auch das ist eine Weisheit des Innenministeriums - Datenschutzbeauftragter des Landes Thüringen werden als ehemaliger Verfassungsschützer.

(Heiterkeit)

Dann kommt Roewer. Roewer - das wissen wir - kriegt Rückendeckung seitens des Ministers bei der Umwandlung des Hauses in eine - wie kann man es denn sagen? - wissenschaftlich-kreative Einsatzgruppe oder was weiß ich. Wie kann man es denn nennen? Das hat ja nicht nur zur Freude geführt. Altgediente Nachrichtendienstler hatten plötzlich Vorgesetzte, die frisch von der Uni kamen und mit Nachrichtendienst noch nie was zu tun gehabt haben. Die Dienstwege wurden anders gestaltet, die Beschwerdemöglichkeiten anders genommen. Es wurde auch relativ schnell suspendiert oder hart durchgegriffen. Herr Roewer hat plötzlich eine ganz eigene Entwicklung durchgemacht: manchmal auf dem Fahrrad sitzend, eine Rechtsextremen-Demonstration fotografierend, dann wiederum beim Minister direkt reingehend.

Die Fachaufsicht - Herr Schipanski hat die Frage vorhin gestellt - im Ministerium fühlte sich selber übergangen. Sie hatte keine Möglichkeit, im Landesamt irgendetwas zu machen, um dort etwas zu bewirken, was Nachrichtendienst einerseits hilft, andererseits auch kontrolliert. Herr Roewer klärt alles selbst mit dem Minister. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ich kann das im Großen und Ganzen so bestätigen, wie Sie es auch geschildert haben. Nun ist es natürlich nicht so - - Die Fachaufsicht fühlte sich übergegangen: Das mag schon sein, dass der Herr Roewer an der Fachaufsicht vorbei direkt zum Minister gegangen ist, was eigentlich auch nicht üblich ist. Aber die

Fachaufsicht hat sich auch nicht aktiv bemüht, mal zu uns zu kommen und zu sagen: Ich übe jetzt mal meine Fachaufsicht aus.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist es denn zum Beispiel denkbar, dass in einem Vieraugengespräch - Minister und Amtsleiter - gesagt wird: „Pass mal auf, kümmere dich mal drum, wir haben da so ein Grüppchen, das müsst ihr mal observieren“, oder: „Kümmert euch mal drum, dass die Untergetauchten wieder auftauchen, das ist doch eine schöne Aufgabe für euch“? Oder vielleicht andersrum, dass der Präsident gesagt hat: „Herr Minister, die suche ich, die finden wir, und dann präsentieren wir die der Öffentlichkeit“?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich will das nicht ausschließen, dass der Herr Roewer dem Minister gesagt hat: „Wir kümmern uns da mal drum“, und: „Machen wir das!“ Aber es wäre auch ohne dieses Ministerielle - wenn es denn einen ministeriellen Auftrag gegeben hat - für uns aus selbstverständlich gewesen, dass wir uns darum kümmern, wo die drei verblieben sind nach dem Abtauchen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und dann hat nach dem Regierungswechsel das Ministerium seine Meinung geändert und hat von einer chaotischen Personalpolitik im Amt gesprochen. Es heißt dazu - ich zitiere hier auch aus einem Zeitungsartikel vom 28. Oktober 2000 in der *TLZ* -, dass Geheimdienstler des Landes, aber auch des Bundes Folgendes erklären - Zitat -:

Es ist im operativen Bereich vieles falsch gemacht worden. Der Thüringer Geheimdienst genieße bundesweit den denkbar schlechtesten Ruf. Die Zusammenarbeit mit den Thüringern sei von vielen Landesämtern eingestellt worden. (?)

Zeuge Peter J. Nocken: Darf ich noch mal fragen, wann das war, wann dieser Brief - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Diese Aussage steht, ohne dass da ein Absender steht, am 28. Oktober 2000 in der *Thüringischen Landeszeitung* im Landesteil.

Zeuge Peter J. Nocken: Ich kann das, was die *TLZ* da schreibt, so nicht bestätigen. Wir hatten mit den Landesämtern und auch

mit dem Bundesamt eigentlich ein sehr gutes Verhältnis.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und hatten die auch mit Ihnen ein gutes Verhältnis?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, hatten die auch.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Dann noch eine Schlussbemerkung zu Tino Brandt. Man kann ja wirklich vieles machen, aber es ist schon sehr merkwürdig: Tino Brandt wird abgeschaltet durch Roewer, dann sagen Sie: Wir hatten die Rufe, wir mussten ihn wieder anschalten, weil er hatte da eben die geliefert.

Wie ist das denn eigentlich? Da gibt es einen Artikel vom 26. August 2000 aus der *Thüringer Allgemeinen*. Da steht zunächst drin, dass Dienel aus dem Haus heraus sozusagen enttarnt worden ist, aus dem Amt, und dass dieses auch drohte bei einem zweiten Spitzenfunktionär. Wohlgemerkt: Zu einem Zeitpunkt erscheint der Titel, wo Brandt noch nicht enttarnt worden ist. Dann zeichnet der Artikel relativ genau nach, dass dieser junge Mann in die rechtsextreme Szene in den 90er-Jahren eingestiegen ist, sehr verantwortlich ist für das Organisieren von Demonstrationen, für das Zusammenhalten im Rudolfstädter Raum, Saalfeld usw. usf. und dass dann, als er abgeschaltet wird, er selbst sogar seine Telefonrechnung nicht mehr bezahlen kann und dann plötzlich die Demonstrationsanmeldungen und Ähnliches zurückgehen. Und dann schreibt der Journalist hier am 26. August 2000:

Bis vor einigen Wochen ... Seitdem häufen sich wieder die Anmeldungen für Aufmärsche. (?)

Ich überspringe jetzt ein bisschen.

Das liegt daran, dass das Amt ... Seitdem bekommt der Funktionär wieder Geld und soll wegen des abgeschalteten heimischen Telefons sogar ein Diensthandy des Landesamtes benutzen dürfen. (?)

Das steht in der *Thüringer Allgemeinen*. Das hat doch garantiert die Presseabteilung des Landesamtes Ihnen auch aufbereitet. Sie müssen diesen Artikel damals gelesen haben und müssen gesehen haben: Die haben Kenntnis von Brandt. Auch Kenntnis von

2100 hat man damals gehabt und gesagt: Der ist auch aktiv, „Blood & Honour“-Bewegung. - Das steht alles in den tagesaktuellen Zeitungen von damals. Die wussten schon sehr viel.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, die wussten sehr viel, aber das ist nicht - - Das ist garantiert aus unserem Haus selber rausgegangen an die Presse.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Fühlten Sie sich denn überhaupt unter diesen Umständen in der Lage, ein Trio zu finden, wenn man mit sich selbst so zu tun hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Wir haben trotz der widrigen Umstände alles versucht und alle Möglichkeiten versucht, auszuschöpfen, um den Aufenthaltsort festzustellen. Mehr kann ich Ihnen nicht dazu sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und wenn Sie jetzt heute sagen - das als abschließende Bemerkung -, dass der Brandt im Dienst sozusagen enttarnt worden ist, also in seiner Dienststelle und nicht im Nachsorgetreffen - - Der Minister hat damals gemeinsam mit dem neuen Verfassungsschutzpräsidenten im November 2000 erklärt: Es wird keine V-Leute geben, die in Spitzenfunktionen sind. Dazu soll es wohl sogar einen Erlass gegeben haben im November 2000 oder Ende 2000. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, da kann ich mich dran erinnern.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): So, und dann läuft das Ganze bis in den Mai hinein, bis er enttarnt wird, und offensichtlich findet der Erlass keine Anwendung oder keine Umsetzung. Genau genommen haben Köckert und der damalige Präsident die Öffentlichkeit damals belogen.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich habe damals bei der Wiederaktivierung der Quelle den Staatssekretär Brüggem informiert, und auch die Parlamentarische Kontrollkommission des Landes ist von mir informiert worden, nicht namentlich, aber mit Funktion.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber der Minister und der Präsident belügen die

Öffentlichkeit und sagen: Wir haben keine V-Leute mehr in der Spitze. - Das war damals auch die Zeit des NPD-Verbotsverfahrens. Und dann belügen sie noch einmal die Öffentlichkeit oder sagen zumindest - - Sie legendieren es; vielleicht ist der Begriff Lüge ein wenig hart, aber Sie schaffen eine Legende und sagen: Nein, das war ein Nachsorgetreffen. Brandt ist schon längst abgeschaltet. - Und zwar im Mai machen sie das dann, indem sie der Öffentlichkeit hier offensichtlich eine andere Realität zeigen, als vorhanden war.

Zeuge Peter J. Nocken: Noch mal: Die Enttarnung des Tino Brandt im Mai 2001 war nicht zu einer Zeit, wo eine Nachsorge - -²

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, das ist ja die Neuigkeit von heute.

Zeuge Peter J. Nocken: Denn erst nach der Enttarnung braucht man ja eine Nachsorge. Wenn er nicht enttarnt gewesen wäre, dann hätte es gar keiner Nachsorge gebraucht. Aber die Nachsorge kann ja erst nach Enttarnung überhaupt stattgefunden haben. Bevor der enttarnt wird, gibt es ja noch keine Nachsorge. Also, das stimmt nicht so.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Kann man zusammenfassend auch aus Ihrer Sicht - ich will Ihnen gerne auch abnehmen, dass Sie besten Wissens und Gewissens gearbeitet haben - sagen, dass die ersten 12, 15 Jahre des Verfassungsschutzes in Thüringen nicht gerade die glücklichsten Momente eines Nachrichtendienstes waren, und zwar auch politisch bedingt durch ein Ministerium, das sehr aktiv war?

Zeuge Peter J. Nocken: Mir steht es nicht zu, die politischen Geschichten da zu werten oder auch zu kritisieren. Es waren sicherlich sehr turbulente Zeiten, auch durch die Wechsel Harm Winkler und Roewer, und Herr Roewer ist auch jemand, der seine eigenen Wege geht, der auch in gewisser Weise eine Persönlichkeitsveränderung im Laufe der Zeit erfahren hat, für mich jedenfalls, aus meiner Sicht. Es kam ja dann auch zu schweren Konflikten mit dem Herrn Schrader, der ja auch noch kommt. Das können Sie mit dem ja auch noch mal besprechen. Das waren schon schwere Zeiten, das

² siehe Anmerkungen des Zeugen (Anlage)

ist richtig, aber wir haben trotz dieser Situation versucht, unsere Arbeit möglichst so zu machen, dass sie auch anerkannt und erfolgreich war.

Dass es uns nicht gelungen ist, den Aufenthaltsort dieser drei Neonazis zu erwischen und festzustellen, das tut uns leid; das habe ich auch in meiner Erklärung abgegeben. Das tut uns sehr leid. Wir haben alles versucht. Wir haben alle nachrichtendienstlichen Mittel, die uns zur Verfügung standen, versucht konzentriert einzusetzen. Wir waren leider nicht nah genug dran oder hatten nicht genug Quellen, oder wir hatten keine Quellen, die so nah dran waren, dass wir das mitgekriegt haben. Es tut uns wirklich leid. Wir hätten es gerne gehabt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es noch Fragen der Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Herr Nocken, Sie hatten am 08.01.1998 einen Vermerk geschrieben für das Thüringer Landeskriminalamt. Also, man könnte sagen, das war ein Observationsbericht unter anderem zu dem Garagenkomplex, und aufgrund dieser Informationen konnte das LKA die Garagen durchsuchen. Es ist also ein bisschen auf die Spur gebracht worden. Allerdings wurde dieser Bericht als Verschlussache eingestuft, sodass zunächst kein Haftbefehl beantragt werden konnte, jedenfalls nicht mit den Begründungen, die sich aus diesem Vermerk ergeben. Können Sie uns sagen, warum Sie dieses Dokument eingestuft haben als geheimhaltungsbedürftig?

Zeuge Peter J. Nocken: Ja. Ich hatte ja versucht, zu erklären: Als diese Bomben vor dem Theater in Jena lagen, haben wir eine nachrichtendienstliche Operation begonnen. In dieser nachrichtendienstlichen Operation wurde auch mit Observationen versucht festzustellen: Wer käme als Täter denn da infrage?

Diese nachrichtendienstliche Operation war eine Verschlussache; das ist richtig. Und da wir davon ausgegangen sind, dass die - - Nein, da wir wussten, dass die Polizei auch ermächtigt ist zum Umgang mit Verschlussachen, haben wir die so eingestuft weitergegeben. Ja.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, ich weiß jetzt aber noch nicht so genau, warum das amtlich geheim zu halten war. Man kann doch zumindest diese Informationen, die hier drin enthalten sind - ich sage mal, es war ein Vermerk, letzten Endes für das LKA -, insofern zugänglich machen, dass dort zumindest ein Haftbefehl erlassen werden kann auf dieser Grundlage.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, es ist aber so gewesen, dass es vielleicht ein bisschen hoch eingestuft gewesen war für das, was drin stand.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das denke ich auch.

Zeuge Peter J. Nocken: Das will ich mal dahingestellt sein lassen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das haben Sie gemacht, also nicht irgendwer, nicht irgendein Mitarbeiter.

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, das habe ich nicht gemacht, das habe ich unterschrieben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Na ja, aber wenn man was unterschreibt - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ist schon klar. Aber wenn das eine nachrichtendienstliche Operation ist, dann ist erst mal der Verschlussachengrad da, und da ist wahrscheinlich auch von mir nicht drüber nachgedacht worden, dass man das auch ein bisschen runterstufen kann, weil wir auch nicht wussten, dass das auch jetzt sofort dazu führen soll, einen Haftbefehl zu erlassen. Das ist ja dann später erst gekommen. Wir haben dieses Ding dann ja auch wieder runtergestuft. Aber in der Tat ist es so, dass man möglicherweise - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Dann waren die mittlerweile weg, die Jungs.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, da waren die nicht weg. Nein, nein, wir haben ja - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, aber es ist zeitlich nicht mehr möglich gewesen, da zuzugreifen.

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, nein, das ist so nicht. Runtergestuft worden ist der - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Wann ist er denn runtergestuft worden?

Zeuge Peter J. Nocken: Bitte?

Jens Petermann (DIE LINKE): Wann ist er denn runtergestuft worden?

Zeuge Peter J. Nocken: Das weiß ich jetzt nicht mehr, aber jedenfalls, bevor die Garagen durchsucht wurden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vor der Garagendurchsuchung? - Aha.

Noch eine Frage zu Ihrer Zusammenarbeit mit dem Landesamt in Mecklenburg-Vorpommern bei der Suche dem Trio. Können Sie sich da an irgendwelche Aktivitäten erinnern im Zusammenhang mit dem Landesamt in Mecklenburg-Vorpommern, dass es da Zusammenarbeit gegeben hat?

Zeuge Peter J. Nocken: Nein, da kann ich mich nicht dran erinnern. Aber ich will nicht ausschließen, dass es da mal irgendeine Observation gab.

Jens Petermann (DIE LINKE): Na ja, es gab eine Information zumindest, dass die Unterschlupf in Norddeutschland suchen, möglicherweise in Niedersachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kann mich nicht erinnern, dass wir mit den Kollegen in Mecklenburg-Vorpommern da irgendwas gemacht hätten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie haben auch keine Unterstützung angefordert?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich glaube nicht, nein. Ich kann das aber nicht mehr genau sagen. Es ist möglich, dass da mal eine Observationsgeschichte war, die nach Mecklenburg-Vorpommern ging, und dass wir da zusammengearbeitet haben. Aber wie gesagt: Meine Erinnerung ist da nicht mehr da.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Zeuge Peter J. Nocken: Haben die Grünen noch Fragen? - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur zwei ganz kurze. - Nach unseren Unterlagen erfolgte die Herabstufung am 29. Januar 98 - das wäre ein Tag nach der Garage gewesen -, offenbar, um dann die Haftbefehle beantragen zu können. Kann das sein?

Zeuge Peter J. Nocken: Das kann sein, dass ich das nicht mehr richtig in Erinnerung hatte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Zweite Frage. Sie haben die gesucht - haben Sie ja geschildert -, Sie hatten auch Ehrgeiz. Hat Ihnen denn die Polizei zu diesem Zwecke, damit Sie besser suchen können, die sogenannte Garagenliste zur Verfügung gestellt, also die Adressliste, offenbar von Herrn Mundlos, teils maschinengeschrieben, teils handgeschrieben, mit seinen Kontaktadressen?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich habe diesen Vorgang, sogenannte Garagenliste, jetzt in den letzten Tagen irgendwo gehört oder gesehen. Ich kann mich nicht dran erinnern, dass wir die je bekommen haben in der damaligen Zeit. Denn da müssen ja wohl auch Namen draufgestanden haben, die - - wo man hätte weiterarbeiten können.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Peter J. Nocken: Mir ist die aus der damaligen Zeit unbekannt, und erst jetzt aufgrund der Berichterstattung in den Medien habe ich gehört, dass es da eine solche Liste gegeben hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein „Who is Who“ des damaligen Rechtsextremismus.

Zeuge Peter J. Nocken: Also, ich kannte es damals nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fast überflüssige Frage: Wäre die für Sie relevant gewesen, eine solche Liste?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß jetzt nicht, wer drauf war, aber ich könnte mir vorstellen, dass da natürlich Ansatzpunkte drin-

gestanden haben, die uns auch weitergebracht hätten bei der Suche.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Besteht Bedarf für eine weitere Berliner Runde? - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur noch eine Nachfrage, weil Sie vorhin sagten, dieser handschriftliche Zusatz auf diesem Vermerk vom 17.09. ist nicht von Ihnen. Da steht aber, wenn ich das richtig lese, „No“ drunter. Also, von wem ist der denn dann?

Zeuge Peter J. Nocken: Ich weiß nicht. Was haben Sie denn da gesagt, was ich geschrieben haben soll? Das habe ich nicht verstanden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Text lautet:

Über die handschriftlichen Verbesserungen wurde Herr

- wahrscheinlich, also abgekürzt -

Odendahl fernmündlich informiert.
(?)

Zeuge Peter J. Nocken: Ach, Herr Odendahl war damals der Beschaffungsleiter dort. Ja, dann ist das vielleicht doch von mir geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, da sind auch noch ein paar andere: Referat soundso steht da noch, und dann sind auch im Text mehrere Verbesserungen.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, Herr Abgeordneter, ich bestätige: Das ist von mir geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Peter J. Nocken: Da steht auch: Referat 22 zum Vorgang „Drilling“. Das ist alles von mir geschrieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles? Die handschriftlichen - -

Zeuge Peter J. Nocken: Ja, ja, das ist von mir. Der Herr Odendahl ist der Beschaffungsleiter damals in Brandenburg gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Besteht Bedarf an einer weiteren Berliner Runde? Union? - Nein. SPD? - Auch nicht. FDP? - Nein. Linksfraktion nicht, Grüne nicht.

Dann, Herr Nocken, sind Sie als Zeuge hiermit entlassen. Wie angekündigt: Sie bekommen den Entwurf des Protokolls und haben dann zwei Wochen Zeit, gegenzulesen.

Wir unterbrechen jetzt für eine Stunde und setzen pünktlich um Punkt 15 Uhr die Sitzung fort mit der Befragung von Herrn Dr. Roewer.

(Unterbrechung von
13.50 bis 15.00 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Fotografen und die Kameraleute bitte den Saal verlassen. Es gelten meine Anmerkungen von heute Vormittag, dass Bild-, Film- und Tonaufnahmen nicht gestattet sind. Das gilt nicht nur für die Medienvertreter, sondern auch für die weiteren Gäste hier im Saal.

Ich darf als zweiten Zeugen unter uns begrüßen Herrn Dr. Helmut Roewer, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen a. D.

Herr Dr. Roewer, abweichend von dem, was ich eben ausgeführt habe, gibt es doch eine Tonbandaufnahme, nämlich eine, die vom Bundestag angefertigt wird, die aber ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll erstellt worden ist, wird die Aufnahme gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugeleitet. Sie haben dann, sofern Sie es wünschen, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen bzw. Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge im Untersuchungsausschuss liegt eine Aussagegenehmigung des Thüringer Innenministeriums vor, welche vom 12. Februar 2013 datiert.

Vernehmung des Zeugen Dr. Helmut Roewer

Vor Ihrer Aussage, Herr Dr. Roewer, habe ich Sie zunächst zu belehren: Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen: Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit einer Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie, sofern Sie keine Fragen haben zu dem, was ich eben vorgetragen habe - ist das der Fall? Das ist nicht der Fall, stelle ich fest -, bitten, sich dem Ausschuss kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich heiße Helmut Roewer, bin 63 Jahre alt, bin von Beruf Schriftsteller und wohne in Weimar.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die für die Ladung verwendete Anschrift ist nach wie vor aktuell, nehme ich mal an.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Roewer, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, sich einleitend zu äußern. Sie haben mir in einem kurzen Vorgespräch mitgeteilt, dass Sie davon ungefähr fünf Minuten lang Gebrauch machen möchten - länger steht Ihnen natürlich frei -; vor dem Hintergrund würde ich Ihnen zunächst das Wort erteilen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Zunächst eine Bemerkung zu meiner Person: Ich bin Chef dieses Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz gewesen von April 1994 bis Juni 2000. Ich bin seinerzeit nach Thüringen geholt worden als Beamter des Bundesinnenministeriums, um einen dort offensichtlich gründlich missglückten Behördenaufbau zu reparieren.

Nun zu dem Beweisthema, zum ersten Anstrich die Beziehungen bzw. die Tätigkeiten der von mir geleiteten Behörde zu dem Jenaer mutmaßlichen Verbrechertrio. Da gibt es aus meiner Sicht zwei unterscheidbare Phasen: einmal die erste Phase bis zur versuchten Festnahme und dann die zweite Phase nach dem Abtauchen des Trios.

Zur ersten Phase: Es hat 1997 ein paar nicht bestätigte Gerüchte gegeben, dass in der rechtsextremen Szene Leute mit Sprengstoff laborieren. Ich habe daraufhin Weisung erteilt, dass die Behörde das unverzüglich aufklärt. Es sind dann eine Reihe von Informationen zusammengetragen worden, die darauf hindeuteten, dass zu dem Gerücht drei Personen passen würden: Das sind die heute bekannten Bönnhardt, Zschäpe und Mundlos. Nachdem diese Informationen bei uns in der Behörde sozusagen vorrätig waren, sind sie unverzüglich an die Polizei abgeflossen, da nach meiner Auffassung nunmehr im Wege von Exekutivmaßnahmen zu klären war, ob das so ist, ob es wirklich so ist, wie wir vermuteten. Und wenn es so ist, war polizeilicher Zugriff mehr als geboten. Damit war die Phase eins für das Landesamt abgeschlossen.

Ich wende mich nun der zweiten Phase zu. Nach dem Abtauchen des Trios stellte sich ja zunächst erst mal für uns heraus, dass die von uns beschafften Informationen durchaus richtig waren. Die bei der Durchsuchung festgestellten Tatsachen deuteten eben - - oder legten offen, dass es sich um eine Bombenbauerwerkstatt handelte. Es ging nunmehr um die Vollstreckung mehrerer Haftbefehle, für die das Amt keinerlei Zuständigkeit besaß. Dennoch sind zwei voneinander unabhängige Maßnahmen durchgeführt worden, und zwar eine Maßnahme, die sich darauf richtete, durch eine eigenständige Suchoperation festzustellen, wo die mutmaßlichen Täter abgeblieben sind, und die zweite Maßnahme war die, festzustellen, ob bei dem missglückten Zugriff und anderen Dingen eventuell Dinge nicht richtig gelaufen sind bzw. sogar Absicht im Spiel gewesen ist.

Ich komme zunächst auf - ich nenne das mal zwei a - die Suchoperation - - Die Suchoperation wurde in der Extremismusabteilung durchgeführt mit erheblichem Aufwand und der Unterstützung mehrerer anderer Nachrichtendienste. Die hierbei gewonnenen Informationen flossen an die Polizei ab, und zwar durch ein im Frühjahr 1998 eigens ein-

gerichtetes Instrumentarium: die sogenannte ZEX. Hierbei handelte es sich um eine kleine Polizeitruppe aus dem Landeskriminalamt. Diese Truppe ZEX wurde auf Weisung des Ministers Dr. Dewes in meiner Behörde installiert und hatte den Auftrag, die Informationen aus dem Landesamt sozusagen entgegenzunehmen und in eine für die Polizei operativ verständliche Form umzusetzen und in der Polizei zu verteilen.

Die Suchoperationen haben nach meinem Eindruck mehrfach in die außerordentliche Nähe des Trios geführt. Mehrere Zugriffe der Polizei - oder Zugriffsversuche, muss ich sagen - waren allerdings erfolglos. Die letzte derartige Maßnahme fand nach meiner Erinnerung bzw. nach meinen Kalendernotizen im Mai 2000 statt. - So viel also zu den Suchoperationen, an denen das Amt beteiligt war.

Ich möchte vielleicht eine sozusagen erklärende Bemerkung dazu machen. Nach meiner Sicht der Dinge war es außerordentlich zweckmäßig, einen Kanal in die Polizei hinein fest zu installieren und dort Polizeikollegen zu haben, die mit den Amtsinformationen und der Art und Weise, wie der Nachrichtendienst Informationen weitergibt, etwas anfangen konnten. Dieses fand dann auf der sachbearbeitenden Ebene statt. Meine Aufgabe in dieser Zeit war die, zu kontrollieren, ob das, was durch den Minister sozusagen vorgegeben war und von mir auch dankbar angenommen worden ist, auch umgesetzt wurde, und zu diesem Zweck haben praktisch wöchentlich Behördenleiterbesprechungen insbesondere mit dem Leiter des Landeskriminalamts, Luthardt, und mir stattgefunden - jedenfalls solange Luthardt im Amt war.

Die andere Maßnahme, von der ich gerade gesprochen habe, sozusagen zwei b, war die, dass wir versuchten, herauszufinden - mit einer von der Extremismusabteilung unabhängigen Arbeitsgruppe -, ob hier möglicherweise absichtlich etwas schiefgelaufen ist. Diese Arbeitsgruppe war älteren Datums. Sie stammte etwa aus 95, nach meiner Erinnerung, oder Anfang 96 und entsprang einer Weisung des damaligen Staatssekretärs Dr. Krämer - der mittlerweile verstorben ist -, die darauf gerichtet war, das Amt in Ermittlungstätigkeit zu setzen gegenüber einer ungeahnten Vielzahl von polizeilichen Informationspannen, die so weit gingen, dass der Minister, der Staatssekretär und ich die Meinung hatten, dass die Sicherheit des Landes

ernsthaft gefährdet sei durch den ständigen unerlaubten Informationsabfluss aus der Polizei, der dann sozusagen in der weiteren Folge zu Exekutivpannen führte.

In Sachen des Jenaer Trios, das in diesen sozusagen Ermittlungsvorgang integriert wurde, sind mir die Details nicht mehr alle erinnerlich; aber man kann so viel sagen, dass für das Misslingen des Zugriffs mir jedenfalls jetzt keinerlei Tatsachen bekannt geworden sind oder jedenfalls keine Tatsachen erinnerlich sind, die auf einen absichtlichen Fehlzugriff hindeuten würden - so schwer er auch verständlich war.

Diese frohe Botschaft vermag ich allerdings für den weiteren Verlauf der Operationen nicht aufrechtzuerhalten, weil nach meiner deutlichen Erinnerung immer wieder Einzelheiten aus der Fahndung nach dem Trio nach draußen gingen - wofür es einen relativ einfachen Kontrollmechanismus gab, nämlich den, dass es immer wieder gezielte Presseanfragen zu Einzelheiten der Operationen bei mir gab, die sicherlich nicht von mir gekommen sind.

Die Suche, sowohl zwei a wie zwei b, ist dann nach dem Wechsel der Regierung - das war nach meiner Erinnerung im Herbst 1999 - insofern in schweres Wasser geraten, weil die neue Landesregierung daranging, die Polizeidienstposten in einem Maße umzubesetzen, wie ich das in meinem ganzen dienstlichen Leben nicht erlebt habe, und zwar in einer Art und Weise, dass die polizeiliche Führungsstruktur selbst für Insider nicht mehr erkennbar war.

Wie es dann weiterging, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin Anfang Juni 2000 von meinem Dienstposten abgelöst worden. Ich habe nur aus späteren Pressemeldungen gehört, dass beide Operationen dann beendet worden sind. Den Grund dafür kenne ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Roewer, wir kommen jetzt zur Befragung. Uns liegt ein ärztliches Attest vor, das darauf hindeutet, dass Sie möglicherweise zwischendurch mal eine Pause benötigen. Wir hatten vorhin besprochen, dass Sie mir einfach signalisieren, falls der Zeitpunkt gekommen ist. Ich würde die Medienvertreter um Verständnis bitten, dass wir bis dahin erst mal Herrn Roewer befragen. Wir hatten ja vorhin gesagt, um 15.30 Uhr gibt es eine Unterbrechung. Wir würden dann die erste Unterbrechung vornehmen, wenn Herr Roe-

wer uns zu erkennen gibt, dass er eine 15-minütige Auszeit benötigt.

Herr Roewer, würden Sie sagen, dass in Ihrer aktiven Zeit als Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen das Thema Rechtsextremismus mit der gebotenen Ernsthaftigkeit angegangen worden ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, es fällt ja immer schwer, sich selbst zu loben; aber wenn Sie einen Gradmesser brauchen, dann können Sie sicher sein, dass der damalige Innenminister, Dr. Dewes, nicht ein Jota von Laxheit in dieser Frage geduldet hätte. Und ein erheblicher Teil der Aktivitäten der Behörde hat sich genau auf diesem Gebiet abgespielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es gab ja, wie wir aus den Akten wissen, seit Mitte der 90er-Jahre die sogenannte Operation „Rennsteig“. Da waren Ihr damaliges Landesamt beteiligt, das Bundesamt für Verfassungsschutz, auch der Militärische Abschirmdienst. Der Anlass war ja, dass man gesagt hat: Es gibt verfestigte rechtsextremistische Strukturen in Thüringen, insbesondere in Form des sogenannten „Thüringer Heimatschutzes“; man muss dem besondere Aufmerksamkeit widmen. - Entspricht das Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich muss das insofern etwas relativieren, dass ich selbst - - Meine eigenen Erkenntnisse beginnen praktisch im Jahre 1994, als ich die Behörde übernommen habe. Davor kann ich aus eigenem Erleben deswegen nichts sagen, weil ich in der Zeit im Bundesministerium des Innern mit anderen Aufgaben befasst war.

Es hat eine gewisse Weile gedauert, bis die Behörde dann unter meiner Leitung in der Lage war, selbst Informationen zu beschaffen, die diesen Namen auch verdienten, und das ist nach meiner Erinnerung etwa 1995 dann in eine Form hineingekommen, wo man sagen konnte, dass wir erste sozusagen ernsthafte Erkenntnisse über den Rechtsextremismus gewonnen haben. Und diese Erkenntnisse waren kein Anlass zum Frohsinn.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Die Operation „Rennsteig“ hat ja meines Wissens 1996 eingesetzt, eine koordinierte Aktion, eben weil man gesagt hat: Der „Thüringer Heimatschutz“ ist strukturell gewaltge-

neigt und gewaltbereit. - Ich frage das deshalb, Herr Roewer, weil ich Ihnen gleich ein paar Minuten Video schauen zumuten möchte: Erinnern Sie sich an die Existenz einer Firma namens Heron-Verlagsgesellschaft?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Das war eine Tarnfirma des Amtes.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also eine Tarnfirma des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welchen Zweck hatte diese Firma?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sie hatte den primären Zweck, verdeckt Nachrichten zu beschaffen, und das hat sie auch getan.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich bin bei der Recherche im Zuge der Ausschussarbeit gestoßen auf einen Film - den will ich Ihnen gar nicht in Gänze präsentieren, sondern nur in wesentlichen Auszügen - mit dem Titel „Jugendlicher Extremismus mitten in Deutschland ...“ aus dem Jahr 2000. Können Sie sich an diesen Film erinnern?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Der Film ist in der Tat gedreht worden von einem Filmemacher namens Seela und einer Firma Jena TV. Dieser Film diente als Cover für eine Maßnahme, nämlich die, dass dieses Filmteam als Reporter - was sie auch waren - in die rechtsextreme Szene eindrang und dort im großen Maße Bild- und Tonaufnahmen der Betroffenen anfertigte. Das Cover war die Herstellung eines Films - der ist auch wirklich gemacht worden; es ist immer gut, dass man das Cover auch sozusagen real werden lässt -; der wirkliche Zweck war die Beschaffung von dem gerade genannten Bild- und Tonmaterial, das ich gerne erläutern will, wofür wir das gebraucht haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut; das ergibt sich aus dem Film allerdings nicht. Der Film ist 2000 - wohl in der ersten Jahreshälfte; in der zweiten waren Sie ja nicht mehr im Amt - produziert worden. In diesem Film tauchen Sie auf mit einem Statement zum Thema Rechts- und Linksextremismus,

die sich wechselseitig bedingen würden; es gäbe gar keinen Rechtsextremismus, wenn es keine Linksextremen gäbe in Thüringen.

Und erstaunlicherweise tauchen in diesem Film aus der ersten Jahreshälfte 2000 André Kapke in Interviewform und Tino Brandt in Interviewform auf; Kapke als Leiter der Sektion Jena des „Thüringer Heimatschutzes“ - 2000 wurde nach dem Trio noch gefahndet - und Tino Brandt als eine Führungsfigur und gleichzeitig V-Mann Ihres Amtes.

Vor dem Hintergrund, dass Sie gesagt haben: „Wir haben das sehr ernst genommen“ - das Ziel des Filmes war ja offenkundig, in Schulen gezeigt zu werden -, will ich Ihnen mal ein paar Auszüge doch ganz gerne zeigen. Das sind zunächst mal zwei Minuten, in denen Sie sich im Jahre 2000 äußern zum Thema Rechtsextremismus in Thüringen.

(Es folgt die Vorführung eines Filmausschnitts)

Rechtsextremismus und Linksextremismus bedingen einander, das entspricht nicht unbedingt dem Befund, der Anlass war für die Operation „Rennsteig“, wo man festgestellt hat: Da organisieren sich militante Rechtsextremisten ganz gezielt, um den Rechtsstaat auszuhöhlen.

Aber ich würde Sie gerne bitten, sich im Kontext zu äußern, weil interessant - noch interessanter als Ihre Ausführungen - finde ich eigentlich das, was Herr Kapke und Herr Brandt zu sagen haben und auch, in welchem Kontext sie sich äußern. - Das ist jetzt zunächst Herr Kapke und anschließend Herr Brandt.

(Es folgt die Vorführung eines Filmausschnitts)

Ich erspare mir jetzt mal den letzten Ausschnitt, wo Herr Kapke noch mal unkommentiert zu Wort kommen darf.

Herr Roewer, was verleitet denn eine Tarnfirma des Verfassungsschutzes dazu, einschlägig bekannte Rechtsextremisten - Tino Brandt: 96 angeklagt wegen Landfriedensbruchs, wegen schwerer Körperverletzung; Informant des Verfassungsschutzes - - bei einem Film sich so produzieren zu können wie hier geschehen? Ich sage Ihnen: Im Jahre 2000 Kapke noch dabei, mutmaßlich eine der Kontaktpersonen zu den drei untergetauchten Personen aus Jena: Mundlos, Bönnhardt, Zschäpe. Ich sage mal, der ob-

jektive Eindruck, der doch aufgrund eines solchen Filmes entsteht, ist nicht, dass ein besonders kritischer Umgang mit der rechts-extremistischen Szene in Thüringen darin zum Ausdruck kommt. Können Sie mir das erklären?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gut, zum Schluss sprechen Sie eine Wertung aus, die sich mir als Zeuge natürlich entzieht.

Der Sinn dieses Filmes war, die Leute so zu zeigen, wie sie sind. Das hat der Film auch, glaube ich, getan. Ich sagte Ihnen schon - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also Tino Brandt hat sich im Wesentlichen dadurch ausgezeichnet, dass er Veranstaltungen der Linkspartei organisiert besucht hat?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war so, wie es war. Sie können sich natürlich - davor warne ich auch so ein bisschen - diese Leute nicht schön- oder schlechtreden - die sind so, wie sie sind -, und man kann über den Wert oder Unwert des Films sicher diskutieren. Der eigentliche Sinn - - Er ist ja dann nur wenige Male vorgeführt worden mit relativ breiter Resonanz, wenn ich mich recht erinnere. Der eigentliche Clou der Sache war natürlich, dass wir all diese Typen vor der Kamera hatten, und zwar durch die Bank und alle - was dem Amt wahrscheinlich sonst so nicht gelungen wäre.

Wenn Sie mir das schon vorhalten, will ich gerne sagen, wofür wir das gemacht haben. Bei Observations- und vor allen Dingen Telefonabhörmaßnahmen ist es außerordentlich schwierig, festzustellen, wer der jeweils andere ist, also wer sozusagen der Gesprächspartner ist, bzw. bei Observationsmaßnahmen, wer die auf den Bildern auftauchenden Menschen sind. Um diesen Wissensrückschritt oder Wissensnichtsprung zu beseitigen, in einen Vorsprung zu verwandeln - - war das Herstellen einer Bild- und Tondatei, die uns dann für entsprechende Observations- und Abhörmaßnahmen weiterhelfen sollte.

Die letzten Aufnahmen dieses ganzen relativ breiten Beschaffungsspektrums wurden meines Wissens im Juni oder Juli 2000, also kurz nach meinem Ausscheiden, dem Amt angeliefert. Was damit geschehen ist, weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Roewer, Sie präsentieren in diesem Film zum Teil Gewalt ausübende Neonazis als radikale, aber zum Dialog bereite Mitbürger. Halten Sie das für angemessen oder für fahrlässig?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, das ist, wie der Film bei Ihnen angekommen ist. Ich hatte diesen Eindruck nicht. Und diejenigen, mit denen ich vorher das Filmmaterial diskutiert hatte - einschließlich dem damaligen Innenminister und dann nicht mehr Innenminister Dewes und dann seinem Nachfolger, der von der CDU kam -, die hatten den Eindruck auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Roewer, Sie wissen schon, was unter anderem 1996 Ihrem V-Mann Tino Brandt vorgeworfen worden ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe Ihre Frage nicht verstanden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sagt Ihnen der Name Tino Brandt etwas?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War Herr Tino Brandt gelegentlich mal - nicht als Zeuge, sondern als Angeklagter - zu Gast in einem Gerichtssaal?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe die Vita von Brandt nicht im Kopf. Ich kann Ihnen dazu noch Folgendes sagen: dass er irgendwann in den 90ern angeworben worden ist. Da war er noch ein relativ unbeschriebenes Blatt.

Was ich allerdings sicher weiß, ist, dass ich ihn Anfang 2000 habe abschalten lassen, weil ich der Überzeugung war, dass dieser Mann als V-Mann in meiner Behörde nichts zu suchen hatte. Ich habe dann später in der Zeitung gelesen - kann aber nicht sagen, ob es stimmt -, dass er nach meinem Ausscheiden wieder angeschaltet und weiter geführt worden ist. Wenn das so war oder sein sollte, war das sicherlich keine Heldentat.

Mein Eindruck aus den Überwachungsmaßnahmen, die wir gegenüber Herrn Brandt durchgeführt haben, war der, dass er uns mit der Zeit aus dem Ruder gelaufen ist. Ich weiß nicht, ob Sie sich das vorstellen kön-

nen: Es ist anfangs nicht ganz klar zu sehen, ob ein V-Mann das tut, also ob er sozusagen hinter dem Rücken des Nachrichtendienstes auch andere Dinge tut, die der Nachrichtendienst weder gutheißt noch die ihm bekannt sind. Im Falle des V-Manns Brandt ist dies der Fall gewesen, und das hat mich eben veranlasst, gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mitarbeiter der Extremismusabteilung ein rigoroses Ende mit Herrn Brandt zu veranstalten. Und das ist auch gemacht worden: Die Abschaltung ist durchgeführt worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Roewer, das war aber Jahre nach dem Jahr 1996. Ist Ihnen bekannt, dass im Jahre 1996 Herr Brandt angeklagt war wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung aufgrund eines Ereignisses in Gräfenthal und dass er da erstinstanzlich auch verurteilt worden ist zu einer Bewährungsstrafe?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, das ist mir nicht bekannt. Mir war nur bekannt, dass mehrere Verfahren wohl angestrengt worden sind gegen Herrn Brandt, die aber zu nichts geführt haben - so weit reicht jedenfalls meine Erinnerung -, und ich sagte Ihnen ja gerade, dass Sie als Behördenchef nicht die Handlungen aller Ihrer V-Leute sozusagen tagtäglich auf dem Tisch haben.

Ich möchte zu Ihrer Frage Folgendes hinzufügen: Sie machen sich, glaube ich, falsche Vorstellungen von einem V-Mann in der Extremistenszene, insbesondere in der Gewalttäter-Extremistenszene. Diese sind keine Staatsbürger, mit denen Sie sich sozusagen in Ihrer Freizeit an den Tisch setzen würden, sondern - wenn Sie den Hinweis gestatten - das ist Abschaum.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau, die sind nämlich nicht so wie im Film, nicht wahr, Herr Roewer?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Mit diesem Abschaum gehen Sie als Verfassungsschutzbehörde um, wissen das auch und versuchen, diese Leute dazu zu veranlassen, dass sie ihre Kumpels verpfeifen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, Herr Dr. Roewer, ich stelle fest: Sie haben angeblich in dem Film Herrn Brandt so dar-

gestellt, wie Herr Brandt war. Und jetzt sagen Sie, Herr Brandt war Abschaum. Er ist, glaube ich, nicht in dem Film als Abschaum präsentiert worden.

Herr Nocken, damals Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen, hat uns gesagt, Brandt sei im Wesentlichen der einzige relevante V-Mann im Bereich „Thüringer Heimatschutz“ gewesen. Entspricht das auch Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann das im Moment weder bestätigen noch verneinen; ich weiß es einfach nicht, ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir haben hier im Ausschuss im Sommer 2012 Ihre damaligen Akten uns angeschaut, die Akten Verfassungsschutz Thüringen, auch was V-Leute betrifft, und was Herr Nocken hier ausgeführt hat, stimmt im Wesentlichen. Also, zentrale V-Mann-Figur war Herr Brandt. Wie kann es denn dann sein, dass Sie als Präsident des LfV Thüringen nicht informiert worden sind, dass zum Beispiel 1996 Herr Brandt vorgeworfen worden war, er sei an einem Umstand beteiligt gewesen, wo ein Jugendlicher fast zu Tode geprügelt worden ist, bzw. an einer anderen Begebenheit, wo es um Übergriffe auf Polizeibeamte gegangen ist? Wie konnte Ihnen das denn entgehen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich sage Ihnen ja gerade: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß die Einzelheiten über die Führung von Herrn Brandt nicht mehr. Ich weiß nur, dass ich mich dann intensiv mit diesen Akten oder mit der V-Mann-Führungsakte beschäftigt habe, als es darum ging, festzustellen, ob dieser Mann sozusagen noch auf unserer Seite steht oder nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Maßgeblich für die Abwägung „Er steht auf unserer Seite“ ist also nicht, ob er strafbar ist oder nicht, sondern ob er nachrichtenehrlich ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich sagte Ihnen ja schon: Sie versuchen, Informationen aus einer Szene zu beschaffen, die zu Gewalttaten neigt oder Gewalttaten begeht. Und der Sinn dieser Informationsbeschaffung ist es, möglichst frühzeitig Informationen zu gewinnen, um dergleichen Dinge zu unter-

binden. Das ist der Sinn des ganzen Informationsgeschäfts. Dass Ihnen dabei Sachen durch die Lappen gehen, ist selbstverständlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bevor wir zur ersten Berliner Runde und den Fragen der Fraktionen kommen, habe ich noch eine Frage selber als Vorsitzender an Sie. Das, was mich verwundert hat bei der Lektüre der Thüringer Akten im Sommer 2012, war: Sie hatten ganz offenkundig seitens des Verfassungsschutzes Thüringen im Bereich „Thüringer Heimatschutz“ einen V-Mann, im Wesentlichen einen V-Mann; das war Tino Brandt. Und Sie haben seit Anfang 98 - und drei Jahre lang wurde gefahndet - drei untergetauchte Personen aus Jena, denen vorgeworfen wird, ungefähr 1,4 Kilogramm TNT für Rohrbomben verwendet zu haben. Und es findet sich in den Akten, in den V-Mann-Akten von Brandt, nirgendwo so etwas Ähnliches wie ein Arbeitsauftrag Ihres damaligen Amtes, nach dem Motto: Lieber V-Mann Brandt, hör dich doch mal um in der Szene, ob dir irgendjemand was erzählen kann über den Verbleib dieser drei untergetauchten Personen. - Wie kann das sein, dass sich solche Unterlagen dort nicht finden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann die Frage nicht verstehen. Also, ich verstehe sie sozusagen sinngemäß nicht. Was wollen Sie mir denn damit sagen? Ich weiß es gar nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, wir haben von Herrn Nocken gehört, man habe gewissermaßen seitens des Verfassungsschutzes parallel zur Polizei alles an den Tag gelegt, um mit voller Energie dieser drei Personen - Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe; mit Haftbefehl gesucht und untergetaucht - habhaft zu werden. Ist das richtig? Oder war das nicht so?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Zunächst ist es so, dass - ich sagte es schon - wir zunächst versucht haben, überhaupt dieses Gerücht zu verifizieren. Es war ein Gerücht, dass jemand in der Szene mit Sprengstoff operiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber seit Anfang 98 war es ja kein Gerücht mehr, sondern da gab es den Garagenfund und das Untertauchen. Da war Brandt noch jah-

relang V-Mann. Nach den Akten hat Brandt nie den Auftrag bekommen als V-Mann: Hör dich mal in der Szene um, ob jemand weiß, wo Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe sind. - Kann das sein? Ich meine, wäre es nicht sehr naheliegend - Sie haben einen zentralen V-Mann im „Thüringer Heimatschutz“; die drei Gesuchten haben dem THS, Sektion Jena, angehört -, dass man den V-Mann, den man hat, da auf die Spur setzt? Das wäre doch sehr naheliegend.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann die mit Ihrer Frage transportierte Information nicht bestätigen. Also, ich kann nicht bestätigen, dass Herr Brandt nach so etwas nie gefragt worden ist. Ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie denn erinnern, das veranlasst zu haben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Pardon?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich erinnern, veranlasst zu haben als Behördenleiter, nach dem Motto: „Nocken und andere, setzt mal den Brandt darauf an, sich umzuhören“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. Also, in das Beschaffungsgeschäft einzugreifen als Behördenleiter, haben Sie nur dann dringenden Anlass, wenn Sie glauben, dass was schiefläuft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist nichts schiefgelaufen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Und diese Vermutung hatte ich in Sachen Brandt, nachdem wir und, wenn ich mich recht erinnere, das Bundesamt für Verfassungsschutz ihn abgehört haben und durch andere Maßnahmen überwacht haben und wir auch noch mal einige Leute auf ihn angesetzt haben, dass er etwa Dinge tut, die nicht in unserem Sinne sind. Diese Erkenntnis hat mich sozusagen die Notbremse treten lassen. Und dann habe ich diesen Mann abgeschaltet, weil ich den Eindruck hatte, er tut Dinge wie zum Beispiel das Hineinspielen der gewalttätigen THS-Szene in die NPD. Das war ein außerordentlich unerwünschter Effekt. Das war weder mit uns abgestimmt noch gar von uns in irgendeiner Weise geduldet oder - -

befürwortet schon überhaupt nicht. Dieses war unerwünscht und hat dazu geführt, dass wir diesen Mann abgeschaltet haben, und zwar ohne Wenn und Aber, weil verhindert werden musste, dass diese Szene, nämlich die intelligenten Köpfe der Szene, sich in der NPD ein legales Dach schufen. Das war das Problem, das wir hatten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. Aber die Diskussion innerhalb des THS, den NPD-Landesverband zu übernehmen, die lief doch schon die ganze zweite Hälfte der 90er-Jahre - mit Wissen des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das Überwachen von einzelnen Leuten war bekannt. Das war auch nicht zu verhindern. Wie denn? Dass die Extremistenszene sozusagen mit THS und mit NPD Tandem fahren wollte, das musste man ja erst mal begreifen. Und als wir es dann begriffen hatten, war ich ja der Erste sozusagen - vielleicht der Erste, vielleicht der Zweite; ich weiß es nicht mehr genau -, der massiv gefordert hat, dass diese NPD verboten wird, weil sie sozusagen als legales Dach das weitermacht, was wir den ganzen Tag zu bekämpfen suchten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie wollten ja sogar den THS verbieten lassen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. - Das wollte ich auch, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 1998.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, 2000.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 2000, Mai 2000; relativ spät. - Letzte Frage von mir: Hat es Ihres Wissens Fälle gegeben während Ihrer Amtszeit, in denen V-Leute des Verfassungsschutzes Thüringen von bevorstehenden polizeilichen Durchsuchungsmaßnahmen etwa vorab unterrichtet worden sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich schließe aus, dass ich darüber Wissen habe; ich schließe das aus. Wenn ich so etwas erfahren hätte, hätte ich entsprechende Maßnahmen, und zwar strafrechtliche Maßnahmen, zumindest angeregt oder jedenfalls folgen lassen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kommen zur ersten Berliner Runde, wenn der Zeuge einverstanden ist. - Das Frage-recht hat jetzt zunächst die Unionsfraktion. Herr Kollege Binninger hat das Wort.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Roewer, Fragen noch möglich für Sie?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie geben ein Zeichen, wenn Sie eine Pause machen möchten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie waren von 94 bis 2000 Verfassungsschutzpräsident. Ich würde gerne einfach diese Zeit mit Ihnen chronologisch durchgehen und ein paar Fragen dazu stellen und zu Beginn Sie fragen, in welcher Situation Sie denn die Behörde im Jahr 94 vorgefunden haben, als Sie dort Präsident wurden, in groben Zügen, also vor allen Dingen, was die Qualifikation des Personals angeht. Fühlten Sie sich da in der Lage, dieses Amt überhaupt wahrzunehmen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, gut; das kann man mit wenigen Worten umreißen. Ich wurde angefordert beim Bundesinnenministerium, weil man jemanden suchte, der irgendwie etwas Missglücktes repariert. Die Situation war in der Tat sehr schwierig, weil eine gewisse Riege von Beamten aus dem Westen dort tätig war, von denen keiner - nicht ein einziger - einschlägige Ausbildungen absolviert hatte, sondern die dortigen Mitarbeiter, die oft guten Willens waren, waren fachlich dafür nicht qualifiziert. Sie hatten etwas in Anspruch genommen, was sozusagen sich als äußerst schwierig und auch als Hemmschuh in der gesamten ostdeutschen Verwaltung erwiesen hat, nämlich die Möglichkeit, einen Laufbahnsprung zu machen aus einer mittleren in die gehobene oder aus einer gehobenen in die höhere Laufbahn, und - man muss es einfach sehen, wie es ist - sie besaßen dafür keinerlei Qualifikation.

Und die anschließenden Schwierigkeiten oder die Schwierigkeiten, die dann auftraten, waren die, dass eine ganze Reihe von ostdeutschen Mitarbeitern in der Behörde tätig war, die durch Intelligenz und auch durch

Ausbildung oft besser geeignet, aber in weniger gut dotierten Stellungen tätig war. Das musste zu Spannungen führen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben gegenüber Herrn Schäfer geäußert, wenn ich das kurz vorhalten darf, über das Personal:

Sie waren nicht in der Lage, einfache Auswertevorgänge zu bearbeiten, geschweige denn Quellen sachgerecht zu führen.

Hätten Sie im Umstand - und Sie haben es ja gerade in der Analyse noch mal bestätigt - dann nicht zwingend die Finger davon lassen müssen, zu sagen: „Wir versuchen jetzt, mit einem Personal, das der Präsident selber nicht für geeignet hält, in eine ganz schwierige rechtsextreme gewaltbereite Szene einzudringen“? Hätten Sie da nicht gleich Alarm schlagen müssen und sagen: „Dafür brauche ich ausgebildetes Personal von erfahrenen Behörden“? Sie kamen ja, glaube ich, vom - - Meines Wissens waren Sie mal im BfV, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, gut. Also, für mich persönlich die Alternative wäre gewesen, es mit der Abordnungszeit, der drei- oder viermonatigen - vier waren es, glaube ich -, Genüge sein zu lassen und den Bettel hinzuschmeißen. Das hätte ich machen können.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie aber nicht gemacht und haben ja dann dort weiter gearbeitet. Und wie wollten Sie dann das in den Griff bekommen? Weil jetzt haben wir ja die Zeit, „Anti-Antifa“ wandelt sich um in den „Thüringer Heimatschutz“. Das wurde Ihnen wie mitgeteilt? Wie haben Sie das erfahren, dass sich hier eine Gruppierung gewaltbereiter Rechtsextremisten neu formiert?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich wollte das schon in den Griff bekommen. Sonst wäre ich dort nicht geblieben. Und ich bestreite nicht, dass es mit einem etwas glücklicheren Personaltableau auch besser gelungen wäre. Ich bestreite auch nicht, dass ein anderer Chef es vielleicht noch besser gemacht hätte als ich - natürlich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber wie haben Sie davon erfahren? Das war mir

bisher ein Rätsel. Es gab die „Anti-Antifa“. Die hat sich irgendwann gewandelt oder neu formiert zum „Thüringer Heimatschutz“, quasi als Sammelbecken gewaltbereiter Rechtsextremisten. Wie haben Sie denn davon erfahren, dass es auf einmal so eine Gruppierung geben soll?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, wie erfährt man das? Man erfährt es dadurch, dass diese Gruppen durch Gewalttaten auf sich aufmerksam machen. Man erfährt es zunächst dadurch, dass ich natürlich auch bestrebt war, erst mal festzustellen: Wo findet denn dieses Theater statt? Wir hatten das Problem in Thüringen, dass sich bestimmte örtliche Schwerpunkte bildeten, wo es wirklich handfeste und sehr unangenehme Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Gruppen gab, deren einziges Kit jeweils in der Gruppe war, dass sie sich als rechts oder links bezeichneten. Das waren zum großen Teil Kinder, und die schlugen dann aufeinander ein. Wir hatten während meiner Dienstzeit zunächst den Schwerpunkt im Raum Altenburg. Da werden alle die Leute, die dort leben, mit den Kopf nicken. Und dann hatten wir den Schwerpunkt im Raum Saalfeld/Rudolstadt. Und dann ab dem Jahr 1997 wanderte der Schwerpunkt nach Jena. Warum das so ist, weiß ich nicht. Es ist aber so.

Die Bemühungen der Behörde waren nach meiner Anleitung darauf gerichtet, sich nicht mit diesen Kindern auseinanderzusetzen, sondern festzustellen, wer die Rädelsführer hinter diesen Kindern waren; denn die kommen ja meistens nicht von selber auf die Idee, so aufeinander einzuschlagen, wie es dann geschehen ist, mit vielen Verletzten oft und einer hohen Dunkelziffer, die wir natürlich nicht gekannt haben, weil diese Leute nicht zur Polizei gegangen sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wer waren die Rädelsführer nach Ihrer Erkenntnis?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, Die Rädelsführer waren dann hinterher die, die dann in den Verfassungsschutzberichten genannt worden sind: auf der rechten Seite jetzt also der auch, glaube ich, einsitzende Mann, dessen Namen mir im Moment nicht präsent ist, und auf der Links-

Clemens Binninger (CDU/CSU): Meinen Sie Wohlleben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ja. Wohlleben und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Brandt und Kapke auch, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bei Brandt bin ich mir nicht so sicher. Der hat immer eine große Schnauze gehabt. Ob der den Einfluss hat, weiß ich nicht. Davor gab es einen Mann namens Dienel, der aus dem Knast heraus sich vielfach angedient hatte bei uns.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie wussten doch dann irgendwann, dass ausgerechnet der Anführer dieser neuen rechtsextremen Sammelbewegung „Thüringer Heimatschutz“, Tino Brandt, im Dienst Ihrer Behörde steht. Wie haben Sie das denn das erste Mal erfahren, da Sie ihn ja nicht angeworben haben? Irgendjemand muss ja auf die Idee gekommen sein, zu sagen: Wir sprechen ausgerechnet den an der Spitze an.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, so war es ja nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie war es denn?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Wir hätten den Brandt kaum angeworben, wenn es irgendeine feste Struktur gegeben hätte, sozusagen mit dem ersten Vorsitzenden Brandt an der Spitze; dann hätten wir das mit Sicherheit nicht getan. Der „Thüringer Heimatschutz“ war nach meiner jetzigen Erinnerung eigentlich ein lockerer Zusammenschluss, ein Name mehr, dem sich Leute zurechneten oder nicht zurechneten. Das war kein Verein. Es war keine Partei. Es war so eine Art, ja, so eine Art - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gemeinsames Label nur, oder was?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Man - - Es war in bei verschiedenen Jugendlichen, dass sie sagten: Wir marschieren beim „Thüringer Heimatschutz“. - Das waren Kinder. Die - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber es gab doch örtliche Sektionen mit einem Vor-

stand, also in Jena Kapke, in Saalfeld die anderen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Da haben die sich dann sozusagen selber mit Lorbeeren geschmückt. Das ist ja in der rechtsextremen Szene außerordentlich üblich, dass sich jeder Dritte da zum Führer ernennt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Zeuge, noch mal die Frage: Wie kamen Sie - - Wie entstand das, dass man ausgerechnet Tino Brandt als V-Mann werben wollte, dann auch werben konnte? Das muss ja irgendjemand in Ihrem Hause veranlasst haben und Sie auch informiert haben. Oder täusche ich mich da?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es ist in der Tat so, dass ich Herrn Nocken und seine Hintersassen massiv bedrängt habe, sich nun endlich eigene Standbeine in der rechtsextremen Szene zu beschaffen, sprich: Quellen anzuwerben. Das ist das ganz übliche Geschäft bei Nachrichtendiensten. Als ich die Behörde übernommen habe, hatte die Behörde nicht eine einzige Quelle - keine -, sodass das Informationsaufkommen auch entsprechend war, nämlich gar keins.

Die Anwerbung von Brandt ist erfolgt nach meiner Erinnerung nach einer längeren sogenannten Forschungsphase. Das heißt, man beguckt sich die möglichen Kandidaten, die für eine Anwerbung als Agent oder V-Mann oder Quelle, wie Sie wollen, infrage kommen. Und dann kommt sozusagen der entscheidende Moment: Man spricht sie an. Es geht also einer hin und macht einen Werbungsversuch. Das muss nicht unbedingt einer sein, der sagt: „Guten Tag, ich heiße soundso und komme vom Landesamt für Verfassungsschutz“, sondern das kann auch eine Anwerbung unter Legende sein. Derjenige muss das erst mal gar nicht wissen, mit wem er es zu tun hat. Ist in vielen Fällen auch vernünftig.

Ich habe die Einzelheiten der Anwerbung von Brandt nicht mehr in Erinnerung, kann aber nur sagen, dass er, nachdem die Anwerbung erfolgt ist, relativ brauchbare Erkenntnisse offensichtlich in die Behörde gebracht hat, was das Tun dieser rechtsextremen, sehr unangenehmen, sehr schwer zu beobachtenden Szene anging.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es dann im Zuge dieser Werbungsaktion, die

Sie auch mit gepusht haben mit der nachvollziehbaren Begründung „Ohne Quellen haben wir ja gar nichts in der Hand“, noch mehr geglückte Werbungsversuche in diesem Bereich THS, außer Brandt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Missglückte oder geglückte?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Geglückte. Oder auch missglückte, wenn Sie davon wissen. Also, wen hat man noch angesprochen - gezielt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe jetzt die Namen nicht mehr alle in Erinnerung. Aber es gab mehrere V-Leute, also mehrere Quellen. Ob es V-Leute waren im strengen Sinne, ist immer noch die Frage. Zunächst gab es einen Selbstanbieter. Darüber sprach ich gerade schon. Das war der verurteilte Rechtsextremist Dienel, den ich hier deswegen auch nenne, weil er sich ja selbst irgendwann mal geoutet hat als ehemalige Quelle des Amtes, der auch ein völlig harter, also unbestreitbarer Rechtsextremist war, ein rechtsextremer Straftäter zudem, der von einem Mitarbeiter von mir, der da besonders erfahren war, abgeschöpft wurde - unter Sprit gesetzt und abgeschöpft; das war die Methode.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Unter was?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Unter Sprit gesetzt.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Was heißt „unter Sprit gesetzt“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die sind saufen gegangen, und dann hat er ihn abgeschöpft.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und glauben Sie, dass da die Hinweise besonders gut werden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Dieser Mann ist eine Weile lang als Quelle von uns benutzt worden. Und erst, als er deutlich anfing, die Wirklichkeit von der Fantasie nicht mehr zu unterscheiden, haben wir uns seiner entledigt. Sie dürfen sich dieses Geschäft nicht als besonders vornehm vorstellen. Die

Selbstanbieter sind natürlich darauf aus - - Die wollen irgendwas. Meistens wollen sie Geld. Im Fall des gerade geschilderten Dienel war es so - nach meiner jetzigen Erinnerung zumindest -: Der hatte in der Tat ein Ziel, nämlich er glaubte, dass, wenn er seine Kumpels verpfeift an die Verfassungsschutzbehörde, ihn das vor weiteren Strafverfolgungsmaßnahmen schützt. Der fürchtete nichts so sehr wie, erneut einrücken zu müssen. Und bei diesen Abschöpfmanövern ist ihm dann gesagt worden: Es gibt ein ganz sicheres Mittel vor dem nächsten Einrücken in den Knast: Das ist, keine Straftaten mehr zu begehen; außerordentlich sicheres Mittel.

So war das Verhältnis zum Beispiel. Sie können diese Verhältnisse zu den Quellen unmöglich alle über einen Kamm scheren. Es ähnelt keine der anderen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja gesagt: Tino Brandt war eine gute Quelle, zumindest in den Anfangsjahren, und hat verlässliche Informationen geliefert. - Er war an der Spitze dieses THS, egal ob eher lose Struktur oder nur gemeinsamer Oberbegriff. Aber er hat ja das Trio gekannt. Wissen Sie, ob man nach dem Abtauchen des Trios wirklich ganz gezielt und mehrfach - der Vorsitzende hat es vorhin ja auch schon gefragt - Brandt mal abgeschöpft hat, was er dazu sagen kann? Es ist ja nahezu unwahrscheinlich, dass jemand davon nichts erfährt, der sich mit diesen Leuten jede Woche mal trifft beim Mittwochsstammtisch in Saalfeld oder sonst wo. Wurde das gemacht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich bin relativ sicher, wenn ich jetzt drüber nachdenke: Es müssen Fragen an ihn in diese Richtung gestellt worden sein, weil die, soweit sie mir erinnerlich sind, Suchoperationen, die wir dann gestartet haben, auch zum Beispiel mit einem verwanzten Auto, sonst so nicht möglich gewesen wären. Ich will aber - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wessen Auto wurde da verwanzt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Pardon?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wessen Auto wurde da verwanzt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Weiß ich nicht mehr. Eins aus der Szene haben wir dann benutzt, um uns sozusagen - - Weil wir vermuteten, dass mit diesem Auto Briefträgerfunktionen erfüllt werden, haben wir ein Auto verwandt. Aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wer das - - Das ist einfach zu lange her.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben vorhin in Ihrem Eingangsstatement, wenn ich Sie richtig verstanden habe - sonst korrigieren Sie mich bitte -, so eine Andeutung gemacht, dass es irgendwann auch gelungen sei, eine Quelle im Umfeld dieses Trios gehabt zu haben. Bezog sich das auf die Vergangenheit oder auf die Zeit nach dem Abtauchen? Oder habe ich Sie da missverstanden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Habe ich nicht drüber gesprochen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben vorhin - - Ja, gut; dann müssen wir es nachlesen. Vielleicht habe ich Sie dann auch falsch verstanden; dann bedaure ich das. Aber es war vorhin mal im Gespräch, und zwar nach der Passage, wo Sie berichtet haben vom Kontakt mit den Eltern, dass Sie auch irgendwo eine Quelle etwas näher dran oder im Unterstützerumfeld oder wo auch immer - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich glaube, da bringen Sie was durcheinander.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann klären Sie mich auf.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Mir ist nicht Erinnerung, dass wir eine Quelle sozusagen mit unmittelbarem Kontakt gehabt hätten. Dann wäre dieser Zugriff auch sicher irgendwann schnell gelungen. Wir haben, wenn ich das jetzt richtig hintereinanderbringe, versucht, eine Quelle bei den Eltern zu installieren, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war es.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - die uns Klarheit beschaffen sollte, ob ich, also ich in Person, und dann meine damit befassten

Mitarbeiter von den Eltern systematisch belogen wurden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von welchen? Von beiden? Oder von einem? Es sind ja drei - oder besser: zwei - Eltern.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen das jetzt im Moment - - Wer von den Eltern das genau war, weiß ich nicht mehr. Der Kontakt ist ja über mich zustande gekommen, und zwar bei einem meiner Auftritte in Jena. Da ist dieser Gesprächskontakt zustande gekommen -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu Herrn Mundlos, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - und dann durch einen Mitarbeiter von mir fortgeführt worden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu Vater Mundlos oder Vater Bönnhardt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen das jetzt nicht mehr sagen, und zwar nicht aus bösem Willen, sondern weil ich bei meiner Vernehmung durch die Generalbundesanwaltschaft - das war im vergangenen Jahr im März - mit den Aussagen konfrontiert wurde. Und jetzt geht mir sozusagen in Erinnerung durcheinander, welcher Elternteil was gesagt hatte. Ich kriege das nicht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay; lassen wir das mal beiseite. - Aber was waren denn so die wesentlichen Inhalte, wenn Sie denn zum Ergebnis kommen: „Die sagen uns nicht die Wahrheit“ - ich will es etwas vornehmer formulieren -; „wir müssen deshalb eine Quelle in der Nähe der Eltern platzieren“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, wenn ich das gerade noch sagen darf: Mir ist deutlich in Erinnerung eben sozusagen dieses Auftaktgespräch; so was merkt man sich. Ich kriege bloß das Gesicht jetzt nicht mehr richtig dazu. Und in diesem Auftaktgespräch, das mit mir geführt wurde, ging es darum, ob ich in der Lage sein würde, für eine Beendigung dieses Untertauchens zu sorgen. Und dann habe ich gesagt: Ja, dann möchte man mir doch sagen, wo die Betroffenen sind, und

auch gefragt, warum man mich das fragt: Wieso ich?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil Sie waren der Chef.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Und die Antwort war: Diese Eltern - die sich wohl kannten, vermute ich - hatten die Befürchtung, dass die Meldung „Unsere Kinder sind da und da“ mit einem polizeilichen Zugriffen würde, der blutig ausgehen würde. Das war die Furcht der Eltern. Jedenfalls so ist es bei mir angekommen. Und die Frage war, ob ich dagegen was unternehmen könnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was haben Sie gesagt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: „Ja, das könnte ich.“

Clemens Binninger (CDU/CSU): In welcher Form?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die Form? Ich habe gesagt: Ich kann organisieren, dass die Übergabe der Kinder an die Polizei unblutig abgeht. Das geht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie irgendwelche Zusagen getroffen für das Strafverfahren, -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, natürlich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - dass Sie sagen, Sie reden mit der Staatsanwaltschaft?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ganz im Gegenteil. Dieser Elternteil, von dem ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen kann, ob er Mundlos oder Böhnhardt hieß, war der Meinung, dass es mithilfe des Verfassungsschutzes möglich sein würde, ihre Kinder um die Strafverfolgung drum herumzubringen. Da habe ich gesagt, das sei ausgeschlossen, könnte ich ausschließen. Aber beim freiwilligen Stellen - hier ging es ja um diesen Sprengstoffversuch - könnte ich mir vorstellen, dass es auf das Strafmaß irgendwelche Auswirkungen hat; das ja. Aber die - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und Sie haben ja zugesichert, Sie könnten diese unblutige Festnahme - die es wahrscheinlich auch so gegeben hätte, wenn sich keiner wehrt - organisieren. Was haben die Eltern dann gesagt? Haben sie Ihnen dann eine Andeutung gemacht: „Wir wissen, wo sie sind“? Oder ich meine, das macht - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe gesagt: Sie müssen mir sagen, wo die sind. - Da haben die gesagt, sie wüssten das nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber letztendlich wäre es ja nur gegangen, wenn - - Die Botschaft, die Sie quasi übermitteln: „Ich kann eine Festnahme ohne Probleme organisieren, und es wirkt sich auf das Strafmaß aus“, die muss ja irgendwie bei den drei Gesuchten landen. Sonst verfängt ja die Wirkung nicht.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe das nicht geglaubt. Dieses Herantreten an den Chef einer Sicherheitsbehörde, von dem man glaubt, subjektiv annimmt, der tut was für unsere Kinder, wenn wir den nur irgendwie richtig lenken, was nicht möglich war - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das dann eigentlich gemacht mit der Quelle im Umfeld?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe denen gesagt: Die Bedingung ist klar. Sie sagen mir das. Sonst geht gar nichts. - Und dem Mitarbeiter, der das dann übernommen hat, habe ich gesagt: Pass auf, die belügen uns. Wir versuchen, herauszukriegen über die Eltern, wo die Kinder sind.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wie sollte das gehen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ich weiß es nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Na, ist ja jetzt nicht ganz - - Ich glaube, Sie hatten schon eine Idee, weil Sie vorhin ja selber gesagt haben: Ein Ansatz war, das herauszubekommen, eine Quelle, sprich: eine andere Privatperson, im Umfeld der Eltern zu platzieren oder zu gewinnen, der sich die Eltern dann vielleicht offenbaren, wenn sie sich den Behörden nicht offenbaren.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das war der Sinn der Übung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Und wen hatten Sie da im Blick? Oder haben Sie es am Ende auch gemacht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe versucht, jemanden herauszufinden, der dafür infrage kommt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist das gelungen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. Ich war vorher entlassen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat dann jemand anders versucht, weiterzumachen? Ich meine, Ihre Mitarbeiter waren da eingebunden. War der Herr Schrader hier eingebunden in solche - - Aber der war noch vor Ihnen weg, der Herr Schrader, gell?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Der Herr Schrader?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Der hat noch vor Ihnen das Amt verlassen gehabt, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Herr Schrader ist - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, ich glaube, 98 schon gegangen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß nicht mehr genau. Mit dem gab es enorme disziplinarische Schwierigkeiten. Er wurde abgelöst und dann aus der Behörde entfernt irgendwann im, ich meine, September/Oktober 98, 99. Ich weiß es nicht mehr.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, an der Stelle nur, dass wir ein klares Ergebnis haben - dann bin ich auch am Ende mit meiner Zeit

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Schrader hat 2000 Hausverbot bekommen! - Gegenruf: Er war vorher schon entfernt!)

- ja, ist schon klar -: Sie hatten den Verdacht, dass die Eltern Ihnen nicht die Wahrheit sagen -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und trotzdem aber wissen, wo das Trio sich aufhält oder die Söhne sich aufhalten. Deshalb war es Ihre Idee, eine Quelle im persönlichen Umfeld der Eltern zu platzieren oder zu gewinnen. Aber die Idee wurde nicht umgesetzt - ist das richtig so? -, weil Sie dann weg waren. Sie kamen nicht mehr dazu, das umzusetzen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen nicht sagen, was daraus geworden ist. Gegenüber den Eltern gab es ja sozusagen zweigleisiges Fahren: einmal diese Geschichte, über die ich jetzt gerade berichtet habe, also der Versuch, ihnen eine Quelle unterzujubeln, wenn Sie dieses Wort mal gestatten. Und dann gab es meines Erachtens, wenn ich mich recht erinnere, die Versuche oder möglicherweise auch das Tun des LKAs, diese Leute abzuhören. Ob das geschehen ist, ist mir nicht mehr rememberlich. Jedenfalls ist darüber gesprochen worden. Ich erinnere mich deutlich, dass ich über diese Frage mit den leitenden Leuten des LKA debattiert habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich darf eine letzte Frage stellen. Hat einer der Elternteile zu Ihnen mal gesagt, er hätte zwingende Anhaltspunkte, dass Zschäpe für Ihre Behörde arbeiten würde? Fiel das mal, dieser Verdacht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, solange ich im Dienst war, ist dieser Verdacht nicht geäußert worden. Ab vorvorigem Jahr, oder wann das war, habe ich Wunderdinge darüber gelesen. Aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es kommt mir jetzt nur auf Ihre Erinnerung an.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Zu meiner Dienstzeit ist mir nichts bekannt geworden, dass mit dieser Person irgendwie gearbeitet worden ist. Ich wüsste es nicht, nein - es sei denn, ich müsste jetzt den totalen Blackout haben. Aber ist mir jetzt im Moment nichts rememberlich - nichts.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut. - Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fragezeit der Unionsfraktion ist beendet. - Können wir die Befragung fortsetzen, Herr Roewer?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Pardon?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können wir die Befragung direkt fortsetzen? Oder wünschen Sie eine Pause?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sie können ruhig noch, zehn Minuten vielleicht noch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das passt ganz gut. Die SPD-Fraktion hat 14 Minuten Fragezeit. Dann machen wir danach eine Unterbrechung, ja? - Dann hat zunächst der Kollege Rix das Wort.

Sönke Rix (SPD): Schönen Dank. - Zunächst einmal, wenn man sich so intensiv mit der Suche nach diesem Trio doch auch beschäftigt hat: Was haben Sie denn gedacht, als im November 2011, wann auch immer Sie das erfahren haben - - Was haben Sie da eigentlich gedacht? Was ist Ihnen als Erstes durch den Kopf gegangen, als Sie mitbekommen haben, dass dieses Trio eine Mordserie begangen hat und viele Straftaten im Nachhinein - - und Sie ja nun, wie Sie sagen, relativ dicht dran waren, aber es doch nicht geklappt hat, am Anfang sie vielleicht zu stoppen? Was waren Ihre ersten Gedanken?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nichts.

Sönke Rix (SPD): Gar nichts? Also Sie haben nicht gedacht: „So ein Mist; wir waren doch so dicht dran“, oder: „Haben wir vielleicht Fehler gemacht?“ Ist Ihnen als Erstes durch den Kopf gegangen: „Da hat eine Zusammenarbeit nicht funktioniert“, „Wir sind mit Information vielleicht nicht richtig umgegangen“? - Vielleicht Ihre zweiten Gedanken.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich bin das schon so oft gefragt worden, dass ich darauf eigentlich keine vernünftige Antwort mehr geben kann. Diese Nachricht, als ich sie überhaupt mitgekriegt habe, war ja bereits so fokussiert, dass irgendwelche harmlosen Menschen unter der Sonne das bereits mit meinem Namen verbunden hatten als dem Verursacher. Und wenn Sie so eine Nach-

richt hören, dann fassen Sie sich natürlich erst mal an den Kopf und versuchen, zu rekonstruieren, was Sie selbst überhaupt getan hatten; denn das lag ja immerhin doch schon zwölf und mehr Jahre zurück. Das hat eine ganze Weile gedauert, bis ich das rekonstruieren konnte. Und das habe ich dann getan anhand meiner einschlägigen Aufzeichnungen.

Sönke Rix (SPD): Unser Job ist es ja hier, zu gucken: Wo ist da was schiefgegangen? Was ist da schiefgegangen an der Stelle? Dass irgendetwas schiefgegangen sein muss oder mehrere Dinge, ich glaube, darüber sind wir uns ja einig. Und wir haben so ein bisschen das Gefühl, hier wird manchmal ein bisschen der Schwarze Peter vom Verfassungsschutz zum Landeskriminalamt geschoben und umgekehrt.

Aber für mich ist erst mal interessant: Wie gehen Sie denn eigentlich - - Oder wie ist in Ihrer Behörde damit umgegangen worden, als Sie die Informationen zu dem Trio bekommen haben, dass sie Waffen haben, dass sie Überfälle planen, dass sie auf der Ebene des Rechtsterrorismus vermutet worden sind? Wie sind Sie mit diesen Informationen in Ihrer Zeit in der Behörde umgegangen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, mir ist nicht erinnerlich, dass das sozusagen der Impetus meiner Handlungen war. Ich glaube, das war er auch nicht. Ich kann das jetzt immer nur rekonstruieren, und zwar bin ich darauf hingewiesen worden durch Frau van Laak vom Deutschlandradio, dass ich offenbar im Februar 1998 ein erstes Interview zu diesem Trio gegeben habe und in diesem Interview mich dezidiert geäußert habe zu der Frage, warum diese Leute gefährlich sind. Und an dieser Beurteilung habe ich auch überhaupt keine Abstriche zu machen.

Sönke Rix (SPD): Wie lautete Ihre Beurteilung im Tenor ungefähr?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Im Februar 1989 [sic!] gab es eine weitere der von mir schon angesprochenen Informationspannen. Dann wurde also rausgeblasen, dass diese Polizeiaktion missglückt war. Und da war natürlich sozusagen alles, was Beine hatte in Thüringen, unterwegs, um festzustellen, was überhaupt vorgefallen war, und, wie es damals so üblich war, um dem Verfassungs-

schutz irgendwelche Vorwürfe zu machen, der ja mit dieser Festnahmeaktion nun wirklich nichts zu tun hatte.

Ich erhielt damals vom damaligen Innenminister Dr. Dewes den Auftrag, gegenüber der Presse - soweit sie überhaupt willig war, zuzuhören - zu erklären, worum es sich überhaupt der Sache nach handelte. Und das habe ich dann getan. Und in dem Zusammenhang muss ich wohl auch dieses Deutschlandradiointerview gegeben haben, das ich kürzlich noch mal anhören konnte, wo ich mich dezidiert geäußert habe zur Frage, dass diese Leute gefährlich sind und das Abtauchen auf die Gefährlichkeit schon hindeutet - der Zusammenhang: Abtauchen, Straftat, Abtauchen, weg sind sie. Das macht die Leute gefährlich.

Sönke Rix (SPD): Welche Konsequenzen wurden denn in Ihrer Behörde daraus gezogen, dass sie nun wirklich, wie Sie sagen, sehr gefährlich waren? Wie wurde damit dann umgegangen? Was waren die direkten Konsequenzen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das habe ich Ihnen ja schon gesagt. Wir haben zwei Maßnahmen durchgeführt, für die wir primär gar nicht zuständig waren, nämlich uns mit eigenem Personal und eigenen Ideen an den Suchmaßnahmen beteiligt; denn in Wirklichkeit ging es ja um die Durchsetzung von mehreren Haftbefehlen. Und wir haben zweitens versucht, zu kontrollieren, ob da absichtsvoll was schiefgelaufen ist. Und darüber habe ich auch schon gerade berichtet.

Sönke Rix (SPD): Na ja - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war nicht die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde, Strafverfolgung zu betreiben. Sie irren sich.

Sönke Rix (SPD): Eben. Und genau deshalb frage ich an dieser Stelle auch noch mal so genau nach, warum Sie denn da nun tätig geworden sind. Und Sie begründen das, wenn ich Sie jetzt richtig verstehe, damit, dass Sie kein Vertrauen hatten, dass bei dem Landeskriminalamt damit richtig umgegangen wird.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gut, ja. Es hat ein Chefgespräch mit dem Minister Dr. Dewes und, wenn ich mich richtig erinnere,

dem damaligen Staatssekretär Lehnert gegeben, wo wir uns dann noch mal sozusagen den Vorgang gegenseitig versucht haben zu erläutern, der unfassbar war.

Sönke Rix (SPD): Schildern Sie den Vorgang noch mal, den Sie meinen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Der Vorgang, dass diese Leute davon waren, auf und davon. Und ich habe sehr gut verstanden, dass der damalige Minister äußerst misstrauisch mit diesem Lapsus umgegangen ist, wenn sie denn - -

Sönke Rix (SPD): Welchen Lapsus genau meinen Sie?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Dass diese Leute weg waren. Die hätten hinter Schloss und Riegel gehört.

Sönke Rix (SPD): Und da ist Ihnen - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Da waren wir uns alle einig: Die mussten da weg. Und da gab es überhaupt kein Vertun. Die gehörten abgeräumt.

Sönke Rix (SPD): Und Sie vermuteten aber, dass durch Informationen durch das LKA diese Personen abgetaucht sind und dass es deshalb Ihnen nicht gelungen ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. Zunächst war es sozusagen ein völlig offenes Herangehen an die Sache, dass man überlegt hat: Sollte hier etwa absichtsvoll was schiefgegangen sein? - Dann hatte das Land ein Sicherheitsproblem, aber ein ganz massives. Oder war sozusagen Dummheit im Dienst der Anlass? So was soll es auch geben, auch bei Sicherheitsbehörden.

Sönke Rix (SPD): Also, umgekehrt haben wir das hier bei einer der letzten Befragungen gehört. Die haben vermutet, dass durch den Verfassungsschutz Informationen rausgegangen sind, um Warnungen auszusprechen. Was sagen Sie dazu?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das bin ich auch schon zehnmal gefragt worden. Also, für meine Person kann ich das ausschließen. Da brauche ich auch nicht lange nachzudenken. Das kann ich rundweg ausschließen.

Was meine Mitarbeiter anlangt, kann ich nur so viel sagen, dass ich hierfür keinerlei Anhaltspunkt gewonnen habe, dass einer von denen in irgendeiner Weise dort tätig geworden ist. Im Übrigen war es so, dass die konkrete Durchführung der Exekutivmaßnahme gar nicht in unserer Hand lag. Wir waren da nicht mal beteiligt, nicht mal am Rande beteiligt.

Sönke Rix (SPD): Ja, eben. Aber die Polizei bekam trotzdem nicht die Informationen, um ihrer Aufgabe nachzukommen, weil Sie glauben, dass da Informationen weitergeleitet worden sind an betreffende Personen. Also da dreht sich ja was im Kreis.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, diese ganzen Anwürfe, oder was auch immer es sein sollen, -

Sönke Rix (SPD): Die haben Sie ja jetzt auch geäußert.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - die sind ja irgendwie kaum nachvollziehbar. Eine Behörde macht sozusagen Kopfstände, um etwas Bestimmtes zu erreichen, nämlich Informationen zuzuliefern, wo diese Leute sind, und soll das vorher anderen sagen? Das ist doch irre.

Sönke Rix (SPD): Gut. Da geht das Schwarze-Peter-Spiel weiter. - Es gab einen Brief wohl der zuständigen Staatsanwaltschaft an Ihre Behörde mit 20 Fragen zu dem Thema - sagt Ihnen dieser Brief was? Haben Sie diesen Brief mal bekommen? -, eben mit der Begründung, dass da die Vermutung entstanden ist: Man bekommt nicht alle relevanten Informationen aus dem Landesverfassungsschutzamt. Und deshalb hat die Staatsanwaltschaft einen Brief geschrieben mit 20 Fragen. Kennen Sie diesen Brief? Haben Sie davon Kenntnis?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, das höre ich jetzt gerade - - Also, was heißt „kennen“? Ich höre das jetzt zum ersten Mal. Also, ich vermute, ich höre es zum ersten Mal. Es ist so: Der Informationsverkehr zwischen dem Amt, also dem Verfassungsschutz, und der Staatsanwaltschaft war, wenn ich das richtig auf die Reihe bekomme, in einer Absprache zwischen dem Generalstaatsanwalt und mir geregelt. Ich weiß aber

nicht mehr genau die Einzelheiten, wie das war. Und ich vermute, dass der Informationskanal zum Amt und zurück der Generalstaatsanwalt war. Ich bin aber dessen nicht sicher. Ich kann zu diesem Brief, von dem Sie sagen - - Den müsste es doch geben. Wo ist der denn?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kollege Schuster hat eine Zwischenfrage, wenn Sie gestatten, Herr Rix.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Dr. Roewer, ist Ihnen in Ihrer Amtszeit offiziell zu Ohren gekommen, dass es diesen Verdacht gegen Ihr Amt gibt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gegen mein Amt?

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja. Dass Sie also V-Leute informieren, bevor da durchsucht wird, also nicht Sie, sondern aus Ihrem Amt heraus, dass da schleppend informiert wird bis gar nicht, dass die Staatsanwaltschaft Sorgen hat. Gibt es irgendeinen Vorfall, wo Sie als Behördenleiter offiziell die Kenntnis erlangt haben: „Man hat einen Verdacht gegen mein Amt“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also jetzt, dass sozusagen eine Behörde sich offiziell an mich gewendet hat, richtig der Behördenchef gesagt hat: „Hier bei dir funktioniert Folgendes“, oder? Ich verstehe - -

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Da gibt es ja mehrere Wege, wie das bekannt - - Es könnte ja auch - - Es kann ja von der Polizei kommen; es kann von der Staatsanwaltschaft kommen; es kann ein Gerücht sein. Es gab ja massiv solche Hinweise - also nicht Hinweise, sondern zumindest solche Verdachtsmomente. Für mich ist die Frage: Sie sind Behördenleiter, und Sie hätten eine Pflicht gehabt, wenn Sie das erfahren hätten. Worauf ich hinauswill, ist: Gab es bei Ihnen überhaupt mal interne Ermittlungen? Haben Sie mal interne Ermittlungen eingeleitet, um diesen Verdacht auszuräumen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, nein. Es gab immer dieses - - Nein, ist mir jetzt nichts erinnerlich. Es gab immer dieses - - Bei Lagebesprechungen sagten Polizisten oft

mal: Ihr sagt uns ja sowieso nicht alles. -
Dieses war so das Gerede. Aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.
Dann - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, ich will es auch ernsthaft beantworten. Wenn es einen dahin gehenden Verdacht gegeben hätte, der die Schwelle des unsinnigen Geredes oder des Gerüchtes überschritten hätte, wäre dieses nach meiner jetzigen Erinnerung in den einschlägigen Runden, die wöchentlich dienstags beim Polizeiabteilungsleiter stattgefunden haben, zur Sprache gekommen, ich will jetzt nicht sagen, in Form eines massiven Vorwurfs, aber zumindest hätte man mich da sozusagen zur Seite genommen, hätte gesagt: Passen Sie mal auf; hier ist Folgendes passiert. - Derartiges ist mir nicht erinnerlich. Und dass es mir nicht erinnerlich ist, deutet in die Richtung, dass es auch nicht stattgefunden hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Drei Minuten noch, Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Es gibt im Schäfer-Bericht eine Befragung von Herrn Dressler vom LKA. Ich zitiere :

Nach der offiziellen Anhörung erklärte Herr Dressler noch das Folgende:

Es gab innerhalb des TLKA die Anweisung, von wem weiß ich nicht, dass vor geplanten Maßnahmen des TLKA gegen rechts das TLfV zu informieren sei. Wir haben uns da auch dran gehalten. Die Folge war nur, als wir bei Tino Brandt durchsuchten, war sogar die Festplatte in dem Computer ausgebaut und er grinste uns frech an.

Dann haben wir einmal ohne vorherige Info des TLfV durchsucht und fanden prompt etwas.

Meines Erachtens hat das TLfV die Betroffenen gewarnt.

Und so etwas ist nie bei Ihnen aufgelaufen, so ein - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, wenn es so einen Verdacht gegeben haben sollte - ich weiß nicht, wer den geäußert hat; der

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-6/3, Blatt 32

Name sagt mir nichts -, hätte es vermutlich nicht nur eine Information an mich gegeben von Herrn Luthardt - oder wer auch immer das Amt, das LKA, geleitet hat -, sondern es hätte wahrscheinlich eine Strafanzeige gegeben, könnte ich mir vorstellen. Davon ist mir jedenfalls nichts bekannt.

Und ich sage Ihnen noch einmal: Die Zusammenarbeit - ich kann nur meine Sicht schildern - in den etlichen Monaten, in denen Herr Luthardt - das ist ja in der fraglichen Zeit - das Amt geleitet hat, war aus meiner Sicht eine äußerst glückliche, weil wir uns sehr nah über die Probleme informiert hatten, die wir wechselseitig miteinander hatten. Und das ist mir nicht zu Ohren gekommen.

Sönke Rix (SPD): Na ja, immerhin hat es ja mal diesen besagten Brief gegeben von der Staatsanwaltschaft, der ja auch aufgrund der Tatsache, dass das Kriminalamt sich da behindert gefühlt hat in der Arbeit - - Aber den haben Sie nie gesehen, nie was davon gehört?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen das nicht sagen. Zeigen Sie ihn mir. In meiner Dienstzeit habe ich Hunderte, Tausende von Briefen gesehen aus allen möglichen Behörden. Ich weiß es jetzt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Damit wäre das Fragezeitkontingent der SPD-Fraktion für diese Runde ausgeschöpft.

Wir haben vorhin besprochen, dass wir jetzt eine kleine Pause einlegen, Herr Roewer.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das wäre sehr angenehm, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Viertelstunde reicht Ihnen aus?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann sehen wir uns hier bitte um 16.45 Uhr wieder. - Dann würde ich bitten, dass Herr Roewer zum Zeugenraum begleitet wird.

(Unterbrechung von
16.28 bis 16.45 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir setzen wie vereinbart um 16.45 Uhr die Befragung des Zeugen Dr. Roewer fort. - Das

Fragerecht wechselt jetzt eigentlich zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Kurth hat mir allerdings zugebilligt, noch eine kurze Zwischenfrage zu stellen.

Herr Dr. Roewer, Sie haben vorhin bei Ihren Ausführungen unter anderem geltend gemacht, Sie hätten bereits sehr kurz nach dem Abtauchen des Trios in einem Zeitungsinterview auf deren Gefährlichkeit hingewiesen. Habe ich das richtig verstanden? - Wenn Sie es kurz für das Protokoll verbal artikulieren könnten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also übers Mikrofon: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wäre es dann nicht, gerade wenn Sie erkannt hätten, von diesen Leuten geht eine Gefahr aus, naheliegender gewesen, Ihre Mitarbeiter in Ihrer Behörde anzuweisen, alle relevanten Erkenntnisse über das Trio auch der Polizei und der Zielfahndung zur Verfügung zu stellen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die Frage impliziert, dass das nicht geschehen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Landeskriminalpolizei, Herr Luthardt und der Zielfahnder, Herr Wunderlich, haben uns hier als Zeugen berichtet, es sei nicht passiert, in der Tat.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also mir ist das nicht bekannt. Ich kann ja nur von den Dingen berichten, die mir bekannt sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War Ihnen im Herbst 1998, ungefähr ein halbes Jahr nach dem Abtauchen der Gruppe, bekannt, dass es in Brandenburg eine Quelle gab, die Folgendes berichtet hat: Die drei warten auf Waffen, die für sie beschafft werden sollten. Die drei planen, sich nach Südafrika abzusetzen. Und die drei planen - wie es in einem Vermerk von Brandenburg, der auch nach Thüringen geschickt worden ist, heißt - weitere Überfälle, um mit dem erbeuteten Geld eine Lebensgrundlage für ihr späteres Dasein in Afrika zu haben. - War Ihnen das bekannt selber als Behördenchef?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich erinnere mich daran jetzt nicht. Es hat sicher

viele Gerüchte gegeben. Ich weiß es nicht. Ich kann dazu nichts sagen.

Ich würde ganz gerne nur einen Halbsatz sagen zu diesem angeblichen Zurückhaltevorwurf. Nach meinen Aufzeichnungen hat Anfang Mai 2000 eine letzte Einsatzbesprechung stattgefunden mit der Polizei, an der ich selbst teilgenommen habe. Das war an irgendeinem Wochenende, an einem Samstag oder Sonntag; weiß ich nicht mehr genau. Und in meinem Beisein ist sozusagen noch einmal abgeglichen worden, wer was weiß. Und mir ist - - Ich kann nicht bestätigen, dass wir irgendetwas - - Jedenfalls ist mir nicht aufgefallen, dass wir irgendetwas zurückbehalten hätten von dem, was ich gewusst habe; denn die Zielrichtung war völlig klar. An dem Wochenende sollten die Leute gegriffen werden, was dann misslungen ist.

Es gibt keinen - - In meinem Kopf gibt es keinen vernünftigen Grund, der Polizei etwas vorzuenthalten, was zur Ergreifung dieser Leute hätte führen können. Es gibt überhaupt keinen Grund. Und mir sind solche Fakten auch nicht bekannt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ihr damaliger Stellvertreter, Herr Nocken, hat hier berichtet, der entscheidende Grund, der Polizei eventuell etwas vorzuenthalten, sei Quellenschutz.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen das nicht sagen. Ich kann es weder mit Ja oder Nein - - Ich weiß es einfach nicht. Ich weiß das jetzt nicht. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie viele Fälle von Rechtsextremisten, die untergetaucht sind im Zusammenhang mit einem doch relativ relevanten Sprengsatz, hatten Sie denn in Ihrer Amtszeit, außer den drei aus Jena?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe die Frage nicht verstanden. Wie viele es noch gab? Oder - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja. War das ein herausragender Fall?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie wissen nicht mehr, ob das Abtauchen der sogenannten drei Bombenbauer aus Jena ein herausragender Fall war?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ach so, ja. Das habe ich doch schon zehnmal betont. Natürlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann wundert mich aber schon, dass Sie sich dann nicht laufend haben in Kenntnis setzen lassen, wie denn die Kooperation zwischen Ihrem Haus und der Polizei vonstatten gegangen ist.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe gerade das Gegenteil geschildert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich noch mal fragen: Können Sie uns hier positiv bestätigen, dass der Polizei, nachdem im Herbst 98 Ihr Haus davon Kenntnis hatte, die Information zugänglich gemacht worden ist, erstens, die drei warten auf Waffen, zweitens, sie planen weitere Überfälle - was ja darauf hindeutet, dass schon welche verübt worden sein müssten -, und drittens, sie wollen nach Südafrika auswandern oder sich absetzen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe das gerade schon beantwortet: Ich weiß es nicht mehr. Ich kann dazu nichts sagen, weil ich - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das finde ich nur erstaunlich. Ich meine, wenn das so ein herausragender Fall war, dass Sie das nicht mehr wissen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Vielleicht überlegen Sie mal, dass das 15 Jahre her ist, dass relativ viele Nachrichten auf meinen Tisch gekommen sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben doch selber gesagt, das sei jetzt nicht ein Fall wie jeder andere gewesen und Sie hätten schon frühzeitig die Gefährlichkeit der drei untergetauchten Personen erkannt.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe Ihnen über die Einschätzung gerade das Notwendige gesagt. Dass ich Einzelheiten jetzt nicht mehr im Kopf habe, wird man mir wahrscheinlich nachsehen.

Vor allen Dingen wird man mir nachsehen, dass ich das deswegen nicht im Kopf habe, weil man mir die Akten nicht zum Studium überlassen hat. Ich hätte das gerne mir angeguckt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kurz - darauf will ich gleich noch kommen -: Herr Roewer, halten Sie es für ein Detail, ob man Fahndern der Polizei, die davon ausgehen, sie suchen da nach drei, wie es uns Herr Wunderlich gesagt hat, etwas abgedrehten jungen Leuten, die Quatsch gemacht haben, Kenntnis darüber ermöglicht, dass die möglicherweise bewaffnet sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe Ihnen gerade schon gesagt: Ich habe an diesen Vorgang, ob Waffen oder nicht, keine Erinnerung. Sie müssen mir nachsehen, dass ich das deswegen schon nicht habe, weil nach dem Auffliegen des Trios im November 2011 eine Flut von Informationen auf mich eingestürzt ist - die Masse davon war falsch -, sodass ich jetzt außerordentliche Schwierigkeiten habe, zu projizieren: Was wusste ich damals? Was wusste ich damals nicht? - Ich hätte, wie gesagt, es gerne anhand der Akten rekonstruiert. Ich konnte es nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum konnten Sie das nicht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Weil man mir das aus Geheimschutzgründen verweigert hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer hat Ihnen das verweigert?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Der mit der Untersuchung beauftragte Herr Schäfer, ein Bundesrichter a. D.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das verstehe ich jetzt nicht ganz. Also, Sie haben als Zeuge ja die Möglichkeit - wir erwarten das ja sogar -, dass Sie davon Gebrauch machen, sich auf Ihre Zeugenvernehmung vorzubereiten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Auf diese Möglichkeit müsste Sie eigentlich das

Innenministerium des Landes Thüringen hingewiesen haben.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Hat es aber nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kann dazu ein Vertreter des Landes Thüringen etwas sagen? - Herr Dr. Schmidt.

RR Dr. Carsten Schmidt (Thüringen): Was ich hier dazu sagen kann, ist, dass uns zumindest kein Antrag auf Akteneinsicht vorliegt. Und es wird ja ansonsten in der Ladung darauf hingewiesen, dass ebendiese Möglichkeit besteht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie sich an das Innenministerium von Thüringen gewandt, Herr Dr. Roewer, um sich vorzubereiten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, an den Minister. Ich habe ihm einen Brief geschrieben, dass ich das gerne möchte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mit der Folge?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Mit der Folge, dass er gesagt hat, Herr Schäfer wird alles abwickeln und ich soll mich an ihn wenden. Und das habe ich getan. Und da hat er gesagt, das könnte ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann war denn das?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Pardon?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wann haben Sie sich denn an Minister Geibert gewandt? Ich nehme an, Sie meinen den Innenminister von Thüringen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nun, nachdem alle Welt aufgefordert wurde, ihren Senf dazugeben. Und da habe ich gedacht, ich müsste vielleicht meinen auch dazutun.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Dr. Roewer, haben Sie nach Ihrer Ladung als Zeuge für den hier tagenden Untersuchungsausschuss sich an das Innenministerium von Thüringen gewandt mit der Bitte,

Ihnen Einblick in einschlägige Akten zu gewähren?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. Warum sollte ich das noch mal tun?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann können Sie doch nicht sagen, es sei Ihnen Einblick verweigert worden.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das ist doch geschehen. Was soll ich denn dazu noch sagen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben doch gar nicht Einsicht verlangt, demnach.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Was glauben Sie denn, wie oft ich das machen soll?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, irgendwie reden Sie aneinander vorbei. Sie fragen jetzt hier zur Zeugeneinvernahme. Das hat er offenbar nicht gemacht. Er schildert, dass er nach Auffliegen des Trios sich darum bemüht hat, seinen Senf dazugeben wollte anhand eines Aktenstudiums.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, ich bedanke mich, dass Sie meine Kommunikation mit dem Zeugen zu interpretieren versuchen. Allerdings war meine Frage an Herrn Dr. Roewer, glaube ich, ziemlich eindeutig, ob er bezogen auf seine Ladung als Zeuge hier Einsichtnahme in Akten beantragt hat. Das hat er nicht getan. Insofern ist ihm auch nicht Einsichtnahme verweigert worden.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, nicht noch einmal. Einmal war doch genug. Einmal verweigert war genug.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch ein Unterschied!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut; ich meine, es gibt das Untersuchungsausschussgesetz. Und da ist natürlich die rechtliche Grundlage auch dafür da, dass das hätte Ihnen gewährt werden müssen und sicherlich auch gewährt worden wäre. - So. Jetzt hat das Fragerecht aber die FDP-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank. - Herr Dr. Roewer, Sie haben im Oktober letzten Jahres, 2012, ein Buch herausgegeben: *Nur für den Dienstgebrauch: Als Verfassungsschutzchef im Osten Deutschlands* - wobei man als Thüringer noch darüber diskutieren könnte, ob Thüringen im Osten oder in der Mitte Deutschlands liegt. Sie sind in diesem Buch auch kurz eingegangen auf das Trio, auf NSU - allerdings im Anhang an das Vorwort, im Postskriptum. Und da haben Sie Zweifel daran geäußert, dass es den NSU als solchen gibt. Ist das so richtig? Oder können Sie noch mal Ihre Einlassung dazu hier dem Ausschuss vortragen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Machen Sie das Mikrofon bitte an zur Beantwortung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich habe Ihre zwei letzten Sätze nicht verstanden. Das Mikrofon war aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie es bitte anschalten? Einfach noch mal auf den Knopf drücken, bis es rot leuchtet.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die letzten zwei Sätze sind mir irgendwie - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben ein Vorwort geschrieben zu Ihrem Buch und dann noch ein Postskriptum druntergesetzt, zum Wortkürzel NSU sich dort eingelassen. Könnten Sie das dem Ausschuss noch mal vortragen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das, was ich zu NSU gesagt habe? Das Kürzel NSU war mir unbekannt, habe ich gesagt, glaube ich. Und dieses Unbekanntsein war bis 2011 im November, als es zum ersten Mal irgendwo in der Presse stand. Zuvor kannte ich die Abkürzung nur im anderen Sinne, die aber hier keine Rolle spielt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Genau.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe zu dem Kürzel gesagt, dass ich das nicht

kannte, und aus dem Umstand, dass das den Verfassungsschutzbehörden offenbar völlig unbekannt war, die Folgerung gezogen, dass das offenbar kein im Gebrauch befindlicher Name war - jedenfalls zu der Dienstzeit, als ich noch tätig war; das ist also bis Juni 2000. So habe ich es, glaube ich, geschildert.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Lassen wir das. - Herr Zeuge, kannten Sie eigentlich alle V-Männer, die das Landesamt geführt hat? Waren Ihnen alle bekannt - sagen wir mal so rum - oder vorgelegt worden im Vermerk? Hatten Sie Kenntnis von Zahl und Richtung, oder wie auch immer, der V-Männer in Ihrer Amtszeit?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die Frage ist insofern schwierig zu beantworten, weil ich sicherlich keine Kenntnis - - oder jedenfalls in aller Regel nicht informiert worden bin, wer sozusagen alles in der Forschungs- oder Werbungsphase des Amtes in Betracht gezogen worden ist. Das glaube ich nicht, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Von V-Männern, also wirklich von V-Männern?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also ein V-Mann, der gegen Bezahlung relativ lange für das Amt gedient hat, so was, ja. Oder ein Gelegenheitsinformant? Oder - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Alle V-Mann-Führer kannten Sie auch? Also, ist ja klar, als Präsident.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die V-Mann-Führer kannte ich. Das waren Beamte der Behörde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Natürlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hat vorhin Herr Nocken noch mal geschildert, als man nach Ihrer Suspendierung den Panzerschrank von Ihnen geöffnet hat. Hatten Sie Kenntnis oder haben Sie heute noch Kenntnis, was sich in dem Panzerschrank befand, in Ihrem?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann im Moment den Zusammenhang - - Ich hatte Kenntnis wovon?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Von Ihrem Panzerschrank in Ihrem Büro.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der wurde geöffnet. Und da befanden sich Dinge drin.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Jetzt sind wir uns einig. Gut. - Und was befand sich darin? Wissen Sie das noch?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Jetzt den Rest - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was befand sich im Panzerschrank?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was war in Ihrem Panzerschrank in Ihrem Büro?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, Akten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Geld?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Geld auch, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): War das in ungewöhnlicher Höhe dort drin? Hatten Sie das immer so? Nur dass man eine Einschätzung bekommt.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es ist die Frage, ob Sie das für ungewöhnlich halten. Ich hielt das nicht für ungewöhnlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und zwar, für gewöhnlich war diese Summe im Panzerschrank vorgehalten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Da war immer relativ - - Also, es war ein größerer Geldbetrag in diesem Panzerschrank drin. Und der war da drin in diesem Panzerschrank, nachdem wir im Jahre 1995 oder Ähnliches eine unerhörte Pleite erlebt hatten an einem Wochenende, wo wir plötzlich kein Geld hatten und dringend welches brauch-

ten, nämlich um einen Überläufer irgendwo unterzubringen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und nun ist auch öffentlich geworden, dass sich dort Quittungen befanden, -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - die ausgestellt waren mit höheren Geldbeträgen an einen gewissen Herrn „Günther“. Sagt Ihnen das was?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das habe ich auch schon gehört, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Kennen Sie diese Quittungen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Wer war denn „Günther“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Was geht Sie das an?

(Unruhe)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer war „Günther“?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Zeuge, -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ich frage das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: - können Sie mal begründen, wie es zu dieser Rückfrage kommt? Herr Dr. Roewer.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich frage mich gerade, zu welchem Gegenstand Sie im Moment den Untersuchungsausschuss betreiben.

(Sönke Rix (SPD): Das entscheiden wir ja, ob das relevant ist oder nicht!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, vielleicht fragen Sie, ob das eine Quelle aus dem Bereich Rechtsextremismus war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Handelte es sich um einen V-Mann „Günther“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Um eine Quelle, ja. Kann sein, ja. Was geht es Sie an? Ich sage noch mal: Was hat das mit dem Thema des Untersuchungsausschusses zu tun?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, es war dann keine aus dem rechtsextremen Bereich, entnehme ich dann daraus.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aha. - Jetzt habe ich gelesen - - Der „Günther“ fiel mir noch mal auf im Zusammenhang mit dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, und zwar bezeichnete der Herr Tino Brandt seinen V-Mann-Führer als „Günther“, also nicht er bezeichnete ihn so, sondern der V-Mann-Führer stellte sich vor als „Günther“. „Günther“ war wahrscheinlich der Arbeitsname. Das ist ja schon ein erstaunlicher Zufall bei so vielen Namen, die es gibt, dass ausgerechnet der eine „Günther“ bei Ihnen im Panzerschrank ist und der andere „Günther“ bei Herrn Brandt - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Darf ich fragen? Die Quelle ist Herr Brandt, ja? Ihre „Günther“-Quelle ist Herr Brandt?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Meine Hauptquelle ist ein *Stern*-Artikel aus dem Jahre 2001.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: 2001?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, müssen Sie Herrn Brandt fragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder sagen wir so rum: Ihnen ist nicht bekannt, dass ein V-Mann-Führer sich „Günther“ nannte und der „Günther“ aus Ihrem Panzerschrank mit dem „Günther“ als V-Mann-Führer nicht [sic!] identisch ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, selbst wenn ich mich jetzt anstreuge: Ich wüsste nicht, welcher meiner Mitarbeiter so hieß.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können Sie denn die Arbeitsnamen Ihrer Mitarbeiter?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: In aller Regel ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und da schließen Sie aus, dass ein „Günther“ dabei war?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann das nicht ausschließen, aber es kommt mir im Moment unbekannt war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gehen wir zurück ins Jahr 1994. Sie haben gesagt, Sie wurden geworben. Der damalige Minister Schuster sagte, Sie haben sich beworben. Ist jetzt auch egal für diesen Ausschuss; das können ja andere klären, was nun die Wahrheit war. Aber was war denn Ihr Auftrag? Was hat denn der Minister Schuster für einen Auftrag an Sie erteilt, außer natürlich, zu sagen: „Sie sind Präsident einer Behörde und haben diese zu leiten und zu verwalten“? Hat er Ihnen auch einen Auftrag erteilt, was Sie in der Behörde zu tun haben, oder eine Erwartungshaltung mitgeteilt zum Beispiel?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, was da für Worte gewechselt worden sind, ist mir im Moment nicht mehr so richtig erinnerlich. Die Zielrichtung war relativ klar - und ich glaube, die habe ich auch gerade schon geschildert -, dass ein nach Auffassung der Thüringer Landesregierung gründlich misslungener Behördenaufbau repariert werden sollte. Und das wurde mir gegenüber zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls habe ich es in Erinnerung - eine Erinnerung, die mit meiner Erinnerung an die Wirklichkeit übereinstimmt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bitte noch mal. Wiederholen Sie das. Ich haben Sie nicht verstanden. Können Sie das bitte noch mal wiederholen, das Letzte, was Sie gesagt haben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die Erinnerung an das Gespräch stimmt überein mit meiner Erinnerung an den Zustand der Behörde.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich kann nicht sagen, es war exakt wörtlich so gewesen, oder ob sich das heute verschiebt. Jedenfalls war die Zielrichtung, mich in das Land zu holen, die, einen durchsetzungsfähigen Fachmann zu finden, der diese Behörde repariert. Und das sollte ich sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war also der Auftrag?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich nehme es an.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das kann man so verwenden, ja?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hat der vorhergehende Leiter der Behörde, Herr Harm Winkler, mitgeteilt, dass er sehr darunter litt, dass die Behörde beständig vom Innenministerium mit Aufträgen versehen worden ist. Oder man hat da versucht, reinzugreifen, an ihm vorbei Aufträge zu erteilen, also an dem damaligen Behördenleiter, Herrn Winkler. Auch Personalpolitik wurde ohne Absprache oder zum Teil ohne Absprache mit der Leitung getroffen. Haben Sie denn ähnliche Erfahrungen gehabt? Haben Sie Ähnliches bemerkt in Ihrer Amtsleitung, dann?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, zunächst war es erst mal so, dass ich ja, wenn das Wort gestattet ist, dieses Personal geerbt habe, das dort war, das ich da vorgefunden habe. Das war natürlich auch hinterher noch da, bis auf wenige Ausnahmen. Und nach meinem Erscheinen in der Behörde hat es noch einige wenige Personalmaßnahmen gegeben, die offenbar schon in Sack und Tüten waren, an denen ich überhaupt nicht beteiligt war, die dann auch zu Personalmaßnahmen, also zu Personalzuwachs, führten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na, die Frage war jetzt zum Einwirken des Ministeriums. Aber das andere kennen wir auch schon. Von daher erst mal Dankeschön.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß nicht - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank. - Herr Dr. Roewer, ich möchte Ihnen mal kurz einen Sachverhalt schildern, der sich am 19. April 2000 zugetragen hat: Sieben Neonazis verfolgen einen afrikanischen Flüchtling in Jena-Lobeda. Sie schlugen ihn vor seiner Haustür mit einem Schlagring und einem Baseballschläger zusammen. Das Opfer trägt schwere Verletzungen davon. Ein Großteil der Täter kann unbehelligt in der Straßenbahn davonfahren. - Das ist ein Vorgang, der sich in Jena zugetragen hat, der sich aber durchaus auch woanders hätte zutragen können.

Herr Roewer, der Film, den Sie produziert bzw. in Auftrag gegeben haben, diente ja auch dazu, Informationen aus der rechtsextremen Szene zu beschaffen. Ist es Ihnen denn gelungen, solche Straftaten aufzuklären durch derartige Maßnahmen, wie Sie sie ergriffen haben, unter anderem eben auch durch den Einsatz von V-Leuten? Mit anderen Worten: Wie erfolgreich waren Sie denn aus Ihrer Sicht bei der Beschaffung von Informationen, um diese Straftaten aufzuklären?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, manchmal hat es geklappt und manchmal nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie das quantifizieren?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Vielleicht gestatten Sie mir eine Bemerkung. Die Verfassungsschutzbehörde ist keine Strafverfolgungsbehörde. Dieser schiefe Eindruck entsteht vielleicht dadurch, dass die Behörde unter meiner Leitung an den Suchmaßnahmen nach diesem Trio beteiligt war. Es war nicht die Aufgabe oder in erster Linie nicht die Aufgabe des Verfassungsschutzes, bei einzelnen Straftaten Strafaufklärung zu betreiben. Das war Aufgabe der Polizei - ist es auch heute noch, soweit ich weiß.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das ist bekannt; davon können Sie ausgehen. Die Frage ist ja, ob es Ihnen gelungen ist, Infor-

mationen zu beschaffen, um diese Straftaten aufzuklären.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann zu dem Vorgang in Lobeda nichts sagen, weil ich es jetzt nicht weiß. In Einzelfällen ist es auch gelungen, sozusagen relativ schnell Informationen zu beschaffen, die zur Straftatenaufklärung führten. Aber die Einzelfälle kann ich jetzt im Moment nicht repetieren, weil ich darauf auch nicht vorbereitet bin.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie Rückinformationen erhalten - mal abstrakt gefragt - von den Ermittlungsbehörden, also speziell von der Polizei oder auch von der Staatsanwaltschaft, dass durch Ihr Zutun schwere Straftaten aufgeklärt werden konnten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann es nur so beantworten, dass wir - jedenfalls ich - die wöchentlichen Zusammenkünfte der Behördenleiter dazu benutzt haben, um sozusagen hin und her Informationsdefizite und auch Informationen auszutauschen, was ja -- also auf der Behördenleiterebene in erster Linie Defizite zu besprechen, die dann sozusagen in die eigene Behörde umgesetzt worden sind, damit die handelt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie sich an einen Vorgang erinnern, dass Ihnen die Kollegen vom Landeskriminalamt oder von der Staatsanwaltschaft Gera auf die Schulter geklopft haben und gesagt haben: „Kollege Dr. Roewer, Sie haben uns geholfen. Wir konnten eine Straftat aufklären; und es hat zu einer Verurteilung geführt“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nach meiner -- Ich kann jetzt keine konkreten Fälle nennen. Aber es hat einen größeren Ermittlungsvorgang gegeben, den wir angestoßen haben, im Kurdenbereich, wenn ich das richtig erinnere.

Jens Petermann (DIE LINKE): Welche amtsinternen Vorgaben für die Suche nach dem Trio gab es denn?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, es zu tun.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wie hat das denn konkret ausgesehen? „Es zu tun“, das ist jetzt mir zu allgemein.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sie stellen sich das irgendwie vor möglicherweise als - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe gar keine Vorstellung momentan. Deswegen frage ich Sie ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich sagte Ihnen ja gerade schon, dass ich die Weisung erteilt habe, es zu tun, und die auch periodisch überprüft habe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Was haben Sie denn mit den Informationen gemacht, die Ihnen dann dazu gegeben wurden? Haben Sie die weitergeleitet? Oder sind die erst mal bei Ihnen im Schreibtisch verschwunden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe ja schon versucht, zu erklären, dass für die praktische Informationsabgabe an die Polizei eigens eine Truppe in meinem Amt installiert war. Die hieß ZEX. Und das waren Kriminalpolizisten - fünf an der Zahl, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Und die wurden unter der Woche mehrfach bedient mit den Erkenntnissen, die aus dem Amt stammten. Diese - -

Ob das zu Defiziten in der Polizei führte, konnte ich nur dadurch sozusagen überprüfen, wenn ich entsprechende Hinweise aus der Polizei bekommen hatte. Meine Ansprechpartner in diesem speziellen Fall waren zwei: der von mir schon erwähnte Kriminaldirektor Luthardt, der das Kriminalamt führte, und der Leiter der Polizeidirektion Jena; das war meines Erachtens der Leitende Polizeidirektor Schnaubert.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wie war denn die Zusammenarbeit mit Herrn Nocken in diesem Zeitraum?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nocken war mein - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Gab es da Kompetenzprobleme? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gut. Die Zusammenarbeit mit Herrn Nocken war relativ unproblematisch. Er war hinreichend ausgewiesen als Fachmann. Er war mein Vertreter, hat die Extremismusabteilung geführt, auch mit erheblicher Selbstständigkeit geführt. Wenn ich die Daten jetzt möglicherweise nicht mehr richtig im Kopf habe, bitte ich das zu entschuldigen. Bei Herrn Nocken traten ab 97 oder 98 eine ganze Reihe von krankheitsbedingten Ausfällen auf - sonst kann ich im Moment nichts dazu sagen -, die, glaube ich, später auch zu seiner Frühpensionierung geführt haben. Ich bin aber nicht sicher. Das war nach meinem Ausscheiden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie Ihrer Erinnerung nach eher miteinander oder eher nebeneinander gearbeitet?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war ein Verhältnis von Vorgesetztem und Untergebenem. Er war mein Untergebener und hat mit mir zusammengearbeitet. So ist das, glaube ich, zu umschreiben. Also wir waren nicht gleichgeordnete Mitarbeiter, sondern er war mein Untergebener, und ich war der Vorgesetzte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Roewer, ich möchte Ihnen zunächst noch mal sagen, wie unser Untersuchungsauftrag lautet. Unter II.:

4. welche Rolle im Zusammenhang mit der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“, ihrer Unterstützer sowie ihres Umfelds der Einsatz von sogenannten Vertrauenspersonen ... spielte, ...

- und dann, letzter Spiegelstrich -:

- ob über V-Personen die Taten der Mitglieder der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ finanziell unterstützt oder in sonstiger Weise begünstigt wurden;

...

Vor diesem Hintergrund interessiert uns: Wer war „Günther“? Gab es einen „Günther“? Gab es zwei „Günther“? Gab es drei „Günther“? Oder gab es gar keinen „Günther“?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder sind Sie Herr „Günther“?)

- Das ist eine Zusatzfrage des Kollegen Ströbele. Aber meine sind nur aus gegebenem Anlass. - Herr Nocken konnte alles ausschließen. Er konnte ausschließen: Wir haben die drei nicht angeworben. Wir haben niemand anderen angeworben. Das waren nicht unsere Quellen. - Auf die Frage: „Könnte ‚Günther‘ eine solche Quelle gewesen sein?“, Ja, das weiß ich nicht. - Also sind Sie der Einzige, der offenbar weiß: Wer ist der „Günther“, oder wer sind die „Günther“? Und das müssen Sie uns hier unter Wahrheitspflicht jedenfalls sagen - vom Charakter her; nicht, dass Sie Namen nennen müssen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es gab im Umfeld der Gruppe und des gesamten Rechtsextremismus nach meiner Kenntnis keinen „Günther“.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die unterschriebenen Quittungen in Ihrem Safe: ein „Günther“, zwei „Günther“, drei „Günther“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Haben mit dem hiesigen Untersuchungsausschussthema nichts zu tun.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich schließe das aus.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte jetzt wissen, ob es einen, zwei oder drei „Günther“ gab.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, in meiner Dienstzeit gab es verschiedene „Günther“.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber denen haben Sie doch nicht allen Geld gezahlt und die Quittungen dann in den Safe gelegt. Oder war es so: Wer Günther hieß, bekam Geld von Ihnen?

(Heiterkeit - Clemens Binninger
(CDU/CSU): Und die Wolfgang
haben nichts gekriegt!)

- Ja, wie immer. - Sie wissen, was Sie im Thüringer Untersuchungsausschuss gesagt haben. Sonst kann ich es Ihnen gerne vorhalten, Herr Roewer.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen noch mal sagen, die Frage, die Sie stellen, beantworte ich eindeutig dahin gehend: Einen „Günther“, der mit dem Untersuchungsausschuss zu tun hat, hier mit dem Thema, insbesondere also mit diesem Trio und seinem Umfeld und dem gesamten Bereich Rechtsextremismus, hat es in meiner Dienstzeit nach meinem Kenntnisstand nicht gegeben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie kannten doch offensichtlich die Person.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Deswegen kann ich die Frage ja auch so präzise beantworten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Sie könnten sie ja viel eingeschränkter beantworten: Der „Günther“, dem ich Geld gegeben habe, von dem ich eine Quittung bekommen habe, oder die „Günther“, von denen ich Geld bekommen habe [sic!], eine Quittung bekommen habe, haben hier mit NSU und Umfeld nichts zu tun.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Das habe ich gerade schon mal hier beantwortet.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann haben wir das doch mal im Kasten.

Dann haben Sie geschildert, es gab Probleme, weil Ihr Personal, das Sie vorgefunden haben, nicht immer Ihren Vorstellungen entsprach. Nun haben wir in den Akten auch Schilderungen, dass Sie das eigentliche Problem in diesem Landesamt gewesen wären. Wenn ich Ihnen da mal vorhalten darf aus den Akten: Da wird zunächst geschildert, welche wissenschaftlichen Mitarbeiter Sie für den höheren Dienst angeworben haben mit Vorbildung von Chemie bis Archäologie. Das ist ein breites Spektrum. Und dann heißt es - Zitat aus MAT A TH-7/1, Blatt 9 -:

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter hatten nach den gewonnenen Erkenntnissen jederzeit unter Umgehung ihres Abteilungsleiters und damit des Dienstweges direkten Zugang zu dem Behördenleiter und machten hiervon auch regen Gebrauch. Bei den übrigen Mitarbeitern des Amtes entstand hierdurch der Eindruck der Günstlingswirtschaft sowie ihrer ständigen Bespitzelung und Überwachung. Dies hatte nach den Schilderungen zur Folge, dass sich viele nicht mehr trauten, Probleme offen anzusprechen und es entstand über die Jahre ein Klima des Misstrauens und z. T. der Angst. Als ungewöhnlich ist es auch anzusehen, dass sich der Behördenleiter nach den Schilderungen überwiegend mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern beschäftigte, und mit Ausgewählten häufig zwei bis drei Stunden zum Mittagessen fuhr oder mit diesen abends in seinem Dienstzimmer saß und aus einem dort befindlichen Rotweinfässchen Rotwein trank. Ungewöhnlich dürfte auch sein, dass der Behördenleiter öfters auf dem Flur oder in seinem Dienstzimmer mit auf dem Schreibtisch liegenden nackten Füßen angetroffen wurde...

Usw. usf.

Wir als alte 68er haben nichts gegen einen antiautoritären Amtschef, aber gewisse Probleme, sollte diese Schilderung richtig sein, wenn das zu einer Desorganisation im gesamten Amt führt. Das war hier der sogenannte Gasser-Bericht. Und das ist ja nun eine ganz andere Ursachenschilderung, warum es ein schlecht arbeitendes Amt war.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Wie kommen Sie auf den Gedanken, dass das, was da steht, stimmen könnte?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich mache das als Vorhalt. Ich frage Sie: Stimmt das mit den nackten Füßen? Stimmt das, dass Sie zwei Stunden mit Ihren Höheren-Dienst-Mitarbeitern essen gingen, dass man direkt zu Ihnen kommen konnte, sozusagen als Referatsleiter am Abteilungsleiter vorbei? Das sind ja hier die Vorwürfe. Und das sind Fakten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, Herr Gasser wurde beauftragt, glaube ich, nach meinem Ausscheiden Gründe hierfür zu finden, und ist dann für 25 000 Deutsche Mark tätig geworden und hat das da aufgeschrieben. Diese Schilderungen sind nicht nur ehrverletzend, sondern auch weitgehend unwahr, also weitestgehend sogar unwahr.

(Zuruf)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt angefangen. Ihr habt mit dem Aufbau und der Geschichte des Amtes angefangen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kollege Wieland, wir wollen schon gucken, dass wir uns im engeren Sinne auf den Untersuchungsauftrag und dessen Abarbeitung konzentrieren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Vielleicht nur eine kurze Bemerkung in Bezug auf diese Mitarbeiter, die angeblich unfähig sind, von mir eingestellt sind, was übrigens nicht stimmt: Der sogenannte höhere Dienst ist heute noch da. Also so unfähig können die Leute gar nicht sein, dass sie heute da noch in Amt und Würden sind.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, manche wird man schwer los. Aber ich soll das hier nicht ausschmücken. Das Brüderle-mäßige habe ich auch weggelassen. Deswegen jetzt meine Frage: Sie sagten uns ja eben selber, Sie sollten da - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich finde es trotzdem - - Ich finde es empörend.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es weggelassen, ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich finde es empörend.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es weggelassen. Deswegen gehen wir weiter. - Sie sagten selber, Sie sollten da einen gewissen Zug reinbringen in das Amt.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Das habe ich auch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hat sich das denn ausgewirkt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das kann ich Ihnen gerne sagen. Es gab - das können Sie mir auch gerne zum Vorwurf machen - eine gewisse Anzahl, nicht so viele, von Mitarbeitern, die das Tempo nicht ausgehalten haben, das ich in dieser Behörde vorgelegt habe. Das kann wohl sein.

Es kann insbesondere sein, dass die Mitarbeiter, die keinerlei Qualifikation für ihre Tätigkeit hatten, größte Schwierigkeiten hatten im Umgang mit mir, weil ich verlangt habe, dass sie die mangelnden Qualifikationen im Ausbildungswege nachholen. Das war für den einen oder anderen eine schwere Zumutung. Das weiß ich. Dass ich mir dadurch nicht nur Freunde geschaffen habe, weiß ich auch.

Ich weiß auch, dass ich mir keine Freunde geschaffen habe durch die Maßnahme, dass ich von den westlichen Mitarbeitern verlangt habe, dass sie endlich nach Thüringen ziehen, also ihren Wohnsitz wechseln, weil ich der Meinung war: Man kann in einer Sicherheitsbehörde nicht arbeiten, wenn man gleichzeitig oder in erster Linie in der Eifel wohnt oder in Mainz wohnt oder sonst irgendwo wohnt. Die Dinge passen nicht zusammen.

Ich habe mir durch diese Maßnahmen weiß Gott keine Freunde geschaffen. Das weiß ich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Ihre Schilderung ist: Dieser Bericht fußt auf Mitteilungen von Mitarbeitern, die Sie sich durch an sich korrekte Vorgaben zu Nichtfreunden gemacht haben.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Das kann ich mir auch gut vorstellen. Ich weiß auch, wer es war. Aber es sind - - Nach meiner Schätzung sind es etwa drei oder vier Mitarbeiter, die dort diese Sachen geredet haben. Für mich ist auffällig gewesen, dass eine Vielzahl von Mitarbeitern, die sich geweigert haben, in negativer Form über mich Auskunft zu erteilen, wozu sie aufgefordert worden waren, dann zwangsweise aus der Behörde entfernt wurden. Etwa zwölf Mitarbeiter des höheren Dienstes hat es er-

wischt, die dann alle rausgeschmissen worden sind. - So viel zum Thema „Man muss in der Behörde bleiben“. Sie haben offensichtlich gar keine Vorstellung, was in der Behörde passiert ist, nachdem man mich da rausgesetzt hat.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hören immer mehr. Und wir hören auch immer mehr, was zu der Zeit, als Sie da noch tätig waren, geschehen ist. Und das Bild ist eben, dass es alles andere als eine gut arbeitende Behörde gewesen ist.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe Ihnen doch gar nicht bestritten, dass es außerordentliche Schwierigkeiten in der Behörde gab.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ganz andere Frage - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Minute noch, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das schaffen wir. - Diese Beteiligung an der Suche nach dem Trio: Da haben Sie beim Generalbundesanwalt in einer Vernehmung am 1. März des vergangenen Jahres gesagt:

Meine Behörde wurde angewiesen, eine eigenständige Suchoperation einzuleiten, und zudem angewiesen, mögliche Verdachtsmomente zu untersuchen. (?)

Also, was Sie uns auch geschildert haben, beide Varianten - aber hier als Anweisung. Von wem kam die Anweisung?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe es vorhin gerade schon - - Ich glaube, es gesagt zu haben. Es gab ein Leitungsgespräch mit Minister Dr. Dewes und dem damaligen Staatssekretär - ich meine, es war Herr Lehnert - und mir, in dem dieser Fall diskutiert wurde und dann die entsprechenden Anweisungen erteilt worden sind, von denen ich Ihnen sage, dass ich sie für richtig gehalten habe.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gleichzeitig haben Sie ja auch gesagt: Eigentlich ist eine eigenständige Suchoperation nach Untergetauchten

Strafverfolgung. Oder habe ich Sie da falsch verstanden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ist eine Sache der Polizei.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, deswegen meine Nachfrage. Der Minister weist an. Sie sagen: Ich mache das.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war nicht gesetzeswidrig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Haben Sie denn das mal als Bedenken geäußert: „Wäre es nicht besser, klare Zuständigkeit bei der Polizei, und wir arbeiten nur zu?“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, wir haben nichts anderes getan.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Da hat uns hier ein Beamter der Polizei, der Herr Wunderlich, gesagt, es habe eine Art Vereinbarung gegeben, dass die Polizei ihre Maßnahmen macht - Fahndung usw. - , dass aber im rechtsextremen Bereich Sie die Suche unternehmen, um, so wörtlich, keine Unruhe in diesem Bereich zu schaffen. So die Schilderung eines Polizeibeamten, der für Fahndung zuständig war in Thüringen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kenne den Namen Wunderlich nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber deswegen halte ich es Ihnen mal vor. Man muss ja nicht jeden Zeugen kennen, von dem man hier einen Vorhalt bekommt. Der sagt das so als verantwortlicher Fahnder: Uns wurde gesagt, rechts guckt der Verfassungsschutz nach; ihr als Polizei macht im Grunde das, was ihr immer tut.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das ist mir unbekannt. Es hätte mir bekannt werden müssen durch meine Absprachen auf der Behördenleiterenebene.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, mir war klar, dass das länger als

eine Minute dauern würde. Aber länger als dreieinhalb sollte es jetzt auch nicht dauern.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann machen wir hier Schluss.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können wir fortfahren, Herr Dr. Roewer?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Dann wären wir bei der nächsten Berliner Runde. Die Unionsfraktion hat mitgeteilt, sie habe keine weiteren Fragen. Die SPD-Fraktion dann bitte. Herr Rix.

Sönke Rix (SPD): Sie haben mitgeteilt, dass Sie quasi eine Behörde geliefert bekommen haben, in der es so gut wie keine Informationsquellen gab, keine vernünftig strukturierte Arbeit, und dass Sie sich nun quasi damit auch rannehmen mussten, dass Sie sagten: Jetzt muss ich da auch alles durchorganisieren und das vernünftig auch aufbauen. - Habe ich Sie so richtig verstanden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Sönke Rix (SPD): Da ist für mich die Frage: Wie war denn da der Weg, wenn ich einerseits eine Information beschafft habe und ich sie dann der Auswertung gegeben habe? War das ein geregelter Weg? Oder gab es da Unterschiede? Ganz allgemein erst mal.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bei meinem Eintreffen in Thüringen gab es zwei Abteilungen für Extremismus, nämlich eine Auswertungs- und eine Beschaffungsabteilung. Die wurden - legen Sie mich jetzt nicht auf den Monat fest oder aufs Jahr - meines Erachtens Ende 95 oder Anfang 96 zusammengelegt und Herrn Nocken unterstellt. Und die beiden Nachrichtendienstzweige der Beschaffung und der Auswertung wurden sozusagen jeweils in den Fachbereich Rechtsextremismus, Linksextremismus und Ausländerextremismus unterteilt, ebenso wie es eben, in etwas größerer Form, auch im Bundesamt für Verfassungsschutz der Fall war.

Sönke Rix (SPD): Jetzt am Beispiel unseres untergetauchten Trios: Da äußert Herr

Schrader die Meinung, dass die beschafften Informationen eben nicht vollständig an die Auswertung gegangen sind, also dass der zuständige Herr Elsner nicht mit einbezogen worden ist. Können Sie sich das erklären?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Wer vertritt das?

Sönke Rix (SPD): Herr Schrader. Der war Referatsleiter.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das wundert mich insofern. Da wäre er ja zuständig gewesen, das zu tun. Er war doch der Vorgesetzte von beiden Zweigen.

Sönke Rix (SPD): Eben. Und deshalb frage ich nach, ob es dafür Gründe gegeben hat, warum das so nicht getan wurde.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die Gründe sehe ich im Moment nicht.

Sönke Rix (SPD): Sie sagen ja selber, Ihr Job ist es, mit Informationen umzugehen. Und da ist für mich noch mal die Frage, weil Sie sagten, Sie waren da auch viel in Aufbauarbeit begriffen und in Organisation und Neuorganisation, und nun gab es diesen wichtigen Fall mit dem untergetauchten Trio. Da ist es ja augenscheinlich so, dass das Verfassungsschutzamt und das Landeskriminalamt unterschiedlich damit umgegangen sind, welche Gefährlichkeit davon ausgeht.

Sie sagen selbst, Sie haben in einem Interview schon vorzeitig, sogar öffentlich gesagt, dass dieses untergetauchte Trio als sehr gefährlich eingestuft werden muss. Aber die Polizei - zumindest wurde uns das so gesagt -, der Zielfahnder hat gesagt: Das sind quasi ein paar jugendliche Spinner. - Davon sind die mit ihren Informationen ausgegangen. Sie müssen doch in dem Zusammenhang der Zusammenarbeit davor gewarnt haben, dass es eben keine harmlosen Spinner sind, sondern gefährliche Rechtsextremisten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, gut, daran habe ich ja nie einen Zweifel gelassen. Ich habe meines Erachtens im Frühjahr 2000 noch einmal eine Versammlung aller Verantwortlichen in meiner Behörde gehabt, die sich mit diesem Thema zu befassen hatten, und noch mal mit Nachdruck auf die Gefähr-

lichkeit und auch den unmöglichen Zustand hingewiesen, dass diese Leute immer noch auf freiem Fuß sind. Also, die an der Lieferung der Einschätzung - - Die Verfassungsschutzbehörde kann der Polizei nur eine Einschätzung liefern, was die Gefährlichkeit angeht. Wenn die Polizei dem nicht zu folgen wünscht, ist man relativ machtlos.

Sönke Rix (SPD): In welcher Form hat denn das Verfassungsschutzamt diese Information zugeliefert, dass dieses Trio sehr gefährlich ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Dass dieses Trio gefährlich ist?

Sönke Rix (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich selbst habe das getan, mehrfach, zum Beispiel.

Sönke Rix (SPD): Wem gegenüber?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gegenüber allen, die in der Polizei und in der Staatsanwaltschaft Verantwortung tragen.

Sönke Rix (SPD): Gegenüber dem Landeskriminalamtsleiter beispielsweise auch?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Zum Beispiel. Gegenüber den - - Wer bei uns in der Behörde - - Ich weiß nicht mehr, wer auf diesen Besprechungen alles anwesend war. Ich kann Ihnen nur noch mal sagen: Die letzte Einsatzbesprechung war einen Monat später oder zwei Monate später; da ist das noch mal besprochen worden, und die Nachbereitung dieser Einsatzbesprechung muss dann, als das wieder in die Hose gegangen ist, in der darauffolgenden Woche stattgefunden haben, auch wahrscheinlich mit meiner Anwesenheit. Da ist dann wieder darüber gesprochen worden. Da war Herr Luthardt dann mindestens anwesend, oder wer auch immer jetzt das LKA dann geführt hat. Ich weiß es nicht mehr.

Sönke Rix (SPD): Was meinen Sie mit „wieder in die Hose gegangen ist“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich hatte Ihnen doch gerade gesagt, die letzte konkrete Zugriffsmaßnahme oder der letzte konkrete Zugriffsversuch, an den ich mich erinnere,

muss im Mai 2000 stattgefunden haben, Anfang Mai 2000. Das Datum weiß ich nicht mehr. Dass er nicht zum Erfolg geführt hat, dürfte auch für Sie auf der Hand liegen.

Sönke Rix (SPD): Ja. Ich frage trotzdem noch mal konkret nach, weil Sie sagten „wieder“: „Welche Fälle?“, damit wir da von den gleichen Fällen ausgegangen sind. Und danach haben Sie erneut auf die Gefährlichkeit des Trios aufmerksam gemacht und haben erneut auch - - Also, zur Gefährlichkeit gehört ja Information: Warum sind sie gefährlich? Haben Sie mitgeteilt, dass die Waffen besitzen, dass die planen, Bomben zu bauen, und dass sie eventuell sogar nach Afrika fliehen wollen, weil das ja auch eine Information war, die Sie haben, und auch, dass sie Überfälle planen? Das haben Sie so auch der Polizei mitgeteilt, um die Gefährlichkeit zu untermauern?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Auf den Einsatzbesprechungen - jedenfalls an der einen, an die ich mich erinnere - sind die bekannten Informationen noch mal sozusagen Revue passiert; und vor allen Dingen - das war ja auch für die Polizei wichtig - ist detailliert gesprochen worden über die Frage des Standortes, also wo wir vermuten dass sie sind. Über die Frage, dass wir die für gefährlich halten - das war sozusagen Common Sense zwischen den Beteiligten.

Sönke Rix (SPD): Anscheinend ja nicht, denn uns hat der Zielfahnder gesagt: Das waren ein paar Spinner. Und Sie haben es ja richtig eingeschätzt, indem Sie gesagt haben: Das sind gefährliche Rechtsextremisten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Na gut, das - -

Sönke Rix (SPD): Irgendwie müssen ja Informationen nicht geflossen sein, oder irgendjemand sagt nicht die Wahrheit, wer hier welche Information bekommen hat.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich kenne diesen Zielfahnder nicht. Wenn das stimmt, was er sagt, hört sich das nach einem Kommunikationsproblem im LKA an. Ich will diesen Kollegen nicht zu nahe treten, aber ich halte das für so abwegig, dass man diese nicht ernst nehmen konnte. Ich halte das für völlig abwegig.

Sönke Rix (SPD): Okay. - Noch ein zweiter Komplex: Wir beschäftigen uns ja auch mit den Strukturen des Verfassungsschutzes, mit der Arbeitsweise und, wie das ausgehen soll, und das auch ganz allgemein, nicht nur betreffend Rechtsextremismus, weil man das nicht so ganz trennen kann, wie eine Behörde funktioniert. Deshalb würde mich schon noch einmal der Umgang mit V-Personen interessieren und auch die Frage, wer V-Leute geführt hat. Kann es auch angehen, dass aus der obersten Behörde, Behördenleiter Ebene, V-Leute geführt worden sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Von der obersten Behörde?

Sönke Rix (SPD): Ja. Der Präsident oder der stellvertretende Präsident?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die oberste Behörde in Thüringen ist das Innenministerium.

Sönke Rix (SPD): Nein, Behördenleitung, Ihre Behördenleitung vom Verfassungsschutz. Sie.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also mit der Führung, das ist so eine Geschichte. Was mich angeht, ist es so gewesen, dass über mich Anwerbungen deswegen stattgefunden haben, weil ich bekannt genug war bei verschiedenen Veranstaltungen oder in der Öffentlichkeit, dass Leute mich angesprochen haben.

Sönke Rix (SPD): Aber Sie selbst haben keine V-Leute geführt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich bin - -

Sönke Rix (SPD): Sie haben vielleicht mal vermittelt? - Bitte.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Doch, doch. Also, ich habe - - Also, V-Personen ist also - - Ich habe schon mit Quellen zusammengearbeitet. Warum auch nicht?

Sönke Rix (SPD): Also Sie haben V-Leute auch geführt? Das ist - - Ist das auch Ihrer Kenntnis nach üblich in anderen Landesverfassungsschutzbehörden, dass der Leiter der Behörde selbst V-Leute führt?

Oder haben Sie es vielleicht auch getan, weil Sie kein Vertrauen hatten zu denen, die es eigentlich tun sollten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, das ist anders. Wenn der Kontakt mit dem Behördenleiter zustande kommt, wird er gut daran tun, sozusagen erst mal weiterzugucken, wie das geht mit dieser Quelle. Es sei denn, er traut sich nicht. Soll es ja auch geben.

Sönke Rix (SPD): Dann habe ich noch einen letzten Komplex. Auf die Gefahr hin, dass das hier vielleicht auch zur Wiederholung führt, aber manchmal muss man noch mal nachfragen, ob man es richtig verstanden hat. Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie meinten, dass Sie mehrfach ganz dicht dran waren an dem Trio?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, das war der Eindruck, der sich aus dem Informationsaufkommen oder vielleicht auch aus dem Jagdeifer ergab, dass wir nahe dran waren, und dann gingen die polizeilichen Maßnahmen ins Leere. Als besonders unangenehm ist mir in Erinnerung, dass in einem der Fälle, wo wir dachten, wir wären sehr dicht dran, die Polizei einfach nicht kam. Die kam nicht.

Sönke Rix (SPD): Was war das für ein Fall? Wann war das?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß das Datum nicht mehr und weiß auch den Ort nicht mehr. Ich weiß nur, dass irgendwann mal von meinen Mitarbeitern in äußerster Empörung darauf hingewiesen worden ist, dass sozusagen die Polizei nicht kam. Warum, weiß ich nicht mehr.

Sönke Rix (SPD): Was haben Sie denn daraufhin gemacht? Das muss ja Konsequenzen haben, wenn Sie sagen: Wir waren so dicht dran, und aufgrund von Fehlern der Polizei haben wir es nicht geschafft. Das müssen Sie doch sofort thematisiert haben.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sicher. Das ist dann bei den Behördenleiterbesprechungen besprochen worden, die im Zimmer oder unter Leitung des Polizeiabschnittsleiters des Innenministeriums stattfanden, dem das Landesamt für Verfassungsschutz von 1998 bis 1999 fachaufsichtlich unterstellt war.

Sönke Rix (SPD): Das ist mehrfach geschehen? Weil Sie sprachen ja davon, dass Sie mehrfach dicht dran waren, und mehrfach wurde es vermasselt. Also - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, jetzt ist es mir so - - Im Nachhinein sind mir zwei - ich meine, zwei - Fälle vage in Erinnerung nur, wo das vermasselt worden ist, ja.

Sönke Rix (SPD): Also einmal die Situation mit den Garagen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, das ist sowieso - - Das ist - -

Sönke Rix (SPD): Ja, wer war dann - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Was soll ich dazu sagen? Ich weiß es nicht. Ich war nicht dabei. Dass das schief gelaufen ist, dazu braucht man - -

Sönke Rix (SPD): Also, einmal ist die Polizei einfach nicht gekommen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Sönke Rix (SPD): Und das Zweite? Können Sie sich auch daran erinnern, was da der Grund war? Auch die Polizei?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das weiß ich nicht mehr.

Sönke Rix (SPD): Können Sie sich nicht daran erinnern? Aber dass die Fehler bei der Polizei lagen, das wissen Sie noch?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Dass - - Was weiß ich?

Sönke Rix (SPD): Dass die Fehler bei der Polizei lagen, das wussten Sie noch, nicht dass Informationen - - Also, dass Informationen durchgestochen worden sind vonseiten der Polizei oder dass die Polizei nicht gekommen ist oder dass die Polizei an der falschen Tür stand - ich weiß es nicht -, das wissen Sie noch, also dass die Fehler nicht bei Ihrer Behörde lagen, sondern bei der Polizei?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, ich kann Ihnen - - Ich würde es Ihnen ja gerne sagen, wenn ich es wüsste. Es könnte - - Sie

konstruieren immer den Fall, dass - oder vielleicht auch Polizisten - bestimmte Leute diese Informationen über das Landesamt haben abfließen lassen. Ich habe diese Frage schon dahin gehend beantwortet, dass ich das für meine Person ausschließen kann, richtig ausschließen kann, und dass mir keinerlei Tatsachen, die der Erwähnung wert sind, erinnerlich sind, dass Mitarbeiter von mir das gemacht haben.

Sönke Rix (SPD): Aber umgekehrt haben Sie Anzeichen dafür, dass bei der Polizei so etwas passiert ist?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Dass da öfter Informationen schlecht oder unrechtmäßig abgefließen sind, dafür gibt es allerdings Hinweise, ja.

Sönke Rix (SPD): Welche genau?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, die - - Es gab Gespräche mit Journalisten, die sich bei mir erkundigten, ob bestimmte Maßnahmen stattfänden, was ich natürlich mit Nichtwissen oder sozusagen mit dem Sankt-Nimmerleins-Tag geleugnet habe in den entsprechenden Gesprächen.

Ich habe dann versucht, mit Haken und Ösen - zum Teil auch mit freundlichen Zuwendungen versucht - hinter die Quellen zu kommen. Wenn Ihnen ein Journalist so eine Frage stellt, hat er eine Quelle. Also genauso, wie Sie jetzt mich andauernd nach irgendwelchen Quellen fragen. In diesen Fällen war es so, dass es relativ nahe lag, dass die Quelle oder die Quellen in der CDU-Fraktion des Thüringer Landtags zu suchen waren.

Sönke Rix (SPD): Ach? Und da sind Polizisten gewesen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, es gab aber Polizisten, die mit diesen entsprechenden Landtagsmitgliedern außerordentlich eng liiert waren.

Sönke Rix (SPD): Um das Trio ging es dabei?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bei der einen Journalistenanfrage, die ich jetzt versuche in meinem Kopf zu rekonstruieren, ging es um eine Fahndungsmaßnahme gegen das Trio.

Sönke Rix (SPD): Welche Fahndungsmaßnahme?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Um einen beabsichtigten Polizeizugriff offensichtlich.

Sönke Rix (SPD): Wann?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das weiß ich nicht mehr.

Sönke Rix (SPD): Sie wissen auch nicht, wo und - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, weiß ich nicht mehr. Es war aber während meiner Dienstzeit, ja.

Sönke Rix (SPD): Ja, okay.

Stellvertretender Vorsitzender Stephan Stracke: Das Zeitbudget der SPD-Fraktion wäre erschöpft. Damit wechseln wir nun zur FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, Herr Roewer, noch mal: Sie haben das Amt übernommen. Der Innenminister hieß damals Schuster, und mit dem Innenminister haben Sie selbstverständlich zusammengearbeitet. Können Sie noch mal in kurzen, knappen Worten schildern, wie die Zusammenarbeit sich gestaltete? Hatte er Sie an die Leine genommen oder hat er Ihnen freie Hand gelassen? Hatten Sie Beinfreiheit? Konnten Sie das Amt nach Ihren Vorstellungen aufbauen, umbauen, Ähnliches? Beschreiben Sie das ganz kurz, damit man ein Gefühl hat, wie das Innenministerium 1994 vor der Landtagswahl mit Ihnen zusammengearbeitet hat.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, die - - Es war ja so: Es war nicht so ganz einfach, ich glaube, für alle Beteiligten nicht ganz einfach, weil im Innenministerium ähnliche Aufbauschwierigkeiten herrschten, wie ich sie auch bei mir in der Behörde vorgefunden habe, die - - Ich glaube, dass ich das beurteilen kann, weil ich aus einem sehr gut funktionierenden Innenministerium kam.

Es ist in verschiedene Phasen zu unterscheiden. Ich unterstand ja zunächst dem Minister Schuster, und da war es nach meinem Eindruck so, dass die Facharbeit der Fachaufsicht in erster Linie durch den damaligen Staatssekretär Dr. Lippert erledigt

wurde und für mich ein Konzept nicht so ganz erkennbar war. Aber die Phase war relativ kurz. Dann habe ich fünf Jahre lang unter dem SPD-Minister Dr. Dewes gedient. Da war es speziell so, dass er eben sich durch einen Staatssekretär vertreten ließ öfters, und das war dann in der ersten Phase der Staatssekretär Dr. Krämer, der außerordentlich kompetent war und sehr unangenehm und den ich deswegen sehr geschätzt habe. Und dann gab den Staatssekretär Lehnert, einen ehemaligen LKA-Chef, den ich auch sehr geschätzt habe. Ob das umgekehrt gilt, weiß ich nicht.

Dr. Dewes vertrat die Auffassung, dass im eigentlichen Nachrichtendienstbereich ich machen sollte, was fachlich notwendig ist, und er vertrat die Auffassung deswegen, dass, wenn das Tun eben in die Hose ginge oder schlecht wäre, mich eben als politischer Beamte dafür die Verantwortung treffen würde. Damit war ich einverstanden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie hatten da relative Beinfreiheit, wenn man das so sagen möchte?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Relative Beinfreiheit, die ich auch sehr - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und auch die Rückendeckung grundsätzlich des Innenministers beim Umbau des Verfassungsschutzamtes?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war so: Dies, was Sie als Beinfreiheit bezeichnen, schlug sich in einer Dienstanweisung nieder über den Gebrauch nachrichtendienstlicher Mittel, die nach meiner jetzigen Erinnerung so gut wie ausschließlich in der Anordnungs-kompetenz auf mich übertragen waren, mit Ausnahme der Abhörmaßnahmen, die nach dem Gesetz sowieso der Minister genehmigen musste. Andere Leute haben das anders gesehen und auch anders gehandhabt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt sind aber auch schon in dieser Zeit Briefe geschrieben worden aus Ihrem Amt an das Ministerium, um auf Missstände hinzuweisen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Vor allen Dingen wegen der vorhin schon angesprochenen Personalpolitik.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es gab am Anfang - - Sozusagen die schlimmen Dinge macht man ja meistens anfangs, und so war das hier bei mir auch. Da habe ich mich - ich möchte fast sagen - in ruppiger Form beklagt, dass bestimmte Stellen gestrichen worden waren, und es kam dann zu einer außerordentlich unangenehmen Auseinandersetzung zwischen Dewes und mir, die so endete, dass wir uns dann, nachdem sozusagen der unangenehme Teil erledigt war, auf einen Stellenpegel geeinigt haben, der dann zu Neubesetzungen im Amt führte und eigentlich eher zum eigentlichen Aufbau des Amtes.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, wenn ich jetzt schon mal vorgeifen kann: Die Bewertung der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen hat nicht überall Wohlgefallen ausgelöst, auch außerhalb von Thüringen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, da, wo Sie jetzt sitzen, saßen schon eine ganze Menge Leute vor Ihnen, zum Teil Präsidenten von Verfassungsschutzämtern, Minister oder Ähnliches, und wenn Ausschussmitglieder die Minister oder auch Präsidenten a. D. auf Thüringen ansprachen, dann kam eine kollegiale Zurückhaltung im Sinne von: Tja, Thüringen war ein besonderer Fall.

In der *Thüringischen Landeszeitung* vom 28. Oktober 2000 findet sich ein Artikel. Da wird ein Geheimdienstler wiedergegeben - nicht namentlich -, der sagte:

Der Thüringer Geheimdienst genieße bundesweit den denkbar schlechtesten Ruf. Die Zusammenarbeit mit den Thüringern sei von vielen Landesämtern eingestellt worden. (?)

Das Ergebnis dieses Umbaus, kann man das als erfolgreich bezeichnen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann zu dieser Quelle *Landeszeitung* nichts sagen. Ich vermute mal, dass viel geschwätzt worden ist, diese - - Was meinen persönlichen

Standard angeht, den Sie ja, glaube ich, ansprechen wollen, war es doch so, dass ich während meiner Präsidentenzeit in Thüringen also fortlaufend, wenn ich mich recht erinnere, Prüfungsmitglied im Bundesamt für Verfassungsschutz für Laufbahnfragen und Ähnliches war und dort an der gemeinsamen Verfassungsschutzschule als Dozent tätig war. Ich glaube kaum, dass man das gemacht hätte, wenn das so stimmt, was Sie da reden. Ich sagte Ihnen schon, dass ich in meiner eigenen Behörde einigen Leuten auf die Füße getreten habe. Ob das in jedem Fall klug war -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir wissen das ja auch alles zu werten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - damit Sie auch diese Befriedigung haben -, darüber kann man sich ja trefflich streiten. Aber ich habe es getan.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt läuft mir die Zeit davon. Deswegen kurz zum Thema „Suche nach den Untergetauchten“. Ich habe Sie richtig verstanden: Das wurde auf Ministerebene mit Staatssekretär und Behördenleiter Landesamt besprochen, dass das Landesamt sich dort mit einschaltet in die Suche?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das konnte Herr Nocken übrigens nicht sagen. Herr Nocken hat vorhin gesagt: Das ist eine eigene Entscheidung gewesen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Von mir?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie bitte?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Von mir oder von wem?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, es war eine Entscheidung des Hauses, des Landesamtes. Aber ist in Ordnung. Möglicherweise gibt es da auch noch mal einen Vermerk dazu. Wie war denn das bei der Observation des Trios ein halbes Jahr vorher oder ein Vierteljahr vorher, 1997, als dann klar wurde: „In der Garage ist etwas“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer hat denn da die Anweisung gegeben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das weiß ich nicht mehr aus dem Kopf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wäre es möglich, dass das Ministerium Ihnen die Anweisung gegeben hat, oder wäre es möglich, dass Sie selber - - oder ob das LKA möglicherweise Ihnen auch Amtshilfeersuchen überreicht hat?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann das im Kopf nicht rekonstruieren. Die Anweisung, dass die Observation selbst durchgeführt worden ist, hat bei mir im Haus stattgefunden. Wer sie ad personam gemacht hat, weiß ich nicht mehr. Ich vermute, andere.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Vorletzte Frage: Bei den Eltern des Mundlos waren zwei Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, ein Regierungsoberamtsrat E. und ein Tarifangestellter S. Das war die Situation, die Sie vorhin beschrieben haben: Sie wurden angesprochen und haben dann - so hat es Herr Nocken dann gesagt - angewiesen, dass diese beiden dorthin gehen und nachfragen. Im Ergebnis haben dann die beiden darauf hingewiesen, dass man bei Kontaktaufnahme die öffentlichen Fernsprecher nutzen sollte, und damit einen klaren Hinweis gegeben, dass möglicherweise jemand anders eine TKÜ-Maßnahme macht.

Meine Frage ist: Können Sie was anfangen mit dem Regierungsoberamtsrat E. und mit dem Tarifangestellten S., wenn ich Ihnen das jetzt so sage? Sie wissen, wer die beiden sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ein Regierungsoberamtsrat E. - E wie Esel oder Emil, oder?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): E wie Emil, jawohl.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, hatten wir nicht. Weiß ich nicht. Fällt mir nicht ein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der Name ist vorhin schon mal gefallen, aber ich

wollte niedere Ränge hier nicht namentlich nennen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Mit E?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Sie haben ja zwei dahin geschickt? Können Sie sich daran erinnern, dass Sie die dahin geschickt haben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann das Ihnen nicht mehr sagen. Wenn Sie sagen „Tarifangestellter“, dann war es möglicherweise der Herr Schäfer, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es war Herr Schäfer. Wenn Sie es gesagt haben, gut.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - der dafür zuständig war.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und warum hat er das gemacht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Pardon?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Warum ist er dorthin gegangen? Warum haben Sie gesagt: „Bitte übernehmen Sie das“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Er war der zuständige Referatsleiter.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das war der einzige Grund?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, das ist doch ein relativ guter Grund.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das Innenministerium ist ja mit Ihnen dann am Ende auch nicht so pfleglich umgegangen. Ich weiß nicht genau, ob das längere Zeit so war, aber im November, am 16. November 2000, lese ich in der *Thüringer Allgemeinen*:

Auf seine Entlassungsurkunde wartet Helmut Roewer noch immer. Weder per Post, wie öffentlich angekündigt, noch auf anderem Wege hat er das Dokument bis gestern erhalten. Zwar kam Post vom Innenministerium. Es handelte sich aber um die Gratulation zum Dienstjubiläum des Ex-Verfassungsschützers. Da dieses Jubiläum zwei Jahre zurückliegt, könnte

es mit der Entlassungsurkunde wohl noch dauern.

Haben Sie mittlerweile die Entlassungsurkunde?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, habe ich nicht. Aber es ist - - In dem entsprechenden Verwaltungsrechtsstreit habe ich mich damit einverstanden erklärt, dass ich entlassen bin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth, das ist jetzt auch nicht zwingend gedeckt von unserem Untersuchungsauftrag. Ich darf auch darauf hinweisen, dass die Zeit bereits um zwei Minuten überschritten worden ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es geht ja darum, wie das Innenministerium mit Behördenleitern umgeht und Aussagen dazu trifft. Aber das Zeitargument ist schlagend, Herr Vorsitzender, jawohl.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Etwas verwirrend für mich: Also, in dem Verwaltungsrechtsstreit war angeblich meine Personalakte verschwunden, und sie wurde - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist sie geschreddert worden, Herr Dr. Roewer?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sie wurde dann rekonstruiert mit meiner Hilfe, weil ich von der Personalakte eine Kopie hatte, und dann tauchte sie wieder auf.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können wir die Vernehmung fortsetzen, Herr Dr. Roewer? Ich habe hier noch Wortmeldungen bzw. Fragezeitkontingente von der Linken und von den Grünen. Die Union hat schon deutlich gemacht, nicht mehr. Also, ich glaube nicht, dass wir eine vollständige neue Runde brauchen werden. Deswegen meine Frage. Ich schätze mal, dass wir eine halbe Stunde noch benötigen. Wäre das okay, wenn wir das jetzt machen, oder möchten Sie eine Pause einlegen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, also - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist Ihre Entscheidung. Sie können auch - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es möchte ja sein, dass sich dieser Vorgang auch dem Ende zuwendet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich gehe davon aus, dass wir jetzt nicht noch eine Stunde hier sitzen werden. Können wir unter der Prämisse noch fortsetzen? - Dann hat das Fragerecht die Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, kurze Bemerkung: Zum Glück gibt es immer noch Sicherungskopien von Akten. Das hat uns hier auch schon weitergeholfen.

Herr Roewer, in Ihrem Eingangsstatement - und das deckt sich auch mit den Aussagen in Ihrem Buch *Nur für den Dienstgebrauch* - so ist der Titel des Buches, gleich noch ein Werbeblock, der kostet Sie nichts - legen Sie nahe, dass die Polizeidirektion Jena für das Abtauchen des Trios verantwortlich war, dass dieses Abtauchen quasi geplant ermöglicht wurde und dass nach dem Abtauchen des Trios im Januar 1998 ein Leck in der Polizeidirektion Jena die Suche des Landesverfassungsschutzamtes Thüringen torpediert habe.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ist mir nicht erinnerlich, dass ich das geschrieben habe.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, aus den Darlegungen und auch aus Ihrem Eingangsstatement kann man das zumindest ableiten. Aber ich habe dazu konkret eine Frage: Von wem ist denn das Landesamt damals, also nach dem 26.01.98, mit der Suche nach dem Trio beauftragt worden, und mit welchem konkreten Auftrag war das?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich glaube, die Frage habe ich gerade beantwortet. Das ist -

Jens Petermann (DIE LINKE): Nein, konkret leider nicht. Deswegen frage ich noch mal nach an der Stelle.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - aus einer Leitungsbesprechung, an der ich teilgenommen habe. Möglicherweise waren es deren auch mehrere. Jedenfalls nach dem Abtau-

chen hat es mehrere Gespräche zwischen Herrn Dewes, Herrn Lehnert und mir, Herrn Lehnert und mir und Herrn Dewes und mir gegeben, und dann ist das so besprochen worden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also insofern gab es doch einen Einfluss von außen, das heißt aus dem Innenministeriums, aus der Hausspitze des Innenministeriums. Kann man das so sagen? Das hat eine Rolle gespielt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ja, ich kann Ihnen sagen, dass Herr Dewes nicht nur entsetzt war, sondern er war außerordentlich erzürnt über diesen Vorgang.

Jens Petermann (DIE LINKE): Können Sie uns sagen, welcher Vertreter der Staatsanwaltschaft Gera Ihrer Erinnerung nach verhindern wollte, dass die Medien und die Öffentlichkeit über die misslungene Durchsuchung am 26.01.98 informiert wurden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Darf ich die Frage wiederholen, wie sie bei mir angekommen ist? Ich soll sagen, ob ich einen Vertreter der Staatsanwaltschaft kenne, der die Information der Medien verhindern wollte?

Jens Petermann (DIE LINKE): Ihrer Erinnerung nach, genau. Können Sie sich daran erinnern, dass es da - -

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann den ganzen Vorgang - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Damit können Sie nichts anfangen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Kann ich nichts zu sagen, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielleicht doch noch mal eine Frage, daran anschließend: Warum wurde Ihrer Ansicht nach die Fahndung nach dem Trio dadurch erschwert, dass Öffentlichkeit und Medien vom Abtauchen erfuhren? Also, das ist ja dann irgendwie durchgesickert, speziell natürlich auch in der Neonaziszene. Da hat das blitzartig die Runde gemacht.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, Fahndung und Öffentlichkeit passen in manchen Fällen nicht zusammen. Manchmal passt es zusammen, wenn man nämlich eine öffentliche Fahndung macht, aber manchmal passt es auch nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): In dem Fall hat es nicht gepasst?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: In dem Anfangsstadium hat es garantiert nicht gepasst.

Jens Petermann (DIE LINKE): Okay. Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Roewer, Sie haben vorhin auf die Frage der Vorfragesteller gesagt, dass es um einen Polizeieingriff ging, der mit dem Trio zu tun hatte, als Sie wohl von außen angesprochen worden sind, wo möglicherweise eine Mitteilung gelaufen ist. Können Sie sagen, welcher Polizeieingriff das war?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe das letzte Wort nicht - - Polizei...?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eingriff. Um was für einen Vorfall ging es denn da? Was soll da die Polizei gemacht haben, wo vielleicht eine Beschwerde darüber gewesen ist oder eine Information darüber gewesen ist? Von welchen Polizeieingriffen wissen Sie denn bei Fahndung?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es ging um - - Ja, um die Festnahme.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut. Haben die denn mal probiert, jemanden festzunehmen? Gab es mal einen Hinweis auf einen Aufenthalt, und dann sind die dahin gefahren und haben es irgendwie vermässelt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es ging - - Die ganze Zeit ging es um die Festnahme.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja gut, aber keinen konkreten Polizeieingriff, wenn ich das richtig weiß.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, soweit ich weiß oder soweit ich das jetzt erinnere, ging es um die - ich weiß nicht, ob das jetzt exakt der Fall ist, den Sie meinen - Übergabe der Observation vom Amt auf das LKA, also auf dieses Mobile Einsatzkommando.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also für die vorherige Beschlagnahmeaktion, Durchsuchung?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Um eine Person sozusagen weiter zu observieren, von der man meinte, sie führt zu den Zielpersonen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Also nicht direkt das Trio, sondern eine Kontaktperson.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: So. Also, diese - - Der Weg zum Ziel führte - so war jedenfalls damals unsere Meinung - möglicherweise auch über die Kontaktperson, und in diesem Zusammenhang haben eben einige Neonazis aus der Jenaer Szene eine Rolle gespielt, von denen wir annahmen oder jedenfalls erst mal als Arbeitshypothese unterstellt haben, dass die in diese Richtung reisen könnten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um welche Person ging es denn?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, in einem Fall, wo es mit - - also nach meiner Erinnerung eine Übergabe gegeben hat, also Übergabe Amt an Polizei - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? An die drei?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Observationskräfte des Amtes an die Observationskräfte der Polizei, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: - weil das Amt nicht in der Lage war, mehrere Perso-

nen oder jedenfalls eine Vielzahl von Personen gleichzeitig zu observieren. Das war personell überhaupt nicht ausgestattet für diese Maßnahmen.

Die Person, die mir jetzt durch den Kopf geht und die vermutlich auch stimmt, war Wohlleben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wohlleben. Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, sollte gegen Wohlleben in irgendeiner Weise eine Polizeimaßnahme durchgeführt werden, also abhören, beobachten oder was auch immer.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Eine Observation.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Observation, okay.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es ging um die Arbeitsthese: Der Wohlleben führt uns an die Betroffenen, und die Arbeitsthese war, glaube ich, wenn ich das Gespräch in der Bundesanwaltschaft richtig verstanden habe, relativ zutreffend, oder sie war sehr zutreffend. Und die Übergabe an die Polizei war die nackte Notwendigkeit, um die Maßnahme überhaupt durchzuführen, weil wir das nicht konnten. Das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Übergabe war jetzt von Ihrem Amt an die Polizei, oder wie?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dieses Auftrages oder dieses Vorhabens?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es wurde abgesprochen und gesagt: So, dann und dann übernehmt ihr den.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da war keiner dann?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Und dann war es wieder nichts.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die andere Frage: Sie haben vorhin gesagt, Ihnen war klar, dass die gefährlich sind, und Sie haben das auch

mitgeteilt, auch gegenüber der Polizei angesprochen. War Ihnen denn auch bekannt, dass sie so gefährlich sind, dass sie Waffen haben oder beschafft haben oder beschaffen wollten, dass da Waffen eine Rolle spielten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen jetzt die Einzelheiten nicht mehr repetieren. Ich habe schon gesagt, diese - - Bei mir ist sozusagen ein Erinnerungssumpf, der mir jetzt auch deutlich sagt, was ich für Purzelbäume unternommen habe, um auch andere davon zu überzeugen. Aber die Einzelheiten sind mir weiß Gott nicht erinnerlich, und vor allen Dingen ist mir - - Ich habe auch versucht, das zu rekonstruieren, weil ich ja diese Pressemeldung da auch gelesen habe, dass in Brandenburg irgendwelche Dinge beschafft worden sein sollen. Ich weiß ja nicht mal, ob es stimmt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das haben wir ja schriftlich.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Ich habe da auch keine Erinnerungen. Das ist wie weg. Das ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie eine Erinnerung dazu - das haben wir heute Morgen auch diskutiert mit dem Herrn Nocken -, dass von Brandenburg eine Information gegeben worden ist, mit dem Hinweis, dass diese Information wegen Quellenschutzgründen nicht weitergegeben werden soll?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das weiß ich nicht mehr. Also, ich weiß es nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie nicht sagen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal eine Frage oder zwei Fragen zu diesem „Günther“. Gab es noch andere V-Leute oder Leute, an die Geld bezahlt worden ist - wir wissen ja bisher nicht mal, ob „Günther“ ein V-Mann war -, sondern an Personen, an die Geld bezahlt worden ist, über die keinerlei Akten im Amt existieren?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann zum Aktenstand überhaupt nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich meine, zu „Günther“ - das haben ja die Ermittlungen der verschiedenen Stellen ergeben - gibt es keinerlei Hinweis außer dieser Quittung, dass es den überhaupt gegeben hat. Deshalb habe ich ja vorhin gesagt: Vielleicht sind Sie es selber. - Es gibt kein Aktenstück im Amt nach dem, was uns aus den Akten bekannt ist, dass es einen „Günther“ überhaupt gegeben hat, geschweige denn, wer es gewesen ist. Gibt es das noch zu anderen Personen, an die Geldbeträge von 5 000 oder mehr Mark damals geflossen sind, zu denen keinerlei Akte existiert?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, diese - - Die mit der Frage implizierte Behauptung von Ihnen, dass es keine Akten gegeben hat, bestreite ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Wo war die?)

Wo ist die? Die ist nie gefunden worden, also nach meiner Kenntnis nicht gefunden worden.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich sage Ihnen ja nur: Ich kann zum jetzigen Aktenstand des Amtes wirklich nichts sagen, weil ich das nicht weiß.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es noch eine andere Person, zu der Sie Kontakt hatten, die Geld bekommen hat, von der im Amt niemand was wusste außer Ihnen? Also, wir haben ja heute Morgen auch Herrn Nocken gefragt, ob er irgendeine Vorstellung hat, wer „Günther“ ist oder ob es den überhaupt gab. Da hat der gesagt: Er weiß von keinem „Günther“.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ich kann die Frage jetzt nicht beantworten. Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch eine Vorstellung, wer „Günther“ ist, weil Sie ausschließen können, dass es einer von den dreien war oder dass es einer war, der mit den dreien zu tun hatte.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das hatte ich beantwortet. Ich habe nur gesagt: Ich bestreite Ihre Behauptung, dass es keine Akten gab zu Personen, an die Geld gezahlt worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das ist mir nicht bekannt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es weiß auch - - Es gibt nur erstens keine Akten, und zweitens weiß außer Ihnen von dieser Person niemand was.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Vielleicht konkretisieren Sie die Frage mal mit Bezug auf den Untersuchungsgegenstand. Ich weiß die Frage sonst nicht zu beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert, ob es Personen gab, mit denen Sie persönlich als Leiter des Amtes offenbar zu tun hatten, an die auch Geld gezahlt worden ist, aber über die es weder eine Akte gibt - außer einer Quittung -, noch von der sonst jemand was weiß im Amt. Vielleicht können Sie uns irgendeinen im Amt nennen, der weiß, dass es „Günther“ gegeben hat und wer das war.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich kann diese Frage insofern nicht beantworten, weil ich nicht - - Ich habe keine Erinnerung daran. Ich weiß es nicht, nein. Ich glaube, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen gar nicht mehr, wer „Günther“ war?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Darüber habe ich - - sage ich auch nichts, weil es den

Untersuchungsausschuss hier nicht interessiert.

(Petra Pau (DIE LINKE): Doch!)

Ich kann die Frage - - Sie haben doch eine ganz andere Frage gestellt, Herr Ströbele. Sie haben doch gerade gefragt, ob ich - wie im Falle „Günther“ - auch keine Akten irgendwo geführt habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Da habe ich gesagt, das bestreite ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen, da gab es Akten. Sie wissen nur nicht, wo die sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Allerdings.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und dass da keine gefunden worden sind: Sind die eben zu dumm, die zu finden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Vielleicht sind sie vernichtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, ich muss Sie leider auf die Zeit hinweisen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber diese - - Noch mal: Das ist auch - - Es gibt keine Akten, und es gibt auch niemanden außer Ihnen, der von einem „Günther“ was weiß?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das sonst noch mal vorgekommen? Es könnte ja sein, dass es noch irgendwelche Personen gibt, die mit den dreien irgendwie Kontakt hatten, über die es auch keine Akte gibt und von denen keiner was weiß außer Ihnen, wenn es schon einen dazu gibt.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das kann ich nicht beantworten, die Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn ich da kurz einhaken darf? - Herr Roewer, Sie haben eben selber gesagt, was diesen „Günther“ betrifft: Vielleicht sind ja die Akten vernichtet worden.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja. Vielleicht ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Sie schließen für den Geschäftsbereich des Landesamtes für Verfassungsschutz nicht aus, dass es V-Leute gegeben hat, zu denen zeitnah schriftlich vorhandene Unterlagen dem Reißwolf überantwortet worden sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, das schließe ich nicht aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sind Ihnen solche Fälle in Ihrer Amtszeit bekannt geworden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich - - Nein, aber danach.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was heißt das?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das heißt, dass ich die Vermutung habe, dass nach meiner Amtszeit verschiedene Akten vernichtet worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welchem Bereich?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, zum Beispiel im Bereich der Ermittlungen, die die Polizei betreffen, also die gegen die Polizei geführt worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie das ein bisschen näher erläutern für uns, bitte?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ich vermute, dass diese Akten dem Reißwolf überantwortet sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche Akten?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die - - Ich nehme stark an, dass diese - - Über den Vorgang illegaler Informationsabfluss aus der Polizei hat es Akten gegeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt, Ihre Behörde hat Untersuchungen angestellt über die Polizei? Also, sozusagen der Verfassungsschutz Thüringen hat die Polizei in Thüringen observiert?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, hat er nicht, sondern er hat auftragsgemäß illegalen Informationsabfluss aus der Thüringer Polizei systematisiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: In welcher Form?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, zunächst erst mal, wie man das so macht: Indem man zunächst erst mal guckt, wo Informationen rauskommen, die nur aus der Polizei stammen können, und die systematisiert man dann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, man schreibt das einfach nur auf, oder man beobachtet die entsprechenden Beamten, die man unter Verdacht hat?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, zunächst wertet man die Presse aus.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, und dann?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Und dann versucht man, festzustellen, ob es - - macht man sozusagen eine systematische Prüfung und versucht, festzustellen, ob sich ein bestimmter Typus da erkennen lässt und ob es bestimmte sozusagen ordentliche Schwerpunkte gibt oder ob es sozusagen Sachzugriffsgesichtspunkte gibt, und dann versucht man sozusagen, zu sagen: Wer kann das sein? - Das ist doch ganz normal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Diese Unterlagen oder Akten, die da möglicherweise diesbezüglich angelegt worden sind, die haben Sie selber gesehen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, sicher.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie umfangreich war der Bestand?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Weiß ich nicht mehr. Also, es gab darüber Akten. Die Behörde hat sich auch - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ich meine, wenn Sie was gesehen haben: War das ein Ordner oder waren das 20?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist mit der Polizeiführung darüber gesprochen worden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die waren informiert, dass Sie da Untersuchungen anstellen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Soweit ich mich erinnere, ging der Auftrag von dem damaligen Staatssekretär Dr. Krämer aus, und die - - Es muss - sonst ergibt das in meinem Kopf keinen Sinn - sozusagen die Fortsetzung der Maßnahme besprochen worden sein im Nachklapp zum Untertauchen des Trios, mit Dewes und/oder Lehnert. Aber ich kann das nur vermuten.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, darf ich noch mal?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sofort, Herr Ströbele. - Das heißt, Sie haben von der Leitung des Innenministeriums als Verfassungsschutz den Auftrag bekommen, mal zu prüfen bei der Polizei in Thüringen, wie es zu Durchstechereien gegenüber den Medien kommen konnte?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, es ging ja nicht irgendwie um irgendwelche Kleinigkeiten. Es gab in Thüringen ein paar bemerkenswerte Informationspannen bei der Polizei offensichtlich, wo ganze Fahndungsmaßnahmen zerschlagen worden sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, ich frage noch mal nach: Also, Sie haben

sozusagen damals aus der Leitung des Innenministeriums den Auftrag bekommen: „Lieber Dr. Roewer, neben Links- und Rechtsextremisten beobachtet bitte auch mal unsere Polizei“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein. Es ging um die Frage, um es in den Verfassungsschutztext, Gesetzestext zu gießen, ob hier sozusagen die Sicherheit des Landes beeinträchtigt ist, ob es Leute gibt, die die Sicherheit des Landes gefährden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und dafür gab es Anhaltspunkte?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das steht so im Verfassungsschutzgesetz. Muss man nachlesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, es gab Anhaltspunkte dafür, dass die Sicherheit des Landes Thüringen durch das Agieren der Polizei in Thüringen gefährdet wurde.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, Sie können sich wahrscheinlich die Situation nicht richtig vorstellen, die in einem neuen Bundesland kurz nach seiner Gründung in der Polizei vorzufinden war. Die Situation war insofern außerordentlich komplex, weil dort eine Vielzahl von oder die Masse der dann Beamte gewordenen ehemaligen Volkspolizisten nicht nur zu Frohsinn Anlass gab, weil es oft sehr schwer festzustellen war, wer da wer war, weil die Möglichkeit bestanden hatte, die Personalakten einer Eigenbereinigung zu unterziehen, was in Ostdeutschland möglich war, bevor die Einheit Deutschlands hergestellt wurde. Und auch von dieser Möglichkeit wurde reichlich Gebrauch gemacht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: War denn Herr Luthardt als damaliger LKA-Präsident informiert über die diesbezüglichen Aktivitäten des Verfassungsschutzes? Er war selber auch sozusagen Volkspolizist früher.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Herr Luthardt ist Gegenstand einer außerordentlich intensiven Sicherheitsüberprüfung gewesen, die auch meinen Schreibtisch passiert hat, wenn ich mich richtig erinnere. Diese Sicherheitsüberprüfung war notwendig, nicht nur weil er eine bestimmte Dienststellung innehaben sollte oder dann auch innehatte, sondern weil

es eine große Zahl von außerordentlich schwierigen und entehrenden Vorwürfen gegen ihn gab, denen das Amt dann nachgegangen ist und die sich dann alle als haltlos herausgestellt haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich muss noch mal zum Verständnis nachfragen, Herr Dr. Roewer. Es gab den Verdacht, dass im Zuge der Suche nach den drei untergetauchten Rechtsextremisten aus Jena aus den Reihen der Polizei Thüringen selber Maßnahmen zur Ergreifung der gesuchten Personen sabotiert worden sind. Habe ich das so richtig verstanden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, der Verdacht. Für diesen Verdacht gab es zunächst erst mal den allgemeinen Hinweis oder den allgemeinen Anhaltspunkt, dass es in der Polizei jemanden gab, der in die rechtsextreme Szene offensichtlich Polizeiiinformationen weitergab, und dieser Verdacht war sehr konkret dadurch, dass in der rechtsextremen Szene eine Bildfahndungsmappe über polizeilich erkannte Rechtsextremisten auftauchte, und diesem Verdacht war schon nachzugehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und das haben Sie nicht in der Form gemacht, dass Sie etwa Herrn Luthardt gesagt haben: „Guck mal deinen eigenen Laden durch; da scheint was nicht in Ordnung zu sein“, sondern Sie haben als Verfassungsschutz Thüringen mit Rückendeckung und unter Beauftragung durch die Leitung des Innenministeriums das in die eigenen Hände genommen. Ist das richtig?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Wir haben eigene Ermittlungen gemacht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ohne die Polizei darüber zu informieren?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sicherheitshalber, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben sicherheitshalber die Polizei nicht informiert über Ihre Ermittlungen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, das ist ganz normal, diese - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, ist in Ordnung. Und dann sind Sie aus dem Amt geschieden und haben im Nachhinein, wie Sie vorhin gesagt haben, erfahren, dass diese Akten aus dem Bestand des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz bezüglich der Untersuchung, welche undichten Stellen es bei der Polizei gegeben hat, was Fahndungsmaßnahmen gegen drei Rechtsextremisten betrifft, dann vernichtet worden seien?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich sagte nur, dass es sich sozusagen um so einen systematischen Vorgang handelte, der diesem Verdacht nachgegangen ist, weil es sehr konkrete Hinweise gab, dass es den Abfluss bestimmter Informationen in die rechtsextreme Szene gab, und dieser sehr bestimmte Verdacht machte sich fest daran, dass eine sehr konkrete Fahndungsmappe der Thüringer Polizei, eingestuft „VS - Nur den Dienstgebrauch“, in der rechtsextremen Szene aufschlug und dort war. Wie sie dorthin gekommen ist, diese Mappe, hätte ich ums Leben gerne gewusst, aber nicht herausgefunden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt also, in dem Prozess der Klärung dieser Frage sind Sie aus dem Amt geschieden?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das heißt nur so viel, dass man als Chef einer Sicherheitsbehörde natürlich ein gewisses Grundmisstrauen hat, und wenn dieses Grundmisstrauen so manifest bedient wird, dass man dann sich überlegt, ob es sozusagen andere Fälle auch gibt, wo so was - - ob es sozusagen systematisch ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also ein Grundmisstrauen des Verfassungsschutzes in Thüringen gegenüber der Thüringer Polizei?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, dieses Grundmisstrauen ist reichlich bedient worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. - Jetzt würde ich mal davon ausgehen, wenn ich als Amtschef gegenüber einem anderen Amt ein Grundmisstrauen habe, dass ich dann wahrscheinlich nicht so frank und frei

all das, was ich weiß und an Informationen habe, mit meinen Kollegen teilen würde, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Die - - Wenn Sie jetzt darauf hinauswollen, dass wir irgendwie die Informationen in Richtung LKA abgestoppt hätten, dann irren Sie sich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das haben Sie nicht?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Sie irren sich da grundlegend, weil das eine Frage der Schwerpunktsetzung war. Wir wollten, dass diese Leute festgenommen werden. Diese Zusammenarbeit hat stattgefunden zwischen meiner Extremismusabteilung und den entsprechenden Gremien des Landeskriminalamtes. Und das andere war die Geschichte, dass man mit einigem Misstrauen geguckt hat, ob - und wenn ja, welche - Informationen aus dem Bereich Rechtsextremismus oder Rechtsextremismusbekämpfung aus der Polizei abfließen. Für dieses Misstrauen gab es Anhaltspunkte, und dafür war auch eine andere Arbeitseinheit zuständig, die von der Extremismusabteilung völlig abgeschottet gearbeitet hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Und dieses Misstrauen bezog sich also auch konkret auf Informationen in Bezug auf die drei gesuchten Personen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bezog sich nicht - - Also, ich sagte Ihnen das schon: Das Misstrauen bezog sich darauf, dass offensichtlich von irgendjemandem die Presse in konkreten Fahndungsabschnitten informiert worden war, was schädlich war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war denn beauftragt bei Ihnen in der Landesbehörde für Verfassungsschutz mit der Bearbeitung dieser Aufgabe?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Mit der Ermittlungstätigkeit in der Polizeigeschichte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Genau.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das war der Oberregierungsrat Koch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Oberregierungsrat Koch?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Koch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Welche Funktion hatte der inne?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Er leitete das Referat Spionageabwehr und hat solche Sonderaufträge noch mit erledigt, weil er das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, der Referatsleiter der Spionageabwehr war zuständig, die Rechtstreue der Polizei Thüringens zu beurteilen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es waren Ermittlungen, die dem Ermittlungstypus in seinem üblichen Arbeitsbereich sehr ähnlich waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was dabei rausgekommen ist, entzieht sich aber Ihrer Kenntnis?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Bei dieser Geschichte mit der Fahndungsmappe ist irgendwo ein Schlag ins Wasser herausgekommen, aber ich - - Jedenfalls haben wir, obwohl wir es dachten, wir würden es herausfinden, glaube ich, nicht herausgefunden. Ich weiß es nicht mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe Sie aber so verstanden, dass Sie gesagt haben, Sie seien aus dem Dienst ausgeschieden oder mussten ausscheiden, bevor sozusagen die Untersuchungen abgeschlossen waren. Das ist schon richtig?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das kann so sein, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das kann so sein?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich bringe das nicht mehr hintereinander, weil das - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber woraus ergibt sich denn Ihr Verdacht, dass nach Ihrem Ausscheiden die einschlägigen Akten hätten vernichtet worden sein können?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gegen mich ist ein Prozess geführt worden mit allerlei außerordentlich entehrenden Vorwürfen. Dieser Prozess ist dann eingestellt worden, und ich hatte das hohe Vergnügen, während dieser 50 Prozesstage, die ich da im Strafgericht gesessen habe, immer wieder zu hören, dass Akten, die offensichtlich vorhanden waren, nicht mehr vorhanden sind, und das fand ich irgendwie sehr bemerkenswert. Und dann wurde das sozusagen - - Durch Zeugenbeweis wurde jeweils das Gegenteil belegt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele hat noch eine Nachfrage, und dann machen wir die letzte Runde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Zusatzfrage dazu: Sie haben das alles ein bisschen nebulös - - oder ein bisschen im Nebel gelassen. Sie haben gesagt: Dieser Abfluss von Informationen war auch im Zusammenhang mit dem Trio. - Können Sie das zeitlich irgendwie fixieren? Das Trio ist im Januar 98 abgetaucht, wurde dann gesucht usw. Können Sie sagen: Wann war denn dieser Abfluss, und wann war die Geschichte mit dieser Mappe, die dann in der rechten Szene auftauchte, zeitlich ungefähr?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich vermute, es war 98.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Laufe des Jahres 98 war das, also während die erste Fahndung lief.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ja. Ich sagte Ihnen ja schon, diese - - Ja, muss 98, 99 - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 98 war das alles. Da tauchte auch diese Mappe auf in der rechten Szene.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, die war sehr konkret. Ein ausgewiesener Rechtsextremist, dessen Namen ich schon genannt habe - der hieß Dienel -, hatte die in Händen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wurde von Ihrem Amt mit Herrn Koch, dem Herrn Oberregierungsrat, untersucht: „Wer könnte die Quelle

sein bei der Polizei, aus der das dahin fließt?“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, diese - - Bei dem lief dieser Sammelvorgang, solche Dinge zu sammeln, zu systematisieren und in Einzelfällen auch Ermittlungen zu machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann würde ich vorschlagen, dass wir jetzt noch eine Restrunde mit Restfragen machen. Die Union hat noch eine Frage, wurde mir gesagt.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Herr Dr. Roewer, der Kollege Petermann hatte Sie vorhin gefragt, und da antworten Sie sinngemäß, dass der Innenminister, der damalige Innenminister Dewes empört war, dass dieses Trio untertauchen konnte, nachdem bei der Garage einiges schiefgelaufen ist. Der wurde durch Sie und durch den Herrn Luthardt unterrichtet, oder?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, ich habe nur in Erinnerung, dass Herr Dewes relativ unangenehm war - auch zu mir - und ich dann ebenso Geld gewechselt habe, wie ich das üblicherweise gemacht habe, und gesagt habe, also dafür könnte ich nun wirklich nichts, wie manchmal so ein Wort das andere gibt. Aber das hat weiter nichts damit zu tun, als dass er eben so ist, wie er ist, und ich auch.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Aber dem Minister war schon bewusst, dass da Fehler passiert sind, die vermeidbar gewesen wären?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, der war über das Ergebnis empört. Das waren alle, die damit zu tun hatten.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Aber ihm wurde ja schon berichtet mit der Garage, was da passiert ist usw.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Na gut, hinterher ist man immer klüger. Wir wussten es nicht, dass das da so stattfindet, wie es dann vorgefunden wurde. Wir hatten den starken Verdacht, dass die das sind, und dieser Verdacht speiste sich eben aus diesen Observationsmaßnahmen. Und das hat dann eben dazu geführt: Das einzig Vernünftige, was zu

machen war, war, den Fall jetzt nicht irgendwie in die Länge zu ziehen, sondern abzugeben für eine polizeiliche Exekutionsmaßnahme. Die sollte dann Klarheit schaffen. Die ist ja dann geschaffen worden, und dann aber eben nicht so, wie man sich das vorstellt.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Also, Hintergrund ist einfach, Herr Roewer - kann ich vielleicht auch sagen -: Der Herr Dr. Dewes hat dann im März 98 auf eine Anfrage im Thüringer Landtag nach dem Untertauchen dieses Trios auf Nachfrage, ob es da Versäumnisse gab, ob das vermeidbar gewesen wäre, den Landtagskollegen gesagt: Nein.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, da kann ich nichts zu sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Was heißt, da können Sie nichts sagen? Sie hatten ja unterrichtet, und bei Ihnen, als Sie ihm das erzählt haben, da war er empört und hat gesagt: Also, das ist ja erstaunlich.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es war umgekehrt. Ich wurde einbestellt. Damit Sie gar keine falschen Vermutungen haben. Er war der Vorgesetzte, und da hat er die Behördenleiter zu sich zitiert. Dann sind wir da zum Beten angetreten.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Dann haben Sie da gebetet, und dann war er empört, und ihm war schon bewusst, dass da Fehler passiert sind?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, es war ein unmögliches Ergebnis. Das ist - - Man hätte es gerne anders - -

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Gut. - Also hat Herr Dr. Dewes da in dem Moment dem Landtag nicht die Wahrheit gesagt?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich brauche Sie doch nicht zu belehren, wie ein Politiker reagiert, wenn so was passiert.

Tankred Schipanski (CDU/CDU): Gut. - Danke.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das kann der
Zeuge doch nicht wissen, was Herr

Dr. Dewes dem Landtag gesagt hat!
Da war der Zeuge doch nicht dabei!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland hat zurzeit nicht das Wort, sondern die SPD-Fraktion, wenn sie es wünscht. Wenn sie noch Fragen hat, dann bitte jetzt.

Sönke Rix (SPD): Ja, wie angemeldet, habe ich noch zwei ganz kleine Fragen. Die erste Frage ist: Muss es nicht zur normalen Aufgabe auch gehören, weil Sie ja mit sehr sensiblen Informationen umgehen, dass Sie da auch ständig mal mit der Polizei im Austausch sind, ob diese Informationen sensibel behandelt werden? Ist das jetzt tatsächlich so gewesen, dass es einen akuten Fall gegeben hat und Sie haben deshalb daran gearbeitet, deshalb Akten angelegt?

Nebenbei bemerkt: Ich habe Sie vorhin mehrfach gefragt, wie Sie denn damit umgegangen sind, dass es Lecks im LKA gegeben haben soll. Da haben Sie immer nur gesagt, dass Sie es in Besprechungen mitgeteilt haben. Das mit den Akten ist Ihnen jetzt erst eingefallen.

Deshalb noch mal die Frage: Ist es vielleicht nicht auch ein relativ normaler Umgang, zu sagen: „Ich muss da auch mal hinterfragen, ob das immer noch alles im sensiblen Bereich behandelt wird“?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Um was zu tun?

Sönke Rix (SPD): Sie haben gesagt, es gibt Lecks im LKA.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Nein, das - - Sie verdichten die Informationen in einer Weise, die ich, glaube ich, so nicht gesagt habe.

Sönke Rix (SPD): Vermutungen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Wir hatten den sehr starken Verdacht, dass es ein oder mehrere Lecks in der Polizei gibt - in der Polizei. Etwa 6 500 Personen, wenn ich mich recht erinnere, die - - Das war für so ein winziges Amt ein gigantischer Gegner, wenn Sie das Wort überhaupt erlauben. Dass es das LKA war, glaube ich gar nicht so stark.

Sönke Rix (SPD): Dann eine letzte Frage: Sie haben ja auch gesagt, dass Sie

auch selbst V-Leute geführt haben. Da ist die Frage, wenn Sie da Informationen bekommen haben, ob Sie denn auch diese Informationen selber auch ausgewertet haben oder ob Sie da jemand anderen mit einbezogen haben.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, dies mit der - - Sie halten sich immer so an dem V-Mann auf. Ich habe von Quellen - man nennt das dann wohl Quellen - also Informationen entgegengenommen und in ganz normalen Aktenvermerken in die Behörde umgesetzt, da, wo sie hingehörten. Da gibt es zahlreiche, muss es zahlreiche - - müsste es zahlreiche geben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die FDP noch Fragen? - Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will noch mal nachfragen zum Verständnis, Herr Dr. Roewer. Sie sprachen vorhin von Ihrem Prozess mit den 50 Prozesstagen. Welcher war das denn, und wie ging der aus? Nur zur Einordnung. Sie hatten 50 Prozesstage, und da wurden Akten vorgelegt, die Sie so nicht kannten, und andere Akten, die verschwunden waren, wurden eben nicht vorgelegt. Können Sie sich erinnern? Gerade eben haben Sie die Aussage gemacht, also gerade eben jetzt vor zehn Minuten.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich kann Ihnen das nicht mehr sagen. Das ist - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie der Prozess ausging, können Sie aber noch sagen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe das in meinem Kopf abgeschaltet, und das ist weg.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ach so. Gut. Das ist abgeschaltet. - Dann: Wenn Sie gegen die Polizei ermittelt haben, wo ich erst mal auch nichts Ehrenrühriges sehe, haben Sie denn eigentlich auch bei dem Diebstahl der sicherheitsrelevanten Computer aus dem Innenministerium Recherchen durchgeführt, die 1997, glaube ich, mit wichtigen sensiblen Daten aus dem rechtsextremistischen Bereich gestohlen worden sind, diese Computer?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich weiß nicht, ob das zum Gegenstand Ihres Untersuchungsausschusses gehört, kann die Frage aber dahin gehend beantworten, dass eine erste Analyse des geklauten Materials oder des weggekommenen Materials bei mir in der Behörde gemacht worden ist, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Weil das tauchte ja auch wieder auf, das Material. Das Material tauchte wieder auf und führte dann zum nächsten Rücktritt des nächsten Innenministers. Gut.

Und letzte Frage: Hatten Sie denn noch mal Kontakt mit Herrn Dewes, nachdem Sie suspendiert worden sind bzw. das Amt verlassen haben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Kontakte zu was?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zu Herrn Dewes, dem Innenminister oder dann auch Innenminister a. D.?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ich habe Herrn Dewes meines Wissens 2002 oder 01 oder 03 - irgendwann jedenfalls nach meinem Ausscheiden - in Weimar mal getroffen auf der Straße.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Linksfraktion? - Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, eine letzte Frage: War denn der Kollege Schrader in irgendeiner Form mit dem Vorgang befasst, als es darum ging, das Loch zu ermitteln, das es bei der Polizei gibt, oder das Leck zu ermitteln, bzw. war er Ihrer Kenntnis nach mit dem Vorgang befasst, oder hatte er Kenntnis davon, dass Akten verschwunden sind im Nachhinein?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Also, den Rest der Frage kann ich nicht beantworten; aber mit der Untersuchung der Vorgänge in der Polizei war er meines Wissens nicht befasst und dürfte meines Wissens von dem Ablauf dieser Operation auch keine Kenntnis haben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Inwieweit war er denn mit der Frage befasst, ob Polizisten mit Rechtsextremisten in irgendeiner Form verbandelt waren? Hat das aufgrund seines Aufgabenspektrums eine Rolle gespielt, die Problematik?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Na gut, das kann ich im Moment nicht aus dem Kopf beantworten. Ich kann nur sagen: Wenn es - falls es - so gewesen sein sollte, dass es Polizisten gegeben haben sollte, was mir nicht erinnerlich ist, die selbst irgendwelche rechtsextremen Kontakte hatten oder gar Mitgliedschaften, dann wäre es wohl seine Aufgabe gewesen, darüber Bescheid zu wissen. Aber ich - - Das ist reine Hypothese jetzt. Ich weiß es nicht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die Grünen noch Fragen? - Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur noch zu einem Komplex - diesmal in Ihrem Bereich, Herr Zeuge. Sie haben beim Generalbundesanwalt, wieder am 1. März des vergangenen Jahres, gesagt: Abschalten von Tino Brandt erfolgte aus verschiedenen Gründen, auch weil ich einen Hinweis bekam - sei es von Herrn Krämer, Abteilungsleiter Bundesamt, oder auf der Amtsleitertagung -, dass das Verhältnis eines Mitarbeiters des Thüringer Landesamtes zu Tino Brandt ein zu enges war.

Haben Sie das eigentlich mal überprüft, ob das stimmt, oder haben Sie auf den Verdacht hin abgeschaltet?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Das kam hinzu. Bei der Überprüfung kam das hinzu. Ich habe dann mit den Kollegen aus dem Kölner Amt gesprochen, und die äußerten diesen Verdacht, und dann war ich der Meinung als Amtschef, dass das keiner weiteren Prüfung insofern bedarf, als ich fest entschlossen war, die Abschaltung durchzuführen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wir fragen uns jetzt ja immer, ob Tino Brandt eventuell gewarnt wurde.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja gut, diese - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, was er selber sagt; Sie kennen es. Und wenn da jetzt eine Verbandelung eines V-Mann-Führers mit ihm tatsächlich vorgelegen hätte, wäre es ja doch wohl relevant gewesen.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Gut, ich habe mich mit den Kölner Kollegen, die ja die Überwachung durchgeführt haben, sozusagen unterhalten und habe gesagt, sie möchten mir wirklich Ross und Reiter nennen, wenn - - damit der Verdacht dann auch konkret wird für mich. Dem sind sie etwas ausgewichen, und ich bin dem dann nicht weiter nachgegangen, weil ich sozusagen diese - - die Scheidung von Brandt in meinem Kopf völlig klar war und die auch gegen den Widerstand meiner Mitarbeiter dann ohne Rücksicht durchgesetzt habe.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier steht in dem Zusammenhang noch der Satz: Zudem hatte eine Telefonüberwachung bei Brandt ergeben, dass dieser Mitarbeiter verbotswidrig mit ihm telefonierte. - Warum gab es ein Verbot, oder können Sie dazu was sagen?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, natürlich. Ich habe, um jeder Weiterung vorzubeugen, die Führung gewechselt, also die V-Mann-Führung ausgewechselt. Der Mitarbeiter wurde von diesem Geschäft entbunden, und der ursprüngliche V-Mann-Führer von Brandt wurde wieder eingesetzt, und der war auch knallhart genug, um die Abschaltung in der richtigen Form dann durchzusetzen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, der V-Mann-Führer hat dann danach noch mal mit Tino Brandt telefoniert?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Es gab dann noch mal - - Dann habe ich mir den noch mal zur Brust genommen und danach dann nicht mehr. Danach gab es nichts mehr. Der ist in eine Telefonfalle hineingelaufen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sie selber geschaltet haben?

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Richtig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dann war er aber doch irgendwie ertappt.

Zeuge Dr. Helmut Roewer: Ja, ich habe dann noch ein Gespräch geführt. Sie müssen sich das vorstellen: Das waren meine letzten Dienstage. Das war alles, wenn ich es richtig rekonstruiere - - Das war der Mai 2000. Im Juni 2000 war ich draußen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich stelle fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Dann sind wir am Ende der Vernehmung des Zeugen Dr. Roewer.

Herzlichen Dank, Herr Dr. Roewer, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben.

Wenn sich übrigens so, wie soeben erlebt, Vernehmungsunfähigkeit darstellt, dann freue ich mich, wenn das BMI einen schönen Gruß an die BfV-Beamtin weitergibt, und wir freuen uns auf die Vernehmung auch in dem Fall.

Herr Dr. Roewer, Sie bekommen das vorläufige Protokoll, wenn es vorliegt, mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Stellung zu nehmen.

Ich habe noch eine Frage, bevor wir kurz unterbrechen. Wer ist denn Herr Denkler auf der Tribüne?

(Thorsten Denkler: Ich!)

- Twittern Sie mit dem Handy oder mit Ihrem Laptop?

(Thorsten Denkler: Mit dem Laptop!)

Dann hat sich die Frage, glaube ich, geklärt, Herr Dr. Feser. - Machen Sie weiter so, wenn Sie meinen.

Wir unterbrechen jetzt kurz und hören dann gleich als nächsten und dritten Zeugen Herrn Friedrich-Karl Schrader.

Herr Dr. Roewer, Sie sind dann entlassen. Herzlichen Dank.

(Unterbrechung von
18.41 bis 18.56 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Friedrich-Karl Schrader**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung wird fortgesetzt. Ich begrüße als Zeugen Herrn Friedrich-Karl Schrader.

Ich darf darum bitten, dass etwaig noch vorhandene Fotografen - ein Kamerateam sehe ich nicht - den Saal verlassen.

Herr Schrader, es wird von der Vernehmung eine Tonbandaufnahme gefertigt, die ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll fertiggestellt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das vorläufige Protokoll wird Ihnen nach Erstellung zugeleitet, mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen geltend zu machen.

Ich stelle fest: Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Die Ladung haben Sie am 16. Februar 2013 erhalten. Ich stelle zugleich fest, dass für Ihre heutige Aussage eine Aussagegenehmigung des Thüringer Innenministeriums vorliegt. Diese datiert vom 14. Februar 2013.

Sofern Sie keine Fragen haben zu dem, was ich bisher vorgetragen habe, würde ich Sie jetzt kurz belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf mögliche strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Ge-

schäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie Fragen zu der Belehrung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, bis jetzt nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann, Herr Schrader, darf ich Sie bitten, sich dem Ausschuss ganz kurz mit vollständigem Namen, Alters- und Berufsangabe vorzustellen und uns mitzuteilen, ob die für Ihre Ladung verwendete Adresse nach wie vor aktuell ist.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Mein Name ist Friedrich-Karl Schrader. Ich bin 68 Jahre alt. In der letzten Funktion war ich Referatsleiter im Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen und habe sonst nichts hinzuzufügen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Ladungsadresse ist nach wie vor aktuell?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich hatte Sie gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie verneint, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - sodass wir direkt mit der Befragung beginnen können. Ich würde auch vorschlagen, dass wir direkt mit der ersten Berliner Runde beginnen. Das heißt, das Fragerecht hat jetzt zunächst die CDU/CSU-Fraktion, und das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schrader, guten Abend!

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Guten Abend, Herr Binninger!

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie mussten eine Weile warten, aber das bringen die Tage hier so mit sich.

Ich würde mit Ihnen zunächst gern ein paar grundsätzliche Dinge besprechen im Rahmen Ihrer Tätigkeit, die Sie da wahrgenommen hatten, und dann ganz konkret zum Fall des Trios kommen.

Sie waren von 96 bis 99 Referatsleiter Beschaffung und Auswertung für Rechtsextremismus. Ist das richtig?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das ist richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt, anders als in anderen Verfassungsschutzbehörden - da sind ja immer so ein bisschen Philosophieunterschiede - waren Beschaffung und Auswertung nicht getrennt, sondern bei Ihnen zusammen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig. Das stimmt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dadurch hatten Sie auch - kann man sagen - einen schnellen und guten Überblick zwischen Informationsaufkommen und was daraus gemacht wurde.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das ist richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie stark war das Referat?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das Referat hatte ohne Observationskräfte, ich glaube, 14, 15 Leute.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mitarbeiter?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Mitarbeiter, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die waren gleichmäßig verteilt, eine Hälfte für die Beschaffung - also die V-Mann-Führer nennt man es wohl - und ein Teil für die Auswertung, oder wie verteilt sich das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, wir hatten drei Beschaffer, zwei Ermittler, und der Rest waren Auswerter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was machten die Ermittler?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die Ermittler haben also Personen abgeglichen, haben bei Behörden Erkundungen eingezogen usw.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das, was wahrscheinlich der Herr Baumbach, der nachher noch kommt - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zum Beispiel, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der war Ermittler.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zum Beispiel.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie hatten drei Beschaffer, also V-Mann-Führer. Ist das richtig?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Mein Vertreter und zwei andere, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie selber haben keine V-Leute geführt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Ich war wohl bei Treffs dabei, habe auch gelegentlich da eingegriffen, aber selber geführt habe ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und die V-Leute haben Sie wiederum bekommen von einem anderen Referat, nämlich von Forschung und Werbung.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Teilweise waren sie vorhanden, als ich kam, und teilweise haben wir sie selber geworben, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich glaube, das können wir auf jeden Fall noch in der öffentlichen Sitzung besprechen: Können Sie die Zahl der V-Leute sagen, die Sie, die Ihre Leute, Ihre Mitarbeiter, geführt haben in der Zeit, wo Sie Verantwortung getragen haben in der rechten Szene? So gut Sie sich eben dran erinnern, und zwar ruhig auch mit Informanten. Da wird ja ein bisschen abgestuft, aber da, wo Sie einfach mehr Zugänge hatten.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Eins, zwei, drei, vier, fünf. Fünf waren es wohl.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut, einen oder zwei kennen wir ja. Die sind auch enttarnt. Diese fünf, war da auch jemand aus Jena dabei? Wissen Sie das noch?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aus Jena niemand?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gut. - Was waren für Sie in dieser Zeit - von 96 bis Ende 97, Anfang 98 - denn so die prägenden Ereignisse, Straftaten, Aktionen, mit denen Rechtsextremisten a) auf sich aufmerksam gemacht haben in Thüringen, und b) wer waren für Sie die führenden Namen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Jetzt abgesehen von den drei, auf die ja später noch die Sprache kommen wird, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau, erst mal die gesamte Szene.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - waren das im Wesentlichen Aufzüge, Konzerte, Skin-Konzerte, Aufzüge zu Sommerwendfeiern, 21.06, zu Heß-Todestagen usw. Das war so in der Hauptsache das Aufkommen für Thüringen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es spektakuläre Straftaten, an die Sie sich erinnern, die Sie der rechten Szene zuordnen konnten in dieser Zeit?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Außer dieser Puppe, die später an der Autobahn gefunden wurde, im Zusammenhang mit den dreien und den darauffolgenden beiden bzw. drei Bombenattrappen normale Straftaten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Propagandadelikte.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Propagandadelikte und dergleichen, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es räumliche Schwerpunkte in Thüringen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, räumliche Schwerpunkte waren einmal in Saalfeld-Rudolstadt, dann Jena, gelegentlich mal in Eisenach. Aber die Hauptschwerpunkte waren Saalfeld-Rudolstadt und Jena.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie kommen ja aus dem Polizeibereich.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man da so, wenn man jetzt als Verfassungsschützer zu tun hatte - und es ging ja auch um Auswertung und Beschaffung und auch um Ermittlungen, also die Bewertung von Informationen -, haben Sie da auch mal die Kontakte zu Ihren ehemaligen Kollegen genutzt, dass man sagt: „Ich kann gerade in den Schwerpunkten, in Saalfeld oder in Jena, bei den Staatsschützern dort auch mal direkt anrufen“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Selbstverständlich. Es war also so, dass wir neben den Sicherheitslagen, die wir hatten, und neben den Arbeitsgruppen, die es da gab, ständig Kontakte zu den ehemaligen Kollegen gehabt haben. Die kannten mich, ich kannte sie, und es gab ständig Rückfragen. Wir haben also praktisch alle öffentlichen Veranstaltungen der Rechtsextremisten besprochen. Wir haben auch über die Leute gesprochen, über den Ablauf gesprochen, und wir haben also auch, wenn Heß-Todestage waren, wenn diese Aufmärsche waren, oder zur Sommersonnenwendfeier am 21.06 - - war ich teilweise in den Stäben der Polizei mit dabei. Also, wir haben ständig Kontakte gehabt, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber schon in erster Linie mit dem Polizeilichen Staatsschutz logischerweise, oder auch mal normal mit der Direktion oder mit dem Revier?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, bei den Einsätzen mit den Direktionen und bei diesen Arbeitsgruppen, Sicherheitslagen usw. mit dem Polizeilichen Staatsschutz vom LKA.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie persönlich Kontakt zu Staatsschützern in

Saalfeld, der Polizei? Kannten Sie da welche?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja nun, ich kannte den Direktionsleiter damals gut, den Herrn Kick. Wir haben ja zur gleichen Zeit damals angefangen Anfang der 90er-Jahre in Thüringen, und ich kannte alle Direktionsleiter, die Vertreter zum Teil. Die waren mir bekannt, und das waren kurze Drähte, die wir hatten. Wir haben also ständig Kontakt miteinander gehabt. Wir haben uns auch bei irgendwelchen Lehrgängen, bei Fortbildungsmaßnahmen getroffen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wann ist denn das Trio und der „Thüringer Heimatschutz“ das erste Mal in Ihrem Referat quasi so ein bisschen in das Bewusstsein getreten mit Aktionen? Wer waren da für Sie die bestimmenden Figuren von den Namen her?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, der „Thüringer Heimatschutz“ war ja von Anfang an ein Thema. Früher hieß es ja die „Anti-Antifa“, später dann der „Thüringer Heimatschutz“. Das war von Anfang an ein Thema. Dieses Trio hatten wir am Anfang nicht auf dem Schirm, muss ich ganz ehrlich sagen. Das begann im Grunde erst intensiv zu werden, nachdem ich gebeten wurde, die Bombenleger zu suchen und die Bombenwerkstatt zu suchen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer hat Sie da gebeten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war der Präsident, damals der Herr Dr. Roewer. Der rief mich eines Tages zu sich, nachdem also zunächst die Puppe an der Autobahn gefunden wurde. Das war Ende 97. Das muss im November, Dezember 97 gewesen sein. Kurz darauf wurden dann zwei Bombenattrappen gefunden. Die eine war eine bloße Attrappe, das andere war eine zündfähige, aber nicht zündbereite Bombenattrappe in Jena, und das LKA kam da nicht weiter. Ich wurde dann hochgerufen und wurde dann gebeten - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Moment, der Halbsatz war wichtig.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Halbsatz, den Sie gerade gesagt haben, war wichtig, weil wir hier ja auch schon mal eine Schilderung hatten und nicht bisher - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Welcher Halbsatz war wichtig? Entschuldigung.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Das LKA kam nicht weiter.“

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, mir wurde gesagt - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das muss ja irgendjemand gesagt haben, dass das LKA nicht weiterkam.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, der Präsident war das.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer war das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der Dr. Roewer war das damals. Der rief mich dann zu sich und sagte, offenbar käme das LKA nicht weiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wie kam er darauf? Wissen Sie das? War er bei einer Besprechung, oder hat man ihm das mitgeteilt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der kam von einer Besprechung, ich nehme an, im TIM. Ich weiß nicht. Entweder war es beim LKA oder im TIM. Ich bin nicht dabei gewesen. Er kam jedenfalls von einer Besprechung, rief mich dann zu sich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ende 97?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Ende 97. Er rief mich dann zu sich. Ja, das war Ende 97. Das war in den letzten Novembertagen, in den November-, Dezembertagen war das. Er rief mich dann zu sich und gab mir den Auftrag, die Bombenbastler und nach Möglichkeit die Werkstatt zu suchen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt Moment.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie hatten ja vorhin gerade gesagt: Das Trio hatten wir. Das ist uns an anderer Stelle auch schon aufgefallen, dass die in Straftatenübersichten gar nicht aufgetaucht sind vom THS, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - also offensichtlich gar nicht die dominierende Rolle hatten, wie man ihnen vielleicht eine Zeit lang zugeschrieben hat. Bei Ihnen waren sie auch nicht mitten im Radar. Dann kommt Herr Roewer zurück von einer Besprechung, entweder im Innenministerium oder beim LKA, mit der Botschaft, das LKA, das natürlich für Straftatenverfolgungen zuständig ist, kommt nicht weiter. Sie sollen übernehmen. Wie kam man dann so zielgenau auf diese drei auf einmal?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Sie müssen sich das so vorstellen, dass wir natürlich auch vom LKA unterrichtet wurden über das, was da lief. Wir waren natürlich auch interessiert daran, zu wissen, was das LKA für Erkenntnisse über die Bombenattrappen hatte usw. Das war ja auch unser Thema. Und dann fielen irgendwann diese drei Namen auch. Das heißt, die Zschäpe war am Anfang nicht dabei. Es fielen nur die Namen Mundlos und Böhnhardt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Fielen nicht noch mehr?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Doch, sicher.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Weil das Ermittlungsverfahren wurde doch gegen mehrere geführt bei der Bombenattrappe.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich. Es gab damals die Brüder Kapke, der große und der kleine Kapke. Es war Wohlleben da. Aber im Zusammenhang mit diesen Bombengeschichten waren mehr die beiden Namen Mundlos und Böhnhardt, und das war dann auch unser Ansatzpunkt, wobei wir zunächst analysiert haben, wen wir aufnehmen können. Wenn man da anfängt zu arbeiten, muss man ja sehen, wo man anfängt. Und wir haben dann bestimmte Leute observiert, eben auch Böhnhardt und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Noch mal. Entschuldigung, ich will nicht unhöflich sein, wenn ich Sie unterbreche, aber nur, dass wir es sehr präzise haben. - Also die Namen Mundlos, Böhnhardt in diesem speziellen Fall, Bombenattrappen und auch der Verdacht, dass mehr sein könnte im Zusammenhang mit - - Also, diese Häufung: Puppentorso, Bombenattrappen usw. vorm Theater. Die Namen kamen dann vom LKA, und auch der Auftrag - wie man es auch nennen will - kam möglicherweise via Innenministerium oder LKA über den Präsidenten Roewer an Sie, nach dem Motto: Die kommen nicht weiter; sucht ihr mal.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann haben Sie sich auf wen konzentriert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir haben uns auf Böhnhardt und Mundlos konzentriert, wir haben uns auf Kapke konzentriert und auf Wohlleben. Das waren die drei, die auch vorher öfter bei irgendwelchen Aufmärschen aufgefallen waren, wobei allerdings die Ermittlungen des LKA sich zunächst einmal gegen Böhnhardt gerichtet hatten damals und auch Mundlos. Wir haben also sicherheitshalber alle vier aufgenommen, und es gelang uns bereits nach zwei Tagen, Böhnhardt und Mundlos in einer sehr konspirativen Art und Weise festzustellen und zu beobachten, wo sie bestimmte Dinge eingekauft haben und dann in eine bestimmte Garage verbracht haben. Das war die berühmte Garage Nr. 5 an der Kläranlage, die - - wo sie also auch sich in einer bestimmten Art und Weise benommen haben, als sie in die Garage reingegangen sind, dort eine Zeit lang drin verblieben, wieder rauskamen, die Garage verschlossen haben. Das war also eine konspirative Angelegenheit für uns. Und für uns war es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben das entdeckt im Rahmen einer Observation?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Observation, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War das dann - - Das LKA hat es ja auch versucht. Haben die sich zu auffällig verhalten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War es Glück, dass Sie -- kaum an die angesetzt, führen die zwei Sie zu der Garage?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich nicht beurteilen, was das LKA gemacht hat. Jedenfalls wir haben das dann so festgestellt. Ich habe das in Form eines Berichtes zusammengefasst. Wir haben Zeichnungen gemacht, haben sie dem LKA gegeben, wobei ich die zunächst als Geheim eingestuft habe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Warum?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Um zunächst mal zu verschleiern, weil wir noch nicht wussten, was wir noch zu tun hatten. Uns kam es zunächst mal darauf an, dem LKA mitzuteilen, was wir entdeckt hatten. Das LKA konnte das ja verwenden. Es durfte nur noch nicht in die Akte reinkommen, damit in einem --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Verfahren.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - möglicherweise Anwälte nicht direkt an die Erkenntnisse rankamen. Aber verwenden konnten sie es ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie -- Ich meine, jetzt haben Sie so schnell einen Treffer gelandet, picken sich vier raus, observieren zwei. So viele Trupps hatten Sie ja gar nicht. Sie hätten es ja wahrscheinlich auch nicht viel länger als ein paar Tage durchgehalten, so eine richtige Rund-um-die-Uhr-Observation, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zwei Tage habe ich gebraucht dafür.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sind Sie - was ja logisch wäre eigentlich, wenn man so schnellen Erfolg hat - danach an Böhnhardt und Mundlos drangeblieben und haben weiter observiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nachdem wir das dem LKA mitgeteilt haben, sind

wir davon ausgegangen, dass nun eine Durchsuchung erfolgen würde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Nein, nein. Wir sind ja noch im November. Die zwei verhalten sich konspirativ in so einer Garage. Dann haben Sie das dem LKA mitgeteilt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann muss ja irgendjemand mal entweder einen Untersuchungsbeschluss holen oder versuchen, über weitere Observationen vielleicht noch ein bisschen mehr Informationen zu bekommen. Es wäre ja interessant, mit wem die sich danach treffen oder weiter konspirativ einkaufen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, wir haben danach zunächst mal Pause gemacht, um nicht aufzufallen; weil für uns war das relativ klar, was sich dort abgespielt hatte, und nun war es aus unserer Sicht am LKA, nun einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken, die Sache aufzuklären, einen Durchsuchungsbeschluss zu erwirken, sich die Garagen anzusehen, zu sehen, wem die Garagen gehörten. Wir sind davon ausgegangen, dass das nun in der Mache sei, und haben nichts mehr davon gehört.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer war beim LKA Ihr Ansprechpartner für dieses Ergebnis Ihrer -- also diesen schnellen Erfolg Ihrer zweitägigen Observation?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zu dem Zeitpunkt noch der Staatsschutz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wer dort? Dressler oder --

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, also mein Ansprechpartner war damals der Kriminaloberrat Liphardt, oder wie der Mann hieß. Der war damals noch -- Das war mein persönlicher Ansprechpartner.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dem haben Sie das mitgeteilt: Wir haben die Garage oder das potenzielle Aufbewahrungsobjekt gefunden. Jetzt seid ihr wieder am Zug.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Das ist üblich so.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, Strafverfolgung ist ja auch Sache der Polizei. Was haben die dann zu Ihnen gesagt: „Wir machen den Rest, geben euch wieder Bescheid“, oder wie ist man verblieben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die haben den Bericht zur Kenntnis genommen - das ist üblich -, und dann geht man davon aus, dass die Sache jetzt anfängt zu laufen. Dann wird sich die Staatsanwaltschaft einschalten. Davon bin ich ausgegangen, dass es nun normal laufen würde.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, kann man ja auch erwarten.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das denke ich auch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war alles Ende November, Anfang Dezember.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das war dann - - Wir waren dann schon - - Ich glaube, ich habe, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, den Bericht geschrieben Anfang Dezember. Ich habe die Daten nicht mehr im Kopf, aber das muss so in der ersten Dezemberhälfte gewesen sein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann hat es gedauert bis Ende Januar?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, erstaunlicherweise hat das so lange gedauert, bis es - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie mal nachgefragt, was aus der Sache wurde, so nach vier, fünf Wochen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das ist nicht üblich. Das ist Sache der Verfolgungsbehörden. Das ist nicht üblich, so etwas. Was mich nur gewundert hat: dass die Sache dann so völlig schiefging, dass man also noch nicht einmal wusste, wem die Garage gehörte, dass das ein eigener Kollege von der Kripo war.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da haben wir aber - ich will Sie jetzt nicht unnötig da aufs Glatteis führen - eine Aussage Ihres Mitarbeiters, der nachher noch kommt, der gesagt hat, er war dieser Ermittler von Ihnen. Er war zuständig dafür, die Eigentumsverhältnisse der Garagen abzuklären, und hätte das gemacht. Also, wir werden ihn nachher selber fragen, ob das noch quasi ein Nachlauf war Ihres Auftrags ohne Auftrag, oder ob es dann Polizei und beide gemacht haben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, die Polizei wird ihm sicherlich keinen Auftrag gegeben haben. Das kann sie nicht. Aber ich wüsste nicht, dass wir danach noch mal nachgehakt haben. Also, ich kann das nicht ganz ausschließen, dass ich das dann doch noch gesagt habe. Aber ich kann mich heute daran nicht mehr erinnern. Für mich war damals mit der Abgabe des Berichtes und auch der Zeichnung die Sache abgeschlossen, zunächst mal.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Für Sie war es auch verwunderlich, dass man bei dem Vermieter der Garage 5, in der nachher der Sprengstoff lag, bei dem Namen Apel nicht gezuckt hat, obwohl das ja auch hätte ein Verwandter von Zschäpe sein können.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich. Gerade deswegen ist es umso wichtiger, das abzuklären. Aber wissen Sie, wenn man so etwas macht - so habe ich es gelernt bei der Polizei -, dann guckt man sich auch die Örtlichkeiten an. Dann hätte auffallen müssen, dass die Garage verschlossen war mit einem Vorhängeschloss usw., wem die gehörte. Man hätte abklären müssen, wer der Apel ist, ob das der Verwandte von der Zschäpe ist oder ob das ein anderer ist. Dann hätte man automatisch auf diesen Kriminalbeamten stoßen müssen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Wann sind denn Sie dann wieder von dieser Aktion informiert worden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Als die Durchsuchung gelaufen war, man die Bomben gefunden hatte und die drei untergetaucht waren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei der Durchsuchung selber waren keine Mitarbeiter von Ihnen dazugezogen worden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hatten Sie selber - Sie selber natürlich nicht, aber Ihre Mitarbeiter, als sie die Observation durchgeführt hatten und die Garage entdeckt haben - danach mal eine Chance gehabt, einen Blick reinzuwerfen auf das Areal? Das ist ja, glaube ich, frei betretbar, dann zwar wieder umzäunt, aber dass man sagt, man kann mal an der Seite reingucken oder durch das Tor, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich bin später, Wochen später, mal da gewesen und habe mir das mal angesehen. Aber wissen Sie: Wenn ich überall hinfahren müsste, dann wäre ich nur unterwegs gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und Ihre Mitarbeiter?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich denke schon, dass unsere Obs.-Kräfte da schon öfter vorbeigefahren sind. Das denke ich schon, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber irgendwie mal versucht, einen Blick durch den Spalt der Tür, oder was offen ist, oder mal in die Garage selber zu bekommen, was drinliegt, das nicht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein. Zumindest nicht vor der Durchsuchung. Das hätte ich als Fehler angesehen, dass - - Man weiß ja nicht, ob Gegenobservationen laufen. Das weiß man ja alles vorher nicht, und deswegen hätte ich das als Fehler angesehen, da so was zu machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie ja gesagt, Sie haben vier in den Blick genommen. Mundlos, Bönnhardt, die haben Sie gleich zur Garage geführt innerhalb von zwei Tagen. Aber Sie hatten gesagt, Sie hätten ja auch Kapke und Wohlleben in den Blick genommen, weil die ja auch Gegenstand des Strafverfahrens waren. Es waren ja nicht nur die drei. Es waren ja ins-

gesamt sechs Personen. Haben Sie die auch observiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die sind auch ein paar Tage observiert worden, aber das wurde dann hinterher abgebrochen. Nachdem wir diese Feststellung getroffen hatten, haben wir das abgebrochen, weil es im Moment keinen Grund gab. Die haben wir erst hinterher wieder aufgenommen, nachdem die drei untergetaucht waren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Bei der Untersuchung selber waren Sie nicht dabei.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und haben dann wie erfahren davon, dass die ganze Sache kräftig schiefiging?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich denke mal, durch einen Telefonanruf. Das kann ich heute im Detail nicht mehr sagen, ob ich angerufen wurde oder ob das bei der nächsten Besprechung war. Jedenfalls haben wir sehr schnell erfahren, dass die drei weg waren. Das hat mich auch deswegen gewundert, weil ich es gewohnt bin oder gewohnt war von der Polizei: Wenn wir irgendwo eine Durchsuchung machten, dann haben wir die Eigentümer dieser Objekte immer dazugehabt und haben die so lange dabei gelassen, bis die Durchsuchung abgeschlossen war. Darum hat es mich gewundert, dass die drei nicht dabei waren bzw. der eine, der dabei war, sich dann ins Auto setzen konnte und wegfuhr. Das ist für mich etwas außergewöhnlich, sage ich ganz ehrlich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, es ist nicht ganz geklärt, letztendlich bis heute, ob der wegfuhr, nachdem in seiner Garage nichts war, oder ob er noch da war, als in der Garage 5 schon was gefunden wurde. Das lässt sich wahrscheinlich im Nachhinein auch nicht mehr ganz klären.

Jetzt waren die weg, der Schlamassel war da und die Blamage auch, vor allen Dingen für das LKA. Ihr Präsident, Ihr ehemaliger Präsident hat vorhin gesagt, man hätte dann eine nachrichtendienstliche Operation - sinngemäß - eingeleitet, um den Standort dieser

drei Flüchtenden ausfindig zu machen. War das so?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das hat ein paar Tage gedauert. Dann wurde ich wieder hochgerufen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Zum Präsidenten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ein, zwei Tage, vielleicht auch drei Tage. Da kann ich mich jetzt nicht festlegen. Da wurde ich wieder hochgerufen und wurde also gebeten, nun die drei zu suchen. Es war wohl so, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, dass zunächst die Staatsanwaltschaft ablehnte, einen Haftbefehl auszustellen; aber sie haben es dann zwei, drei Tage später doch getan. Dann wurde ich aufgefordert, mit meinen Leuten die drei zu suchen. Und dann haben wir ja im Grunde auf dreierlei Wegen, wie das so üblich ist - einmal durch Observationsmaßnahmen, dann durch G-10-Maßnahmen, also Überwachung Telekommunikation, und durch Einsatz von V-Leuten -, versucht, an den Aufenthaltsort der drei ranzukommen, erst mal an den Fluchtweg und dann an den Aufenthaltsort der drei ranzukommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Und wo haben Sie V-Leute eingesetzt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir hatten im Grunde zu dem Zeitpunkt einen V-Mann, den „2045“. Den kennen Sie ja. Der ist ja mittlerweile enttarnt worden. Der wohnte ja unten im Bereich - - Der wohnte zu dem Zeitpunkt noch in Coburg. Da wohnte und arbeitete er auch, bei diesem Verlag Dehoust. Und den haben wir zunächst mal angesetzt, haben aber dann sehr schnell gemerkt, dass die Szene diese Leute abgeschottet hat.

Man muss sich das so vorstellen damals: In den Anfangstagen wurden die gefeiert wie Helden. Das waren die Helden. Die hatten der Öffentlichkeit gezeigt, dass sie Bomben bauen konnten. Die hatten der Öffentlichkeit gezeigt, dass sie der Polizei ein Schnippchen schlagen konnten, dass sie also der Polizei zeigen konnten, wie man mit staatlichen Organen umgeht, und nun waren das die Helden der Szene, und die wurden abgeschottet. Die Quelle hat uns also sehr früh schon

mitgeteilt, dass, wenn man also direkt nachfragen würde, die sofort die Schotten runtermachen würden. Wir hatten sie also angesetzt auf Wohleben und Kapke. Das waren die beiden Hauptführer im Bereich Jena. Das war ja später auch richtig, wie sich herausstellte, dass der große Kapke - - Wenn ich von Kapke spreche, meine ich immer den älteren, den dicken, den großen Kapke. Es gab den großen und den kleinen. Das waren zwei Brüder. Und das andere war Wohleben. Wohleben war damals NPD-Funktionär, war stellvertretender Vorsitzender und Pressesprecher. Kapke war so der informelle Führer der „Kameradschaft Jena“ im „Thüringer Heimatschutz“. Das waren damals die Stellungen, die die zwei hatten, und auf die beiden haben wir dann die Quelle angesetzt und kriegten dann so nach und nach sehr zaghafte Hinweise, dass die zwei - - die drei also Richtung Osten sich abgesetzt hatten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Wo? Osten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtung Osten. Und es stellte sich wohl sehr schnell raus, dass sie sich Richtung Chemnitz abgesetzt hatten. Das war wohl schon nach einigen Tagen erkennbar, dass es in diese Richtung gegangen war.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das hatten Sie nur von der einen Quelle, oder gab es auch andere Ansatzpunkte, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst mal.

Clemens Binniger (CDU/CSU): - die für Chemnitz sprachen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst mal von der Quelle nur. Wir hatten ja noch eine Quelle in Gera, aber die war zunächst da noch nicht dran. Wir wollten es auch langsam machen. Wir hatten natürlich auch TKÜ-Maßnahmen eingeleitet und wollten nun abwarten, was da lief. Aber die Informationen waren am Anfang sehr spärlich. Es gab also zum Beispiel Hinweise, dass das eine Auto an der Autobahn gefunden wurde, an der A4 Richtung Sachsen. Es gab Hinweise darauf, dass es Telefonate von Sachsen aus gab, von Chemnitz aus gab. Das waren so die ersten Hinweise, dass sich die

drei wahrscheinlich Richtung Sachsen, Chemnitz, abgesetzt hatten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es in dem Zusammenhang auch gleich Hinweise auf Namen aus der Chemnitzer rechten Szene, wo die sein könnten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Am Anfang noch nicht. Am Anfang noch nicht; das hat sich später erst rausgeschält. Da war dann hinterher die Rede von einer Mandy S.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer hat das eingebracht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der Name von der Mandy S. kam, glaube ich, von der Quelle „2045“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch, ja?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Denke ich mal, ja. Also, ich denke mal, damals -- Zunächst, in der Anfangsphase, ich sage mal, so das erste viertel, halbe Jahr, kamen fast nur Hinweise von „2045“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und da kam auch der Hinweis auf eine Mandy S. in Chemnitz.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zum Beispiel, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber welche Rolle und wie die gerade an die Jenaer drankommt, war nicht klar, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das war zu dem Zeitpunkt noch nicht klar. Die hatte also -- Das hat sich dann aber auch später erst - so was geht ja über Tage, Wochen dann - rausgestellt, dass die einen Freund hatte, der irgendwo anders tätig war oder studierte; das weiß ich heute auch nicht mehr genau. Jedenfalls, dessen Wohnung stand leer, und wir hatten den Eindruck, dass diese Wohnung wohl genutzt werden sollte. Die haben wir dann auch längere Zeit observiert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die in Chemnitz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: In Chemnitz, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War das eine Absprache mit den Kollegen in Sachsen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Auch eine Absprache mit der polizeilichen Zielfahndung? War die da schon unterwegs?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, mit der Polizei noch nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dort noch nicht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Es war aber mittlerweile so: Irgendwann - ich weiß nicht; den Zeitpunkt kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen - kriegten wir dann von unserem LKA den Hinweis, dass wir nicht mehr mit dem Staatsschutz zusammenarbeiten, sondern nur mit der Zielfahndung, und haben dann natürlich nur noch unsere Erkenntnisse mit der Zielfahndung ausgetauscht. Das heißt, wir haben dann hinterher eine sehr enge Zusammenarbeit -- Wir haben die teilweise bei uns mitfahren lassen. Der erste Leiter dieser Zielfahndung war ein Herr Ihling. Das war ein sehr vernünftiger Mann, der leider viel zu früh gestorben ist. Das wurde hinterher etwas problematischer, als ein anderer da hinkam.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Wunderlich?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der Herr Wunderlich, ja, der uns also von vornherein immer vorwarf, wir würden die drei decken oder irgend so einen Quatsch da erzählt hat. Aber wir haben dann --

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie mal gefragt, wie er dazu kommt? Das ist ja doch ein schwerwiegender Vorwurf.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war ein schwerwiegender Vorwurf, ja. Aber er hat das immer so behauptet. Wir haben gesagt: Sie können ja mitfahren mit uns. - Er ist auch mit uns im Auto mitgefahren teilweise. Er ist mit dabei gewesen. Bei Obs.-Maßnahmen ist

er teilweise mit dabei gewesen. Aber der Vorwurf ist immer im Raum gestanden, und interessanterweise immer auch die führenden Leute des LKA haben diesen Vorwurf so angenommen. Gott sei Dank hat sich ja hinterher rausgestellt über die Schäfer-Kommission, dass das Unsinn war. Aber na ja, so ist das halt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schrader, kurze Zwischenfrage.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Als Sie dann den Auftrag hatten, den Aufenthaltsort des Trios zu ermitteln im Jahr 98, nach dem Abtauchen: -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - Die meisten Hinweise kamen zunächst von „2045“.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es gab einen Hinweis auf Chemnitz und Mandy S.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War Ihnen bekannt, dass dieses Trio, als es noch in der Legalität war, im Rahmen der HNG auch Gefangenenbetreuung durchgeführt hatte und da auch zu bestimmten Leuten einen engen Besuchs- und Briefkontakt aufgebaut hatte, die in Gefängnissen saßen, oder haben Sie da mal nachgefragt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das gab es. Also nicht von der Zschäpe. Ich meine - ich will mich da jetzt nicht festlegen -, entweder war es Mundlos oder Bönnhardt. Ich meine, es wäre Bönnhardt gewesen, der in der HNG mitgearbeitet hat und der also auch Gefängnisbesuche machte damals. Das wussten wir.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wussten Sie auch, bei wem?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich jetzt nicht mehr sagen im Einzelfall. Aber ich weiß, dass er im Gefängnis war. Er

hat Besuche im Gefängnis gemacht. Ich weiß auch, dass sie sie versorgt haben mit bestimmten Dingen. Das ist nicht neu, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Letzte Frage von mir in der Runde. In der Garage wurde neben Sprengstoff und all dem anderen Zeugs ja auch eine Adressliste gefunden offensichtlich.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, da weiß ich von. Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat man Ihnen die im Rahmen Ihres Auftrages oder in der Frühphase 98 - - Oder haben Sie die überhaupt jemals zu Gesicht bekommen? Weil so, wie wir sie heute ansehen, liest sie sich wie eine Landkarte der Flucht- und Tatorte. Da sind Adressen in Jena, in Chemnitz, Nürnberg, Ludwigsburg, Hamburg, Rostock drauf. Haben Sie die jemals bekommen? Oder Ihre Mitarbeiter?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich kann das nicht ausschließen; aber ich kann mich nicht daran entsinnen, die gesehen zu haben. Aber ich kann es nicht ausschließen. Wissen Sie, nach 14 Jahren kann man sich an jedes Detail nicht mehr erinnern. Aber ich - - Also, ich sage mal so: Wenn ich die Liste gesehen hätte und hätte sie ganz durchgelesen, hätte ich sicherlich ein Erinnerungsvermögen. Von daher neige ich eher dazu, zu sagen, dass ich sie nicht gesehen habe, kann aber nicht ausschließen, dass sie bei uns im Referat doch gelandet ist. Aber, wie gesagt, mit aller Vorsicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Zwischenfrage von Herrn Schuster, bitte mit Mikrofon.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wussten Sie, dass es die gibt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Später habe ich das erst - - Später, ja, das weiß ich. Also, heute weiß ich das auch. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, es ist offen, ob das damals schon bekannt gewesen ist. - Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Herr Kollege Rix.

Sönke Rix (SPD): Herzlichen Dank. - Ich knüpfe da mal gleich an. Sie haben gerade gesagt: Gott sei Dank ist dann ja in dem Schäfer-Bericht herausgestellt worden, dass da keiner eine deckende Hand über irgendjemanden gehalten hat. - Aber nichtsdestotrotz haben wir es hier damit zu tun, dass wir vonseiten der Polizei und von Ihrer Seite oder auch von Ihren Behördenvorgesetzten unterschiedliche Informationen darüber haben, wie man mit Informationsfluss umgegangen ist. Sie haben jetzt vielleicht die Gelegenheit, uns dabei behilflich zu sein, das vielleicht auch zu entkräften.

Deshalb ist für mich noch einmal die Frage, wie, in welcher Form, denn wirklich alle relevanten Informationen an die Polizeibehörden weitergegeben worden sind. Denn nachdem die Staatsanwaltschaft ja einen Haftbefehl ausgesprochen hat, ist es ja auch so, dass die in erster Linie dafür zuständig sind, dass dieses Trio auch gefasst wird. Also, in welcher Form hat das stattgefunden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Diese Informationen sind fast alle mündlich geflossen, und wenn Sie sich mal die Mühe machen, den Schäfer-Bericht durchzulesen, dann werden Sie an einer ganzen Reihe von Stellen feststellen - - Wo es also heißt: „Dienstlich wurde bekannt, das und das“, da schreibt Schäfer an verschiedenen Stellen, dass nicht ersichtlich ist, warum die Zielfahndung hier und dort mit TKÜ-Maßnahmen ansetzte. Das sind alles diese Dinge, die sie von uns erfahren haben; denn gerade die Zielfahndung - mit dem Staatsschutz hatten wir da ja nichts mehr zu tun - hat ja immer wieder behauptet, sie habe selber keine eigenen Ansätze. Und wenn sie dann dennoch über 30 TKÜs macht, muss sie ja irgendwo die Informationen hergehabt haben, und das waren meistens Informationen, die von uns kamen.

Manche Dinge haben wir auch offiziell übergeben, einige wenige Deckblattmeldungen, aber die Masse eben nicht, aus Quellenschutzgründen, weil wir eben nicht sicherstellen konnten, dass diese schriftlichen Dinge, die wir übergeben hätten, dann in irgendwelchen Akten auftauchen und dann irgendwelchen Anwälten zur Kenntnis kamen. Und darum haben wir das schriftlich gegeben, und ich denke auch, der Herr Wunderlich - der war das wohl -

Sönke Rix (SPD): Richtig.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - hat an einer Stelle ja auch ausgesagt, dass er von uns gebeten worden ist, nach Möglichkeit über diese Erkenntnisse nichts schriftlich zu machen. Das ist genau so gewesen. Und wir haben also - - Wissen Sie, ich kann jetzt nicht ausschließen, dass ich ihm alles gesagt habe; aber das, was ich für relevant oder was wir für relevant gehalten haben, haben wir ihnen mitgeteilt, denn sonst hätten sie auch diese Ansätze nicht haben können.

Sönke Rix (SPD): Was waren denn für Sie die herausragendsten relevanten Informationen, die die Polizei wissen musste, damit sie auf dieses Trio stoßen können?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, für mich ist immer alles das interessant gewesen damals, was zum Aufspüren der drei geführt hätte. Das war für mich interessant gewesen, und es gab einige wenige Dinge, die rein ... (akustisch unverständlich) waren oder die verifiziert werden mussten.

Sönke Rix (SPD): Was gehörte denn dazu? Also, welche Merkmale gehörten dazu?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen jetzt im Einzelfall so nicht mehr sagen.

Sönke Rix (SPD): Stichwort.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn Sie mir ein paar Deckblattmeldungen vorhalten würden, könnte ich Ihnen sagen, ob das so eine war. Also, ich kann Ihnen jetzt keine - -

Sönke Rix (SPD): Stichwort Waffenbesitz beispielsweise.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, die eine Geschichte, die Sie hier ansprechen, die von der anderen Verfassungsbehörde aus kam. Das war auch so ein typisches Beispiel. Da kriegten wir also den Hinweis, dass - so ähnlich stand wohl da drin - eine andere Person aufgefordert ist, Waffen zu besorgen, damit sie einen weiteren Überfall begehen konnten, zu einem Zeitpunkt, als es noch gar keine Überfälle gab.

Sönke Rix (SPD): Aber trotzdem gingen die ja von einem weiteren Überfall aus.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, eben. Das war für uns also - - Für mich war das damals merkwürdig, weil wir bis zu dem Zeitpunkt von noch keinem Überfall gehört hatten. Dennoch sind wir dann nach Potsdam gefahren, Herr Nocken und ich, haben mit den Sachsen, mit den Brandenburgern über diese Dinge gesprochen und haben entgegen dem ausdrücklichen Wunsch von Brandenburg gesagt: Wir können diese Dinge nicht für uns behalten. - Und dann sind Herr Nocken und ich abends noch - am 16. oder 17. August ist das gewesen - zum LKA gefahren - der Kriminaloberrat Luthardt führte das LKA damals - und haben mit ihm noch in den späten Abendstunden darüber gesprochen, weil wir aus internen Gründen es nicht schriftlich weitergeben durften. Aber wir wollten es auch nicht für uns behalten und haben dann diesen Weg gewählt. Auch daran mögen Sie sehen, dass wir uns alle Mühe gegeben haben. Wir haben uns da sehr aus dem Fenster rausgehängt, und die Brandenburger waren uns darüber auch hinterher bitterböse, dass wir das so gemacht haben.

Sönke Rix (SPD): Die zweite Sache, die aufgetaucht ist, ist die MAD-Information, dass dieses Trio sich auf einer Ebene des Rechtsterrorismus bewegen sollte, eine Information vom 15.09.99. Wie sind Sie damit umgegangen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, weil am 15.09.99 ich bereits vom Referat entbunden war, von meinem ehemaligen Präsidenten, aus freundlichen Gründen.

Sönke Rix (SPD): Aus freundlichen Gründen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Sönke Rix (SPD): Gut. - Dann würde ich noch mal darauf zurückkommen, wie Sie mit den Informationen hausintern umgegangen sind; denn da gibt es auch im Schäfer-Bericht, auf den Sie ja selber verweisen, auch den Hinweis, dass Informationen nicht unbedingt an die zuständige Auswertung gegangen sind, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Sönke Rix (SPD): - insbesondere was dieses Trio anbelangt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das ist richtig. Es waren damals bei uns im Haus vier Leute, die von den ganzen Vorgängen wussten. Das war der Auswerter teilweise, das war mein Vertreter, der Herr Wießner, das war mein Chef, der Herr Nocken, und ich. Wir wussten von diesen Dingen, und wir haben immer zusammen besprochen, wie wir mit diesen Dingen umgehen. Was wir damals verhindern wollten - und das war der Hauptgrund, warum wir nicht alles an die Auswertung weitergegeben haben -, war, dass die Auswertung, so wie es richtig gewesen wäre, dann sofort diese Meldung gestreut hätte, weil uns die Quelle immer wieder sagte: Vorsicht, sobald wir zu sehr nachfragen, werden die Schotten runtergelassen, und dann erfahren wir nichts mehr. - Und daher haben wir die Masse dieser Meldungen zunächst mal bei der Beschaffung gelassen und haben gesehen, wie wir weiterkamen, und haben dann erst sukzessive, nach und nach, diese Dinge an die Auswertung bzw. an die Ämter gegeben, die es wissen mussten. Die Einzigen, die das fast immer mitgekriegt haben, war die Polizei, weil wir uns praktisch jeden Tag getroffen haben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Gleicke, bitte.

Iris Gleicke (SPD): Ich will da gleich mal nachfragen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Iris Gleicke (SPD): Sie sagen, die Polizei hätte also wissen müssen - Sie haben die Informationen weitergegeben -, dass das Trio Waffen hat.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Iris Gleicke (SPD): Wie erklären Sie sich, dass es bei der Zielfahndung aber offensichtlich nicht angekommen ist, bei Herrn Wunderlich?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Da müssen Sie Herrn Luthardt fragen. Da müssen Sie Herrn Luthardt fragen. Wir haben

diese Meldung wegen der besonderen Brisanz - - Weil wir das im Grunde gar nicht durften, sind wir dafür extra bis zum Präsidenten gefahren und haben ihm das gesagt. Und wenn er das weitergibt, kann ich Ihnen nicht sagen, warum. Dann müssen Sie ihn schon selber fragen.

Iris Gleicke (SPD): Das heißt, in den vielen Gesprächen, die Sie schildern - Zusammenarbeiten usw., und die durften da mitfahren usw. -, da haben Sie nicht über Waffen gesprochen, über die Gefährlichkeit dieses Trios, sondern das haben Sie nur dem Herrn Luthardt gesagt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, über diese Meldung nicht. Ja, richtig. Wir hätten diese Meldung zunächst gar nicht weitergeben dürfen.

Iris Gleicke (SPD): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, bitte, ich kann das nur so sagen. So war es.

Sönke Rix (SPD): Ich will da noch mal einhaken.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Sönke Rix (SPD): Nun hat es augenscheinlich diesen Informationsfluss innerhalb der Polizeibehörden nicht gegeben, und da gab es dann sogar ein Schreiben der Staatsanwaltschaft an den Landesverfassungsschutz mit 20 Fragen, der dieses thematisiert hat. Kennen Sie dieses Schreiben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, da habe ich ein paarmal von gehört. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe dieses Schreiben - - Wann soll das denn gewesen sein? Vielleicht können wir das einschränken.

Sönke Rix (SPD): Ende 98.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ende 98. Da war ich noch Referatsleiter. Da hätte ich das wissen müssen, ja. Kann ich aber nicht sagen. Ich kenne das Schreiben nicht. Das ist ja etwas außergewöhnlich. Das müsste ich wissen normalerweise.

Sönke Rix (SPD): Eben. Und da ist ja der Widerspruch, den wir ja haben, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Sönke Rix (SPD): - dass Sie immer wieder sagen, Sie haben an die Dienstleitung quasi die relevanten Informationen gegeben, und die sind nicht weitergegeben worden. Dann gab es einen Hilferuf, und der ist angeblich bei Ihnen nie aufgetaucht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich glaube nicht, dass wir es uns erlaubt hätten, einen 20-Fragen-Katalog der Staatsanwaltschaft nicht zu beantworten. Das glaube ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die Darstellung der Staatsanwaltschaft war, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dann zur Staatsanwaltschaft gekommen sei und hätte die Fragen mündlich beantwortet, und zwar kollektiv mit Nein. Das ist Ihnen aber auch nicht bekannt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, wenn von uns, Herr Vorsitzender, einer zur Staatsanwaltschaft geht, dann wäre das sicherlich nicht einer von der Arbeitsebene oder von der Ermittlungsgruppe gewesen. Dann wäre das aus der Führungsebene jemand gewesen. Dann wäre ich da selber oder mein Vertreter gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie waren es nicht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Mit Sicherheit nicht, nein. Das wüsste ich. Daran würde ich mich erinnern. Ich bin ein einziges Mal, ein einziges Mal während dieser Zeit bei der Staatsanwaltschaft gewesen, in Gera, damals bei dem damaligen LOSTa Koeppen. Da ging es um die Rückführung des jungen Böhnhardt in einem anderen Zusammenhang. Das war mein einziger Kontakt, den ich mit der Staatsanwaltschaft in all den Jahren hatte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nach dem Gespräch in Potsdam, wo Sie - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Über diese Waffenmeldungen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das war ja im Herbst 98. Da lag die Information einer Quelle vor: Erstens, die drei warten auf Waffen, zweitens, sie planen einen weiteren Überfall, um sich mit Geld zu versorgen, und drittens, sie beabsichtigen, sich nach Südafrika abzusetzen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Drittens? Beabsichtigen was?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie beabsichtigen, sich nach Südafrika abzusetzen. Auch diese Information ist ja gegeben worden. Haben Sie über alle drei Aspekte Ihrer Erinnerung nach Herrn Luthardt informiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, das weiß ich jetzt nicht, ob wir das mit dem Südafrika - - Doch, das mit dem Südafrika müssen wir auch gemacht haben, weil in dieser Sache bin ich selber noch tätig geworden, und zwar über den Verbindungsbeamten des Bundeskriminalamtes. Diese Geschichte mit dem Absetzen nach Südafrika - - Da gab es ja diesen Dr. Nordbruch, der dort eine Farm hatte, und da haben wir eine eigene Operation eingeleitet mit der Maßgabe, dass wir also über unsere Quelle den Zubringern - sprich: Wohlleben und Kapke - Geld haben zukommen lassen für Pässe. Uns wurde also von der Quelle gemeldet, dass die drei Pässe bräuchten und dass es also Leute gäbe, bei denen sie diese Pässe machen lassen könnten. Ich habe dann damals noch über das Referat 3 im Innenministerium, den damaligen Leitenden Kriminaldirektor Walentowski, Verbindung aufnehmen lassen zum BKA, weil die dort einen Verbindungsbeamten in Sofia hatten, und wir hatten dann vor, mit diesem Geld die Pässe zu besorgen und sie über Sofia ausreisen zu lassen, um sie dann mithilfe des BKA in Sofia festnehmen zu lassen. Von daher also habe ich mit Sicherheit über diese Dinge gesprochen. Ob ich das nun zu dem Zeitpunkt so detailliert Herrn Luthardt gesagt habe, kann ich jetzt nicht sagen. Aber die Tatsache an sich ist später für eine Operation noch von Bedeutung gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Sie haben mindestens Herrn Luthardt zeitnah informiert über möglichen Waffenbesitz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das mit Sicherheit; ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie Herrn Luthardt gesagt: „Das dürfen Sie aber nicht weitergeben an die Fahndung“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das haben wir so nicht gesagt. Wir haben Herrn Luthardt nur gesagt, er möge mit dieser Information vorsichtig sein. Wir hätten das auf unsere Kappe genommen, das zu sagen, damit Leute, wenn Leute an die drei rangingen, damit rechnen müssten, dass sie im Besitz von Waffen seien, aus Eigenschutzgründen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, eben. Das ist ja das, was die Zielfahndung - Herr Wunderlich - bei uns als Zeuge beklagt hat.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, der Herr Wunderlich hat viel erzählt. Entschuldigen Sie bitte, dass ich das so sage; aber mehr kann ich Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Luthardt sagte auch, er hätte es nicht von Ihnen erfahren.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, dann weiß ich nicht, wo das Erinnerungsvermögen ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Erzählt der auch viel, der Herr Luthardt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Aber ich bin mit Herrn Nocken abends da gewesen, und wir haben nur über diese Meldung gesprochen. Diese Meldung war der Grund, warum wir da waren.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Gleicke.

Iris Gleicke (SPD): Nun haben Sie vorhin gesagt, dass die Quelle „2045“ recht zügig nach dem Abtauchen des Trios einen Hinweis gegeben hat, dass die in Chemnitz seien könnten. Habe ich Sie da vorhin richtig verstanden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das haben Sie nicht ganz richtig verstanden. Es gab mehrere Indizien, die darauf hindeuten. Das Erste war zum Beispiel das Fahrzeug, was wir an der Autobahn gefunden haben, und das Zweite war, dass es nach dorthin Verbindungen, Telefonate gab. So, und dann hat die Quelle gesagt: Jawohl, so wie sie gehört hat, geht sie auch davon aus, dass es so ist. Das hat sich also im Laufe von mehreren Tagen mit mehreren Indizien so ergeben.

Iris Gleicke (SPD): Dann gab es ja eben auch diesen Hinweis, dass die Waffen haben können, dass die sich Waffen besorgen für einen weiteren Überfall oder weitere Überfälle.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das war ja viel später erst mit den Waffen.

Iris Gleicke (SPD): Aber es gab ja dann in der Tat den ersten Überfall Ende 98 auf diesen Edeka-Markt in Chemnitz. Also, der Zusammenhang Chemnitz und Chemnitz ist ja sehr auffällig. Haben Sie da keinen Zusammenhang hergestellt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das höre ich jetzt zum ersten Mal, diesen Überfall in Chemnitz auf den Edeka-Markt.

Iris Gleicke (SPD): Aber aus den Akten des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz geht ja auch aus der Liste hervor, wo die weiteren Überfälle gewesen sind. Haben Sie das niemals zusammengeführt, die Informationen? Sind Sie da nicht drangeblieben? Da ist ein Trio, das hat Waffen oder besorgt sich Waffen. Es gibt Hinweise auf Überfälle. Führt man dann solche Informationen nicht zusammen? Kommt man da nicht auf die Idee?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn man sie kriegt, ja. Die Frage ist nur, wann man sie kriegt. Normalerweise ist es nicht üblich, dass die Polizei uns meldet, wenn Überfälle, Banküberfälle da sind, weil das nicht unsere Zuständigkeit ist.

Iris Gleicke (SPD): Aber Sie haben doch vorhin gesagt, Sie haben so eng miteinander zusammengearbeitet, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Iris Gleicke (SPD): - und Sie haben regelmäßige Besprechungen geführt. Sie wissen zwar nicht mehr ganz genau, mit wem, also ob es immer nur der Herr Luthardt war, oder auch mit den anderen, mit denen Sie gesprochen haben. Haben Sie da nicht nachgefragt? Also, wenn man ein solches Trio, dessen Gefährlichkeit man ja schon erkannt haben will, im Auge behält - noch mal: Waffen, Überfälle -, ist darüber nie geredet worden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, zu dem Zeitpunkt noch nicht. Sie müssen sich das so vorstellen: Zunächst einmal waren das - in Führungsstrichen - untergetauchte Straftäter. Die waren damals so - -

Iris Gleicke (SPD): Na, in Führungsstriche müssen wir das nicht setzen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Iris Gleicke (SPD): Es gab ja wohl auch schon rechtskräftige Urteile.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, gut, aber das war doch - - Es war jedenfalls nicht so viel, dass sie festgenommen werden konnten. Im Grunde genommen waren es relative Kleinigkeiten damals.

(Sönke Rix (SPD): Es gab doch einen Haftbefehl!)

Iris Gleicke (SPD): Aber Haftbefehle gab es doch.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Denn sonst hätten sie ja früher festgenommen werden können. Und das mit den Banküberfällen kommt doch nur bei uns an, wenn uns das offiziell gemeldet wird. Dem Verfassungsschutz wird in der Regel kein Banküberfall gemeldet. Ich kann Ihnen heute nicht mehr sagen, wann ich den ersten Banküberfall zur Kenntnis genommen habe. Das weiß ich heute nicht mehr, weil das für uns kein Thema damals war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zeit bitte. Die Zeit ist um.

Iris Gleicke (SPD): Ich wollte nur noch mal meine Verwunderung zum Ausdruck

bringen. Ich meine, das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz - - Oder überhaupt: Sie arbeiten doch mit nachrichtendienstlichen - - Sie arbeiten ja nicht mit offiziellen Meldungen, wo jemand zu Ihnen kommt und sagt: „Ich zeige jetzt hier offiziell einen Banküberfall an“, sondern Sie recherchieren doch im Umfeld. Solche Informationen müssen doch ausgewertet und zusammengeführt werden.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, zu dem Zeitpunkt, von dem Sie sprechen, war immer noch die Rede in den Meldungen, dass die Leute Geld brauchten, später, dass sie jobben würden, dass sie diese veränderten Monopoly-Spiele verkauft haben, dass in der Szene gesammelt wurde. Soweit ich das heute in Erinnerung habe, wurde bis ins Jahr 99 immer noch gesagt: Sie haben Geldnöte. - So habe ich das in Erinnerung. Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das waren die Überfälle.

Iris Gleicke (SPD): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Schrader, schönen guten Tag, guten Abend!

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Guten Abend, Herr Kurth!

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie sind ins Amt gekommen und wurden dann direkt Referatsleiter.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zu der Zeit war die Abteilung Beschaffung und Auswertung schon zusammengelegt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Beschaffung heißt was?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nachrichtenbeschaffung aus allen möglichen offenen und verdeckten Quellen. Informationsgewinnung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt habe ich die Nachricht als Beschaffer, und was mache ich jetzt mit der Nachricht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dann werte ich die Nachricht, was damit los ist, und dann gebe ich die in die Auswertung, und dann muss gesehen werden: Ist das eine Nachricht für bestimmte Personen, für Personenkreise, für Organisationen, für irgendwas? Und die werden dann dort zusammengeführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, es wird ja hin und wieder die Praxis angewendet, dass der Beschaffer die Nachricht beschafft - das ist klar -, und alles, was er dazu gehört hat und gesehen hat oder wie auch immer, schreibt er auf und gibt das dann so weiter an den Auswerter.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Sie müssen sich das so vorstellen: Die Nachrichten, die beschafft werden, kommen einmal in Form von Berichten von V-Leuten, dann aus irgendwelchen Publikationen und, wenn es irgendwelche Dinge gibt, TKÜs bzw. Postüberwachung. Das sind die üblichen Wege. Oder wenn Berichte von anderen Behörden kommen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, Herr Nocken hatte in seinem ersten Auftritt hier im Untersuchungsausschuss sehr deutlich gesagt, dass bereits der Beschaffer eine erste Auswertung vornimmt, und Sie haben es ja auch gerade eben gesagt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das habe ich eben gesagt, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es soll ja aber gerade dadurch, dass der Beschaffer quasi alles aufschreibt, verhindert werden, dass bereits derjenige, der direkt an der Quelle dran ist, schon irgendwas zum Beispiel weglassen kann, was eventuell in anderen Zusammenhängen relevant ist. Hat diese Gefahr nicht bestanden beim Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Doch, selbstverständlich. Solange das um irgendwelche normalen Informationen ging, ist das auch so gewesen. Aber wir haben jetzt ja die ganze Zeit gesprochen über die drei, die

untergetaucht sind, und da ging es ja nur um die Frage: Wie kommen wir an den Aufenthaltsort ran? Wenn es jetzt um Informationen über Organisationen ging, über Personen, über Skin-Konzerte, über Aufmärsche, ist das ja etwas ganz anderes gewesen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. - Wenn die V-Mann-Führer ihren V-Männern gegenüber saßen, wie haben sich denn da die V-Mann-Führer selbst bezeichnet? Herr Wießner wird ja nicht hingegangen sein und wird gesagt haben: Guten Tag, ich bin Herr Wießner aus Erfurt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, die haben ja alle mit Decknamen gearbeitet. Es war ja so, dass zunächst diese Quelle geworben wurde. Herr Wießner war ja damals Referatsleiter Forschung und Werbung. Er hat die Quelle geworben, hat sie eine Zeit lang geführt, und dann wurde sie an einen V-Mann-Führer im Referat übergeben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber wie hat er sich bezeichnet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Der hat einen Arbeitsnamen gehabt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der hat einen Arbeitsnamen gehabt, natürlich, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat man denn eigentlich grundsätzlich einen Arbeitsnamen gehabt, den man so lange, wie man im Dienst war, führte, oder hat man auch gewechselt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, wenn es keinen Grund gab, zu wechseln, hat er den über Jahre geführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatte dieser Arbeitsname Vor- und Zuname?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Den haben wir alle gehabt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und Sie kannten auch die Arbeitsnamen Ihrer Mitarbeiter?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie war denn der Arbeitsname von Herrn Wießner?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich heute nicht mehr sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und von Herrn Bode?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ach, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, der *Stern* hat 2001 geschrieben, dass Herr Brandt mit seinem V-Mann-Führer namens „Günther“ zusammengesessen hatte.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, „Günther“, „Günther“ ist - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Haben Sie „Günther“ in einem anderen Zusammenhang schon mal gehört?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: „Günther“ ist eine ganz andere - - „Günther“ ist eine ominöse Quelle, die bei uns über Jahre im Amt herumgeschwirrt ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, um es ganz kurz noch mal zu sagen: Also, das steht erst mal. Laut *Stern* hieß der V-Mann-Führer von Brandt „Günther“.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, der V-Mann-Führer von Brandt hieß nicht „Günther“, sondern „Günther“ war eine Quelle, die offenbar von Roewer geführt werden sollte, die aber niemand kannte, die vom Namen jemand kannte, aber persönlich niemand kannte. Aber ansonsten: „Günther“ war ein Phantom bei uns. Da müssen Sie Roewer nach fragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das haben wir gerade eben ausgiebig getan.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, gut.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Vielleicht könnten Sie noch einen Hinweis geben; das war jetzt die Hoffnung. Haben Sie noch irgendwas hinzuzufügen zur Causa „Günther“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, kann ich Ihnen auch nicht geben. Wir haben auch, um es ganz offen zu sagen, versucht, dahinterzukommen, wer „Günther“ ist. Es ist uns nicht gelungen. Wir wissen nur, dass er sehr viel Geld gekostet hat.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Abschließend noch mal zur Beschaffung und Auswertung. Hat sich das denn angeboten, dass die Abteilung zusammengelegt war bzw. dass Beschaffung und Auswertung zusammen waren?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ich habe das andere nicht kennengelernt, muss ich Ihnen dazu sagen. Ich bin zu einem Zeitpunkt zum Amt gekommen, als das zusammengelegt war. Ich empfand das deswegen als ganz angenehm, weil man dann zunächst die Beschaffung kennenlernte. Man sah, was die Beschaffung brachte. Man konnte es an die Auswertung weitergeben. Man konnte der Auswertung Tipps geben. Man konnte mit der Auswertung besprechen, was man machte, wie es weiterging. Von daher habe ich das ganz gut empfunden. Ich denke mal, dass es höchstens Probleme gegeben hätte bei der Abschottung. Das ist ja ursprünglich eine Frage der Abschottung der Behörde gewesen, und wenn einer also alles weiß, ist das natürlich immer eine Frage der Abschottung, der mangelnden Abschottung. Da scheint mir das größere Problem zu sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hat das Amt ja auch in Ihrer Anwesenheit doch auch Reformen und Reförmchen und Ähnliches durchgeführt. Man hat Veränderungen herbeigeführt. Das wissen wir ja auch alles; das müssen wir im Einzelnen jetzt nicht noch mal diskutieren. Aber wie ist denn Ihr Eindruck gewesen? Die Veränderungen im Amt, sind die auf den Amtsleiter, also auf den Präsidenten, zurückzuführen? Hat er walten können in diesem Prozedere, wie er das auch für geboten hielt, oder gab es auch, sagen wir mal, politische Aufträge, Hinweise, es doch zu versuchen, zu machen, oder wie auch immer? Haben Sie die Frage verstanden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nicht ganz.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gut, dann muss ich das noch mal sagen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Versuchen Sie noch mal, bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, der Verfassungsschutzpräsident übernimmt 94 das Amt und übergibt es dann 2000 aus anderen Gründen. In diesen sechs Jahren verändert sich das Amt ja auch. Personal wird eingestellt, Verwaltungen zusammengelegt, Ähnliches. Hatten Sie den Eindruck in Ihrem Erfahrungs- oder Verwaltungsbereich, dass der Präsident das auf eigene Rechnung durchführen konnte oder ob er dazu auch politische Aufträge hatte, also seitens des Ministeriums, das ihn anwies, Reformen durchzuführen, oder vielleicht auch sogar nicht nur anwies, sondern eben auch Druck ausübte?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, aus meiner Sicht, denke ich, hat er das wohl auf eigene Verantwortung gemacht. Es gab eine ganze Reihe Dinge, die er in eigener Verantwortung machte, die auch aus meiner Sicht dem Ministerium bekannt waren, wo aber niemand ihn gebremst hat. Es gab für mich eine ganze Reihe von Dingen, die mir völlig unerklärlich waren, die aber dennoch das Ministerium nicht veranlasst haben, dort einzugreifen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie bitte? Noch mal.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die aber dennoch das Ministerium nicht veranlasst haben, dort einzugreifen.

(Iris Gleicke (SPD): Was war das?)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was war das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zum Beispiel: Es dürfte Ihnen ja klar sein, dass Roewer damals diesen Heron-Verlag - der ist ja in aller Munde gewesen - gebildet hat, und es gab dann irgendwann eine Veröffentlichung in Weimar, wo also Roewer mit seinen drei Adlaten, mit seinem Spionagechef, seiner späteren Frau, der Ausländerreferatsleiterin, und einem Herrn Schäfer, der mein Nachfolger wurde, dort öffentlich, öffentlich unter Klarnamen, Buchpräsentationen

machte von diesem Heron-Verlag und gleichzeitig diese drei Quellen unter Decknamen führte. Wissen Sie, da fragt man sich, was das soll, auf welchem Stern wir eigentlich leben. Und spätestens da hätte ich erwartet, dass das Ministerium eingreift; aber da passierte nichts.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie hat denn die Rechtsaufsicht funktioniert im Ministerium?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich habe sie nicht wahrgenommen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wer hat denn seitens des Ministeriums kontrolliert oder nachgeschaut?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich habe keinen wahrgenommen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Mit wem hat denn das Amt auch geredet im Ministerium?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das Amt hat mit keinem geredet. Wenn, dann hat nur Roewer geredet mit dem Minister und sonst mit niemandem. Der Roewer ist aus meiner Sicht gezielt an allen vorbeigegangen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hat Herr Roewer mutmaßlicherweise auch Aufträge für das Amt über den Minister eingeholt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ob die Aufträge vom Minister kamen, kann ich Ihnen nicht sagen. Wir haben sie von Roewer gekriegt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): 1998 wurde das Referat Forschung und Werbung aufgelöst.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Unter anderem, ja. Es gab drei Referate, die er aufgelöst hat, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie haben protestiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Nocken hat auch protestiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig. Ich bin Anfang 99 - - Mitte 99 bin ich bei vier Abgeordneten des Thüringer Landtages gewesen. Ich bin in der Staatskanzlei gewesen, im Vorzimmer des MP. Ich habe einen Brief an den Minister, einen vier Seiten langen Brief an den Minister - ich war damals Personalratsvorsitzender -, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): An den Innenminister?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - an den Innenminister geschrieben. Wissen Sie, was die Reaktion war?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie wurden suspendiert.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich wurde suspendiert und wurde mit sieben, acht Verfahren belegt, die sich bis 2009 in die Länge gezogen haben, und dann wurde ich rehabilitiert. Es wurde dann alles finanziell abgegolten. Aber niemand war da, der Roewer gestoppt hat. So ist das gewesen damals. Und dieselben Abgeordneten sitzen jetzt in Thüringen und versuchen, die Wahrheit rauszukriegen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich deute das richtig, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Sie deuten das richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gut. Herzlichen Dank erst mal.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nur eine ganz kurze Zwischenfrage, Herr Schrader. Herr Roewer hat hier vor wenigen Stunden als Zeuge ausgesagt, er sei 94, meine ich - 94 ist richtig, Dienstantritt? -,

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Ja, 94!)

nach Thüringen gekommen, um ein desolates Amt schlagkräftig zu machen. Ist ihm das gelungen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wollen Sie jetzt eine ehrliche oder eine höfliche Antwort von mir hören?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich möchte die ehrliche Antwort. Ich erinnere Sie an Ihre Wahrheitspflicht.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur Wahrheit verpflichtet! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also eine ehrliche!)

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich will mal so sagen: Wenn man uns damals hätte arbeiten lassen, wenn Ihnen nicht dauernd Knüppel zwischen die Beine geworfen werden, wenn man sie damals hätte arbeiten lassen - das mögen Sie mir jetzt abnehmen oder nicht -, wären wir an den Aufenthalt der drei rangekommen. Wenn Ihnen aber ständig Knüppel zwischen die Beine geworfen werden und Sie dann aus dem Urlaub zurückkommen und Sie, ohne dass mit Ihnen jemand gesprochen hat, abgesetzt sind und da völlig neue Leute, die von diesen Dingen keine Ahnung haben, auftauchen, dann muss man sich nicht wundern, wenn diese Dinge in die Hose gehen, auf Deutsch gesagt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich muss jetzt noch mal nachfragen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Inwiefern sind Ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen worden,

(Iris Gleicke (SPD): Welche Knüppel?)

und inwiefern hätten Sie anderenfalls den Aufenthaltsort der drei Gesuchten ermitteln können?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Na ja, wir waren ja - - Wenn Sie den Schäfer-Bericht durchlesen, dann waren wir ja Mitte 99 in Chemnitz ziemlich nah dran gewesen. Das schreibt der Schäfer ja auch, dass wir die richtige Spur hatten zu dem Zeitpunkt. Und als ich dann aus dem Urlaub zurückkam im Juni/Juli 99, da wurde mir als Erstes mitgeteilt, ich sei abgesetzt. Ein anderer habe mein Referat übernommen. Das war dann jemand, mit dem die Mannschaft nicht zu-

sammenarbeiten wollte, und dann ist das so weitergeplätschert. Und was dann daraus geworden ist, kann ich Ihnen nicht dann mehr sagen. Jedenfalls, ich habe dann ein Rumpferferat von vier Leuten übernommen und bin dann drei Monate später suspendiert worden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was war denn die Begründung, die Ihnen gegenüber geäußert worden ist für die Suspendierung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Für die Suspendierung? Ach ja, das war eine ganz - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für die Ablösung als Referatsleiter.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die Begründung war die, dass ich Fehler gemacht hätte. Das ist nun einmal so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, nämlich?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Es wurde dann ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Um Ihnen mal ein Beispiel zu nennen, Herr Edathy: Es wurden also 14 Verfehlungen aufgeführt in diesem Disziplinarverfahren. Die wurden also alle untersucht, und am Ende blieb eine Verfehlung übrig. Die bestand darin, dass ich also während dieser Observationszeit eine Dienstreise mit dem Dienstwagen, die ich per Fahrtenbuch nachts hätte beenden müssen und morgens wieder neu aufleben lassen müssen, habe durchlaufen lassen. Das war eine Verfehlung, die zu einem förmlichen Disziplinarverfahren führen sollte. Mit solchen Dingen wurde da gearbeitet.

(Iris Gleicke (SPD): Waren die anderen 13 auch solche Sachen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir machen erst mal weiter in der Reihenfolge. Das Fragerecht hat die Linksfraktion. Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Herr Schrader, ich will noch mal auf den Schäfer-Bericht, den Sie ja selbst auch zitiert haben, zurückkommen. Der führt akribisch die das Trio betreffenden Meldungen auf, die bei

Ihnen im Amt eingegangen sind, und bei den meisten wichtigen Meldungen findet sich der Eintrag: Nach Aktenlage erfolgte keine Information an das LKA. Sie haben jetzt gesagt, dass alle Infos an die Ermittler weitergegeben worden sind. Ich will jetzt einfach noch mal wissen: Worauf stützt sich Ihre Aussage? Also, können Sie irgendwie sagen: Welche Infos haben Sie selbst wann und an wen weitergegeben, oder wer aus dem Amt könnte sagen, dass er Infos weitergegeben hat, und an wen sollen diese Infos gegangen sein? Also, wir stochern hier irgendwie im Nebel.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ich weiß das.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Die einen sagen dies, die anderen sagen das.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich weiß das, ich weiß das. Wenn Sie den Schäfer-Bericht aufmerksam lesen -- Ich kann Ihnen heute jetzt nicht mehr sagen, welche ich weitergegeben habe und welche nicht. Dafür ist das zu lange her. Dafür waren es auch zu viele Meldungen. Das heißt, wenn Sie mal genau nachlesen, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sind, ich glaube, in 46 -- Wie war das noch mal? Es sind, glaube ich -- 46, 47 Meldungen sind in dieser Zeit eingegangen, also praktisch jeden Monat eine Meldung über diesen ganzen Zeitraum. Wenn Sie aber den Schäfer-Bericht aufmerksam lesen, dann werden Sie an einer ganzen Reihe von Stellen merken, dass Schäfer selber fragt und sagt: Es eröffnet sich aus der Aktenlage nicht, woher die Zielfahndung diesen, jenen Ansatz hatte. Sie haben also über 30 TKÜs gemacht, und es eröffnet sich ihm bei den meisten dieser TKÜs nicht die Erkenntnis, wo sie die Dinge herhatten. Das waren unsere Hinweise.

Dann schreiben sie an einer ganzen Reihe von Stellen: „Dienstlich wurde bekannt, dass ...“ Diese Formulierung war abgesprochen mit der Zielfahndung. Dann gibt es eine ganze Reihe Hinweise, wo es gesagt wurde, und der Zielfahnder sagt an einer Stelle auch - ich glaube, ziemlich weit hinten; ich weiß nicht mehr genau, wo -, dass er gebeten wurde, über das, was er von uns erfahren hat, keine Unterlagen zu machen. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Das ist so gewesen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Dann frage ich noch mal anders weiter. Der Herr Wunderlich hat uns hier im Ausschuss gesagt, dass die Informationen an die Zielfahndung immer zu spät gekommen sind. Sie haben auf diesen Brief von Herrn Wunderlich auch schon Bezug genommen. Kann es denn tatsächlich sein, dass die Informationen immer zu spät gekommen sind, also immer dann, wenn sich irgendwas verändert hatte, und ist es zumindest vorstellbar, dass das eine Strategie gewesen wäre, damit Sie weiter in der Szene ermitteln können?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, welche sind es? Soll er doch sagen, welche wann zu spät gekommen sind. Dann muss er uns das sagen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Also, zum Beispiel zur Information zu Chemnitz, was wir jetzt hier besprochen haben, sagt Herr Wunderlich: Die sind uns als Zielfahnder übergeben worden, als alles schon zu spät war, also als es sozusagen keine Relevanz mehr hatte. Nur, um ein Beispiel zu nennen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Und wann soll das gewesen sein?

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Na, sozusagen 99, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe. Richtig? - 98.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das kann ja 98 -- Das kann ja nur 99 -- Das muss ja später gewesen sein. Das kann ja dann nur 99 und 2000 gewesen sein; denn da liefen ja die ganzen Observationen, und da war ich nicht mehr dabei.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Da waren Sie nicht mehr dabei. Gut.

Dann gehe ich mal auf eine Meldung aus dem *Spiegel* aus dem November 2012. Da wird aus einem BKA-Papier aus dem Jahr 97 zitiert - Verhältnis Polizei/Verfassungsschutz -, und da schreibt das BKA in zehn Thesen oder erhebt in zehn Thesen den Vorwurf, der Verfassungsschutz decke in vielen Fällen Quellen aus der Neonaziszene und verhindere ihre strafrechtliche Verfolgung und wirke eher als Brandstifter. Das schreibt das BKA im Jahr 97. Drei Punkte nennt der *Spiegel* explizit, nämlich:

- „aus Quellenschutzgründen“ würden Informationen des Verfassungsschutzes an die Polizei „erst so spät weitergeleitet“, dass rechte Aktionen „nicht mehr verhindert werden können“;
- wenn der Verfassungsschutz über Durchsuchungen informiert werde, würden „die Quellen oft vorher gewarnt“. Es bestehe „die Gefahr, dass Beweismittel vor Eintreffen der Exekutive vernichtet werden“;
- erfassungsschutz-Quellen, die „als Straftäter festgestellt wurden“, würden oft „weder angeklagt noch verurteilt“;

Quelle ist *Spiegel* 45/2012.

Das liest sich ja jetzt so ein bisschen wie das, was Herr Wunderlich andeutet vom LKA, nur diesmal stammt es vom BKA. Jetzt würde das ja, wenn das vom BKA kommt - und wir unterstellen mal, dass das vom BKA richtig ist -, bedeuten: Das ist generell so; nur in Thüringen war es anders. Wie erklären Sie sich das denn?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen nicht erklären. Ich weiß nicht, wo das BKA das herhat. Ich kenne auch diese Aussage nicht. Ich weiß nur, dass wir unsere Quelle, den „2045“ und später den „2100“ bzw. den 20 - wie hieß der noch mal? - 20 sowieso - - dass jedenfalls aus meinem Referat niemand gewarnt wurde. Wir zum Beispiel haben - - Auch das muss ich Ihnen sagen. Ich habe erst im Zuge dieser ganzen Ermittlungen erfahren, dass das LKA gegen eine unserer Quellen über 30 Verfahren eingeleitet hat.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Okay. Ich frage jetzt noch mal - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Da müssen Sie das BKA fragen. Ich habe keine Quelle gewarnt. So viele Quellen haben wir auch nicht gehabt. Wir hatten ja nur zwei, die da in Frage gekommen wären. Die anderen waren - - Das waren Informanten; danach wurde ich ja eben gefragt. Deswegen weiß ich nicht, wie das BKA zu der Feststellung kommt. Da müssen Sie das BKA schon selber fragen. Dann sollen sie Ross und Reiter nennen. Dann sollen sie sagen, welche Quelle wann von wem gewarnt worden ist. Dann können wir der Sache nachgehen.

Aber das kann ich so pauschal hier nicht beantworten.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut, ich frage jetzt trotzdem noch mal was anderes.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): In Ihrer Befragung in Thüringen haben Sie gesagt, der von Schäfer hergestellte Zusammenhang zwischen den Geldnöten des Trios, der Mitteilung, die drei würden jetzt jobben, und den Banküberfällen in dieser Zeit in Chemnitz sei, aus der Rückschau betrachtet, konstruiert und zur damaligen Zeit nur schwer zu ziehen gewesen.

Ich will das jetzt gar nicht bewerten. Ich will Ihnen ein Zitat des damaligen Vizepräsidenten des Bundesamtes und heutigen Staatssekretärs Fritsche vorlesen. Der hat im Jahr 2003 gesagt auf die Frage, ob die drei vielleicht irgendwie so was wie Rechtsterroristen sein könnten - Zitat Fritsche -:

Dem Vergleich mit der RAF hielt der Vizepräsident des BfV das Fehlen folgender Merkmale entgegen: Die RAF „lebte unter falscher Identität, ausgestattet mit falschen Personaldokumenten und in konspirativen Wohnungen. Dies erforderte ein hohes Know how und ein Sympathisantenumfeld. Zur Finanzierung wurden Raubüberfälle begangen.“

Zitat aus *Stern*, 38/2012.

Als Merkmal des Terrorismus wurden unter anderem Raubüberfälle angeführt. Kann es möglicherweise sein, dass bei der Einschätzung des Trios Sie einfach falsch gelegen haben und deshalb der Zusammenhang nicht hergestellt werden konnte? Also, Herr Roewer hat vorhin gesagt: „Thüringer Heimatschutz“, das waren ja nur Kinder und ein loser Zusammenhang. Kann das möglicherweise sein, dass Sie eine völlig falsche Einschätzung hatten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, die Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil diese Quellenmeldungen, die Sie eben zitiert haben, die auch von Herrn Fritsche als Grundlage genommen werden, die sind alle nach August 99. Da war ich nicht mehr da. Die Meldung vom Job zum Beispiel, die stammt aus dem November 99. Da war ich

nicht mehr da. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Und der erste Überfall - -

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Wir - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Entschuldigen Sie, wenn ich das noch sagen darf. - Der erste Überfall - jedenfalls der bis heute nachweislich ist - ist von September 99. Da war ich auch nicht mehr da. Das tut mir leid. Da sind Sie bei mir an der falschen Adresse.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, ich frage Sie ja bewusst, ob Sie eine Einschätzung vornehmen würden aus Ihrer Sicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Entschuldigung, wenn ich kurz einhake. Der erste Überfall - Edeka - war Dezember 98.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der ist aber noch nicht nachgewiesen, dass er von denen war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, der wird denen aber zugeordnet. Sie sagten gerade, Dezember 99. 98 ist richtig.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wie gesagt, das kann ich nicht sagen. Mir jedenfalls ist das nicht bekannt, und auch dieser Ausspruch von Herrn Fritsche - bis ins Jahr 2003 -, dazu kann ich nichts sagen. Da bin ich nicht mehr da gewesen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ich habe Sie ja bewusst gefragt, ob Sie eine Einschätzung abgeben könnten aus Ihrer Sicht, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): - ob, aus heutiger Sicht betrachtet, das, was Sie damals über das Trio gedacht hatten, möglicherweise eine falsche Einschätzung des Gefährdungspotenzials dieses Trios war.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich denke, dass das damals keine falsche Einschätzung war. Als ich die Leute kennengelernt - - Und ich habe ja nicht nur die drei kennengelernt, sondern auch die Eltern. Ich habe ja mit den Eltern Böhnhardt zum Bei-

spiel lange verhandelt über die Rückkehr des Sohnes. Damals waren das noch keine Verbrecher. Das waren noch keine Terroristen. Ich denke mal - das ist meine persönliche Auffassung jetzt -, dass die drei erst durch den Untergrund dazu getrieben worden sind, weil wir damals - - Nicht „weil wir“, sondern wir haben damals auch festgestellt, dass bei der versuchten Rückführung weder die Eltern noch dieser angebliche Rechtsanwalt Verbindung zu den dreien hatten. Die sind von Wohlleben und Konsorten so abgeschottet worden, dass die drei von diesen Versuchen, die wir gemacht haben, gar nichts mitgekriegt haben. Das haben wir aber alles erst viel, viel später erfahren. Jedenfalls zu dem Zeitpunkt, als ich noch im Amt war, habe ich den Eindruck gehabt, waren das noch keine Terroristen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Also, ich halte noch mal fest: Sie sagen, zu der Zeit, als Sie im Amt waren, als die drei nachweislich beim „Thüringer Heimatschutz“ waren, und nachdem 1,4 was weiß ich was Kilogramm Sprengstoff gefunden worden sind, waren das noch keine Verbrecher aus Ihrer Sicht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Doch, Rechtsbrecher schon, aber noch keine Terroristen.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, Sie haben eben gesagt „Verbrecher“.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, na gut.

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Er hat „Terroristen“ gesagt!)

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Er hat „Terroristen“ gesagt? Okay, dann habe ich es falsch verstanden.

(Sönke Rix (SPD): Er hat beides gesagt!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich bitte, auf die Zeit zu achten.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, ich habe eine einzige Frage noch. Die bezieht sich noch mal darauf, dass Sie vorhin gesagt haben - - auf das Gespräch mit Herr Luthardt. Der hat uns vor 14 Tagen hier gesagt, dass er an dem fraglichen Datum gar nicht

im Dienst gewesen sei und sich deshalb an so ein Gespräch natürlich auch nicht erinnern kann, weil es nicht stattgefunden hat, weil er nicht im Dienst gewesen sei. Wenn Sie jetzt sagen, dieses Gespräch hat stattgefunden, dann muss Herr Luthardt ja den Ausschuss belogen haben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das weiß ich nicht. Vielleicht hat Herr Luthardt auch ein anderes Datum im Kopf. Das kann ich nicht beurteilen, ob er gelogen hat. Aber ich kann Ihnen nur sagen, dass ich dagewesen bin mit Herrn Nocken. Wir haben dort abends - - Glauben Sie, ich fahre abends um 7, halb 8 Uhr aus Spaß und Jux und Dollerei ins LKA? Dass ich dort gesessen habe, und wir haben über die Dinge gesprochen. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Dabei bleibe ich auch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Schrader, zunächst mal die Frage: Haben Sie eigentlich Ihren Wohnsitz nach Thüringen verlegt, als Sie seinerzeit dort tätig waren?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Den zweiten Wohnsitz, ja. Den ersten deswegen nicht, weil meine Familie noch im Westen war, ich einen schwer kranken Sohn hatte, der dort in der Klinik lag und in Berufsausbildung war. Deswegen habe ich den zweiten Wohnsitz nach Thüringen verlegt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil uns der Herr Amtsleiter eben gesagt hat, Herr Roewer, er habe deswegen so viel Unmut auch von seinen Mitarbeitern - - weil er verlangt habe, dass die nach Thüringen umziehen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das ist Quatsch.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er das bei Ihnen auch verlangt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das ist dummes Zeug. Darüber haben wir nie gesprochen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn Sie uns hier schildern, was er so alles gemacht hat, dann nicht aus persönlichem Rachebedürfnis heraus?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, warum?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, weil uns das so gesagt wurde. Der Herr Amtsleiter sagte sinngemäß: Ich war eine Spitzenkraft. Ich habe zielstrebig das Amt umgeschaltet, umgestaltet, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das hat er immer behauptet, ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und der sogenannte Gasser-Bericht, das ist eine Wiedergabe derer, die mit Lehm auf mich werfen, weil ich so energisch war und das Amt so gut geführt und so gut umgestaltet habe.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das hat er immer behauptet. Ich habe damals in Kranichfeld ein Haus gekauft. Das habe ich 2009 oder wann wieder verkauft. Ich habe damals ein Haus gekauft, habe meinen zweiten Wohnsitz dahin verlegt und habe dort die ganze Zeit gewohnt und bin dann nur zeitweise zwischendurch, weil ich einen schwer kranken Sohn hatte, nach Hause gefahren zwischendurch. Aber mein Zweitwohnsitz mit einem Eigentum hatte ich in Kranichfeld damals, und Kranichfeld liegt 15 Kilometer - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, so ausführlich - - Danke, das langt mir an der Stelle schon.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun hat er auch gesagt, „Günther“ gab es. Im Thüringer Untersuchungsausschuss soll er gesagt haben, „Günther“ gab es gleich dreimal als Quelle, also verschiedene Quellen, und hier hat er heute gesagt, es gab auch eine Akte über „Günther“. Haben Sie jemals eine Akte über „Günther“ gesehen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Wir haben versucht, diese Akte zu finden, etwas darüber rauszukriegen. Wir wären ja froh gewesen, mal eine Spitzenquelle, die so viel Geld kriegt, kennenzulernen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie denn wenigstens eine Ahnung, in welchem Bereich diese Spitzenquelle arbeitet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, auch das nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut, wir wollen ja hier ernst bleiben. Da muss ich mich auch selber zu zwingen. - Themenwechsel.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nein, ich muss weg von „Günther“.

Themenwechsel: Potsdam. Wir haben da ein Problem, Herr Schrader. Das wurde Ihnen schon vorgehalten. Herr Luthardt hat hier definitiv gesagt - wörtlich -: So verkalkt bin ich noch nicht. Ich würde mich erinnern, wenn es ein solches Gespräch gegeben hätte, und es gab es nicht. - Und wir finden auch in den Akten später des Landeskriminalamtes keinen schriftlichen Hinweis auf Waffen. Wir finden schriftliche Hinweise auf Chemnitz, auf Probst. Da steht zum Teil dabei: Dienstlich wurde bekannt. Also, dieser Spur wurde nachgegangen. Aber nirgendwo Waffen, und auch eine SMS von Jan Werner, wo es „Bums“ heißt, wurde nicht in Zusammenhang mit Waffen gebracht.

Also, man kann wohl sagen: Bei der Arbeitsebene beim LKA ist es jedenfalls nicht angekommen. Und der Herr Wunderlich müsste ein sehr guter Schauspieler sein, wenn er uns seine Erregung darüber, dass man Ihnen diese Gefährdung nicht mitgeteilt hatte, hier vorgespielt hätte.

Deswegen: Sie waren ja dabei bei der Unterrichtung von Herrn Luthardt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass der Aspekt Waffen nicht erwähnt wurde, dass nur erwähnt wurde Probst/Chemnitz, aber dieser

Aspekt irgendwie wegfiel bei der mündlichen Unterrichtung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das kann nicht sein, weil es ja nur um diese Waffen ging - in erster Linie. Wir haben ja mit den Brandenburgern einen richtigen Disput gehabt, weil die Brandenburger sagten: Wir geben diese Meldungen nicht frei. Wir geben sie nicht frei.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verwundert mich auch, muss ich Ihnen sagen, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Wieland - -

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil wir ja in den Unterlagen der Brandenburg - - Ich will Ihnen das noch vorhalten, dann dürfen Sie es sagen. Aus denen - - Die sind geheim, die kann ich Ihnen nicht wörtlich vorhalten. Aber da sind Begriffe drin wie „drei untergetauchte Rechtsterroristen“. Da steht drin, es könnte wie beim Polizistenmörder Kay Diesner ausgehen. Die haben das völlig klar eingeschätzt. Und dass sie dann sagen: „Ihr dürft das nicht der Polizei sagen“, kann ich mir einfach nicht vorstellen, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Wir werden dem noch nachgehen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Tun Sie das.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich kann es mir nicht vorstellen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Tun Sie das, und dann fragen Sie bitte auch in Sachsen nach. Die Sachsen waren mit dabei gewesen damals. Wir waren mit drei LfVs, die zusammengesessen haben. Auch die Sachsen haben zunächst die Meinung vertreten, dass man das weitergeben muss; aber für die stellte sich die Frage nicht, weil es hier um Thüringer ging. Und ich kann Ihnen, Herr Wieland - da können Sie mich noch zehnmal fragen -, nur so viel sagen: Wir sind extra abends, weil wir nicht wussten, wie wir diese Meldung anders rüberbringen sollten - - Sie war uns einfach zu heiß, um sie auf der Arbeitsebene rauszuplaudern, und darum sind wir extra abends hingefahren zu Luthardt und

haben ihm das gesagt. Wenn er sich daran nicht erinnert - ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, warum. Ich will ihm auch gar nichts unterstellen, aber ich bleibe dabei - Sie können mich noch fünfmal fragen -: Herr Nocken und ich sind da gewesen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich ahne fast, dass meine sieben Minuten um sind, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, Sie haben noch eine Minute, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das ist ja - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binninger?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja mehr, als ich sonst habe.

(Jens Petermann (DIE LINKE):
Gefühlt!)

- Gefühlt, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu diesem Thema „Wie wurde diese Information von Brandenburg eingeschätzt oder mit welchen Restriktionen versehen?“ sind wir jetzt ja beide in der Lage, dass wir aus den Akten nicht zitieren können. Ich will es nur insofern ein bisschen abschwächen oder auch in die Richtung von Herrn Schrader eher betonen, dass wir einen Vermerk einer anderen Behörde haben, die dort auch dabei war, wo sehr klar drinsteht, dass Brandenburg sie nicht nicht freigegeben hat.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das ist richtig, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich würde Sie bitten: Wenn Sie das nachprüfen, dann gehen Sie auch nach Sachsen

hin. Und ich bin sicher, Sie werden die richtige Antwort da hören.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, freigeben heißt natürlich - - kann auch schlicht heißen: Macht es unter Quellenschutz in geeigneter Form. Ihr dürft hiermit nicht sozusagen in die Häuser gehen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, wir haben gegen den erklärten Willen von Brandenburg - - Gegen den erklärten Willen von Brandenburg haben wir diese Meldung dem LKA, Herrn Luthardt, zukommen lassen. Da bleibe ich bei. Das ist für mich außer Frage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Eine ganz andere Frage: Sie waren auch beteiligt an diesen Verhandlungen mit den Eltern von Böhnhardt über Rückkehr des Trios. Was ist Ihre Aussage? Woran ist es letztlich gescheitert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Es ist aus meiner Sicht daran gescheitert, dass weder die Eltern Böhnhardt - zu dem Zeitpunkt, als wir die Verhandlungen geführt haben; später mag das anders gewesen sein - - dass weder die Eltern Böhnhardt noch der Rechtsanwalt Thaut unmittelbar Verbindung zu den dreien hatten. Die Verbindung lief damals nur über Wohlleben. Kapke war damals auch schon aus dem Rennen. Die lief nur über Wohlleben, und Wohlleben hat diese Erkenntnisse gar nicht weitergegeben. Das haben wir später über die Quelle erfahren.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben aber mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Koeppen auch geredet über die Bedingungen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wir haben - - Natürlich. Ich habe erst mit den Eltern mehrere Verhandlungsrunden - - Da war Herr Wießner mit dabei. Das war übrigens auch so etwas, Herr Wieland; das muss man auch mal laut sagen: Wir haben also zwei, drei Verhandlungsrunden erst mal führen müssen, bis die Frau Böhnhardt uns überhaupt vertraut hat, weil Frau Böhnhardt

uns gesagt hat, zweimal gesagt hat, sie sei von einem bestimmten Beamten des LKA regelrecht bedroht worden. Der hätte durchblicken lassen, dass es sein könne, wenn sie ihren Sohn nicht preisgebe, dass er dann irgendwann mal bei einer Fahndungsmaßnahme erschossen würde. Jetzt dürfen Sie dreimal raten, wer das war.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war das denn?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir haben dann mehrere Verhandlungsrunden mit der Frau Böhnhardt gemacht. Dann hat die Frau Böhnhardt später - - hat dann darauf bestanden, dass wir über einen Rechtsanwalt gehen würden, nämlich diesen Herrn Thaut.

Ich bin dann bei Herrn Thaut gewesen, alleine, habe da mit ihm drüber verhandelt und habe dann spätestens bei ihm gemerkt, dass keiner von denen eine unmittelbare Verbindung zu den dreien hatte, und damit war die Sache gestorben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schrader, ich hätte es gerne fürs Protokoll.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer war denn das, wo wir dreimal raten durften?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der Mann, der eben hier schon ein paarmal genannt wurde. Das ist der Herr Wunderlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Danke.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland, die Zeit ist eigentlich um.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur noch das Letzte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also es ist nicht an der Frage Untersuchungshaft oder mögliche Dauer einer Untersuchungshaft gescheitert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, die Absprache mit Herrn Koeppen war folgendermaßen: Herr Koeppen hat gesagt, wenn sich der Herr Böhnhardt stellt, erstens freiwillig stellt, zweitens in der Zwischenzeit keine schwerwiegenden Straftaten begangen hat und drittens umfänglich aussagt, dann wird er den Haftbefehl nach der Vernehmung aufheben und er kann nach Hause, und die Verhandlung muss dann sehen, was sich ergibt. Er hat keine Zusagen gemacht. Er hat nur die Zusage gemacht, dass er den Haftbefehl, wenn er aussagt, keine strafbaren Handlungen und sich stellt - - zunächst der Haftbefehl bis zur Verhandlung ausgesetzt würde. Nur das war die einzige Zusage.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann beginnen wir mit der zweiten Berliner Runde. Für die Unionsfraktion fragt weiter Kollege Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Schrader, wir sind ja sehr kritisch hier im Ausschuss mit vielen Zeugen. Auch mit Ihrer Behörde waren wir das. Es gab ja auch, glaube ich, genügend Anlass leider dazu. Ich will aber auch sagen, dass mir Ihre Ausführungen - sage ich ganz offen - bislang sehr plausibel erscheinen, was Sie hier vortragen, und durchaus stimmig - zumindest für den Zeitraum, für den Sie eben sprechen können. Das ist ja bis Mitte 99.

Was mich jetzt noch mal interessieren würde: Gehen wir noch mal zurück auf die nachrichtendienstliche Operation nach dem Abtauchen des Trios, die Sie gemacht haben, wo es als Quelle zunächst nur „2045“ gab, die Ihnen was gesagt hat, aber das nur sehr dosiert, weil es hieß, Kapke, Wohlleben, die schirmen die ab, und dann machen die gleich zu. Hatten Sie da Unterstützung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wir haben umfangreiche Observationsmaßnahmen gemacht, zunächst durch konventionelle Observation mit Manpower und Fahrzeugen. Das ist aber dann sehr schnell schiefgegangen, weil Sie müssen sich zurückversetzen ins Jahr 98/99. Damals gab es auf den Straßen von Thüringen noch mehr Trabis und Wartburgs als BMWs und VWs wie heute, und da die Kölner nur mit diesen großen

Fahrzeugen anrückten, war da nicht viel zu machen. Können Sie sich ja vorstellen: Da war dann nicht viel zu machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir haben dann noch versucht, durch eigene - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Man hätte da auch „Verfassungsschutz“ aufs Dach schreiben können.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Man hätte auch ein Licht „Verfassungsschutz“ aufs Dach machen können.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: So ähnlich, ja, so ähnlich, so ähnlich. - Dadurch ist also auch - - sind die Observationen zwei-, dreimal schiefgegangen. Dann sind wir umgestiegen auf Spurfolge. „Spurfolge“ heißt also, präparieren von Fahrzeugen, von deren Fahrzeugen. Und wir sind dann sogar so weit gegangen, dass wir also Fahrzeuge präpariert haben mit Abhöreinrichtungen innendrin und Spurfolgedingen und haben dann die mithilfe des Bundes aus einem Flugzeug über mehrere Wochen observiert.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Welche Fahrzeuge? Von welchen Leuten waren das die?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Von Kapke - - Zunächst noch von Kapke auch - Kapke war aber dann später aus dem Rennen - und dann von Wohlleben. Wohlleben, das war die Hauptfigur.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dabei kam nichts raus, bei so einer aufwendigen Aktion? Keine - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Doch, das kam schon bei rum. Nur, Wohlleben hat dann also auch sehr schnell reagiert und ist dann mit dem Zug gefahren, und damit konnten wir die Maschine wieder landen lassen. Er ist uns dann - - Einmal ist er uns dann - und dann haben wir damit aufgehört - im Bahnhof abhandengekommen. Also, wir haben das sehr aufwendig gemacht, aber wir sind da nicht sehr weit gekommen. Wir

wussten nur immer wieder, es ging gegen Osten, Richtung Sachsen. Das wussten wir. Es ging Richtung Chemnitz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Wie hat er es gemerkt? Haben Sie denn einen Ansatz dafür? Ich meine, das Flugzeug ist ja in so großer Höhe; das kann er kaum merken.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich bin da nicht bei gewesen, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - aber es ist natürlich klar. Wissen Sie, auch das muss man sehen: So ein Mann wie Wohlleben ist drüben aufgewachsen. Der kannte das. Und wer aufpasste, konnte sogar an der Kleidung feststellen, ob der aus dem Westen oder aus dem Osten kam. Das war damals so. Das muss man ganz einfach sehen. Die Osis hatten damals, wenn ich das mal so sagen darf in Führungsstrichen, das Geld noch nicht. Die Kleidung war entweder ostzonale Kleidung, oder es war billigere Kleidung. Im Westen war das anders. Also, wenn man etwas aufpasste, konnte man da schon Gegenmaßnahmen ergreifen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Hat sich das BfV dann wieder ausgeklinkt, oder haben Sie - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wir haben nachher gemeinsam gesagt: Das hat so keinen Zweck mehr. Wir kommen da nicht mehr weiter. Das ging ja - - Über Monate ging das ja, und das BfV - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Irgendwann sind ja auch die Kapazitäten zu Ende. Die Leute müssen ja auch mal freimachen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Hat denn - - Sie haben ja vorhin gesagt, es gab dann irgendwann von der Quelle „2045“ den Hinweis auf Mandy S., die ja auch in Chemnitz wohnt - also ein weiteres Indiz für Chemnitz als Aufenthaltsort.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, es gab mehrere Wohnungen in Chemnitz, die

wir auch - - Wir sind ja auch tageweise in Chemnitz gewesen. Ich bin selber auch einige Male da gewesen. Ich entsinne mich zum Beispiel: Einmal hatten wir eine Wohnung auf dem Schirm. Das müsste das LKA auch noch wissen; das müsste Wunderlich auch noch wissen. Da hatten wir eine Wohnung auf dem Schirm - ich weiß jetzt nicht mehr, wo die Wohnung war -, und da hieß es dann - - kriegten wir eine Information über die Quelle, dass also sich in dieser Wohnung in den nächsten Tagen zwei junge Männer aufhalten würden. Die sollten sich dort treffen mit irgendeinem anderen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Ja. Quelle war „2045“, wie Sie gesagt haben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, und unsere Vermutung war, dass das die beiden waren, Bönnhardt und Mundlos. Ich habe dann noch von Chemnitz aus das LKA informiert, habe darum gebeten, dass das SEK oder das MEK - wobei das MEK ja mehr eine Beobachtungstruppe ist - nach Dings kommt. Das ist auch in die Wege geleitet worden. Und während wir noch bei der Observation waren, kriegten wir dann den Hinweis, dass der Besuch wegfallen würde. Ob die das nun gemerkt haben, das wissen wir nicht.

Jedenfalls habe ich dann noch wenige Minuten danach das LKA wieder abgesagt, und die sind nicht nach Chemnitz gekommen. Daran müsste sich Wunderlich auch noch erinnern, an diesen - - Das ist gewesen - - Das muss gewesen sein Ende 98; in der zweiten Hälfte 98 muss das gewesen sein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Haben Sie mitbekommen, dass ganz in der Frühphase es mal einen Hinweis gab auf das Trio aufgrund eines Anrufes aus Orbe in der Schweiz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Da gab es mal so was. Es gab eine ganze Reihe Anrufe damals, aber das von der Schweiz war also keine echte Geschichte. Es gab aber wohl Anrufe aus Chemnitz an bestimmte Telefonzellen. In Coburg gab es mal einen - erinnere ich mich - Hinweis. Dann gab es damals später über den Helbig - - Den Helbig haben wir versucht anzuwerben. Das ging aber sofort schief, weil der sofort wusste, was Sache war; hat sich auch sofort

dann Wohlleben offenbart, und damit war die Sache gestorben.

Es gab also eine ganze Reihe Anrufe, die immer wieder aus Chemnitz kamen, und daher war das für uns klar, dass die in Chemnitz sein mussten, die Leute.

Aber mit der Schweiz: Da war mal was mit der Schweiz, aber tut mir leid, daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber wenn Sie so eine Konzentration hatten, jetzt Hinweise auf Chemnitz in 98/99, auch Hinweise auf Leute, Mandy S., dann die Frau P., dann Jan Werner ja wohl auch - - Der war ja auch - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, der kam später ins Spiel. Der kam später ins Spiel, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Der kam ja auch über diesen Hinweis von Brandenburg: Der soll Waffen beschaffen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja, ja, ja, Ich weiß aber jetzt nicht mehr - - Wenn Sie mich fragen, wann das gewesen ist, kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen, aber ich - -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das war 98 im Spätjahr dann, September.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja, ja, ja, kann sein, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber wäre es bei so einer Fülle an Informationen dann nicht eigentlich logisch gewesen, zu sagen - und Chemnitz ist ja jetzt eine große Stadt, aber keine ganz große -: Wir geben die Sache ab an die sächsischen Kollegen, und zwar komplett, Zielfahndung der Polizei wie auch Verfassungsschutz, weil - - Wie gut kannten Sie die Chemnitzer Szene? Was haben Ihnen diese Namen gesagt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Binniger, das hätten wir gerne getan. Das hätten wir gerne getan.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Es gab damals mein Pendant in Sachsen. Das war der Herr - ein bayerischer Kollege - Oberrat

Sowieso. Vielleicht fällt er mir nachher noch ein. Mit dem habe ich x-mal gesprochen. Da sind wir ein paarmal - - Herr Nocken war auch mal mit dabei. Wir waren in Dresden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Kollege vom Verfassungsschutz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Vom Verfassungsschutz. - Die waren personell noch dünner dran wie wir, und der hat gesagt: Mach, was du willst, aber lass mich außen vor. Wir haben dafür keine Zeit und kein Personal. - Wir hätten das gerne abgegeben. Wir waren ja im Grunde auch gar nicht mehr zuständig, wenn man ehrlich ist. Das hätten die Sachsen übernehmen müssen. Aber immer dann - - Die Sachsen haben zu uns gesagt: Das hat keinen Zweck. Dafür haben wir keine Leute. Können wir gar nicht machen. Macht das selber. - Und dadurch sind wir tagelang in Chemnitz gewesen mit unserer Obs.-Gruppe.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Hatten Sie denn ein bisschen Einblick in diese Chemnitzer Rechtsextremistenszene, was es da gab an Gruppierungen, an Namen, wer da die führenden Figuren waren?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, das, was wir wissen wollten, haben die uns gesagt, die Kollegen. Aber die gesamte Szene - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie da noch Namen präsent, die Ihnen damals gesagt wurden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Na, das war ja einmal hier die - - Die Mandy S., das war für mich ein Begriff, und dann der Freund von der - ich habe den Namen jetzt nicht mehr parat -, der Freund von der. Die Wohnung damals, um die es da ging, die war leer. Der Junge war unterwegs. Entweder war der irgendwo auf Montage oder irgendwo in einer Lehre oder irgendwo. Und da sollten die dann wohl untergebracht werden. Aber fragen Sie mich heute nicht mehr, wo die Wohnung war. Das hat Mandy S. aber dann in die Wege geleitet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie mal Ihre Quelle fragen lassen, „2045“,

woher er den genauen Hinweis auf Mandy S. hatte, Chemnitz? Weil das ist ja auch - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das haben wir mit Sicherheit gefragt. Da gehe ich mal von aus, weil wir ja immer wieder - - Der hat ja immer wieder neue Aufträge gekriegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das müsste in Treffberichten wohl stehen, oder? Dass man dann ja mal - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das müsste - - Normalerweise müsste das in Treffberichten drinstehen, ja. Wir haben ja immer wieder - - Wir haben immer wieder gesagt: Langsam, vorsichtig, aber stetig nachfragen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Und gab es noch andere Bezüge jetzt einmal von Chemnitz nach Thüringen? Da war ja - - Am Anfang waren es Wohlleben und Kapke aus der Sektion Jena vom THS, und Sie haben ja bei der Befragung gesagt, es hätte eine dritte Person gegeben, wo Sie das Gefühl hatten, der hätte auch Kontakt zu dem Trio gehabt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, der Helbig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war Ludwig Handke (?) oder so.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Helbig hieß der eine, und dann gab es ja den einen, der von Thüringen nach Niedersachsen gezogen ist. Da sind ja Wießner und ich noch zum LfV Niedersachsen gefahren.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gerlach, ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Gerlach, ja. - Da hatten wir gebeten um - - Das war auch so ein Fall: Da haben wir gebeten, eine TKÜ zu machen. Da haben die Niedersachsen gesagt, da haben sie keine Zeit zu. Das haben sie dann ein oder zwei Tage gemacht, und dann haben sie aufgehört.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie kamen Sie auf den? Weil er halt Teil der Sektion Jena war?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Auch über unsere Szene. Ich kann Ihnen heute nicht mehr genau sagen, wo das herkam. Diese Details habe ich nicht mehr parat. Aber wir hatten den auch auf der Pfanne. Ich bin extra noch mit ihm nach Niedersachsen gefahren, aber die Niedersachsen haben gesagt: Wir können das ein, zwei Tage machen, dann ist Schluss. Mehr, dafür - - Wissen Sie, das war alles damals noch im Aufbau begriffen, die ganze Geschichte. Holger Gerlach, glaube ich, hieß der.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber doch nicht in Niedersachsen, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, Niedersachsen hat ja schon -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Den Aufbau, ja. Niedersachsen (akustisch unverständlich)

Vorsitzender Sebastian Edathy: - 50 Jahre Zeit gehabt für den Aufbau, oder nicht? Was war denn die - - Wenn ich mal kurz dazwischenfragen darf: Was war denn das Argument von den Niedersachsen, zu sagen: Wenn wir Gerlach observieren wollen: Mehr als 48 Stunden kriegen wir nicht hin?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Weil sie auch kein Personal hatten. Ja, Herr Edathy, ich kann nicht mehr sagen. Wir haben darum gebeten, das über längere Zeit - - Das können wir nicht. Und haben es dann, glaube ich, drei Tage gemacht und haben uns dann auch einen Bericht - - Da gibt es einen Bericht drüber bei uns in den Akten. Der hat dann auch so zwei, drei Telefonate geführt, und dann war die Sache zu Ende.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber diese Person Handke (?) können Sie nicht näher spezifizieren, wo Sie selber beim BKA, glaube ich, vorher, als Sie vernommen wurden, gesagt haben, das könnte eine dritte Person sein, die noch Kontakt zu diesem Trio hatte, wie das in Ihre Erinnerung kam?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Handke (?): Der Name ist mir ein Begriff, aber ich wüsste heute nicht, wo ich den hinzustecken hätte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, uns sagt der auch so gar nichts im Moment. Aber Ihnen ist er eingefallen bei Ihrer Vernehmung durch das BKA. Ich nehme an, dass er dann vielleicht aus Jena irgendwie kommt, oder Umfeld.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, der Name Handke (?) sagt mir was, aber - - Tut mir leid, aber ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wo ich den hinstecken müsste.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Nachdem sich Chemnitz so rauskristallisiert hatte: Sind Sie noch mal eingestiegen in die rechtsextremistische Karriere, Biografie der drei, ob die selber auch mal in Chemnitz waren, Straftaten begangen haben, dort irgendwie aufgefallen sind, ob sie - das hatten wir ja vorher - über die Gefangenenbetreuung dort Ansprechpartner hatten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Also, Sie müssen sich das so vorstellen, Herr Binninger: Wissen Sie, wir kamen dann ja so allmählich ins Jahr 99 rein, und ich hatte damals dann auch im Jahr 99 mit Roewer durch den Personalrat so viel Probleme, so dass ich mich also praktisch immer von der Geschichte entfernte.

Ich weiß also auch von den Kollegen: Die haben ja dann bis 2001 noch in Chemnitz lange noch observiert, aber sie sind nie richtig zu einem Ergebnis gekommen. Warum, kann ich Ihnen nicht sagen. Aber bei mir war es eben so, dass ich - ich sage ja - zunehmend - - 99 zunehmend habe ich nur Querelen mit meinem Präsidenten gehabt, und deswegen also: Mir sagen noch eine ganze Reihe Namen was, aber ich kann Ihnen heute Details dazu nicht mehr nennen. Das tut mir leid, aber da muss ich passen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie kamen Sie denn zu Helbig?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Was? Zu?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zu Helbig, haben Sie vorher - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Auch über die Quelle, und zwar - - Ich denke, Helbig ist sogar mal angerufen worden. Es gab verschiedene - wenn ich das heute richtig in Erinnerung habe - Telefonate, wo Helbig auch angerufen wurde und Helbig dann wohl - entweder er selber oder den anderen - aufgefordert wurde, bei Bönnhardts vorbeizufahren und dort, glaube ich, Geld und Klamotten abzuholen. Da war auch irgend so etwas. Da müssen Sie mal in den Akten nachsehen. Da ist auch irgendwas drin. Irgend so was war da.

(Zuruf: Das war doch Schweiz, oder? Das war doch der Anruf aus Orbe?)

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das war dieser Anruf aus Orbe in der Schweiz, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja, irgendsowas war da.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - wo Helbig gebeten wird - so sinngemäß -, bei Bönnis Eltern vorbeizuschauen und Geld und Klamotten zu holen und am gleichen Treffpunkt zu sein wie vor drei Tagen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja, ja, ja, so ähnlich war das, ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber Sie hatten diese Schweizer Spur. Können Sie sich nicht erinnern, ob die jemand mal verfolgt hat? Weil da spricht ja viel dafür, dass es jemand von dem Trio war. Also, was treibt einen zwei Monate nach der Flucht zielgerichtet in die Schweiz?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kann ich Ihnen nicht sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Oder könnte es jemand - - Kann das auch jemand anders gewesen sein? Muss niemand von dem Trio gewesen sein?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Keine Ahnung, kann ich Ihnen - - Also, ich weiß - - Ich meine nur, in Erinnerung zu haben, dass wir versucht haben, Helbig anzusprechen, und das ist sofort schiefgegangen, ist sofort schiefgelaufen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. - Können Sie uns noch mal was erzählen zu dieser Aktion? Sie lassen Kapke Geld zukommen, damit er es ans Trio weitergibt, damit die Pässe beschaffen können und quasi diese Flucht in Gang kommt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das begleitet, oder haben Sie einfach darauf vertraut, dass jetzt - - „2045“ - also Brandt war es ja - gibt es weiter an Kapke? Wurde das irgendwie begleitet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, wir haben das schon begleitet, und zwar war Folgendes: Es kam also dann durch „2045“ hoch, dass also versucht wurde, die ins Ausland zu bringen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das hat er erzählt? Also, ich meine, ein Stück weit waren Sie immer schon von ihm abhängig eigentlich, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, sicher, klar. Ja, gut, dass war unser damals - - Der und der eine in Gera waren unsere besten Quellen, die wir damals hatten, wobei in Gera der mehr im Skinhead-Bereich war und der im „Heimatschutz“ hier, der „2045“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Und dann hieß es also, die wollen versuchen, die ins Ausland zu bringen. Klar, weil der Fahndungsdruck sehr stark wurde, mussten sie also irgendwie raus, und wir wussten, dass dieser Dr. Nordbruch eine Farm hatte in Südafrika, und wir wussten auch - das war aber dann schon Ende 98 -, dass Kapke dort auch gewesen ist. Kapke ist auf der Farm gewesen einige Wochen, ist dann zurückgekommen, und dann hat uns die Quelle berichtet, dass er also versuchen will, Pässe zu besorgen. Er hätte da einen Russen an der Hand. Nur die Pässe sollten also 2 000 oder 2 500 Euro kosten, und sie wissen nicht, wie sie an das Geld kämen. Haben die Dehoust wohl gefragt; Dehoust hat, glaube ich, ein paar Hundert Euro dazugegeben, aber sie kamen auf die Summe nicht. Und daraufhin - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): D-Mark wahrscheinlich - fürs Protokoll.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich vermute, D-Mark, 98.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Entschuldigung, ja klar. Pardon! D-Mark!

Wir haben dann im Amt überlegt - Herr Nocken, Herr Wießner und ich -, wie wir das machen, und sind dann zu dem Ergebnis gekommen, dass wir über die Quelle das Geld ihm zuführen, aber eben so, dass die Quelle erklären konnte, wie sie an das Geld rankommt, teilweise mit Dehousts Hilfe, teilweise mit Sammlungen usw. Den haben wir dann langsam das Geld zusammenkratzen lassen, damit es in der Szene glaubwürdig ist, und dann hat Kapke dieses Geld bekommen.

Wir wussten aber auch zu dem Zeitpunkt, haben da aber, muss ich ganz ehrlich sagen, noch nicht so dran gedacht, dass Kapke - - Der hatte immer Geldprobleme.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dann hat er das Geld gekriegt, und dann haben wir gesagt: Jetzt müssen wir abwarten. Und ich habe dann direkt über den Verbindungsbeamten des TIM, den Herrn Walentowski, BKA, Verbindungsbeamter, sofort das in die Wege geleitet, weil das der gleiche Flugweg war, den Kapke auch genommen hatte da runter. Daher sind wir auf diesen Weg gekommen. Und dann auf einmal hieß es: Ja, der Kapke hat das Geld dem Passfälscher gegeben; der ist damit stiften gegangen. Und dann kriegte aber später die Quelle raus, dass Kapke das Geld wohl genommen hat, um seine Schulden zu begleichen.

Daraufhin haben wir dann bestimmte Dinge in der Szene gestreut und haben dann Kapke ins Abseits gestellt, und dann blieb Wohlleben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie macht man so was, dass Sie - - Da reicht es ja nicht, dass - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, indem man gewisse Dinge streut, gewisse Gerüchte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da brauchen Sie aber noch ein paar mehr Leute außer „2045“.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Da bräuchten Sie ja noch ein paar mehr als nur „2045“, um das zu streuen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das haben wir den „2045“ machen lassen. Wir haben also - - Über ihn haben wir das streuen lassen, und Kapke ist dann auch tatsächlich ins Abseits geraten für lange Zeit. Und dann kam irgendwie Helbig auf. Das muss wohl so um diese Zeit gewesen sein, wenn ich das noch richtig zusammenhabe. Und dann waren die beiden das, Wohlleben und Helbig, die dann zusammenarbeiteten. So ist das damals gewesen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War mal Schultze ein Thema?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Schultze, den hat es auch gegeben.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Starke?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Starke. Starke war ja Sachse.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der kam aus Sachsen, hatte aber mit der Sache zunächst mal nichts zu tun. Der Starke kam erst viel später ins Gespräch.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War aber immer nah dran an Werner, und Werner war ja ab 98 irgendwie - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Jan Werner.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, Jan Werner war auch - - Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich kriege das heute nicht mehr so genau zusammen, wer wohin gehörte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Haben Sie - - Also, Sie waren dann ja ab dem zweiten Halbjahr 99 weg. Aber, sagen wir mal, für mich jetzt ein entscheidender Punkt war auch, dass nach dieser Verdichtung auf Chemnitz mit so vielen Hinweisen, mit Telefonzellen, mit Namen von Unterstützern - also, die Wahrscheinlichkeit steigt da ja nahezu täglich, dass die sich dort aufhalten müssen - es eigentlich richtig gewesen wäre, zu sagen: Wir sind hier als Thüringer in Sachsen am Ende unserer Möglichkeiten. LfV Sachsen, LKA Sachsen, übernehme!

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das hätten wir gerne getan, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber LfV Sachsen hat gesagt: Macht, was ihr wollt, aber Hauptsache, wir müssen nicht mit ran.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Das hätten wir gerne getan, ja, aber - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wissen Sie, ob es auf der Polizeiseite versucht wurde.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer (?).

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wunderlich hätte ja das Gleiche sagen können zu seinen LKA-Kollegen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich denke mal, da war unsere Zielfahndung zu ehrgeizig, das selber zu machen.

Dietmeyer (?) übrigens, fällt mir ein. Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wie?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer (?) hieß der Name, der Referatsleiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Diekmann oder Dietmeyer (?)?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer (?), meine ich, hieß er.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Diet“, wie der Orangensaft?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer (?), denke ich, hat er geheißen, Obererrat Dietmeyer (?). Das war mein Pendant.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Diet“, oder?

Vorsitzender Sebastian Edathy: T wie Thomas?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, mit Dora.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die Stenografin verzweifelt, aber - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich denke, mit Dora schrieb der sich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, vorne. Aber in der Mitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Dora Ida Toni oder Dora Ida Cäsar Konrad? Dick oder Dit?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, „Diet“, Dora Ida Emil Theodor, und dann „meyer“ (?).

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Diet“, also doch der Orangensaft, jawohl.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich meine, so hat er geheißen. War ein bayerischer Kollege, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Der hat gesagt: Wir sind „Land unter“. Macht, was ihr wollt, aber Hauptsache - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, macht das selber, ja.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe eine Zwischenfrage: Gilt die gleiche Darstellung, die Sie jetzt wählen für das LfV, auch für das LKA Thüringen? Das heißt, hat auch das LKA Thüringen praktisch mit seiner Zielfahndung in Sachsen mangels Kapazität der Sachsen mit Ihnen zusammengearbeitet, als wenn es ihr Bundesland wäre?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ob die mit den Sachsen - - mit ihrer Polizei in

Sachsen Verbindung aufgenommen haben, weiß ich nicht, aber ich weiß, dass sie mit uns da waren, und ich weiß auch, das eine Mal, wo ich sie selber angefordert und dann wieder abgesagt hatte, dass das die Thüringer gemacht hätten. Wie weit die aber nun mit den Sachsen abgesprochen haben zu dem damaligen Zeitpunkt, weiß ich nicht. Ich weiß nur aus den Akten später, als ich dann nicht mehr da war, dass also die Polizei stärker involviert war. Aber in welchem Maße, kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber man kann doch sicherlich den Schluss ziehen, dass Sie eigentlich wenig Chancen hatten, wenn ich so normale Abläufe betrachte, den Zusammenhang zu erkennen zwischen Banküberfällen in Sachsen als Thüringer LfV -- Es ist ohnehin für den LfV schon -- Es wäre schon Schulnote Eins, wenn Sie sich so um die polizeiliche Lage kümmern würden. Aber in einem anderen Bundesland: Das hätte ja eigentlich nur den Sachsen auffallen können, dieser Zusammenhang.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig. Die Banküberfälle spielten damals zu meiner Zeit noch keine Rolle. Ich sage das noch einmal: Zu meiner Zeit haben Banküberfälle keine Rolle gespielt.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Okay, letzte Frage von mir.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe jetzt ein paar Probleme, weil ich auch Sie als sehr plausibel hier erlebe, aber irgendwie verstehe ich jetzt nicht mehr angesichts Ihres enormen Wissens, wie die erfolgreichste Zielfahndung Deutschlands damals mit Ihrem Know-how, was Sie - das unterstelle ich jetzt mal - zielgerichtet in die investiert haben, dann so lange am Ziel vorbeijagen konnten. Können Sie das erklären?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das kann ich Ihnen nicht erklären. Ich weiß nur eines - das darf ich Ihnen jetzt hier versichern -: Wir hätten sie damals gerne gefasst. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Wir hätten die gerne gefasst, und wir haben auch --

Wirklich, wir haben dort Maßnahmen gemacht, die weit über das hinausgingen, was man normalerweise macht. Aber es ist uns damals nicht gelungen.

Und ich muss nochmals sagen: Ich habe mich dann so Anfang, Mitte 99 so allmählich ausgeklinkt. Ich denke mal, dass die Zustände bei uns im Amt damals eine Rolle spielten. Ich denke aber auch, um das auch ganz ehrlich zu sagen, dass seinerzeit, nachdem ich weg war, die Enttarnung der Quelle „2045“ -- dass das auch ein sehr großer Rückschlag war; denn danach hatte unser Amt praktisch keine Zugänge mehr. Das muss man sehen.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt muss ich Sie ein bisschen enttäuschen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, bitte, tun Sie es.

Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Schrader, ich habe jetzt mit der erfolgreichsten Zielfahndung gar nicht Sie gemeint. Sie haben - das unterstellen wir jetzt mal - hervorragende Arbeit geleistet, so, wie Sie es hier beschreiben, und ich hatte mir gedacht, nachdem Sie sagen, es gab keine Informationsbrüche zum LKA, dass die erfolgreichste polizeiliche Zielfahndung Deutschlands damals, nämlich die des LKA Thüringen, mit einer solchen Zulieferung unmöglich so lange am Ziel vorbeischießen kann. Warum doch?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich weiß es nicht. Das hat der Wunderlich immer behauptet. Er hatte gesagt, er hätte bis jetzt alle Ganoven gefangen, nur die nicht, und darum ist er ja auch zu dem Ergebnis gekommen, wir haben die Leute gedeckt, wir haben die geführt, wir haben die gedeckt. Das hat er immer wieder behauptet. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Er hat ja selber auch über 30 TKÜs gemacht. Irgendwann müsste man ja auch dahinterkommen.

Im Ergebnis hat das letzte Quäntchen Glück gefehlt, um tatsächlich an die Leute ranzukommen. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Ich weiß es nicht; tut mir leid.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Frau Gleicke.

Iris Gleicke (SPD): Herr Schrader, ich muss mich gleich entschuldigen, da ich gleich noch im Plenarsaal Dienst habe, dass ich nach meinen zwei kurzen Fragen den Saal verlasse. Also, ich bitte Sie herzlich um Verständnis.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Iris Gleicke (SPD): Aber mich beschäftigt natürlich „Günther“ auch noch mal, und nachdem er schon - - Sie haben vorhin gesagt, er geisterte auch bei Ihnen durchs Amt. Hier geisterte er heute auch schon mehrfach im Raum. Ich habe das so verstanden, dass „Günther“ eigentlich erst durch Quittungen in einem Safe offenkundig war.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Iris Gleicke (SPD): Sie haben aber vorhin gesagt, in Ihrer Zeit im Amt hätten Sie schon nach Akten gesucht, nachdem der Kollege Wieland Ihnen gesagt hat, dass der Herr Roewer behauptet hat, es hätte Akten zu der Quelle „Günther“ gegeben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Iris Gleicke (SPD): Können Sie mir das bitte noch mal hintereinanderbringen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Iris Gleicke (SPD): Das verstehe ich nämlich nicht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Sie müssen sich das so vorstellen: Wir haben ja jede Woche Besprechungen gehabt, Referatsleiterbesprechungen, Abteilungsleiterbesprechungen, und da wurden also auch solche Dinge - - wurde drüber gesprochen. Und dann kam irgendwann die Quelle „Günther“ - - wurde also gesprochen von der Quelle „Günther“ - vom Präsidenten auch. Die Quelle „Günther“ hat dies, die Quelle „Günther“ jenes.

Iris Gleicke (SPD): Also, es ging um Meldungen, die „Günther“ - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. - Dann haben wir uns angesehen: Wer ist denn „Günther“, und vor allen Dingen, für welchen Bereich arbeitet „Günther“? Das

wäre ja vielleicht interessant. Vielleicht können wir den gebrauchen, den Kerl, wenn der tatsächlich so doll ist. Muss ja wohl ein richtiger Spitzenmann sein. - So, und dann, „Günther“ hin, „Günther“ her - - Und als dann Roewer abgelöst wurde, da wurden dann diese ganzen Quittungen gefunden. Da wurde uns klar, was „Günther“ für ein Spitzenmann gewesen sein muss bei der Bezahlung. Aber er blieb ein Phantom bis heute.

Iris Gleicke (SPD): Herr Schrader, aber was hat er denn berichtet? Zu welchen - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe keine Berichte gesehen.

Iris Gleicke (SPD): Aber Sie haben doch gerade geschildert, dass der Präsident über Dinge, die die Quelle „Günther“ berichtet hat, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Iris Gleicke (SPD): - in Gesprächen was berichtet hat. Da muss ja zumindest also - - Ging es um Rechtsextremismus, ging es um organisierte Kriminalität oder anderes? Worum ging es denn bei solchen Dingen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn, ging es in der Regel um Spionagedinge, die alle anderen nicht einsehen konnten, die nur sein Adlatus und er selber einsahen, und später - - OK kam ja erst viel später hinzu. Das kam ja erst - - Als ich praktisch im Gehen war, kam OK erst hinzu. Aber „Günther“ war eben ein Mann, der mehr so im Spionagebereich tätig war. Wir waren jedenfalls alle - - Wir waren erstaunt, was es für gute Leute gab.

Ich muss noch mal sagen: Vielleicht hätten Sie Herrn Nocken heute mal fragen sollen. Der hat ja auch - -

Iris Gleicke (SPD): Ja, wir haben ja Herrn Roewer gefragt, und der hat uns gesagt, es hätte die Quelle „Günther“ gegeben, und sie hätte nichts mit Rechtsextremismus zu tun. Also, Sie schätzen das offensichtlich genauso ein. Es hatte also nichts mit Rechts- extremismus zu tun?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein. Das hätte ich gewusst. Das hätte ich ja irgendwie gemerkt. Also, das was in rechts passierte, haben wir schon irgendwo spitzgekriegt. Er hatte mit rechts nichts zu tun. Wir hätten ja gerne gewusst, womit er was zu tun gehabt hätte.

Iris Gleicke (SPD): Gut, okay. - Schönen Dank.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte schön.

Sönke Rix (SPD): Sie sprachen gerade von einem Adlatus. Wer war das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Sönke Rix (SPD): Von seinem Adlatus.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war der Leiter des Spionagereferats.

Sönke Rix (SPD): Das war also sozusagen ein spezieller Freund, mit dem er da enger, sagen wir mal, zusammengearbeitet hat als mit den anderen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das war der, in dessen Wohnung der Heron-Verlag geführt wurde. Seine Frau war die Geschäftsführerin des Heron-Verlages.

Sönke Rix (SPD): Ach so, okay, gut, diese Geschichte. - Zur Polizei in Thüringen, zum Landesverfassungsschutz in Thüringen gesellt sich jetzt für mich noch mal das Land Sachsen quasi und dieser Informationsfluss, wie der nun stattgefunden hat, weil sich nun alles auf Chemnitz fokussiert hat. Sie haben vorhin gesagt, Ihr Ansprechpartner war Herr Demeyer, Dietmeyer.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer, ja, ja, so ähnlich.

Sönke Rix (SPD): Können Sie sich noch an andere Personen erinnern, mit denen Sie da in dieser Sache Kontakt gehabt haben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, wir sind ein paarmal in Dresden gewesen, haben auch mit anderen Kollegen aus dem Referat gesprochen, aber die Namen kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Sönke Rix (SPD): Auch nicht mehr, wer an dieser Besprechung teilgenommen hat in Potsdam, in Brandenburg?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das kann ich nicht sagen.

Sönke Rix (SPD): Wissen Sie auch nicht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Tut mir leid, das kann ich nicht mehr sagen.

Sönke Rix (SPD): Keine weiteren Fragen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das sind jetzt 14 Jahre her. Da bitte ich um Verständnis, aber das kriege ich nicht - -

Sönke Rix (SPD): Ja, kann angehen. Weil Sie sagten, das war über längere Zeit und das war nun - weil Sie auch gesagt haben - in dieser Besprechung ein kritischer Bereich, dass Sie also - - Weil Brandenburg gesagt hat, die Informationen werden nicht weitergegeben, und dann kann man sich ja vielleicht daran erinnern, wer dann von Sachsen noch mit am Tisch saß, wenn Ihnen dieses Gespräch so in Erinnerung war.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich denke mal, dass in Brandenburg damals der Dietmeyer (?) mit dabei war. Ich glaube, ja, weil das - - Wissen Sie, solche Gespräche liefen immer mindestens auf Referatsleiterebene, und da denke ich, dass der wohl mit dabei war.

Sönke Rix (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich weiterfragen.

Herr Schrader, kann ich Ihre Andeutung, was „Günther“ betrifft so verstehen, dass Sie davon ausgehen, das war gar kein echter Informant, sondern möglicherweise ein Vertrauter des Präsidenten, den er als Informanten ausgegeben hat, um Transaktionen bewerkstelligen zu können?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, so weit wie im zweiten Teil Ihrer Rede würde ich gar nicht gehen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sondern?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das ist für mich und war für mich ein Phantom. Wenn es den Mann gegeben hätte, hätte man den irgendwann mal irgendwo gesehen oder gehört.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das ist meine persönliche Meinung, wohlgemerkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nun hat der Präsident ja nach den Quittungen, die in seinem Panzerschrank gefunden worden sind nach seinem Ausscheiden aus dem Dienst, dann Geld an ein Phantom gezahlt. Meinen Sie, das hat er an sich gezahlt oder an jemanden, der für diesen Verlag zuständig gewesen ist?

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Phantome sind
teuer!)

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das weiß ich - - kann ich Ihnen nicht sagen. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß nur eines: Wissen Sie, wenn man jeden Tag in dem Amt ist und damals ja auch als Personalsratsvorsitzender relativ nah mit dem Präsidenten, oben mit der ganzen Etage, zusammengearbeitet hat, hätte man den irgendwann mal gesehen. Da tauchten ja auch andere Leute auf. Da tauchten auch andere Leute auf, die man zwischendurch kennenlernte. Aber wenn es den „Günther“ - ich sage noch einmal, das ist meine persönliche Meinung - gegeben hätte, hätte man ihn irgendwann mal gesehen oder gehört.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt aber, Sie unterstellen dem damaligen Präsidenten des Landesverfassungsschutzes Thüringen kriminelles Verhalten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich unterstelle gar kein kriminelles Verhalten. Ich unterstelle nur, dass ich glaube, dass es ihn nicht gegeben hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, damit unterstellen Sie aber doch, dass der Präsident behauptet hat, es gebe einen Informanten, den es nicht gegeben habe, und

offenkundig sind ja dann an einen nicht vorhandenen Informanten Gelder geflossen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn Sie das so sehen, ja. Aber wissen Sie, ich bin da - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wie sehen Sie
das? Hat niemand „Günther“ gesehen?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe noch mal eine Frage. Mir geht das so ein bisschen wie Herrn Binninger. Also, entweder führen Sie hier Sachen aus, die alle nicht stimmen - und das machen Sie sehr professionell -, oder es ist durchaus plausibel, was Sie hier ausgeführt haben.

Jetzt zitiere ich mal aus dem Schäfer-Bericht, weil Sie den ja vorhin auch herangezogen haben, um zu sagen, dem könnte man entnehmen, dass mutmaßlich ja doch durch Hinweise aus dem Verfassungsschutz Thüringen operative Maßnahmen der Zielfahndung auf den Weg gebracht worden sind. Im Schäfer-Bericht - Seite 245, Randziffer 448 - heißt es wie folgt - ich zitiere -:

Eine Überprüfung der grundsätzlich gegensätzlichen Äußerungen an Hand der Akten hat ergeben, dass ein Informationsfluss vom TLFV an das TLKA bei wichtigen Quellenmeldungen nicht dokumentiert ist. Da die Dokumentation dieser Vorgänge in den Akten unvollständig ist und Beamte ...

- des Verfassungsschutzes, also Verfassungsschutz Thüringen -

zusätzlich ausgesagt haben, über die Mitteilung von Quellenerkenntnissen habe man möglichst keine Aktenvermerke gefertigt, hat die Kommission

- also die Schäfer-Kommission -

untersucht, ob solche Mitteilungen formlos erfolgt sein konnten. Es wurde überprüft, ob in zeitlichem Zusammenhang mit einer wichtigen Quellenmeldung das TLKA Maßnahmen ergriffen hat. Solche konnten nur in ganz wenigen Fällen festgestellt werden.

Also, Schäfer-Bericht kommt zu der Aussage: nur in ganz wenigen Fällen zeitnahe Bezug zwischen Quellenmeldungen und Handeln des LKA.

Dies gilt für die Erkenntnisse zum Szenespiel, zu mutmaßlichen Fluchtplänen des TRIOs, zum angeblichen Tod der Drei auf Kreta sowie zu mutmaßlichen Kontaktpersonen des TRIOs.

Zur Sicherheit

- heißt es dort weiter -

hat die Kommission die Präsidenten des TLfV und des TLKA zu konkret aufgelisteten wichtigen Quellenmeldungen um Aufklärung gebeten, ob eine Übermittlung stattgefunden hat. Die Antworten brachten keine weiteren Erkenntnisse. Danach ist davon auszugehen, dass insbesondere die Quellenmitteilungen zur Suche nach Waffen für das TRIO und über

- Zitat -

„weitere Überfälle“ sowie über die immer wieder betonten Geldnöte und ihre überraschende Beendigung („jobben“, „Sachen und Aktionen“) das TLKA nicht erreicht haben.

Das ist die Annahme der Schäfer-Kommission.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ich habe das gelesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut, dann will ich mal Folgendes dazu ergänzend vorhalten. Wunderlich hat hier nach dem vorläufigen Protokoll am 31.01. gesagt, soweit sie Quellenmeldungen überhaupt erhalten hätten, die von Relevanz gewesen seien, seien die aus Sachsen gekommen. Er hat wörtlich gesagt:

... dieser Eindruck ist ... entstanden durch die vielen Besuche, die wir in Sachsen hatten. Ich habe das vorhin ja an einem Beispiel geschildert, dass wir eben dort Informationen bekommen haben, wo wir gefragt haben:

- also in Sachsen -

„Wo habt ihr das her?“ - „Wir haben das von Thüringen.“ - Und Thüringen hat uns eben zwei, drei Tage vorher gesagt, sie haben nichts. - Das hat nicht gepasst.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das würde bedeuten, dass ich den Sachsen das

gesagt habe, und die Sachsen haben es dann in der Zielfahndung gesagt, was ich ihnen vorher erzählt habe. Also, das macht für mich keinen Sinn.

Herr Edathy, ich kann Ihnen das nicht anders sagen, als ich es eben auch gesagt habe. Ich kann nicht ausschließen, dass ich möglicherweise die eine oder andere Meldung nicht weitergegeben habe. Aber an bestimmte Meldungen kann ich mich sehr genau erinnern. Und wenn die Leute kein Erinnerungsvermögen mehr haben, weiß ich nicht, wie ich das erklären soll.

Ich frage Sie aber noch einmal: Wenn der bei uns im Auto mitfährt, wenn wir unterwegs sind bei Observationen, sollen wir dann nur über das Wetter gesprochen haben oder über mangelnde Beförderungsmöglichkeiten, oder glauben Sie nicht auch eher, dass wir über diese Dinge gesprochen haben, die wir da gerade machen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Sehen Sie.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, dass es sich meiner Kenntnis entzieht, ist nun auch kein Indiz dafür, dass Sie dort jetzt irgendwie jede Quellenmeldung Herrn Wunderlich mitgeteilt haben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Edathy, was soll ich denn sagen? Wenn der Herr Nocken und ich sagen: „Wir sind bei Herrn Wunderlich oder auch bei Herrn Luthardt gewesen“, und die sagen: „Sie sind nicht da gewesen“, dann steht zwei gegen einen. Ich weiß auch nicht, was ich da sagen soll. Das ist so gewesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie mir denn irgendwie einen rationalen Grund dafür nennen, warum sich die Versionen der damals Verantwortlichen im Bereich LKA Thüringen so fundamental unterscheiden von dem, was Herr Nocken, Herr Roewer und Sie uns hier erzählen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen. Mich wundert nur eines: Wenn ich also auch die anderen Vernehmungen höre von den anderen Thüringern vom Staatsschutz, was die also

auch in Thüringen, bei der Kommission in Thüringen, gesagt haben, dann wundere ich mich; denn wir haben ja zu schon einem sehr frühen Stadium mit denen gar keine Verbindung mehr gehabt. Die konnten ja gar nichts von uns wissen, wenn sie es nicht von ihrer Zielfahndung wussten. Und Schäfer schreibt ja auch an irgendeiner Stelle, dass die Zielfahndung überfordert war. Und wenn heute die Staatsschutzleute behaupten - der Dressler oder wie sie alle heißen -, sie hätten von uns nichts gekriegt: Das stimmt. Wir waren angewiesen, mit der Zielfahndung zu reden. Und wenn der Dressler jetzt sagt: „Ich habe von denen nichts gekriegt“, dann hat er völlig recht damit, weil wir mit der Zielfahndung gesprochen haben. Aber wenn der Wunderlich heute sich daran nicht erinnert, kann ich Ihnen nicht sagen, warum er sich da nicht dran erinnert.

Ich sage noch einmal: Wir hätten ihn ja nicht mitgenommen zu Observationen, er wäre ja nicht dabei gewesen, wenn wir ihm das nicht hätten zuführen wollen. Und warum soll ich Ihnen sagen, dass der Herr Nocken und ich abends beim Herrn Luthardt gewesen sind, wenn es nicht stimmt? Was soll das für einen Sinn machen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Rix, direkt dazu, bitte.

Sönke Rix (SPD): Mir ist in Erinnerung, dass Herr Wunderlich behauptet, er sei gar nicht mit auf Observationstour mit Ihnen gewesen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der sei bei uns nicht im Auto drin gewesen?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Einmal!)

Sönke Rix (SPD): Einmal.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ach, einmal.

Sönke Rix (SPD): Ein einziges Mal.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Und wenn wir hinterher ein paarmal nachzählen, dann sind ist es vielleicht noch drei-, vier- oder fünfmal gewesen, nicht? Nein, nein, also, ich kann es Ihnen nicht anders sagen; es tut mir leid. Sie können mich noch zehnmal fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay, dann will ich etwas anderes fragen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das eine: Es hat sich der damalige Präsident persönlich interessiert für den Fall der drei Untergetauchten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wer? Der Roewer?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, Herr Roewer. Der war doch Präsident.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nicht sehr, nicht sehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat sich nicht sehr interessiert?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nicht sehr, nein, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat es Ihres Wissens - wir werden uns ja auch beschäftigen müssen bei unserem Abschlussbericht mit dem Thema V-Mann-Führung - seitens des Verfassungsschutzes Thüringen Bestrebungen gegeben, gegenüber der Polizei und der Staatsanwaltschaft mögliche Schritte gegen Herrn Tino Brandt möglichst abzumildern, was anstehende Verfahren betrifft?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, also jedenfalls nicht in meiner Zeit. Ich weiß nicht, was vor meiner Zeit gewesen ist, aber in meiner Zeit nicht.

Wissen Sie, Herr Edathy, dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Es hat immer eine gewisse Rivalität zwischen LKA und LfV gegeben, schon in früheren Zeiten, als der frühere Präsident noch Kranz hieß, der später zu Europol gegangen ist. Und als ich dann von der Polizei zum LfV ging, da meinte Kranz nun, jetzt hätte er das LfV in der Tasche, und er würde - - also, alles das, was ihm fehlte, würde er erfahren. Ich habe nur gesagt: Wir müssen trotzdem diese Dinge trennen. - Das war aber lange, bevor es mit dem Drillingen losging. - Wir müssen trotzdem diese Dinge trennen. Aber die Rivalitäten blieben. Die beiden, Roewer und Kranz, konnten sich nicht - - konnten nicht miteinander

der, und da hat es immer diese Rivalitäten gegeben.

Also, mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Ich vermute eben auch, dass das auch der Grund war, warum wir damals den Auftrag kriegten, die Bombenwerkstatt und die drei zu suchen, und später auch noch mal den Auftrag kriegten, die drei Untergetauchten zu suchen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Tino Brandt hat unter anderem nach Gesprächen, die von Thorsten Heise ohne sein Wissen aufgezeichnet worden sind 2007, behauptet, er sei in seiner Zeit als V-Mann des Verfassungsschutzes Thüringen vor polizeilichen Durchsuchungen seiner Wohnung gewarnt worden.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das weiß ich, ja. Das hat er behauptet, mehrfach. Ich weiß nicht, von wem. Dann muss man ihn fragen: Wie sah der aus, derjenige?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist Ihnen davon was bekannt gewesen, wer das sei?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das ist mir nicht bekannt. Ich muss Ihnen - - Ich habe ja eben schon mal gesagt auf die Frage, die von hier drüben kam: Ich habe erst im Zuge dieser ganzen Geschichten jetzt hier vor dem Thüringer Landtag erfahren, dass das LKA gegen Tino Brandt 35 Strafverfahren eingeleitet haben soll. Das war uns - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das muss doch Ihrer Behörde bekannt gewesen sein.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das war bei unserer Behörde nicht bekannt. Nein, das war eben nicht bekannt bei unserer Behörde. Man wollte nur, Kranz vor allen Dingen, damals immer wissen, ob Brandt unser Mann war oder nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber ich meine, selbst der Staatsanwalt berichtet davon, er sei vom Verfassungsschutz kontaktiert worden, nach dem Motto: Warum müsst ihr da so hinter dem Brandt her sein?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das hätte ja bedeutet, dass ich dem Staatsanwalt gesagt hätte, dass das ein V-Mann von uns ist. Das hätte ja - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das hat er auch behauptet, das sei ihm gegenüber angedeutet worden.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dann soll er sagen, wie der Mann ausgesehen hat, wann der da gewesen ist, wie der ausgesehen hat. Dann soll er ihn beschreiben. Also, ich lege für meine Zeit, während ich im Referat war - - für meine Leute lege ich die Hand ins Feuer. Was davor war, kann ich Ihnen nicht sagen, und was danach war, weiß ich auch nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Während Ihrer Amtszeit waren die Abläufe im Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen tadellos, optimal und zielführend?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das will ich gar nicht sagen, Herr Edathy. Jeder macht Fehler. Das will ich gar nicht sagen. Aber ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass von uns niemand zum Staatsanwalt gegangen ist. Das hätte ja vorausgesetzt, dass wir erstens wussten, welches Strafverfahren gegen Brandt eingeleitet war, und wir hätten ihm sagen müssen, warum wir das von ihm verlangten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, ich meine, wenn jemand 1996 beteiligt ist bei einem Ereignis, wo ein Jugendlicher fast totgeschlagen wird mit einer Eisenstange, das kriegt man dann vielleicht schon mit, zum Beispiel über die Presse.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: 96, weiß ich - - 96?

Vorsitzender Sebastian Edathy: So ist das. In Gräfenthal war das. Überfall auf eine nicht-rechte Café-Bar.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kann ich nicht sagen, weiß ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: 96 war auch ein Übergriff auf Polizeibeamte in Rudolstadt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das kann sein. Ja, ja, das kann sein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das war Ihnen bekannt, dass ein V-Mann von Ihnen beteiligt war an einem Übergriff auf Polizeibeamte?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann sein, dass mir das bekannt war damals. Ich bin ja 96 erst dazugekommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist einer von den 35 Fällen gewesen. Da haben Sie doch gerade gesagt, die kannten Sie alle nicht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Also, ich weiß es nicht. Tut mir leid, aber ich kann es Ihnen nicht sagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Schrader, ich lese Ihnen jetzt mal was vor, und Sie sagen mir, ob Sie das irgendwie kennen oder nicht kennen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):

Ich weiß, dass gegen mich ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung geführt wird. Ich bin deshalb sicher, dass meine Telefongespräche alle abgehört werden. Aus diesem Grund verhalte ich mich bis zum Ende des Verfahrens ruhig.

Zitatende.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn ich das so höre, kann das an und für sich nur von Brandt sein. Ich meine, ich hätte das im Zusammenhang mit der Schäfer-Kommission gehört oder gelesen irgendwo.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, es kommt Ihnen im Zusammenhang mit Schäfer bekannt vor, aber nicht aus der damaligen Erfahrung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, wüsste ich nicht. Nein, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das stammt von Brandt; da haben Sie recht. Es gibt da zwei Versionen. Die eine Version ist, dass der Oberstaatsanwalt Schultz von Brandt auf dem Flur angesprochen worden ist. Das hat der Zeuge Schultz hier in der Zeugenvernehmung auch bestätigt und gesagt. Und genau das gleiche Zitat befindet sich allerdings auch in einem Vermerk von der Zielfahndung. Da hört es sich dann so an:

Herr Schultz erklärte Unterzeichner,
- das war Herr Ihling -

daß er vor kurzem vom Landesamt für Verfassungsschutz in Thüringen die Mitteilung erhalten habe, daß Tino Brandt selber wörtlich äußerte:
...

Und dann kommt das eben von mir vorgetragene Zitat.

Diese Äußerung von Tino Brandt stamme aus einer nicht gerichtsverwertbaren Maßnahme des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Das Ganze ist ein Vermerk vom 01.08.96 um 9.30 Uhr.*

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dann fragen Sie Herrn Schultz, wie der Mann ausgesehen hat, der mit ihm gesprochen hat.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, es --

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich wäre auch gerne bereit, eine Gegenüberstellung -- Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Ich habe Herrn Schultz -- ich kenne einen Herrn Schultz gar nicht. Ich bin ein einziges Mal in dieser Zeit bei der Staatsanwaltschaft gewesen. Das war bei Herrn Koeppen damals. Sonst habe ich in keiner Angelegenheit mit irgendeinem Staatsanwalt gesprochen. Und unsere V -- Wenn der V-Mann-Führer da hingefahren wäre, hätte der sich vorher bei mir Rückendeckung holen müssen. Das gibt es einfach nicht, und deswegen glaube ich das nicht. Dann soll der

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-2/45, Blatt 430.

Herr Schultz sagen, wie der Mann ausgesehen hat, wann das gewesen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hat - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich so pauschal nicht tun.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt hat ein Polizist hier erklärt, dass der Verfassungsschutz den Staatsanwalt angesprochen hätte - Schultz - im Gräfenenthal-Verfahren und auch den Richter angesprochen hätte, unter anderem mit Begriffen wie „Samthandschuhe“ oder Ähnliches, „Brandt“ und auch - - na, solche Dinge eben, und auch gesprochen hat von sogenannten Todeslisten, wo Richter und Staatsanwalt oben mit draufstehen. Der Staatsanwalt hat das hier bestätigt. Er hat es nicht Todesliste genannt. Er sagte: Das ist ein bisschen übertrieben. - Aber er kann sich daran erinnern und weiß natürlich nicht, ob der Richter das auch so gesehen hat.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dann soll der Herr Staatsanwalt Ross und Reiter nennen, soll er den Mann beschreiben. Da kann man versuchen - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Er macht das so ähnlich wie Sie. Er sagt - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Er macht das so ähnlich wie Sie. Er sagt: Wissen Sie, wie lange das her ist, wie lange das her ist? Er war noch nicht einmal sicher, ob eine Frau oder ein Mann bei ihm im Büro war.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ach ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist ja auch schon einige Zeit her. Also, das ist der Vorhalt. Sie bestätigen den nicht und weisen den mit Empörung zurück.

Jetzt sagt zum Thema Zielfahndung/Wunderlich - und steckt Verfassungsschutz bei dem Trio irgendwie mit dahinter oder irgend so was in der Richtung - hier auf dem Stuhl, wo Sie gerade sitzen, als Zeuge in der Zeugeneinvernahme, ein Polizist, dass Herr Wunderlich eigentlich nur das aufge-

schrieben hat, was alle, die auch damit beschäftigt waren, dachten, und nennt hier Namen von Polizeikollegen, die in ebendiese, gleiche Richtung dachten. Wunderlich war nur der Einzige, der das aufgeschrieben hat.

Da heißt, es ist nicht nur ein Kriminalbeamter, es sind mehrere Kriminalbeamte, die alle das Gleiche denken offensichtlich. Wie kommen die denn nur auf diesen absurden Gedanken?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß nur, dass das, was Wunderlich die ganze Zeit behauptet hat, Gott sei Dank von Schäfer - nicht von uns, Gott sei Dank von Schäfer - widerlegt wurde. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen. Ich sage noch einmal: Dann sollen diejenigen Ross und Reiter nennen. Ich bin bereit, zu jedem hinzugehen. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass es in meiner Zeit von mir oder meinen Leuten nicht gewesen ist.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, von Ihnen und von Ihren Leuten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. In meiner Zeit.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Anderes Thema; kommen wir davon weg.

Noch mal zur Garage bzw. zu der vorherigen Observation, wo Sie dabei waren. Praktisch fast wie im *Tatort*: Wenige Stunden und schon hatten Sie ihn, vergleichsweise in kurzer Zeit.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ach so, die, ja, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also den Hinweis, dass in der Garage irgendwas sein soll.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie, wer den Auftrag dazu erteilt hat?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Roe-
wer.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wissen Sie, ob Roewer einen Auftrag dazu erhalten hat, zum Beispiel vom Ministerium?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das wurde ich ja eben gefragt. Das war so, dass Roewer von irgendwoher kam. Ob er nun aus dem Ministerium kam oder von einer Besprechung im LKA, weiß ich nicht. Er rief mich zu sich und hat gesagt: Passen Sie auf, so und so, das LKA kommt an die Leute nicht ran. Suchen Sie die Bombenleger, und suchen Sie die Bombenwerkstatt. Kriege ich nämlich den Auftrag. - So, das war das erste Mal.

Und das zweite Mal, nachdem sie untergetaucht waren, habe ich damals noch Roewer gesagt - - Ich sage: „Herr Roewer, Sie wissen“ - nachdem die also untergetaucht waren -, „dass wir für untergetauchte Straftäter nicht zuständig sind. Das ist Sache der Polizei.“ Dann hat er gesagt: Das spielt keine Rolle. Suchen Sie die drei Leute.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Und war das beim zweiten Mal ein Auftrag von Roewer als solchem, oder hat er den auch von irgendwoher bekommen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Der kam von Roewer, aber er muss auch irgendwoher gekommen sein, weil er wieder sagte: Die schaffen das nicht, machen Sie das.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Weil wir haben jetzt - - Ich habe diese Frage, die beiden Fragen heute allen drei Zeugen gestellt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das glaube ich, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Antworten waren interessant.

Mundlos hatte ein Postfach in Jena. Wozu hatte der Mundlos ein Postfach?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kann sein, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wussten Sie, dass Mundlos ein Postfach hat?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kann sein. Ja, ich denke mal. Mundlos war ja so,

der hatte ja ein Zimmer in - - Der war ja zuletzt auf der Schule in Ilmenau, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, hat in Ilmenau gewohnt. Die Eltern - - Der Vater Mundlos war ja von Jena. Der war da Professor. Ob der da ein Postfach hatte, das kann sein, ja. Das kann ich aber jetzt nicht so bestätigen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, die Quelle lautet - das habe ich zufällig gefunden - MAT A TH-2/13, irgendwo in dieser Riesenakte. Die Seiten sind dort nicht paginiert. Irgendwo ist er drin. Der kriegt übrigens, liebe Kollegen, Post auf diesen - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Zitate! Die Fundstelle!)

- Nein, die habe ich jetzt hier nicht dabei. Die müssen ja irgendwo drin sein im Computer. - Er kriegt Post von Thomas S. aus dem Gefängnis Waldheim auf dieses Postfach, und das fand ich interessant, dass Mundlos da so ein Postfach hat.

Wie haben Sie denn eigentlich, als die untergetaucht sind - Sie jetzt persönlich oder auch das Amt -, den Grad der Gefährlichkeit des Trios eingeschätzt? Wie gefährlich sind die?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Na ja, zunächst: Es war uns natürlich klar, dass die Bomben bauen konnten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das waren also keine Spielzeugdinge mehr. So eine Puppe, da kann man noch drüber trefflich streiten; aber in dem Moment, wo man eine zündfähige Bombe bauen kann, hört der Spaß auf.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Von da aus war für uns klar, dass die also nicht mehr als spielende Kinder anzusehen waren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja, aber wie kann man das jetzt noch weiter qualifizieren? Also, sehr ernst zu nehmen, äußerste Gefahr oder - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Für uns waren das Straftäter. Das waren Straftäter,

die gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen hatten.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich sage es mal so, wo ich hinwill: Ich habe hier einen Vermerk von der Staatsanwaltschaft Gera, 25.02.98, also ziemlich nah dran am Untertauchen. Das ist ebenfalls MAT A TH-2/13, Seite 62. Kennen Sie den Staatsanwalt Sbick?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dieser schreibt in einer Bitte um Schufa-Auskunft - Zitat -:

Ich weise ausdrücklich darauf hin,
daß bei Auskunftsverweigerung
Menschenleben unbekannter Zahl
in Gefahr geraten können!

Jetzt habe ich mir überlegt: So ein Anwalt, Staatsanwalt oder Ähnliches, die wägen ja ihre Worte noch mal sorgsamer ab als manche Politiker oder wie auch immer.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Da bin ich mir ganz sicher.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): „Menschenleben unbekannter Zahl in Gefahr“, das ist eine Qualifizierung, die schon erheblich ist, oder?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, klar. Nur, wissen Sie, wenn das so - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ist meiner Ansicht nach - ich will das nur kurz zu Ende bringen -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): - die erste Warnung, die so weit geht und so nah dran ist am Untertauchen, dass es praktisch schon Alarmglocke ist.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Kurth - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hatte das Landesamt eine ähnliche Alarmglocke mit so einer Wortwahl?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Diese Wortwahl haben wir nicht gehabt, weil wir zu dem Zeitpunkt uns noch nicht darum gekümmert haben. Aber ich frage mich: Wenn das wirklich so ist, warum hat dann der Staatsanwalt die ersten drei, vier Tage den Erlass eines Haftbefehls abgelehnt, weil er sagt, es besteht keine Fluchtgefahr.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das ist nicht er, der den Haftbefehl - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Welcher es gewesen ist, das spielt keine Rolle. Aber wenn ein Staatsanwalt - - Wenn dort die Bomben gefunden werden - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das müssen wir dann den Staatsanwalt fragen. Das können wir jetzt nicht hier klären.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, bitte, gut, okay. Dann fragen sie ihn.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Mit der Soko REX haben Sie sehr gut zusammengearbeitet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Soko REX beim LKA, sagt Ihnen das was?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Teilweise, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sagt Ihnen teilweise was, oder haben Sie teilweise zusammengearbeitet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja natürlich. Es gab ja diese freitäglichen Lagen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Warum wurde die 97 aufgelöst?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Warum? Das kann ich nicht sagen, warum die aufgelöst wurde. Das hat der Kranz damals noch - - Ich weiß nicht, warum das gemacht wurde. Da müssen Sie das LKA fragen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie hoch ist denn der Quellenschutz bei Ihnen in der Behörde eingeschätzt worden oder angewiesen worden? Was bedeutet Quellen-

schutz? Unter welchen Bedingungen kann man den Quellenschutz auch aufgeben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Unter welchen Bedingungen? Solange der Personenkreis sehr klein ist, muss die Quelle so geschützt werden, dass keine Rückschlüsse auf diese Quelle möglich sind.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Achten Sie auf die Zeit, Herr Kurth?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Es spielt keine Rolle, um welche Dinge es da geht, egal um welche Meldung. Solange noch ein Rückschluss auf die Quelle möglich ist, unterliegt die Geschichte dem Quellenschutz.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gilt das auch für Strafverfolgung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst mal ja, natürlich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist Quellenschutz wichtiger als Strafverfolgung, auch unter dieser Abwägung?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst mal ja. Zunächst mal ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das hören wir auch nicht zum ersten Mal, leider. - Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): „Hören wir leider nicht zum ersten Mal“ würde eigentlich zu einer Nachfrage provozieren, aber ich will noch mal die letzte Runde kurz aufgreifen: Ihre Positionierung zu dem Trio, als es abgetaucht ist. Sie hatten gesagt, es waren damals noch keine Terroristen aus Ihrer Sicht. Also, ich habe damit ein bisschen ein Problem. Wann wird man denn aus Ihrer Sicht zum Terroristen oder so auf dem Weg zum Terrorist verortet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Natürlich können Sie sagen: Wer Bomben baut, ist ein Terrorist. Selbstverständlich ist das so. Nur, wissen Sie, ich muss noch mal sagen:

Wenn man so stümperhaft an so was rangeht und die Staatsanwaltschaft danach noch drei Tage braucht, um Haftbefehle zu erlassen, dann kann es doch so schlimm gar nicht gewesen sein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wir fragen doch jetzt nicht nach der Staatsanwaltschaft, sondern es geht mir um Ihre Positionierung, also nicht um das, was die Staatsanwaltschaft getan oder gelassen hat oder falsch oder richtig gemacht hat, sondern um Ihre Sicht auf die Dinge.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst waren die zu dem Zeitpunkt noch keine Terroristen, nein. Das waren Rechtsbrecher, die gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen haben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Eine Bombe mit 1,4 Kilogramm TNT in den Händen von jungen Menschen, die - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das war ja keine - - Das waren mehrere kleine Rohrbomben. Das TNT lag so daneben. Das war ja was anderes. Die Auffundsituation war schon eine etwas andere gewesen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Im Vorfeld gab es entsprechende Funde. Ich glaube, Stadtroda war ein Vorgang. Ist da nicht sogar eine Bombe hochgegangen oder so ein entsprechender Körper, vor diesem - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, bei uns in Stadtroda ist keine Bombe hochgegangen.

(Iris Gleicke (SPD): Sie ist nicht explodiert!)

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie war jedenfalls so gefährlich, dass, wenn sie explodiert wäre, sie großen Schaden hätte anrichten können.

Also, ich bin der Meinung, dass man durchaus von Menschen sprechen konnte, die auf dem Weg zum Terrorismus waren, und damit die Gefährlichkeit eigentlich hätte höher eingeschätzt werden müssen. Das sehe ich als Fehler, muss ich sagen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, gut.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hatten Sie denn im Vorfeld der heutigen Vernehmung mal mit Ihren Kollegen gesprochen, also mit Ihren ehemaligen Kollegen gesprochen, was da so auf Sie zukommt, also in den Untersuchungsausschüssen Thüringen und im Bund?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, was soll da auf mich zukommen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Gab es überhaupt Vorbereitungen auf die heutige Vernehmung? Wie haben Sie sich vorbereitet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Warum? Welche Vorbereitungen soll es da gegeben haben?

Jens Petermann (DIE LINKE): Na, möglicherweise haben Sie auch Akten eingesehen, was legitim gewesen wäre.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, ich bin Pensionär seit sieben Jahren. Ich kann nicht ins Amt gehen und Akten einsehen. Das Einzige, was ich eingesehen habe, war der Schäfer-Bericht, und da ist mir einiges aufgefallen, was ich für falsch halte, was ich für völlig falsch halte, zum Teil auch für Unsinn halte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie haben zumindest mit der Ladung den Hinweis bekommen, dass die Möglichkeit besteht, sich vorzubereiten durch Akteneinsichtnahme. Also, das haben auch andere Zeugen getan. Also, es ist nicht so, dass das nicht geht. Darauf haben Sie aber keinen Wert gelegt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wie soll ich denn die Akten einsehen? Ins Amt habe ich keinen Zutritt mehr. Ich bin Pensionär. Da kommt man nicht mehr rein. Wo soll ich denn die Akten einsehen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Schrader, natürlich haben Sie als Zeuge jederzeit die Möglichkeit, die notwendigen Akten einzusehen. Das ist unabhängig davon, ob Sie im Dienst sind oder Pensionär oder Hausfrau.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, Herr Edathy, ich wohne von hier aus 56 km entfernt.

(Sönke Rix (SPD): Das ist was anderes!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was heißt das denn?

Jens Petermann (DIE LINKE): Das mag ja sein.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Warum sollte ich hier Akten einsehen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich meine, wie ernst nehmen Sie denn diese Vernehmung hier, wenn Sie sich nicht richtig vorbereiten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich nehme die so weit ernst, dass ich Ihnen das sage, woran ich mich erinnere.

Jens Petermann (DIE LINKE): Wäre es nicht sinnvoller gewesen, sich durch Akteneinsicht vielleicht besser vorzubereiten?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das glaube ich nicht. Ich denke, dass ich das im Wesentlichen noch weiß.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die erste Frage, die ich gestellt habe: Gespräche mit Exkollegen? Haben Sie die geführt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich habe mit Herrn Nocken - - Wir haben telefoniert, gelegentlich. Ich habe mit Herrn Wießner gelegentlich Kontakt. Wir haben vielleicht - - Alle zwei, drei Monate telefonieren wir mal.

Jens Petermann (DIE LINKE): Hat das da eine Rolle gespielt, was auf Sie zukommt im Rahmen des Untersuchungsausschusses? Was ich auch verstehen würde, muss ich sagen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Keine große Rolle. Nein, wir haben uns nur darüber unterhalten: Worüber geht es? Ja, über die drei, über die Maßnahmen, die wir damals getroffen haben, und - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Und was hatten Sie da so für eine Stimmungslage, als Sie sich da unterhalten hatten? Hatten Sie da ein gutes Gefühl, nach dem Motto: Alles richtig gemacht? Oder Fehler gemacht? Oder hätten wir besser machen sollen, besser machen können?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich sage ja gar nicht, dass alles gut gelaufen ist. Für mich hat es in dieser Geschichte drei große Fehlergebiete gegeben - das sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenn Sie mich schon darauf ansprechen -: Das Erste ist das, dass die Durchsuchungsaktion damals - das ist aber nicht mein Problem - völlig in die Hose gegangen ist. Das ist völlig danebengegangen. Das war - - Jeder Polizeischüler lernt, dass man das anders macht.

Das Zweite ist: Bei uns im Hause - - wenn Sie nicht in Ruhe weiterarbeiten können, wenn Sie nur Querelen haben, dann fehlt Ihnen die nötige Motivation, etwas vernünftig weiterzumachen, und wenn Sie dann mittendrin abgelöst werden, erst recht. Ich habe von da an acht Jahre für meine Rehabilitation kämpfen müssen. Da habe ich andere Sorgen gehabt wie diese Dinge.

Und das Dritte - dem ist auch nie nachgegangen worden - ist, warum die Quelle „2045“ im Jahre 2000 enttarnt worden ist in der Öffentlichkeit. Wenn man der Sache nachgehen würde, würde man auch einer Lösung sehr nahe kommen. Auch das hat niemand getan. In Thüringen hat das niemanden interessiert. Ich habe Ihnen eben schon mal gesagt: Ich war bei vier Abgeordneten; ich habe Briefe geschrieben an die Staatskanzlei. - Das hat niemanden interessiert. Niemanden.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sind Sie an die Öffentlichkeit gegangen damit, oder haben Sie das in Erwägung gezogen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, durfte ich ja nicht. Ich war ja Beamter. Ich durfte ja nicht in die Öffentlichkeit. Das haben andere getan. Das haben andere getan.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sagt Ihnen eine G-10-Maßnahme gegen Wohleben etwas?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Natürlich sind die damals gelaufen, klar.

Jens Petermann (DIE LINKE): Speziell muss es da in Ihrem Amt eine Debatte oder Diskussion gegeben haben, welchen Umfang diese Maßnahme haben soll. Das ergibt sich aus der Vernehmung von Herrn Baumbach vor der Schäfer-Kommission. Es wurde dann entschieden, die Maßnahme nicht 24 Stunden durchzuführen, sondern nur temporär durchzuführen. Das hat dann letztlich dazu geführt, dass notwendige Informationen, um ein mutmaßliches Treffen mit dem Trio oder mit einem Vertreter des Trios gegebenenfalls zu entdecken und natürlich entsprechende Maßnahmen dann ergreifen zu können, nicht festgestellt werden konnten. Es wurde also erst zu spät festgestellt, dass ein Treffen wohl beabsichtigt ist, und man hat auch quasi den Zugriff verpasst.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wann soll das gewesen sein?

Jens Petermann (DIE LINKE): Das war - -

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE):
Einen Termin haben wir nicht!)

Wir haben eine Uhrzeit, aber keinen Termin. Das könnte im Jahre 99 gewesen sein.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich glaube nicht, dass Baumbach - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielleicht war es sogar schon 98.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Baumbach war damals Observant. Ich glaube nicht, dass der da mit G-10-Maßnahmen was zu tun hatte. Das kann ich mir nicht gut vorstellen. Das muss dann - - Wenn überhaupt, muss es später gewesen sein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das war ein Treff an der Autobahn.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Jens Petermann (DIE LINKE): An der Autobahn war das, Bundesautobahn 4.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ein Treffen, oder was? Ja, aber das war dann keine G-10-Maßnahme, nicht?

Jens Petermann (DIE LINKE): Doch. Er wurde abgehört, und später hat man festgestellt, weil man das Telefon nicht permanent abgehört hat, dass ein Treffen verabredet wurde und stattgefunden haben muss.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Kenne ich nicht. Tut mir leid, aber das müsste ich wissen, wann das gewesen ist. Aber das ist mir nicht bekannt. Kann ich so nicht sagen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Aber dass es eine Diskussion gegeben hat, wie man solche Maßnahmen durchführt, da können Sie sich nicht erinnern?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das ist - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie da irgendwie mal eine Konfrontation damit gehabt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, warum soll es Diskussionen geben? Das sind Dinge, die bei uns x-mal gelaufen sind.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die Frage der Art und Weise, der Dauer usw. kann man ja diskutieren.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Das müssen Sie in ihrem Antrag von vorne rein schon klar darlegen. Das kann ich mir nicht gut vorstellen. Ich kann mir nicht vorstellen, wie die Diskussion zustande gekommen sein soll.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht würde jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wechseln. Herr Ströbele, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schrader, ich komme noch mal ganz zurück zu dem Anfang Ihrer Befragung. Da will ich noch mal eine Klarheit gewinnen. Sie haben gesagt, dass Sie am 16. September 1998, nachdem Sie in Potsdam waren, mit den Kollegen vom LfV Sachsen und Brandenburg geredet haben, dann gleich zum LKA, zum Landeskriminalamt,

gefahren sind und mit Herrn Luthardt geredet haben. An diesem Abend, was haben Sie da denn von den Kollegen aus Brandenburg erfahren? Mir kommt es jetzt ganz genau auf möglicherweise sogar den Wortlaut an. Wir haben hier so einen Vermerk - den haben wir heute auch schon anderen Zeugen vorgehalten -, dass in Brandenburg Quellenmeldungen da sein sollen - ich lese Ihnen das mal vor -, die unter anderem ergeben sollen:

... die gesuchten Extremisten

- das sind die drei -

wollen sich vor ihrer Ausreise

- nach Südafrika -

mit Finanzmitteln ausstatten,

- und jetzt kommt das für mich Entscheidende -

dafür benötigen sie Waffen, die Werner ... beschaffen soll ...*

Also, diesen Zusammenhang, die brauchen Geld oder brauchen Finanzmittel, vielleicht sogar erhebliche Finanzmittel, und dafür brauchen sie Waffen. Da gibt es ja eigentlich nur eine Erklärung: Sie wollen also irgendwas mit Gewalt machen, irgendjemandem mit Gewalt Geld abnehmen, einer Bank oder sonst jemandem.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, Herr Ströbele, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe, ging das etwas anders. Wir haben zunächst diese Deckblattmeldung auf dem Postweg bekommen - von Brandenburg, meine ich, wäre das so gewesen - und wollten dann mit Brandenburg telefonisch klar kommen, dass wir das weitergeben können. Das haben die Brandenburger vehement abgelehnt. Dann haben wir noch mit Sachsen Verbindung aufgenommen und haben dann von uns aus vorgeschlagen, dass wir darüber eine Besprechung führen, damit wir diese Meldung weitergeben können, und sind dann meines Wissens erst nach Potsdam gefahren, haben dann darüber gesprochen. Und es muss auch bei uns in den Akten einen Vermerk geben; denn ich weiß, ich habe damals noch einen Vermerk gefertigt, etwa mit dem - - ungefähr sinngemäß, dass also wir entgegen der Meinung der Branden-

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A TH-3/1, Auszug, Anlage 03, Blatt 56.

bürger trotzdem diese Meldung an die Polizei weitergeben. Das muss irgendwo in den Akten stehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, nach den Daten sieht es andersrum aus. Danach soll diese Meldung, diese schriftliche Meldung aus Brandenburg, am 17.09. gekommen sein. Ich hatte ja auch Ihren Kollegen schon danach gefragt, den Herrn Nocken. Da hieß es immer, vorher, also 14., 15. oder 16., waren Sie in Brandenburg, also in Potsdam, und haben dieses Gespräch geführt. Sie sagen jetzt, Sie erinnern sich, Sie sind gleich nach diesem Gespräch - - Dann müsste ja ein zweites Gespräch stattgefunden haben zu diesem Thema.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, aber es muss doch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil dieser Vermerk stammt vom 17.09., und da findet sich auch noch eine handschriftliche Notiz von Herrn Nocken drauf, und die ist auch datiert auf den 17. Das heißt - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wie gesagt, vielleicht irre ich mich da auch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bringen Sie es vielleicht durcheinander, die Reihenfolge?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, vielleicht irre ich mich, Herr Ströbele; das will ich gar nicht ausschließen. Aber Gegenstand dieser besonderen Besprechung muss ja die Deckblattmeldung gewesen sein, und sie muss ja vorher auf dem Tisch gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Vielleicht war es ja auch andersrum. Also, die hier ist erst am 17.09. - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Tut mir leid, dann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt gehen wir mal von der Reihenfolge weg, ob es so oder so gewesen ist. Was erinnern Sie denn? Haben Sie diesen Zusammenhang präsent gehabt: „Die

brauchen Geld, und dafür brauchen sie Waffen“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich. Es war ja - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder es kann ja auch so gewesen sein: Die brauchen Geld. Außerdem wollen die auch mal Waffen haben.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein. Wir hatten ja eine Reihe von Meldungen - ich weiß nicht, wie viele, bestimmt vier, fünf Meldungen in fortlaufender Zeit -, wo immer wieder die Rede davon sei, dass die Geld brauchten und die Forderungen immer intensiver, immer intensiver - - Und dann kam die Geschichte mit den Waffen für das Geld, und dann haben wir gesagt: Wir müssen das der Polizei weitergeben. - Deswegen meine ich - meine ich -, es sei so gewesen, wir hätten erst das Ding gehabt. Aber wir haben diese Meldung dann, und zwar mit Geld und Waffen, so an den Herrn Luthardt weitergegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da sind Sie sicher, dass Sie diese Verbindung - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, da bin ich sicher. Es wäre ja widersinnig, nur eine halbe Meldung weiterzugeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann findet sich in diesem Vermerk auch zweimal die Erwähnung von Chemnitz, dass man davon ausgeht, dass in Chemnitz - - Das wird hier auch begründet, warum, wie man darauf kommt und wo sie möglicherweise in Chemnitz sind, nämlich bei der Frau Probst, wahrscheinlich, also nicht als sicher, aber als eine Vermutung. Und es findet sich abschließend der Satz, dass man jetzt dieses Anwesen von der Frau Probst, was wohl nicht direkt in Chemnitz, sondern ganz nah dabei gewesen sein soll, observieren soll. Wissen Sie da was von, ob das observiert worden ist und von wem und wie lange?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich denke schon. Wissen Sie noch, wann das gewesen ist? Das ist im August - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist in demselben Vermerk, 17.09.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: August oder wann muss das gewesen sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 17.09.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, ich denke schon, dass wir das dann auch observiert haben. Ich denke schon, dass wir das auch gemacht haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie. Sie?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, unsere Leute. Ich nicht persönlich, aber unsere Leute; das denke ich schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie es, oder denken Sie es?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich denke es, ich denke es.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr Nocken hat nämlich gesagt, da seien Sie gar nicht zuständig. Das heißt - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Natürlich. Das habe ich ja schon gesagt. Normalerweise - Herr Binninger hat ja auch davon gesprochen - wären wir auch gar nicht zuständig gewesen, aber die Sachsen haben uns gesagt: Macht das nur. Wir sind damit einverstanden.

Aber ich denke, ich weiß - ich weiß -, dass ich mehrmals mit unseren Obs.-Leuten in Chemnitz gewesen bin. Ob ich nun ausgerechnet an dem Tag - - kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen. Aber ich weiß noch, dass diese Deckblattmeldung - - Das ging bei uns immer hin und her. Und wir fahren ja nicht umsonst wegen einer Deckblattmeldung bis nach Potsdam hin. Das hätte man ja auch telefonisch klären können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir sind also nur deswegen dahin, weil die Brandenburger vehement abgelehnt haben, uns die Meldung freizugeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rix?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte.

Sönke Rix (SPD): Schönen Dank. - Für mich stellt sich die Frage, weil Sie gerade gesagt haben, die Sachsen haben gesagt: „Macht ihr das mal, da haben wir kein Problem mit“: Haben die Sachsen richtig abgelehnt, das zu machen, oder haben die gesagt: „Na ja, gut, wenn ihr sowieso dabei seid“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, den Wortlaut kann ich Ihnen jetzt nicht mehr wiedergeben; aber ich weiß, dass der Kollege Dietmeyer (?) ein paarmal gesagt hat: Da haben wir kein Personal für. Macht's mal - das war ein Bayer -, macht's mal so weit, wie ihr kommt. - Aber den Wortlaut kann ich Ihnen heute, nach 14 Jahren, nicht mehr wiedergeben.

Sönke Rix (SPD): Das war der Kollege - - Wie hieß der Kollege, der das - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Was habe ich eben gesagt? Dietmeyer (?) oder so ähnlich hieß der.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dietmeyer (?).

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dietmeyer (?), ja.

Sönke Rix (SPD): Einen anderen Kollegen hatten Sie da nicht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das war mein Ansprechpartner.

Sönke Rix (SPD): Der hat auch gesagt: Nein, machen - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war mein Ansprechpartner.

Sönke Rix (SPD): Der hat auch gesagt: „Nein, das machen wir nicht, macht ihr das mal“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, nur noch eine Minute, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich komme jetzt auch noch mal auf den Punkt. Ich lese Ihnen den Satz mal vor, der letzte, nachdem das von Probst und so da steht. Da steht:

Eine ständige Beobachtung der Probst und ihrer Familienangehörigen scheint ein erfolversprechender Ansatz.

Dasselbe habe ich Herrn Nocken gefragt, und der hat gesagt: Ja, haben wir auch alles zur Kenntnis genommen, aber wir haben das eben nicht gemacht, sondern Sachsen, weil es findet sich auch kein Observationsbericht oder - - Ich habe ihn dann auch gefragt: Wie lange wurde observiert? Das liest sich ja so, dass man das länger machen müsste, dass sie nicht gerade an dem Tag da sind oder so.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Ströbele, ich will nur mal kurz - - Wenn Sie einmal kurz in Ihre Unterlagen blicken, können Sie mir sagen, wie das eingestuft ist, was Sie da gerade zitieren? Sonst sage ich es Ihnen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht eingestuft. Herr Vorsitzender, das haben wir vorhin schon mal gesagt. Bei mir steht oben drüber: ohne Einstufung.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Fundstelle!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann bitte die Fundstelle nennen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann gibt es noch eine zweite Version in den Akten.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie ist denn die Fundstelle?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht überhaupt keine drin. - Bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was ist denn die Fundstelle?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Fundstelle ist MAT A TH-3/1, Anlage 03, Blatt 56 bis 58.

(Der Vorsitzende blättert in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Es ist schon spät, Herr Ströbele. Haben Sie noch eine Frage? Ansonsten müssten wir eine neue Runde anfangen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist immer das Gleiche! Das hat das Büro mal rumgefakt!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe es dreimal. Es gibt noch ein anderes Mal. Die Fundstelle kann ich Ihnen gleich auch noch reinreichen. Da war ein „Geheim“-Stempel drauf, und da ist ein Stempel drauf „Ungültig“. Deshalb vermute ich, dass das ungültig ist.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Wer macht den drauf bei euch?)

- Das war nicht von mir, das ist auf der Kopie drauf.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Thüringen, Innenministerium Thüringen! Eine seriösere Adresse gibt es gar nicht! -
Clemens Binninger (CDU/CSU): Den Stempel hätte ich auch gerne mal!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben Sie noch eine Frage, Herr Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich will jetzt nur noch mal von Ihnen wissen - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müsste sich - gerade wenn es ein längerer Vorgang wäre, sagen wir mal, Tage oder Wochen oder länger -

doch irgendein Vorgang auch in der Akte finden: -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - Wir haben den Vermerk, und jetzt waren die Kollegen da und da und haben das wochenlang - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, wenn da Observationskräfte von uns waren, müssen auch Berichte in den Akten drin sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ist aber nicht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn die nicht drin sind, dann - - Ist keiner drin?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kenne keinen, nein.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ich habe nicht nachgesehen. Also, wenn Sie nichts gefunden haben - und das Amt hat den nicht zurückgehalten -, dann sind wir nicht da gewesen; es sei denn, das Amt hat sie nicht fotokopiert. Herr Ströbele, das kann ich Ihnen hier heute nicht mehr sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wenn Sie nicht können, will ich Sie auch nicht zwingen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Tut mir leid, ja. Ich hätte es Ihnen gerne beantwortet, aber - -

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit sind wir am Ende dieser Berliner Runde. Gibt es noch Fragen seitens der Unionsfraktion? - Herr Kollege Stracke.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Herr Schrader, mich würde zur Abrundung meines Bildes noch interessieren: Wie war denn bei Ihnen im Referat eigentlich der Informationsfluss organisiert, beginnend bei den Beschaffern hin zu den Auswertern, und welche Stellung hatten Sie, gerade was jetzt dieses Trio natürlich angeht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Alles, was von den Beschaffern reinkam - seien es

nun V-Mann-Berichte, sei es aus anderen Quellen, seien es G-10-Maßnahmen - - liefen alle über meinen Schreibtisch, und dann war es bei der Auswertung so, dass jeder Sachbearbeiter bestimmte Gebiete hatte. Meistens war es nach Personengruppen sortiert. Dann habe ich dort Vermerke draufgemacht oder auch nicht. Wenn es nötig war, wenn ich das für nötig gehalten habe, habe ich da Vermerke draufgemacht und bin dann in der Regel zu dem Auswerter übergegangen oder zu der Auswerterin und habe dann mit der besprochen, was zu machen ist. Viele Dinge waren standardisierte Dinge. Dazu brauchte man nichts zu sagen. Das waren einfach Deckblattmeldungen, die wurden durchgelesen, und die Ämter, die davon betroffen waren, wurden dann informiert. Da gab es keine große Geschichte.

Da, wo aber Nachfolgedinge zu machen waren, da, wo Personen abzuklären waren, wo Sachen abzuklären waren, wo was Neues war, haben wir das besprochen und haben dann besprochen, wie wir weiter vorgehen hatten, und haben dann auch notfalls der Beschaffung den Auftrag erteilt, oder ich habe mit dem Beschaffer gesprochen. Ich bin selber auch teilweise mit rausgefahren, wenn es gewisse Dinge waren. Also, ich kannte die V-Leute alle. Teilweise bin ich auch mit da rausgefahren und habe mit denen selber gesprochen, habe denen selber Aufträge erteilt, habe auch bestimmte Dinge nachgefragt. Aber wenn ich da war, wenn ich nicht gerade im Urlaub oder krank war, ging das alles über den Schreibtisch und sonst, wenn ich nicht da war, über Herrn Wießners Schreibtisch, und dann wurde das mit der Auswertung besprochen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wer war denn eigentlich der Auswerter bei Ihnen, der dieses Trio gemacht hat? War das der Herr Elsner?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, bei dem Trio war es ja so - das hatte ich am Anfang gesagt -: Da haben wir zunächst mal die ganzen Meldungen - so viele waren es ja im Grunde gar nicht - bei der Beschaffung belassen, um zu sehen, wie wir weiter vorgehen. Wir wollten nicht so viel Staub aufwirbeln. Vor allen Dingen wollten wir nicht die ganzen Landesämter, die nur informativ zu beteiligen waren, noch nicht direkt informieren, um nicht so viel Staub aufzuwirbeln, weil die Quelle ein paar Mal gesagt hat - -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, ich wollte ja zunächst einmal bei Ihnen referatsintern das wissen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das bleibt zunächst mal - -

Stephan Stracke (CDU/CSU): Ging das an den Herrn Elsner dann weiter, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, zunächst mal nicht.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - was jetzt die Beschaffung angeht, in Form des Auswerters?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das waren nur - - Einige Dinge gingen an Herrn Elsner, die er weiter bearbeiten konnte, die unproblematisch waren, und das was, problematisch war, haben wir bei uns bei der Beschaffung gelassen. Die hat Herr Wießner geführt, die Akte, und von da aus ging es dann weiter, haben wir dann weiter besprochen, wie wir weiter vorgehen würden.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Was ist der Unterschied zwischen problematisch und unproblematisch?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das sind Dinge, wo wir unmittelbar nachfragen mussten, wo wir noch Dinge zu klären hatten. Oder zum Beispiel hier auch diese Geschichte mit der Brandenburger Geschichte, das haben wir also nicht der Auswertung gegeben, sondern haben es erst beim Beschaffer gelassen, weil uns diese Meldungen zu dem Zeitpunkt noch zu heiß waren. Wir mussten ja auch gegenüber Brandenburg rechtfertigen, was wir damit gemacht hatten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Hatten Sie den Eindruck, dass Ihr Auswerter all den Dienstpflichten nachgekommen ist, also dass er zeitgerecht sämtliche Informationen, die er dann von Ihnen bekommen hat, insbesondere dann vom Beschaffer, danach ausgewertet hat?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Meinen Sie jetzt generell oder in dieser „Drillings“-Geschichte?

Stephan Stracke (CDU/CSU): In dieser „Drillings“-Geschichte.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das, was er gekriegt hat, hat er auch gemacht, ja. Aber er hat so viel nicht gekriegt von uns. Wir haben erst mal die Akten beim Beschaffer gelassen. So viel hat er nicht gesehen davon.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Warum haben Sie es ihm nicht gegeben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das sagte ich ja eben: Weil wir - - Wir waren ständig mit Observationen, mit TKÜ-Maßnahmen befasst, und da hätte ich jedes Mal wieder übergehen müssen, die Akte holen. Darum haben wir gesagt: Wir lassen jetzt erst die Akte beim Beschaffer, und so, wie wir bestimmte Schritte abgeschlossen haben, geben wir sie dann zur Auswertung rüber. - Das habe ich damals so angeordnet, und wir haben das damals so für richtig gehalten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wurde damit der Beschaffer zum verdeckten Auswerter?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das ist üblich. Das ist üblich, dass die Beschaffer teilweise die Akten behalten. Das ist nicht unüblich. Das war auch in anderen Fällen gelegentlich so.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Wer war denn eigentlich das Sprachrohr nach draußen? Also, wer hat die Kommunikation mit dem thüringischen Landeskriminalamt gepflegt? Waren Sie das ausschließlich?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das habe ich in der Regel gemacht oder Herr Wießner.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Der Herr Wießner.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wir sind, wenn wir draußen - - Wir waren viel draußen. Deshalb sind wir fast immer zusammen gefahren.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Sie hatten vorher erwähnt gehabt, Sie haben dann eigentlich nahezu ausschließlich mit der Ziel-

fahndung kommuniziert. Haben Sie dann auch noch weitere Gespräche geführt mit dem -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein. Wir waren angewiesen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): - thüringischen Landeskriminalamt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, wir waren angewiesen, alles mit der Zielfahndung zu bereden. Irgendwann, und zwar nach sehr kurzer Zeit schon, kriegten wir vom LKA den Hinweis, alles mit der Zielfahndung - nicht mehr mit dem Staatsschutz, sondern mit der Zielfahndung - zu bereden.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Hatten Sie selber mit der ZEX oder mit der EG TEX auch gesprochen gehabt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: In dieser Sache nicht, nein. Wir hatten ja Anweisung, das mit der Zielfahndung zu bereden. In anderen Dingen ja. Wenn es um normale Aufmärsche ging, wenn es um Veranstaltungen ging, dann kriegte das die ZEX; aber ansonsten - in diesem Fall „Drillinge“ - hatten wir die Anweisung, nur mit der Zielfahndung zu sprechen.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Okay. Danke schön.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD-Fraktion? - Dann darf ich noch zwei Fragen auf SPD-Kontingent stellen.

Herr Schrader, was wir hier ständig erleben, ist, dass - egal, welcher - amtierende oder ehemalige Behördenvertreter uns hier schildern, wie gut alles gelaufen sei im eigenen Zuständigkeitsbereich und bei den anderen Stellen läge vieles im Argen. Sie haben vorhin unter anderem gesagt, die Staatsanwaltschaft hätte sich einige Tage Zeit gelassen, bis Haftbefehl erlassen worden ist.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, so steht es im Schäfer-Gutachten drin.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann möchte ich Sie aber gerne fragen - jetzt muss ich natürlich gucken, wo ich das habe;

die Quelle ist MAT A TH-1/3, Seite 40 f. -: Die Observationsmaßnahmen, was die Garagen betrifft, waren nach Aktenlage am 1. Dezember 1997 abgeschlossen. Mitteilung des Ergebnisses der Observationsmaßnahme Ihres damaligen Amtes an das LKA erfolgte über Herrn Nocken am 8. Januar 1998, über einen Monat später. Halten Sie das für zeitnah?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: An und für sich nicht, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nein, an und für sich nicht. Das finde ich auch. - Am 1. Dezember 1997 stellen Sie abschließend fest: „Mutmaßlich wird in einer der Garagen irgendwas Illegales gebastelt“, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - und dann macht man erst mal Weihnachtspause und schreibt dem Kriminalamt seitens des Verfassungsschutzes am 8. Januar: Guckt da mal nach!

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ist aus meiner Sicht nicht eine zeitnahe Nähe. Wenn Sie mich jetzt fragen, warum, das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. Aber wenn das so ist, wenn das da so steht?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, ich meine, finden Sie, das spricht dafür, dass man die Sache hinreichend ernst genommen hat?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Edathy, das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß auch nicht - - Es wird sicherlich einen Grund gehabt haben, dass das vier Wochen gedauert hat. Ich weiß nicht, welchen, kann ich nicht sagen; aber ich könnte mir schon vorstellen, dass das einen Grund gehabt hat. Aber wie gesagt: Muss ich passen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Warum wird denn eigentlich eine solche Information ans LKA als vertraulich gekennzeichnet?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Als geheim sogar. Die war nicht Vertraulich, die war Geheim eingestuft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ergibt sich aus der - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Die war ursprünglich geheim. Wenn ich das recht in Erinnerung habe, war die Geheim eingestuft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vertraulich.

(Halina Wawzyniak (DIE LINKE):
Warum? - Sönke Rix (SPD): Warum?)

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Aus Quellenschutzgründen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, aber ich meine, wenn Sie einen Hinweis an die Polizei geben: „Da wird möglicherweise irgendwie ein Sprengsatz zusammengestellt“, was macht es denn da für einen Sinn, das als eingestufte Information der Polizei zu geben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja nun, die Polizei hat es ja so gehabt. Sie konnten sie ja auch verwenden. Ob es nun eingestuft war oder nicht, sie konnten es verwenden. Es sollte nur nicht in die Akte rein, dass die Anwälte es nicht zur Kenntnis kriegten. Aber verwenden konnten sie es ja. Dafür haben wir es ja übergeben.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Zweite Frage ist: In dem Bericht der sogenannten Schäfer-Kommission findet sich - das ist MAT A TH-6/3, Blatt 188 - ein sogenannter Vermerk zur Anhörung Schrader. Kennen Sie den Vermerk?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wenn er im Schäfer-Bericht drin ist, müsste ich ihn kennen, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist wahrscheinlich der eingestufte Teil. Ich zitiere mal:

Nach Angaben von Herrn Schrader in seiner Anhörung vom 23.02.2012 soll Herr Wunderlich

- in Klammern: Zielfahndung LKA -

in den Jahren 1998 und 1999 mindestens ein Dutzend Mal bei Observationen des Verfassungsschutzes mitgefahren, zumindest aber

zugegen gewesen sein. In den Akten des TLKA gibt es hierfür keine Belege.

Im Zeitraum 1998-1999 gibt es in den Akten des TLKA nur einen Hinweis auf Observationen...

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß jedenfalls, dass Wunderlich einige Male mit uns gefahren ist. Ich weiß, dass damals der Herr Wache mich fragte: Wie oft ist der mitgefahren? Einmal, zweimal, fünfmal, siebenmal? - Ich sage: Herr Wache, ich kann das nicht mehr genau sagen; aber ich weiß, dass er einige Male mitgefahren ist und auch einige Male bei Besprechungen mit dabei war, und zwar dergestalt, dass wir uns in Jena an der Autobahn getroffen haben und von dort aus dann den Einsatz besprochen haben. - Damals waren die Kölner da, und da war Wunderlich sehr häufig dabei. So, wenn er darüber keine Dings macht, dann ist das wahrscheinlich darauf zurückzuführen, weil wir ihn gebeten hatten, über diese Dinge keine Niederschriften zu machen. Aber ich weiß, dass er dabei war.

Herr Edathy, ob jetzt nun zwölfmal oder achtmal, das kann ich nicht sagen, aber er ist einige Male mit dabei gewesen. Fragen Sie Herrn Wießner - der kommt ja auch noch her -, der wird das bestätigen können.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, wobei einmal, einige Male, ein Dutzend Mal natürlich schon ein Unterschied ist.

Können Sie sich denn daran erinnern, Herrn Wunderlich die Maßgabe mit auf den Weg gegeben zu haben: „Du darfst bei unserer Observation mit dabei sein, aber du darfst das nicht aufschreiben“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Darauf hat er sich eingelassen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, weil es normalerweise nicht üblich ist. Es war auch normalerweise bei uns im Haus verboten, von der Polizei jemanden mitzunehmen. Auch da habe ich mich weit aus dem Fenster rausgehängt. Der Einzige, der das wusste, war der Herr Nocken. Normalerweise ist es

unüblich - es ist auch regelrecht verboten -, dass wir von der Polizei bei uns in Obs.-Fahrzeugen welche mitnehmen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Na ja, die Frage, die sich hier im Ausschuss grundsätzlich stellt, ist ja: Wäre es nicht von vornherein eigentlich eine polizeiliche Aufgabe gewesen, die Sie da übernommen haben?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Herr Edathy, ich habe - - Als die nach der Durchsichtung untergetaucht waren, habe ich Roewer gesagt, dass wir normalerweise dafür zunächst mal nicht zuständig seien. Für untergetauchte Straftäter ist die Polizei zuständig, nicht wir. Dennoch kriegte ich den Auftrag, das zu machen. Nun kann man natürlich sagen, es bleiben Rechtsextremisten, und für deren Beobachtung sind wir zuständig. Das kann man also auslegen, wie man will. Das haben wir auch so ausgelegt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, wenn Sie vorhin gesagt haben, Herr Roewer habe sich sehr mäßig interessiert an dem Fall, -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - was hat er denn dann für einen Grund gehabt, den nicht abzugeben an die Polizei? Das hätte doch bei Ihnen wieder Ressourcen frei gemacht?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war das, was ich Ihnen eben sagte: Nachdem die untergetaucht waren und der Herr Staatsanwalt drei, vier Tage später den Haftbefehl erlassen hat, hat er mich zu sich gerufen - da kam er von irgendeiner Besprechung - und gesagt: Die kriegen die sowieso nicht. Sie kriegen den Auftrag, die zu fangen. - Das habe ich aber eben da so ausgeführt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, das ist schon richtig. Nur, Herr Wunderlich war ja ansonsten ein ausgesprochen erfolgreicher Zielfahnder. Wie kam denn der Herr Roewer gegenüber Ihnen zu der Aussage: Die kriegen die sowieso nicht“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Der Herr Wunderlich ist ja erst später in die erste Reihe

vorgerückt. Vorher war ein Herr Ihling der Leiter der Zielfahndung - der Mann ist leider Gottes sehr früh sehr schwer krank geworden und gestorben -, und dann erst kam Wunderlich an.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber die waren ja eine Zeit lang zusammen da unterwegs.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Und dann fing auch ein Teil der Probleme an.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, das habe ich jetzt irgendwie etwas anders in Erinnerung. Das hat sich überschritten.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
Nein! Alleine, das ist richtig!)

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Zunächst hieß der Leiter Ihling und nicht Wunderlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Aber Wunderlich war ja schon dabei.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, richtig. Das waren vier. Vier Personen waren das.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich meine, Sie versuchen ja gerade so darzustellen, als ob das irgendwie ein schlampiger Amateur gewesen wäre, der - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, das habe ich nicht gesagt. Aber wissen Sie, Herr Edathy, ich wundere mich bei einem: Über Jahre wird behauptet, wir hätten die beiden gedeckt, und daher habe er sie nicht gefangen. Das hat sich nun Gott sei Dank hinterher als falsch rausgestellt. Wenn wir das auch nicht hätten, wenn das der Schäfer auch nicht festgestellt hätte, würde es auch noch im Raum stehen. Dann würde uns das auch noch weiterhin nachgehagen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich will mal abschließend fragen: Sie haben vorhin etwas behauptet, da wollte ich Sie fragen, ob Sie mal drüber nachgedacht haben, ob Sie das wirklich so noch mal wiederholen wollen. Sie haben gesagt, hätte man Sie nicht abgelöst, hätten Sie die drei gefunden.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das habe ich so nicht gesagt. Ich sagte, wenn man uns hätte arbeiten lassen - so habe ich das gesagt -, wenn man uns hätte in Ruhe arbeiten lassen, dann wären wir irgendwann fündig geworden. Da bin ich ganz überzeugt von.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da sind Sie überzeugt von?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Da bin ich überzeugt von, ja, nach wie vor.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Hat die FDP-Fraktion noch Fragen? - Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nachdem die CDU vorgelegt hat, kann ja die FDP auch nachfolgen mit Fragen. Das ist ja kein Problem.

Also, ich habe noch mal eine kurze Frage zu der Garagen- bzw. der Observation. Hatten Sie Hinweise bei Ihrer Observierung, dass noch ein weiterer Dienst zeitgleich, ortsgleich observierte?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bei uns in Thüringen? Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dass möglicherweise Sie sogar observiert worden sind?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Oder sind andere - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ein weiterer Dienst kann ja dann nur der BND gewesen sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Bzw. ein Sicherheits... - - ein Amt, das auch Observierungen durchführt, sagen wir es mal so rum.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, ist mir nicht bekannt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ist Ihnen nicht aufgefallen? Wäre Ihnen denn aufgefallen - -

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie da Belege, oder war das einfach nur eine wilde Vermutung?)

- Nein, das ist keine wilde Vermutung; aber ich habe auch keinen Beleg dafür - deswegen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist das so spektakulär, dass es uns interessieren würde?)

- Ja. - Jetzt darf ich reden. Sehr gut.

Wenn zwei V-Männer an einem Tisch sitzen mit weiteren aus der extremistischen Szene, einer berichtet und einer berichtet nicht, wäre das im Amt aufgefallen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Dass an einem Tisch von uns zwei V-Leute sitzen, das hätten wir gewusst. Was aber passieren kann, ist, dass an einem Tisch bei einer Besprechung zwei V-Leute von verschiedenen Behörden sind, dass zum Beispiel Köln - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, nein, ich rede jetzt von dem fiktiven Fall: Die V-Leute wissen ja auch nicht untereinander, wer der andere ist.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber einer berichtet, und einer berichtet nicht.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das wäre deswegen schon aufgefallen, weil der, der berichtet hat, hätte eine Anwesenheitsliste geführt, und da hätte ich ja gesehen, ob da noch einer bei gewesen wäre oder nicht. Das ist also ein mehr als fiktiver Fall.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja. Wäre also auszuschließen sogar?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das kann ich ausschließen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sehr interessant. - Dann: Haben Sie denn mal versucht, bei der Fahndung vielleicht mit erheblichen Geldmitteln zu locken, im Sinne von: „Journalist würde gerne mal eine Story machen über die Untergetauchten“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also, wir haben unsere Quellen, und zwar einmal der 2045, später aber auch der von Gera,

Summen angeboten für einen Hinweis, dass sie uns verbindlich sagen, wo die drei sind. Das haben wir auch getan, ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Aber dass Sie beispielsweise an einen Nicht-V-Mann herangetreten sind, legendiert, und gesagt haben: „Wir hätten gerne ein Interview und bieten dafür einen Haufen Geld“ oder so was?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, haben wir nicht gemacht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt zum Abschluss: Was schon ein bisschen auffällig ist, ist, was so 1997, 98, 99 passiert ist, auch in den Sicherheitsstrukturen. Also: Das LKA wird reformiert. Die Soko REX, die mehrere Jahre sehr intensiv arbeitet, wird aufgelöst, wird durch eine kleinere EG ersetzt. Die Zielfahndung bekommt einen vergleichsweise konkreten Auftrag: Lasst euch da mal nicht von der politischen Sache -- Das machen andere. - Sie kriegen den Auftrag, da auch mitzumischen. Wobei: Sie sagten vorhin, Sie wurden angewiesen, nur mit der Zielfahndung zusammenzuarbeiten in der Sache?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, vom LKA aus.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Vom LKA. LKA hat Sie angewiesen?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wie geht das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, wir kriegten irgendwann einen Anruf. Da hieß es also: nicht mehr mit Staatsschutz. An und für sich wäre das ja eine Staatsschutzangelegenheit gewesen. Das hätte ich so verstanden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gab es denn damals eine Abteilung „Staatsschutz“?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, natürlich, die Abteilung 6. Der Leiter war der Kriminaloberrat Liphardt. Der hätte das gemacht. Wir kriegten aber dann sehr schnell

die Anweisung, dass wir also nicht mit dem Staatsschutz, sondern mit der Zielfahndung.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Meiner Kenntnis nach ist der Staatsschutz, die Staatsschutzabteilung erst am 12.03.2001 aufgestellt worden, nachdem der LKA-Präsident Kunkel ins Amt gekommen ist.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Richtig, das hieß dann so. Es gab damals noch die Abteilung 6; das war der Liphardt, und das waren die, die später im Staatsschutz aufgingen. Die hätten es an und für sich machen müssen. Das sind so Leute wie Dressler usw. Der ist ja auch schon mal hier gewesen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Hier noch nicht. - Was mir auffällt, ist: Es passieren viele Dinge zum ungünstigsten Zeitpunkt, nämlich da, wo man das Trio finden möchte.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Was?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Zum ungünstigsten Zeitpunkt, wo man das Trio finden muss, ist im LKA viel los, ist im Verfassungsschutzamt viel los. Soko REX wird aufgelöst, Soko ReGe ist noch nicht da. Die ZEX wird dann einberufen, die TEX ist auch noch da, dann kommt das Bundesamt dazu und wer nicht alles. So, und dann geht man jetzt ran und löst Sie auch noch ab, mit allem Brimborium. Also, in den Zeitungen werden Dinge über Sie abgedruckt, die persönlich sind und schwierig, werden auch als Gründe übrigens genannt für die Ablösung. Ich nehme an, Sie sind auch dagegen vorgegangen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das ist alles gesteuert worden. Ja, das weiß ich.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Jetzt wäre die Frage von mir: Was waren denn die konkreten Vorhalte, die man Ihnen gemacht hat? Diese 13 Punkte, haben Sie gesagt.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Also nein, die konkreten Vorhalte waren andere. Ich war Personalratsvorsitzender, und Roewer hatte eine Art - ich es sage jetzt mal so, wie es gewesen ist -, das Amt zu führen, die mit dem Personalvertretungsrecht und mit den beamtenrechtlichen Vorschriften nicht vereinbar war. Das sah also so aus, dass der

mich irgendwann zu sich rief und sagte: Passen Sie auf, bis morgen früh 9 Uhr brauche von Ihnen die Zustimmung. - Ich sagte: Herr Roewer, das geht so nicht. Das wissen Sie selber. Wir müssen das so machen, wie wir das gelernt haben, wie das den Leuten auch hier vorgemacht wird - wir waren ja im Aufbau begriffen damals -; wir müssen das den Leuten so zeigen, wie es richtig ist. Das können wir so nicht machen. Erstens, zweitens, drittens. - Ich brauche Ihre Belehrungen nicht. Ich brauche nur bis morgen früh ... - So ging es weiter.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Na ja, ich muss unterbrechen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Das war der Hauptgrund. Es war hinterher zwischen uns beiden eine Kommunikation nicht mehr möglich. Und dann fängt ein Präsident an - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Also, ich sehe jetzt drei Gründe.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Bitte?

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herr Schrader, ich muss Sie unterbrechen, damit wir auf den Punkt kommen. Es tut mir leid.

Ich sehe jetzt drei Gründe, die im Raum stehen, warum Sie damals gehen mussten. Erstens. Sie kamen mit dem Präsidenten nicht mehr zurecht. Das ist ein Grund. Der zweite Grund, der genannt wird, also ein ganz anderer Grund sozusagen: Geheimnisverrat, weil Sie Briefe geschrieben haben oder Ähnliches, und drittens - das hatte vorher der Präsident a. D. auch angekündigt oder angedeutet -, dass Sie persönlich große Fehler oder Schuld auf sich geladen haben, also diese Alkoholfahrt da usw. usf.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, dann will ich Ihnen das gerne erklären.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Drei unterschiedliche Gründe.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja. Also, der Geheimnisverrat - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Sie müssen sich jetzt hier nicht dazu erklären. Das können wir auch nachlesen.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein, nein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich will nur Folgendes fragen: Wer hat denn die Ermittlungen gegen Sie geführt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ein Oberregierungsrat aus dem TIM. Vor allen Dingen, was den Geheimnisverrat angeht, da sollten Sie mir schon die Gelegenheit geben, das hier zu sagen: Der Geheimnisverrat - -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Können wir das ganz kurz abschließen? Dann geht es - -

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, ja. Der Geheimnisverrat, Herr Kurth, bestand darin, dass ich als Personalratsvorsitzender einen Brief an den Minister geschrieben habe, und ich habe einen sieben Seiten langen detaillierten Bericht eines Oberstaatsanwalts Klüver (?), der also detailliert dargelegt hat, dass ich keinen Geheimnisverrat begangen habe. Aber das Ding steht erst mal im Raum.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ja.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: So kommt das zustande. Also, Sie sollten das schon anhören, was da tatsächlich gewesen ist, nicht einfach das, was die Zeitungen draus machen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich bezweifle Ihre Integrität ja nicht. Ich wundere mich nur, dass man in der Phase Sie dann auch noch abgesetzt hat. Jetzt wäre ja nur die Frage: Der Ermittlungsführer war ein Oberregierungsrat aus dem Thüringer Innenminister. Wer hat den eingesetzt? Wissen Sie das? Wer hat dafür gesorgt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Damals war das, glaube ich, der Abteilungsleiter Gatzweiler. Da gab es irgend so einen komischen Abteilungsleiter in der Abteilung 1, und dann gab es einen Staatssekretär. Die haben dann - - Da wurde ein förmliches Disziplinarverfahren eingeleitet.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Gatzweiler war doch Abteilung 4, denke ich.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, Gatzweiler war später Abteilung 1. Das war Roewers Busenfreund.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wann und wer hat das Verfahren eröffnet gegen Sie?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, das TIM.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): TIM? Wann war das?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja, nachdem ich den Brief an den Köckert, an den Innenminister geschrieben habe, -

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): 2000?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: - im November 99.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): 99 schon?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Ja klar. Nein, Moment. Stopp! Das ist falsch. Die erste Maßnahme - - Ich bin im Dezember 99 in den Weihnachtsurlaub gefahren und kriegte am 6. Januar die erste Verfügung, ein Hausverbot. Und dann kriegte ich jede Woche neue Verfügungen: Geheimnisverrat, Disziplinarverfahren, Strafverfahren, alles.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wollte man Sie weg haben aus dem Amt?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nicht „man“. Der Herr Roewer wollte mich weg haben, weil ich als Personalratsvorsitzender ihm nicht in den Kram passte.

(Sönke Rix (SPD): Was hat das jetzt mit dem Thema zu tun?)

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was hat der Referatsleiter „Rechtsextremismus“ mit dem untergetauchten Trio zu tun? Das ist wirklich eine grandiose Frage.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Was war das? Noch einmal. Jetzt habe ich Sie nicht richtig verstanden.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir reden jetzt über den Referatsleiter „Rechts-

extremismus“, der suspendiert worden ist aus einem bestimmten Grund. Was hat das mit dem Trio zu tun, kam jetzt gerade die Frage.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das fragen wir uns auch, Herr Kurth! - Sönke Rix (SPD): Das fragen wir uns! Sagen Sie es doch mal!)

- Der Referatsleiter „Rechtsextremismus“ wurde entfernt aus dem Landesamt für Verfassungsschutz.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Es kam ein neuer rein. Die Maßnahmen mussten wieder aufgenommen werden oder Ähnliches.

(Sönke Rix (SPD): Ja!)

Natürlich hat das was damit zu tun. Aber ich muss mich auch nicht rechtfertigen dafür.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wie viele weitere Fragen gibt es denn noch an den Zeugen Schrader? - Dann hätte jetzt die Linksfraktion noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Herr Petermann.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, ich habe noch eine Abrundungsfrage. Herr Schrader, Sie hatten in Thüringen ausgesagt, dass Sie gelegentlich auch schon mal gefragt wurden, wenn es neue Anwerbungen gab. War das auch im Fall von Frau Zschäpe so?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Da gab es ja einen Anwerbungsversuch. Ist das irgendwann mit Ihnen mal besprochen worden?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Wird auch behauptet. Ist nie ein Thema gewesen. Von den dreien ist nie einer auf dem Schirm gewesen zur Anwerbung. Die drei - - Das muss ich ganz deutlich sagen: Bevor die Bomben gefunden worden sind, waren die drei eigentlich unter „ferner liefen“. Die sind nur mal aufgefallen bei irgendwelchen Veranstaltungen. Da haben sie mal eine Fahne hochgehalten, haben mal dies, mal jenes gemacht. Aber sonst waren die drei - - Das fing erst an mit der Puppe und später mit den Bombenattrappen. Da ging das so allmählich auf die drei los.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, im Jahre 1997 gab es keinen Anwerbungsversuch?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Jedenfalls haben Sie davon nichts gewusst?

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Nein, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben die Grünen noch Fragen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es weitere Fragen aus den Reihen des Ausschusses? - Das ist auch nicht der Fall.

Herr Schrader, dann bedanke ich mich, dass Sie uns heute als Zeuge zur Verfügung gestanden haben. Sie sind hiermit entlassen.

Sie bekommen, wie angekündigt vorhin, das vorläufige Protokoll nach Erstellung mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen zu reklamieren.

Zeuge Friedrich-Karl Schrader: Okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Besteht Einigkeit darüber, den vierten Zeugen jetzt noch zu hören? - Das ist der Fall.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir gehen um zehn! - Gegenruf des Abg. Clemens Binninger (CDU/CSU): Dann geht ihr halt! - Gegenruf des Abg. Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch ohne uns?)

- Hatten wir nicht mal 22.30 Uhr gesagt, Herr Wieland?

(Stephan Stracke (CDU/CSU): Ja, halb elf haben wir ausgemacht!)

Halb 11 war die Verabredung.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können ihn gerne ohne uns hören!)

Wir haben schon zweimal bis halb 11 praktiziert, wenn wir vor 10 Uhr begonnen haben.

Mir ist von der Union signalisiert worden, sie hätte nur drei Fragen. Wenn wir alle ein bisschen diszipliniert zu dem Aspekt fragen, der ja wohl im Wesentlichen von großer Relevanz ist - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommissar Kurth wird 20 Fragen haben!)

- Also, Herr Baumbach ist doch erkennbarerweise wegen einer besonderen Frage als Zeuge eingeladen. Deswegen frage ich jetzt mit allem Ernst in die Richtung aller fünf Fraktionen: Trauen wir es uns zu, innerhalb von 25 Minuten den Zeugen zu befragen? - Die Linksfraktion schüttelt den Kopf. Die Grünen wollen es auch nicht. Was machen wir jetzt?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, wann soll er denn dann kommen? Morgen früh, oder wann? Wir haben ja mit viel Langmut bei den ersten Zeugen Runde um Runde ertragen. Dass wir jetzt abrechnen und noch mal den Preis dafür bezahlen, sehe ich nicht ganz ein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich bitte, zu bedenken, dass wir uns nach wie vor in öffentlicher Sitzung befinden. - Frau Wawzyniak.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Herr Binninger hatte gefragt, wann er kommen

soll. Vielleicht könnten wir noch mal über nächste Woche Freitag nachdenken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Brauchen wir jetzt eine Beratungssitzung, oder kriegen wir das hin?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn wir gleich anfangen, sind wir schon fast durch. Dann brauchen wir gar nicht zu beraten.

Stephan Stracke (CDU/CSU): Jetzt machen wir den mit. Dann haben wir es erledigt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wollen wir es mal mit dem Zeugen probieren? Wir können ja immer noch feststellen, ob er erneut kommen muss.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir fragen jetzt nur die Dinge, die interessieren. Ohne uns gäbe es ihn hier gar nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann beschließen Sie es mit Mehrheit.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das machen wir nicht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zeige doch gar keinen richtigen Widerstand. Ich sage nur: Wir gehen um zehn. Aber Sie können das wirklich ohne uns machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist nicht Praxis hier im Ausschuss, und damit sollten wir auch nicht 2013 anfangen.

Dann müssen wir uns noch kurz verständigen, wie wir mit dem Zeugen umgehen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wir haben keine Fragen, ohne Flachs.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ist das apodiktisch?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Moment, wenn die FDP wirklich keine Fragen hat, haben wir eine neue Situation.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Lieber Kollege, Entschuldigung! Lieber Herr Wie-

land, können wir das vielleicht kurz in der Beratungssitzung klären?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Die SPD hat auch keine Fragen. Wir bieten den Grünen an, mit der Befragung des Zeugen zu beginnen. Ist das in Ordnung?

(Zuruf des Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP))

- Also, Herr Kurth, ich versuche gerade, zu vermeiden, dass wir uns mit Blick auf die weitere Planung unnötigerweise einen zusätzlichen Zeugen einhandeln, den wir heute sozusagen abschließend hören könnten.

Ich höre, die Union habe wenige Fragen und die SPD habe keine Frage. Die FDP hat keine Fragen. Linke und Grüne haben wahrscheinlich Fragen, erfahrungsgemäß. Wenn wir jetzt anfangen und nicht noch eine Viertelstunde darüber diskutieren, müsste es doch möglich sein, das bis 22.25 Uhr zum Abschluss zu bringen.

(Clemens Binniger (CDU/CSU): Ihr dürft beginnen!)

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ja schon gesagt, was meinen Stimmungsumschwung bewirkt hat. Das hat den Kollegen Wolff nun wütend gemacht.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, Entschuldigung! Aber wir reden gleich noch darüber.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann, ganz kurz, bitte.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will nur zu bedenken geben: Der Zeuge hat natürlich die Möglichkeit, einzuführen. Wir können das nicht beeinflussen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das können wir ja mit ihm klären.

Jens Petermann (DIE LINKE): Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass wir ihn

vielleicht in einer geschlossenen Sitzung befragen wollen.

(Iris Gleicke (SPD): Lasst uns anfangen! Anfangen ist okay!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich bin hier lediglich der Vorsitzende.

Darf ich jetzt fragen, ob wir es zumindest versuchen wollen? - Dann bitte ich darum, Herrn Baumbach in den Raum zu führen.

**Vernehmung des Zeugen
Mike Baumbach**

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte, soweit noch nicht geschehen, wieder Platz zu nehmen.

Ich begrüße als vierten und letzten Zeugen des heutigen Beweiserhebungstages Herrn Mike Baumbach. Herr Baumbach, ich darf Sie darauf hinweisen, dass - - Ich sage das mal in Richtung Tribüne: nicht aufzeichnen, nicht fotografieren, nicht filmen. Ich darf Sie darauf hinweisen als Zeugen, dass eine Tonbandaufnahme Ihrer heutigen Vernehmung gefertigt wird, die allerdings ausschließlich einem Zweck dient, nämlich die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, wenn das Protokoll erstellt ist, wird die Aufnahme gelöscht. Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung übermittelt. Sie haben dann - falls Sie möchten jedenfalls - die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen zu reklamieren.

Ich stelle fest, Sie sind ordnungsgemäß geladen worden. Die Ladung haben Sie am 15. Februar 2013 erhalten. Bezüglich Ihres heutigen Erscheinens als Zeuge im Untersuchungsausschuss liegt eine Aussagegenehmigung der Thüringer Polizei - nicht des Innenministeriums, der Polizei? -, der Polizei vom 4. Februar 2013 vor.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich

geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie Fragen zu diesen Ausführungen?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann darf ich Sie ganz kurz bitten, sich dem Ausschuss mit Angabe von Namen, Alter und Beruf vorzustellen.

Zeuge Mike Baumbach: Mein Name ist Mike Baumbach, 43 Jahre, von Beruf Beamter im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministeriums, um genau zu sein: im Moment abgeordnet zur Landespolizeidirektion des Freistaates Thüringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie ein bisschen das Mikrofon näher zu sich heranziehen? Das ist flexibel. Oder beide anmachen; das hat sich eben als gute Idee erwiesen. Das ist, glaube ich, ganz hervorragend.

Zeuge Mike Baumbach: Okay. - Soll ich das noch wiederholen?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Ja!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Haben wir es alle verstanden, oder? - Noch mal.

Zeuge Mike Baumbach: Mein Name ist Mike Baumbach, 43 Jahre, von Beruf Beamter, im Moment abgeordnet zur Landespolizeidirektion des Freistaates Thüringen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Okay. Und die Adresse, die wir für Ihre Ladung verwendet haben, ist nach wie vor aktuell?

Zeuge Mike Baumbach: Ist korrekt, ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe Sie bereits gefragt - eben, also vorhin -, ob Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes die Gelegenheit wahrnehmen möchten, sich vor der Vernehmung zu äußern. Das haben Sie verneint. Also, Sie sind damit einverstanden, wenn wir direkt in die Befragung eintreten.

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das tun wir hiermit. Wir haben vorhin vereinbart, dass - abweichend von unseren Usancen - Bündnis 90/Die Grünen beginnen mit der Befragung, sofern gewünscht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir haben eigentlich nur eine Frage, Herr Zeuge. Sie sollen bei der Anhörung durch die Schäfer-Kommission geäußert haben, dass erwogen wurde, Beate Zschäpe kurz vor ihrem Abtauchen als V-Frau anzuwerben, dies aber dann wegen ihres BtM-Konsums nicht geschehen wäre. Frage in dem Zusammenhang: Was wissen Sie über BtM-Konsum? Woher wissen Sie es? Gab es da Strafverfahren? Wie kamen Sie darauf?

Zeuge Mike Baumbach: Also, ich war seinerzeit als Ermittler in diesem Fall „Drilling“ tätig für das Landesamt für Verfassungsschutz, also ein besonderer Ermittler. Ich war im Bereich „Forschung und Werbung“ tätig, mit dem Kollegen Wießner.

(Clemens Binniger (CDU/CSU):
Ein bisschen lauter!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn Sie ein bisschen lauter und ein bisschen langsamer sprechen könnten. Kein Problem, wir sind alle sehr humane Abgeordnete.

Zeuge Mike Baumbach: Ich war in der Zeit im Bereich „Forschung und Werbung“ tätig. Ich denke, das muss ich jetzt nicht genau erklären, was ein Beamter in dieser besonderen Ermittlung zu tätigen hat. Und in diesem Zusammenhang haben wir darüber gesprochen, ob nicht jemand aus dem Umfeld eventuell infrage kommt, angesprochen zu werden, operativ zu bearbeiten, und da kam zum Beispiel auch die Frau Beate Zschäpe infrage, unter anderem; es waren

sicherlich auch mehr Personen dort, die wir da so, salopp gesagt, auf der Pfanne hatten.

Die Frau Zschäpe wurde dann dahin gehend fallen gelassen, weil in einem Gespräch mit dem Herrn Wießner - ich weiß nicht, wer noch mit dabei gewesen ist - der Vorwurf - was heißt: der Vorwurf? -, die Information geflossen ist, dass sie wohl psychische Probleme hätte und deswegen diese Sache sehr kompliziert wäre. Und in der Regel haben wir bei psychischen Problemen dann von vornherein gesagt gehabt: Das tun wir uns nicht an, das ist uns zu heikel.

Wie jetzt der Begriff auf die Drogen kommt, das kann ich nicht sagen. Ich hatte nur vermutet gehabt, dass es vielleicht in die Richtung einer Depression geht und daraufhin irgendwelche Medikamente vielleicht konsumiert werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ein Gespräch zwischen Herrn Wießner und Ihnen?

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kein weiterer Beteiligter?

Zeuge Mike Baumbach: Es war am Rande, zu Beginn einer von diesen vielen Sitzungen, Beratungen, die wir hatten.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wer ist „wir“?

Zeuge Mike Baumbach: Also, ich weiß, ich habe mit dem Kollegen Wießner darüber gesprochen. Wer sich noch im Raum befand, das kann ich Ihnen jetzt heute nicht mehr sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, in diesem Referat - „Forschung und Werbung“ war ja wohl Referat 24 -

Zeuge Mike Baumbach: Korrekt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - saß man zusammen, ging Namen durch?

Zeuge Mike Baumbach: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, die Räumlichkeit war eine andere. In meiner Erinnerung war es die sechste Etage, und es war das Büro des Kollegen Zweigert, der damals mit in dieser Operation „Rennsteig“ bzw. „Drilling“ mitgearbeitet hatte. Meiner Meinung nach war es in der sechsten Etage, und es war nicht das Büro des Kollegen Wießner.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir fragen Sie. Also in der sechsten Etage im Büro eines anderen Kollegen.

Zeuge Mike Baumbach: Und ob der mit dabei gewesen ist, das kann ich heute nicht mehr sagen. Also, ich habe in meiner Erinnerung, dass ich mit dem Kollegen Wießner gesprochen habe. Ob noch jemand mit dort dabei gewesen ist, das weiß ich heute nicht mehr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer kannte denn Frau Zschäpe? Wenn ich sage, da gibt es psychische Probleme, muss ich ja was wissen über diese Person.

Zeuge Mike Baumbach: Ich könnte jetzt nur mutmaßen, dass es vermutlich auf die Quelle „Otto“ zurückging, dass da dementsprechende Informationen geflossen sind. Das wird ja auch alles abgeklopft. Also, das - - So eine Werbungsmaßnahme ist ja nicht unbedingt, dass das einfach nur das Erheben von Daten aus irgendwelchen Einwohnermeldeämtern oder Abgleich von polizeilichen Dateien ist. Es ist ja auch immer ein bisschen tiefer. Deswegen nennt sich das ja auch Forschung, Werbung und dann diese erweiterte Ermittlung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie das noch, oder sind das heute Vermutungen?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, das weiß ich heute nicht mehr, aber davon gehe ich aus. Wie sollte man denn sonst von, sagen wir mal, jetzt nur mal - - Kenntnis erhalten

von einer psychischen Erkrankung, das heißt, eine Depression? Wie soll man das wissen? Das kann doch nur jemand wissen, der ganz, ganz nah an dieser Person dran ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, daher kommt ja unsere Frage.

Zeuge Mike Baumbach: Also, ich bin davon ausgegangen, ohne dass es wohl ausgesprochen wurde, dass die Erkenntnis vermutlich vom „Otto“ gekommen ist.

(Sönke Rix (SPD): Vermutlich?)

- Vermutlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eingeführt in dieses Gespräch von Herrn Wießner oder von Ihnen oder möglicherweise noch von einer anderen, dritten Person?

Zeuge Mike Baumbach: Das kann ich heute nicht mehr sagen. Also, wir haben über viele, viele Sachen gesprochen. Es wurden auch andere Namen genannt, die da infrage gekommen wären, weil wir brauchten Erkenntnisse, und das war unser tägliches Brot.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde auch über Mundlos oder über Bönnhardt oder über beide geredet?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, auch über Wohlleben zum Beispiel. Bloß, Wohlleben war gleich auszuschließen, weil er zu gefestigt gewesen ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wodurch war Mundlos auszuschließen?

Zeuge Mike Baumbach: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Bönnhardt?

Zeuge Mike Baumbach: Das weiß ich heute auch nicht mehr.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wissen Sie denn, dass sie ausgeschlossen wurden?

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es gibt ja zwischen - -

Zeuge Mike Baumbach: Ansonsten hätte es ja einen operativen Vorgang dahin gehend gegeben, dass ich beauftragt worden wäre, meine Arbeiten zu beginnen, sprich: diesen berühmten Forschungsbogen zu eröffnen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da wissen Sie - -

Zeuge Mike Baumbach: Das ist unterblieben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie -

Zeuge Mike Baumbach: Ich habe es nicht gemacht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - definitiv aus eigener Erinnerung?

Zeuge Mike Baumbach: Aus eigener Erinnerung habe ich für - ich sage mal - einen operativen Vorgang Zschäpe oder so nicht angelegt. Ich habe damit nicht angefangen. Also, es gab kein Forschungsvorhaben Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt, Wohlleben.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn es geschehen wäre, in welchem Zeitraum wären Sie denn dann zuständig gewesen? Ist es richtig: von März 96 bis Juni 98?

Zeuge Mike Baumbach: So lange, glaube ich, bestand dieses Referat 24, „Forschung und Werbung“. Danach wurden wir nicht aufgelöst, aber wir sind dann verschmolzen mit dem Referat „Rechtsextremismus“, Herr Wießner und ich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in der Zeit hätten Sie alle Forschungs- und Werbungsvorgänge - -

Zeuge Mike Baumbach: Danach sicherlich auch. Also, das wäre dann praktisch nicht unter diesem Referat „Forschung und Werbung“ gewesen. Diese Möglichkeiten, die man erworben hat, hören ja nicht auf dadurch, dass man das Referat wechselt. Also, ich bin auch in diesem Referat dann tätig geworden, was jetzt Forschungs- und Werbungsmaßnahmen gewesen sind, aber halt erheblich weniger, weil das normale Ermittlungsaufkommen auch angestiegen ist.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und über diese Gespräche haben Sie nichts aufgeschrieben, kein Protokoll oder so was geführt?

Zeuge Mike Baumbach: Nein.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles mündlich?

Zeuge Mike Baumbach: Alles mündlich.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Vorsitzende weist auf die Uhr. Dann will ich jetzt mal aufhören.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Binninger für die Unionsfraktion.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Baumbach?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, bitte?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich frage weiter.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, bitte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ist die Einschätzung richtig, dass Sie wirklich in diesen zwei Jahren auch derjenige sind, der den besten Überblick über alle Forschungs- und Werbungsfälle im Bereich Rechtsextremismus hatte?

Zeuge Mike Baumbach: Das Referat 24 war für alle Phänomenbereiche zuständig gewesen, rechts, links.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber jetzt speziell der Rechtsextremismus?

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie alleine, oder noch ein Kollege?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, wir waren ein Referat, Herr Wießner und ich als der Mitarbeiter.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Zwei Mann im Referat?

Zeuge Mike Baumbach: Wir zwei.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie zwei waren Referat?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, zwei. Ja, genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das heißt also, der Herr Wießner und Sie hatten gemeinsam den Überblick?

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Gab es denn andere Forschungs- und Werbungsfälle in diesem engen Kontext des Trios? Wissen Sie das noch?

Zeuge Mike Baumbach: Nein. Also, es gab sicherlich Überlegungen, aber - - Sicherlich waren wir auch zeitlich so eingespannt gewesen, diese Operation abzuschließen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Welche Operation?

Zeuge Mike Baumbach: Diese Operation „Rennsteig“ bzw. dann diesen Fall „Drilling“.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, wir reden jetzt aber ja über die - - Ich will Ihnen noch mal helfen: Wir reden so über die Monate November, Dezember 97, Januar 98. „Drilling“ kann es da noch nicht gegeben haben.

Zeuge Mike Baumbach: Zeitlich kann ich das auch nicht mehr einordnen. Also, das kann ich Ihnen wirklich - - Das ist unmöglich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Drilling“ gab es ja erst nach dem Untertauchen.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wir reden jetzt noch vorher, und da war ja die Frage, wie Sie zu dieser Einschätzung gelangt sind, dass man unmittelbar vor dem Abtauchen das erwogen hätte. Das haben Sie gerade erklärt: mit Wießner mal kurz Brainstorming und dann aber wieder verworfen, ja? War das so?

Zeuge Mike Baumbach: Richtig, genau. So kann man es bezeichnen, genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Mal alle durchgegangen, wer könnte infrage kommen - ,

Zeuge Mike Baumbach: Richtig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - und dann: nein, nein, nein.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, das ist - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Blieb jemand übrig, der infrage kam?

Zeuge Mike Baumbach: Das weiß ich heute nicht mehr. Auf alle Fälle habe ich in diese Richtung keinen Forschungsbogen angelegt, und damit beginnt es ja im Grunde genommen, diese Forschung, diese erweiterte Ermittlungen, den ich jetzt zuordnen kann. Ich könnte mich zumindest nicht daran erinnern, und wenn, dann war es vielleicht territorial etwas verschoben. Sonst nicht unbedingt, die ich jetzt mit den dreien in Verbindung bringen müsste, könnte.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wenn so ein Bogen angelegt wird, wird aber noch kein - wie soll ich sagen? - Deckname oder irgendwas vergeben? Also, solange nicht klar ist, ob die überhaupt - -

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nein.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau, da bleibt es beim Klarnamen, und eventuell kommt der Strich drunter: „wurde gar nicht angesprochen“, oder?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, Sie müssen es sich so vorstellen: Ich glaube - das liegt ja auch schon ein paar Jahre jetzt zurück -, ein Forschungsbogen hat so um die 25 Seiten, und beim ausländischen Extre-

misten sind es zehn Seiten mehr durch die Ausländerakte. Und da gibt es dann vielleicht mal einen Fallnamen, das kann schon sein. Aber im Grunde - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie müssen jetzt an der Stelle auch nicht zu sehr ins Detail gehen, sonst sind wir im Bereich der nichtöffentlichen Sitzung. Ich wollte nur wissen, dass, solange eben die Mitarbeit nicht klar ist, wird auch kein Tarnname vergeben.

Zeuge Mike Baumbach: Da ist zum Beispiel auch kein Aktenzeichen dann vergeben. Also, das ist doch alles noch im Flusse.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja. Aber abgelegt wird es irgendwo, wenn Forschungs - und - -

Zeuge Mike Baumbach: Abgelegt wird es dann, ja. Also, wir haben das dann bei uns im Bereich abgelegt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Jetzt ist ja ein bisschen ein Unterschied oder eine Diskrepanz da zwischen Tablettenkonsum aufgrund möglicher psychischer Probleme und Konsum von Betäubungsmitteln. Oder haben Sie das damit gemeint?

Zeuge Mike Baumbach: Also, für mich waren das damals - - So habe ich damals dieses Gespräch noch in Erinnerung, dass es in die Richtung psychische Probleme ging, also dass sie labil wäre, labil. Die psychischen - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie sich noch an das Gespräch erinnern, das Sie mit dem Herrn Schäfer oder mit dem Herrn Wache hatten?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ja. Deswegen: Mit Drogen - - Also, ich bilde - - Ich habe das nicht so dargestellt, dass da BtM im Spiel gewesen wären; das wüsste ich nicht.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber dass sie Ihnen zu wacklig oder labil war, das - -

Zeuge Mike Baumbach: Ja, das habe ich gesagt, ja, auf alle Fälle. Wenn wir schon diese Erkenntnis im Vorfeld haben, dass da

eventuell - - Zum Beispiel auch Alkohol wäre jetzt auch ein Ausschlusskriterium.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und diese Einschätzung - zu wacklig, zu labil, möglicherweise, wie Sie jetzt vermuten, psychische Erkrankung und Tablettenkonsum -, die mussten Sie ja irgendwoher haben. Da sagen Sie, möglicherweise war das von der VP „Otto“?

Zeuge Mike Baumbach: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eine andere Erklärung gibt es auch nicht dafür, oder?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, denke ich nicht, weil wie sollte man sonst an diese Erkenntnis kommen?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das weiß ich nicht. Ich meine, Sie waren näher dran. Es könnte ja auch andere Informanten geben, andere Leute aus der Szene, die man einfach befragt.

Zeuge Mike Baumbach: Es hätte auch sein können, dass es da vielleicht noch andere Gelegenheitsinformanten gegeben hat, von denen das vielleicht auch gekommen sein könnte. Also, ich will jetzt nicht explizit den „Otto“ nennen. Aber das war zumindest so ein Gedanke.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was heißt „Gelegenheitsinformanten“?

Zeuge Mike Baumbach: Ich kann - - Ganz kurz, mir fällt noch ein: In diesem Gespräch mit der Schäfer-Kommission ging es auch unter anderem darum, was ein Ausschlusskriterium ist, und da war es zum Beispiel auch der BtM-Konsum, -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der BtM.

Zeuge Mike Baumbach: - den man so dann sicherlich auch mal genauer anschaut: Was ist nun? Ist es der Konsument, der dann zum Verteiler wird? Das sind so Sachen, die man dann auch abwägen muss. Hat die Zielperson das unter Kontrolle? Kann man das einschätzen, ob da nicht noch was ist?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was wussten Sie denn selber über Beate Zschäpe, als Sie da mit dem Herrn Wießner zusammensaßen? War die nur eine Person auf dem Aktendeckel, die Sie selber noch nie gesehen, was gehört hatten?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nein, alle drei kannte ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie kannten die?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, weil sie öfters - - Sie waren ja sehr aktiv gewesen. Die Frau Zschäpe war relativ im Hintergrund gewesen, aber sie war halt immer, eigentlich immer mit dabei. Ob sie nun mit Uwe 1 oder Uwe 2 zusammen war, oder die drei waren zusammen: Sie war eigentlich immer irgendwo. Ich will jetzt nicht sagen: bei jeder Veranstaltung, bei jedem Treffen. Aber man konnte damit rechnen, wenn einer von beiden auftauchte, dass dann vielleicht auch die Frau Zschäpe da in der Nähe mit gewesen ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wen kannten Sie sonst noch?

Zeuge Mike Baumbach: Ich bin ja auch mitgefahren bei irgendwelchen Observationen und wenn irgendwelche - was weiß ich - Kundgebungen gewesen sind. Das ist wichtig in dem Bereich, dass man auch weiß, wie Leute aussehen, wie sie sich verändern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, klar.

Zeuge Mike Baumbach: Man geht da nah dran, man beobachtet sie, man ist - - ich will nicht sagen: ein Teil von ihnen ein Stückchen weit. Aber ich muss mir auch eine Meinung bilden.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, das ist völlig in Ordnung. - Wen kannten Sie denn sonst noch von dieser Szene? Wer blieb Ihnen so als Figuren in Erinnerung, wo Sie sagen, jetzt immer in diesem Zeitraum 98 - - Wer war Ihnen da ein Begriff?

Zeuge Mike Baumbach: Herr Kapke.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja?

Zeuge Mike Baumbach: Herr Brehme aus Saalfeld. Da gab es einige, also, viele Protagonisten aus der Szene, die immer in wechselnden zeitlichen Räumen und auch Gebieten aufgetaucht sind, gerade wo was gewesen ist. Also, im Grunde genommen waren es eigentlich zu dieser Zeit immer dieselben, die sehr, sehr aktiv sich hervorgetan haben. Und da galt es halt an uns, da zu schauen: Wer ist denn noch so nah dran? Wen könnte man jetzt auch da mal mit einer Werbungsmaßnahme überziehen? - Das gehört zum Tagesgeschäft; das ist ganz klar.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Haben Sie das auch noch mal nach dem Abtauchen erwogen? Also, ich frage deshalb: Jetzt waren die drei weg, und man sucht nach denen, findet sie nicht. Dann hätte es ja auch die Überlegung geben können, zu sagen: Wir suchen jetzt noch mal gezielt nach einer Person, die als V-Person infrage kommt, dass die uns vielleicht helfen kann.

Zeuge Mike Baumbach: Das sicherlich, ja. Aber ich könnte mich heute nicht mehr an jemanden erinnern, wer es jetzt konkret gewesen ist. Man muss auch sagen, dass dann später, als wir dann, ich glaube, Referat 22 angegliedert gewesen sind, die Forschungsbogen im Grunde genommen mehr zurücktraten. Also, man hat das mehr über ganz normale Ermittlungsergebnisse gemacht, und wenn denn was dazu gekommen wäre, dann hätte man einen Forschungsbogen angelegt. Aber ich habe so viele Forschungsbögen angelegt; ich kann mich da konkret nicht erinnern.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe zu dem Punkt noch eine Frage und dann noch mal zur konkreten Garagendurchsuchung da am Klärwerk eine Frage.

Zu dem Punkt noch: Waren Sie und Herr Wießner am Ende so eine Art wandelndes Lexikon? Weil man muss ja auch aufpassen: Wen hat man schon mal angesprochen und dann wieder verworfen etc.? - Das ist ja auch für andere Behörden interessant. Möglicherweise könnte man eine andere Behörde fragen: Ist der als V-Mann geeignet? - Hatten Sie da eine eigene Aktenhaltung, eine Übersicht über die Leute, die infrage kommen, aber nicht wollten, oder die von vornherein nicht infrage kommen, oder auch die, die man dann natürlich geworben hat?

Zeuge Mike Baumbach: Das wurde bei uns abgelegt. Man hat sicherlich - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): „Bei uns“ heißt: im Referat?

Zeuge Mike Baumbach: Bei uns im Referat bzw. dann später auch beim Referat 22. Das ging auch nicht in die Auswertung. Es waren Erkenntnisse, die gingen auch die Auswertung nichts unbedingt an.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, „bei uns“ heißt dann immer, bei einem von Ihnen beiden, oder Sie hatten beide Zugriff dann auch drauf?

Zeuge Mike Baumbach: Wir hatten beide - - Wir hatten gemeinsam einen Stahlschrank, und das war unserer, und wir haben den beide genutzt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay, gut. Zu dem Punkt mal vielen Dank.

Jetzt habe ich noch eine Frage zu dieser Garagendurchsuchung. Wir sind jetzt im Jahr 97, November.

Zeuge Mike Baumbach: Sie meinen die Observation?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, genau die.

Zeuge Mike Baumbach: Okay.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, die Garagendurchsuchung steht dann am Ende, und davor ist eine Observation. Wissen Sie dann noch: Waren Sie dabei mal, bei der Observation?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ich habe tagsüber ermittelt, und abends habe ich dann die Observation mit verstärkt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was heißt „tagsüber ermittelt“? Was haben Sie da gemacht?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, Personen, die aufgetaucht sind, jetzt abends aufgrund der Observation, die wurden praktisch dann von mir tagsüber abgeklärt, wurden dann - - Da habe ich auch - - In Absprache mit der damaligen Leitung gingen die Erkenntnisse

von mir dann gleich in den Observationsbericht, um das halt auch zeitnah verfügbar zu machen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie mir ein Beispiel machen? Ich stehe jetzt ein bisschen auf dem Schlauch. Also, wenn tagsüber jemand aufgetaucht ist oder abends, dann - - Andersherum haben Sie es formuliert: Wenn abends jemand aufgetaucht ist, also im Rahmen der Observation - -

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ich habe mich halt frühmorgens getroffen mit der Observationsgruppe: Das und das ist vorher gewesen. - Also, es gab ein kleines Briefing. Wir sind dann die Sachen abgefahren, und - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Was sind Sie abgefahren? Hatten Sie Anhaltspunkte schon?

Zeuge Mike Baumbach: Natürlich. Ich will mal so sagen: Also, wenn jetzt, sagen wir mal - - Ich bin, sagen wir mal, 23 Uhr, dann habe ich dann die Observation verlassen, bin dann zur Dienststelle zurückgefahren, habe dann angefangen, meine Vermerke zu schreiben, das, was ich zwingend schreiben muss, was ich nachweisen muss, habe dann Dienstschluss gemacht, und dann frühmorgens um meistens gegen 9 war ich dann draußen - 8 Uhr, 9 Uhr - in der Observation, habe mich dann von demjenigen briefen lassen, was da noch nachts gewesen ist, bzw. wir hatten Mobiltelefone. Wir haben uns auch, wenn was ganz, ganz wichtig gewesen ist, dann auch gleich verständigt, und ich habe dann gleich zum Beispiel das Einwohnermeldeamt angefahren. Wenn eine Wohnung aufgefallen ist, dann bin ich an die Vermieter rangetreten, an das Wohnungsbauunternehmen, Sozialamt, das Übliche.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Von woher wussten Sie, was Sie anfahren mussten im Rahmen dieser Observation? Gab es da Hinweise, oder hat man sich auf dieses Trio gleich festgelegt, oder wie kam das zustande?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nein, es gab ja auch viele Personen, die zu dem Trio Kontakt hatten, die dann wieder nicht mehr so aktuell gewesen sind. Wir brauchten ja

Möglichkeiten, um da Kenntnis zu bekommen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Haben Sie da noch einen Namen? Wer war das zum Beispiel?

Zeuge Mike Baumbach: Das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen; das weiß ich nicht. Auf alle Fälle war damals weitaus mehr möglich gewesen, weil alle sehr, sehr engagiert gearbeitet haben, als es vielleicht davor und vermutlich auch danach gewesen ist.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Jetzt haben Sie -- waren Sie dabei, als sich Böhnhardt --

Zeuge Mike Baumbach: Als sich diese Garage aufgetan hat, habe ich das telefonisch erfahren und habe dann gleich verlegt von Erfurt nach Jena. Wir haben die Garagen erst mal --

Clemens Binniger (CDU/CSU): Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. Es soll nicht unhöflich sein, nur dass wir es auch alle gemeinsam gleich verstehen. Das Observationsteam, das LfV, macht in Jena die Entdeckung: Böhnhardt und Mundlos oder nur einer von beiden bewegt sich zu einer Garage, die wir bisher nicht im Blick hatten, aber das könnte sie sein. - Sie werden angerufen in Erfurt: Wir haben jetzt ein Objekt, das könnte in Betracht kommen. - Und dann haben Sie am Tag darauf nach Jena verlegt?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, ich war täglich draußen. Ich war täglich draußen. Also, ich hatte einen Dienstsitz gehabt in Jena, also praktisch den Außendienst in Jena, und in der Dienststelle in Erfurt habe ich dann meine Vermerke geschrieben, soweit ich das unbedingt umsetzen musste. Ansonsten floss alles mit in den Observationsbericht hinein.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Schon klar. Sie haben jetzt aber gerade gesagt, Sie haben dann verlegt von Erfurt nach Jena.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, weil ich frühmorgens im Dienstgebäude Erfurt angefangen habe, ein paar Sachen noch vorbereitet habe, das, was ich noch an Terminen machen musste. Wenn zum Beispiel jetzt

eine Garage abzuklären gewesen ist, da brauche ich ja den Inhaber von diesem Garagenverein, und den möchte ich auch erst mal kurz checken, was mit dem ist, und dann gibt es Abfragen über Dateien, und das mache ich halt von Erfurt aus; das kann ich von Jena aus nicht machen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Warum haben Sie verlegt dann nach Jena? Was war der Grund?

Zeuge Mike Baumbach: Weil ich von Erfurt, dem LKA, einige Informationen noch brauchte, die ich -- die in Jena aufgelaufen sind. Verstehen Sie das nicht?

Clemens Binniger (CDU/CSU): Nicht ganz, aber vielleicht bin ich der Einzige.

Zeuge Mike Baumbach: Wenn ich jetzt eine Person -- einen Namen bekomme, kann ich sicherlich das Lichtbild erheben am Einwohnermeldeamt in Jena.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Mike Baumbach: Klar. Aber jetzt zum Beispiel Dateien der Thüringer Polizei - APIS, INPOL, TSD, Staatsschutzdateien -, das kann ich halt nur im LKA Thüringen erheben -

Clemens Binniger (CDU/CSU): Das ist klar.

Zeuge Mike Baumbach: - und nicht in der KPI in Jena beim Kollegen König zum Beispiel.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Bei der waren Sie auch, bei der KPI in --

Zeuge Mike Baumbach: Natürlich, ja.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Also, jetzt --

Zeuge Mike Baumbach: Also habe ich dann diese Dateiabfragen erst übers LKA laufen lassen und habe dann verlegt nach Jena, mit diesen Erkenntnissen, ganz frisch.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Genau. Und jetzt haben Sie in Jena den Besitzer dieser Garage Nr. 5 ermittelt. Ist das richtig?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ich hatte beide. Wir hatten zwei Garagen gehabt. Der eine Garagenvorstand, der hatte sich versteckt. Das war ein Angestellter aus irgendeinem Ministerium in Erfurt. Der hatte seine Frau immer etwas vorgeschoben, weil der Angst hatte, sich mit dem Verfassungsschutz zu unterhalten.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Welche Garage war das?

Zeuge Mike Baumbach: Das war die unerhebliche. Wir hatten zwei Garagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): War das nicht die eigene Garage von dem Böhnhardt?

Zeuge Mike Baumbach: Ich weiß es heute nicht mehr, welche genau. Auf jeden Fall weiß ich, dass - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Es geht um drei insgesamt.

Zeuge Mike Baumbach: Ja. Zwei Garagen, wie gesagt, da war ich beim Vorstand, und der eine, der hatte sich - ich sage jetzt mal salopp - lullerig - - Der hatte Angst, hat seine Frau, wie gesagt, vorgeschickt, obwohl er sich in der Wohnung befand. Es hat eine Weile gedauert, bis ich zu dem Kontakt hatte. Der zweite Vorstand war ein ehemaliger Professor Marxismus-Leninismus aus der DDR. Dem musste ich nicht viel erzählen zum Verfassungsschutz. Der war sehr kooperativ. Das hat mich sehr gefreut, wirklich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das prägt die Erinnerungen.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, weiß ich nicht. Da hatte ich mir gedacht, ich müsste mehr Handstände machen. Und gar nicht: Das war sehr, sehr kooperativ.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Das waren die zwei Garagen, die aber in der Nähe waren doch, glaube ich, des Hauses Böhnhardt.

Zeuge Mike Baumbach: Die eine war in der Nähe vom Wohnobjekt, genau, und die andere, wie gesagt, das weiß ich heute nicht mehr. Ich weiß: Um die es geht - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und welche war vom Ministeriumsbeamten vermietet? Die in der Nähe vom Wohnobjekt?

Zeuge Mike Baumbach: Ich glaube, die war vom - - Genau das weiß ich nicht mehr. Aber auf alle Fälle war das die unrelevantere.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Aber eine der beiden -

Zeuge Mike Baumbach: Eine der beiden, genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - war von einem Ministeriumsbeamten vermietet an wen?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nicht von einem Ministeriumsbeamten; der war der Vorstand. Und von diesem Vorstand, weil das ja keine Dateien sind, die man so irgendwo abgelegt hatte, hat der wahrscheinlich zu Hause seinen Rechner gehabt und seine Karteikarten, und diese - - Da hatte ich dann den Inhaber dieser Garagen. Da stehen ja keine Namen dran.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und der Inhaber war dann Böhnhardt, oder was?

Zeuge Mike Baumbach: Ich glaube es; das weiß ich heute nicht mehr. Ich weiß, eine Garage war auf alle Fälle nicht auf - - konnte nicht zugeordnet werden. Das war eine Garage, da hatte man niemanden von denen vom Namen her, dass man also sagen kann, die wurde genutzt, aber der eigentliche Mieter war eine andere Person.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Welche war das?

Zeuge Mike Baumbach: Ich glaube, das war die relevante, die am Klärwerk.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Also, Sie sind da hingefahren, konnten - - Das war ja auch eine Garagenanlage, mehrere Garagen zusammen.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, ja, das war eine ganze Garagenanlage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und wen haben Sie dort ermittelt als Eigentümer?

Zeuge Mike Baumbach: Das weiß ich heute nicht mehr. Das kann ich heute nicht mehr sagen. Wenn, ist das eingeflossen - - Da müssten die Akten vorliegen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die haben wir jetzt leider noch nicht gesehen, ich zumindest nicht, ich glaube, die Kollegen auch nicht.

Zeuge Mike Baumbach: Also, ich weiß da nicht mehr die Namen. Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Und wenn ich das jetzt vielleicht durcheinanderbringe, welche Garage jetzt zu welchem Vorstand gehörte - ich glaube, aber zu bestimmt 100 Prozent - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Können Sie mir mal den Unterschied - ich glaube, da komme ich jetzt durcheinander - zwischen Garageneigentümer und Mieter und Garagenvorstand - -

Zeuge Mike Baumbach: Es ist folgendermaßen: Stellen Sie sich das vielleicht vor wie eine Gartenanlage.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Kleingarten?

Zeuge Mike Baumbach: Eine Kleingartenanlage. Da gibt es ja nirgendwo eine Datei, sage ich jetzt mal, die man abrufen könnte als Behörde, wer jetzt diese Parzelle gemietet hat oder gepachtet hat. Das weiß dann nur der Vorstand. Und so ähnlich ist es damals in Jena gewesen mit diesen Garagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Genau. Und dann hatten Sie für diese Gartenanlage am Klärwerk den Garagenvorstand ermittelt?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, genau. Das war ja ganz einfach. Also, die Garagenvorstände, die stehen ja meistens an irgendeiner Tafel da irgendwo dran, und dann mit der Telefonnummer, mit der Adresse. Die wird abgeklärt, wer das ist, ob die noch aktuell ist, und dann fährt man dorthin.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und dann haben Sie gefragt: Wem gehört die Garage Nr. 5?

Zeuge Mike Baumbach: Genau. Ja, zum Beispiel.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und das hat er Ihnen dann auch gesagt?

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Und was haben Sie dann mit diesem Besitzer - der ist ja wohl der Eigentümer wohl; der kann sie selber nutzen oder vermietet haben, aber wahrscheinlich war sie eher vermietet, wenn Böhnhardt da ein und aus geht -, was haben Sie dann mit diesem Namen gemacht?

Zeuge Mike Baumbach: Der wurde dann auch noch mal abgeklärt über das Einwohnermeldeamt bzw. über INPOL, was dort vorliegt. Das ist dann mit eingeflossen in diese Berichte. Da wurde noch eine Adresse - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wurde das dann dem LKA mitgeteilt? Weil die Durchsuchung am Ende haben ja nicht Sie gemacht, sondern das LKA.

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nein. Das wurde - - Wir müssen diesen zeitlichen Kontext sehen. Wir sind jetzt ja meiner Meinung nach immer noch bei dieser Observation, oder?

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Mike Baumbach: Da war das LKA nicht groß mit noch beteiligt.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die waren gar nicht dabei; das weiß ich.

Zeuge Mike Baumbach: Also, das war eine Sache zwischen der Observationsgruppe und der Ermittlung jetzt des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schon klar, aber am Ende dieser Operation - -

Zeuge Mike Baumbach: Am Ende wurde das dann - - Am Ende wurde dann dieser - - Wenn Sie darauf hinaus wollen, dass da Erkenntnisse vielleicht nicht ganz so dem LKA übermittelt wurden, wie sie hier dem TLfV vorlagen, dann kann ich nur sagen: Ich

habe einen Entwurf quergelesen, und dieser quergelesene, von mir gelesene Entwurf entsprach unserem und meinem Erkenntnisstand; der war so stimmig.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Der Entwurf war doch von Ihnen? Sie haben doch den Bericht geschrieben, oder?

Zeuge Mike Baumbach: Ich habe teilweise auch Berichte geschrieben, ja; und teilweise, sagte ich Ihnen, dass die Berichte eingeflossen sind in den Observationsbericht, um einfach Zeit zu sparen. Also, nicht alle Berichte sind von mir, aber Erkenntnisse sind vermeintlich zu 95 Prozent von mir.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Baumbach, lassen Sie uns mal versuchen, uns wirklich auf den genauen Fall zu konzentrieren, der uns alle ja interessiert: Ihre Abklärungsmaßnahmen der Eigentumsverhältnisse dieser drei Garagen, die Ihre Kollegen vom Observationsteam als relevant identifiziert hatten.

Zeuge Mike Baumbach: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Bei den ersten zwei haben wir es jetzt schneller gehabt: Garagenvorstand, jemand aus dem Ministerium. Der hat ein bisschen Sorge, in der Nähe vom Wohnobjekt Böhnhardt. Bei der Garage Nr. 5 draußen bei der Kläranlage haben Sie den Garagenvorstand auch schnell ermittelt. Der konnte Ihnen mitteilen, wer diese Garage 5 angemietet hat. Genutzt wurde sie ja von Böhnhardt; das war ja aufgrund der Observation ersichtlich. Und jetzt geht es für mich genau darum: Das Wissen, das Sie hatten über den Vermieter der Garage, in welchen Bericht floss das ein? Und ging dieses Wissen dann im Januar an das LKA, die dann auf der Basis dieses Wissens die Durchsuchung gemacht haben?

Zeuge Mike Baumbach: Ich weiß heute nicht mehr, ob ich da explizit einen Bericht dazu geschrieben habe oder ob der mit eingeflossen ist in den Observationsbericht. Das weiß ich nicht mehr. Ich weiß auf alle Fälle - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ja, aber wo ging es hin?

Zeuge Mike Baumbach: Das blieb erst mal im Hause, und dann dieser Abschlussbericht. Diesen habe ich - - Also, einen Entwurf - ich weiß nicht, wie viele es da gegeben hat - hat wohl jeder von uns Observationsgruppenleiter. Ich hatte einen quergelesen, und dieser Entwurf - es ging nur darum, ob die Fakten so stimmig sind -, der ging dann raus. Also, ich kenne nicht das Schreiben, was vom TLfV ans LKA gegangen ist. Ich bin davon ausgegangen, dass der Entwurf, den ich gelesen habe, doch dieser war, der dann - deswegen ist es ein Entwurf - versendet worden ist.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wer versendet das üblicherweise dann, so ein Schreiben? Der Referatsleiter, oder wer?

Zeuge Mike Baumbach: Das, denke ich, wird dann über den Referatsleiter, über Abteilungsleiter, über Herrn Nocken als Vizepräsidenten, dann wahrscheinlich gezeichnet vom Präsidenten, weil es geht ja dann zum Präsidenten, dann versendet.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay. Dann habe ich jetzt nur noch zwei Fragen zum Schluss.

Sie haben gerade vorhin in einer Zwischenbemerkung auch gesagt, dass Sie ja Kontakt hatten mit den Kollegen der KPI Jena -

Zeuge Mike Baumbach: Ja.

Clemens Binninger (CDU/CSU): - im Zuge dieser Überprüfung. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Mike Baumbach: Ja. Also, ich habe generell zu jeder KPI Kontakt gehabt. Das gehörte mit zum Geschäft.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Wussten Sie, dass diese Garage von einem Polizisten der KPI Jena an Zschäpe vermietet wurde?

Zeuge Mike Baumbach: Ich glaube, zu diesem Zeitpunkt wusste ich es nicht. Ich habe das dann wahrscheinlich erst später erfahren. Ich kenne den Sachverhalt, ja. Ich kenne den, aber zu diesem Zeitpunkt war das nicht so. Ich habe später davon erfahren,

aber in welchem zeitlichen Rahmen, das kann ich Ihnen heute nicht mehr sagen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Sie haben es auch nicht bei der KPI Jena mal angesprochen?

Zeuge Mike Baumbach: Um Gottes willen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich überprüfe gerade die Garage, da heißt der Eigentümer Apel?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, da gab es schon eine strikte Trennung. Also, wir haben das Trennungsgebot, und das haben wir schon vollzogen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Okay, ich habe keine Fragen mehr.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Nachdem wir jetzt die drei Fragen der Unionsfraktion gehört haben und die Antworten, gibt es noch Fragebedarf bei der Linksfraktion. Bitte.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Ja, wir haben von Anfang an gesagt: wenn fragen, dann richtig. Also, nichts gegen Ihre Fragen. Entschuldigung, ich habe mich jetzt unglücklich ausgedrückt.

Ich wollte Sie fragen: Hatten Sie denn irgendwelche konkreten Anhaltspunkte? Sie haben vorhin gesagt, dass der Name Zschäpe unter anderem im Raum war. Hatten Sie denn irgendwelche Anhaltspunkte, die es irgendwie nahegelegt hätten, dass Frau Zschäpe überhaupt mit Ihnen kooperieren würde?

Zeuge Mike Baumbach: Bei einer Forschungsmaßnahme guckt man sich diese Person schon an, und da konnte man eben die Entscheidung - - Wenn man nichts jetzt hat, wenn man jetzt nichts Greifbares hat, und man sagt, das wäre jetzt eine Möglichkeit, mit dieser Person in Kontakt zu treten, kann man zumindest mal die Frage stellen, ganz einfach.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Aber Sie würden jetzt nicht sagen, es gab Hinweise, irgendwelche Sachen, wo Sie gesagt hätten, das ist erfolgversprechend, also, es spricht dafür, sie mal anzusprechen oder sie

in Erwägung zu ziehen? Irgendwas, wo sie - -

Zeuge Mike Baumbach: Es wird sicherlich was gegeben haben, aber ich denke - - Ich weiß nicht, ob das jetzt dann heute noch relevant ist, wenn da so manche Sachen dann - - Da könnte man konstruieren, als Fragestellung.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Dann mache ich es vielleicht mal konkreter. Der Herr Neisen hat in der Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschusses am 13. November gesagt, dass das Landesamt häufig die Staatsanwaltschaften und Gerichte in Thüringen besucht hat, um dort in Akten Einsicht zu nehmen. Und er hat ausgesagt, dass er einen jungen Mitarbeiter bei diesem Besuch dabei gehabt hat, nämlich Sie. Und insofern wäre jetzt die Frage, ob vielleicht Sie oder der Herr Neisen oder irgendjemand bei der Staatsanwaltschaft Gera oder anderen Staatsanwaltschaften in Akten zu Verfahren gegen Rechtsextreme Einsicht genommen hat, bei denen Frau Zschäpe vernommen worden ist, und vielleicht aus diesen Vernehmungen heraus sich irgendwie ein Anhaltspunkt ergeben hat, dass sie aussage.

Zeuge Mike Baumbach: Möglich. Das ist durchaus möglich. Das ist durchaus möglich. Also, Herr Neisen und ich, wir waren auch gemeinsam unterwegs. Das ist korrekt. Oftmals - - Ich denke mal, ich habe wahrscheinlich mehr in die staatsanwaltschaftlichen Akten reingeschaut, weil ich habe auch die KAN-Akten, also den Kriminalaktennachweis, auch stärker durchforsten müssen, um an Erkenntnisse zu kommen, an Möglichkeiten zu kommen, eine Ansprache vorzubereiten. Das ist durchaus möglich. Wie gesagt, ich würde es heute nicht - - Man hätte zum Beispiel auch sagen können: Warum switcht sie zwischen Uwe 1 und Uwe 2? - Das hätte auch eine Möglichkeit sein können. Aber ich glaube, das ist heute nicht mehr relevant.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich Sie gerne fragen, ob Sie in diesem Zusammenhang die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft Gera im Verfahren wegen einer Ku-Klux-Klan-ähnlichen Kreuzverbrennung durch den „Thüringer Heimatschutz“ in der Nähe der Ortschaft Oßmaritz im Jahr 1995 gelesen haben. Unter MAT A TH-2/31 liegt diese Vernehmung uns vor. Es

handelt sich hierbei um eine Vernehmung von Frau Zschäpe in diesem Ermittlungsverfahren, und auf Seite 94 sagt Frau Zschäpe auf die Frage: „Frau Zschäpe, sind sie [sic!] bereit Personen auf Lichtbildern zu identifizieren?“:

Ja dazu bin ich bereit. Ich möchte mit der Polizei zusammenarbeiten.

Können Sie sich daran erinnern? Ist Ihnen das irgendwie bekannt?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, ist mir nicht bekannt.

Halina Wawzyniak (DIE LINKE): Das ist Ihnen nicht bekannt. - Dann hat der Kollege Petermann noch Fragen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will noch mal kurz auf die Frage der Akteneinsichtnahme zu sprechen kommen. Sie haben gesagt, dass Sie doch öfter bei den Staatsanwaltschaften waren, Gera vor allen Dingen, und haben dort in die Ermittlungsakten einsehen können. Auf welcher Grundlage haben Sie das getan? Mit welchem Ziel?

Zeuge Mike Baumbach: Auf welcher Grundlage? Es gehörte mit normal zum Geschäft, dass auch Ermittlungsverfahren, die abgeschlossen worden sind - - dass man auch in die Akten reinschaut. In laufende Verfahren, denke ich, habe ich nicht Akteneinsicht erhalten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Was heißt für Sie ein abgeschlossenes Ermittlungsverfahren?

Zeuge Mike Baumbach: Wenn es dann - was weiß ich - eingestellt worden ist zum Beispiel.

Jens Petermann (DIE LINKE): Oder eine Anklage erhoben?

Zeuge Mike Baumbach: Wenn eine Anklage erhoben wird, dann ist es für mich nicht eingestellt. Dann kann ich auch zur KPI fahren und nehme dann dort die Befragungsprotokolle. Aber da brauche ich nicht zur Staatsanwaltschaft. In der Regel waren das Akten, die im Grunde genommen - - wo die Verfahren eingestellt gewesen sind. Aber

konkret kann ich mich heute nicht mehr daran erinnern.

Jens Petermann (DIE LINKE): Die Frage war aber, auf welcher Grundlage Sie das getan haben. Also, ich frage mal, auf welcher rechtlichen Grundlage und mit welchem Ziel Sie es getan haben, mit welchem Ergebnis möglicherweise.

Zeuge Mike Baumbach: Es ging darum, auch Strukturen aufzuklären.

Jens Petermann (DIE LINKE): Indem man in staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten einsieht, klärt man Strukturen auf?

Zeuge Mike Baumbach: Nein, jetzt legen Sie mir was in den Mund, was ich so nicht gesagt habe. Grundlage ist das Verfassungsschutzgesetz. Und wenn ein Verfahren abgeschlossen ist, dann kann man da sehr wohl noch reinschauen. Ich hatte Ihnen explizit gesagt gehabt: Ich habe nicht in laufende Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Akteneinsicht beantragt oder erhalten.

Jens Petermann (DIE LINKE): Das schließen Sie aus, dass das passiert ist?

Zeuge Mike Baumbach: Das möchte ich ausschließen, ja. Es sei denn, Sie zeigen mir eine Unterschrift, dass ich Akteneinsicht in ein laufendes Verfahren - - Dem käme man ja nach, dass ich da irgendwann mal dafür unterschrieben habe und meine Unterschrift irgendwo steht.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, wir wissen aus Vernehmungen von ermittelnden Staatsanwälten - unter anderen Staatsanwalt Schultz war das, glaube ich -, dass so was nicht dokumentiert wurde.

Zeuge Mike Baumbach: Ich kann mich erinnern zum Beispiel - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Oder haben Sie das dokumentiert?

Zeuge Mike Baumbach: Ich kann mich zum Beispiel erinnern an eine Geschichte Amtsgericht Mühlhausen. Da wurde es zum Beispiel - - Also, da weiß ich es ganz konkret, weil es da eine andere Geschichte gab. Es wurde schon auch eingetragen. Ich will

jetzt nicht ausschließen, dass es vielleicht nicht immer eingetragen worden ist. Da arbeiten ja auch nur Menschen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Was heißt denn „eingetragen“?

Zeuge Mike Baumbach: Dass da Akteneinsicht verlangt wurde. Da wurde dann Name, Dienstgrad, Datum eingetragen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also in die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten wurde -

Zeuge Mike Baumbach: Möglich, möglich. Ich will nicht sagen - -

Jens Petermann (DIE LINKE): - ein Vermerk geschrieben, oder?

Zeuge Mike Baumbach: Ja, beim Amtsgericht. Beim Amtsgericht gab es da vor jeder Akte ein Deckblatt. Ob das nun bei jedem Amtsgericht auch so geführt wurde, will ich nicht sagen. Weiß ich nicht; entzieht sich meiner Kenntnis. Auf alle Fälle weiß ich, dass ich oftmals dafür unterschrieben habe, dass ich eine Akte übernommen habe. Teilweise habe ich sie gleich dort im Büro mir angeschaut bzw. im Nebenzimmer.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, wenn es beim Amtsgericht war, dann können es keine eingestellten Ermittlungen gewesen sein, weil dann wurde sicherlich Anklage erhoben und es wurde dort eine Gerichtsakte geführt.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, wenn das Verfahren aber fertig ist, dann liegen die Akten - ähnlich wie ein KAN, ein Kriminalaktennachweis - dann auch dort noch im Archiv.

Jens Petermann (DIE LINKE): Also, Sie haben auch Akteneinsicht genommen in Gerichtsakten und nicht nur in staatsanwaltschaftliche Akten?

Zeuge Mike Baumbach: In Akten, ja. Also, ob das jetzt nun konkret staatsanwaltschaftliche Akten waren - - Wie gesagt, wenn es ein laufendes Verfahren ist, dann greift dort - - also, habe ich, bilde ich mir ein, nicht eingegriffen, weil das steht mir gar nicht zu, wenn das Verfahren noch läuft. Wie gesagt,

die Erkenntnisse - - Wenn ich dann Kenntnis habe von einem laufenden Verfahren, dann fahre ich zur KPI. Dann habe ich dort die Vernehmungsprotokolle; an die komme ich ran, die kann ich mir auch durchlesen. Da brauche ich keine staatsanwaltschaftlichen Akten, weil dieses Vernehmungsprotokoll ist ja dort Bestandteil.

Jens Petermann (DIE LINKE): Der ermittelnde Staatsanwalt hat gesagt, er hatte das Gefühl, dass er abgeschöpft wurde durch den Verfassungsschutz, durch diese Akteneinsichtnahme.

Zeuge Mike Baumbach: Wenn das sein Eindruck war, was soll ich jetzt dazu sagen?

Jens Petermann (DIE LINKE): Also beispielsweise in Verfahren gegen Tino Brandt, über 30 Ermittlungsverfahren, und es kam aber irgendwie nicht so richtig zum Ergebnis, und es wurde vermutet, dass da Dinge gesteuert wurden. Können Sie sich das vorstellen, dass so was passiert ist?

Zeuge Mike Baumbach: Ich denke, die Justiz ist eigenständig in der Bundesrepublik Deutschland.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, ich habe nicht den Eindruck, dass wir - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Gut, dann - - Doch, doch.

Zeuge Mike Baumbach: Ich denke auch nicht, weil - - Worauf wollen Sie jetzt hinaus? Dass wir da die Hand drin gehabt hätten, dass Herr Tino Brandt nicht verurteilt worden wäre? Dann sprechen Sie es doch bitte dann auch so an.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, es gibt ein paar Hinweise, dass das nicht ausgeschlossen ist. - Ich habe noch eine konkrete Frage zum Schluss.

Zeuge Mike Baumbach: Dann wäre das aber ein Straftatbestand vielleicht. Dann könnten Sie vielleicht auch eine Anzeige machen.

Jens Petermann (DIE LINKE): Könnte sein. - Ich habe noch eine konkrete Frage zum Schluss. Und zwar haben Sie vor der

Schäfer-Kommission ausgesagt, dass - da geht es noch mal um die mögliche Anwerbung von Frau Zschäpe - diese am Ende ausgeschlossen wurde wegen des BtM-Konsums. Und das führte dazu, dass Sie zu dem Ergebnis kamen, sie sei Ihnen zu wacklig gewesen. Also, da wird ausdrücklich -

Zeuge Mike Baumbach: Das hatte ich Ihnen - -

Jens Petermann (DIE LINKE): - gesagt - jedenfalls steht es so im Protokoll -, dass wegen des BtM-Konsums eine Anwerbung ausgeschlossen wurde.

Zeuge Mike Baumbach: Das hatte ich, denke ich, auch vorhin klargestellt, dass - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Ist das Protokoll falsch, so wie es hier steht, oder?

Zeuge Mike Baumbach: Ich denke, es ist vielleicht falsch wiedergegeben, weil es kam die Frage - das ist mir auch dann eingefallen -, es ging in die Richtung: Was wäre denn ein Ausschlusskriterium? - Und das hatte ich vorhin auch beantwortet gehabt mit dem Hinweis, dass zum Beispiel BtM-Konsum - - müsste man hinschauen, ob Konsument oder Verteiler, Dealer. Dann würden wir schon davon die Finger lassen, weil das - -

Jens Petermann (DIE LINKE): Haben Sie das Protokoll mal durchgelesen? Sie hatten sicher die Möglichkeit, das gegenzulesen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Petermann, nein, Herr Dr. Schäfer hat uns gegenüber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die von ihm befragten Personen das nicht gegengezeichnet haben.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ja, möglicherweise hat er es aber mal durchgelesen. Das weiß ich nicht. Deswegen frage ich ja, ob Sie es gesehen haben.

Zeuge Mike Baumbach: Nein, nein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich will Ihnen das aber mal zitieren.

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Nein, nein, das haben wir alles! Wir

haben uns darauf verständigt, dass wir das nicht machen!)

- Bitte?

(Clemens Binninger (CDU/CSU):
Das sind keine Dokumente, die wir veröffentlichen!)

- Okay. Dann habe ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es sonst noch Fragen? - Herr Baumbach, ich kann nicht ganz ausschließen, dass wir Sie noch mal hören müssen. Das entscheiden wir aber zu einem späteren Zeitpunkt, auch im Lichte der Sichtung eines Papiers, das ganz offenkundig aus Ihrem Referat zu stammen scheint und das uns mittlerweile vorliegt seit wenigen Tagen. Das ist diese Liste, die hier schon in Rede gestanden hat.

Zeuge Mike Baumbach: Welche Liste?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Bitte?

Zeuge Mike Baumbach: Welche Liste, bitte?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Was „Forschung und Werbung“ betrifft, die von Ihnen und Herrn Wießner geführt worden ist.

Zeuge Mike Baumbach: Über Positiv- und Negativ-Werbungsvorhaben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Über Überlegungen, was Anwerbungen betrifft.

Zeuge Mike Baumbach: Ja, okay.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir kennen sie noch nicht. Wir wissen nur, dass sie da ist. Insofern nur vorsorglich - es kann auch sein, dass wir davon Abstand nehmen -, aber dass Sie mental sozusagen das noch nicht als komplett abgehakt betrachten; für heute aber auf jeden Fall. Und was heute betrifft, bekommen Sie auch das vorläufige Protokoll nach der Fertigstellung mit der Möglichkeit des Gegenlesens.

Erst mal herzlichen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben und so lange gewartet haben.

Wir beenden dann hiermit die Beweisaufnahmesitzung.

Wird jetzt direkt eine Beratungssitzung gewünscht, oder sollten wir in Erwägung ziehen, das morgen früh oder morgen Nachmittag kurz zu machen, wenn alle eine geruhsame Nacht hinter sich haben?

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mein Vorschlag ist, dass die fünf Obleute sich für fünf Minuten kurz zusammenfinden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Also, der Wunsch von Herrn Wolff ist: kurze Runde der Obleute und von Herrn Stracke und mir. Auf dem Balkon.

Die Sitzung ist beendet.

(Schluss: 22.47 Uhr)

Ergänzung

der Aussage des Zeugen Peter J. Nocken aus der 53. Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses am 21. Februar 2013.

„Auf die Fragen des Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP) habe ich geantwortet (Protokoll Seite 38, linke Spalte und Seite 57), dass die Enttarnung der Quelle T. Brandt anlässlich eines regulären Treffens im Mai 2001 erfolgt sei und nicht anlässlich eines sog. „Nachsorgetreffens“, wie es von Herrn Sippel im Untersuchungsausschuss vorgetragen worden war.

Dies war auch meine Erinnerung am Tag der Zeugenvernehmung. Grund dafür war, dass ich die Abschaltung der Quelle in meiner Erinnerung zeitlich und dem Grunde nach in direktem Zusammenhang mit der Enttarnung der Quelle im Mai 2001 gesehen habe und Nachsorgetreffen naturgemäß erst n a c h einer Abschaltung nötig und möglich gewesen wären.

Zwischenzeitlich ist mir bewusst geworden, dass der zeitliche und kausale Zusammenhang zwischen Enttarnung und Abschaltung der Quelle nicht gegeben war, sondern dass die Quelle bereits einige Monate vorher abgeschaltet wurde. Damit muss es sich bei dem Treffen im Mai 2001, welches zur Enttarnung geführt hat, tatsächlich um ein „Nachsorgetreffen“ gehandelt haben.“

Weimar, den 13. März 2013

Gez. Peter J. Nocken